

**Wilhelm Heitmeyer, Dierk Borstel, Andreas Grau, Sandra Legge, Claudia Luzar,  
Julia Marth**

# **Analysen und Handlungsvorschläge zum Rechtsextremismus in Dortmund**

Bielefeld, November 2009

## Inhaltsverzeichnis

|  |            |
|--|------------|
| <b>A ZUM KONZEPT DER ANALYSE .....</b>   | <b>3</b>   |
| <b>B EMPIRISCHE ERGEBNISSE .....</b>   | <b>4</b>   |
| B1 RECHTSEXTREMISTISCHE STRUKTUREN IN DORTMUND. ERSCHEINUNGSBILD UND RELEVANZ ....   | 5          |
| B2 GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT UND BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT<br>GEGEN RECHTSEXTREMISMUS IN DER BEVÖLKERUNG VON DORTMUNDER STADTBZIRKEN .....   | 51         |
| B3 ANALYSE DER NETZWERKE GEGEN RECHTSEXTREMISMUS IN DORTMUND.....  | 115        |
| <b>C ANHANG: WILHELM HEITMEYER: UNTHEMATISIERTE REPRODUKTIONSPROZESSE. ZUR SELBST-<br/>STABILISIERUNG EINES FEINDSELIGEN KLIMAS. IN: DERS. (HG.): DEUTSCHE ZUSTÄNDE, BAND 5,<br/>2007, SUHRKAMP, S. 281-293.....</b> | <b>160</b> |

# A

## Zum Konzept der Analyse

Die Analysen, die im Rahmen einer Beratung zum Lokalen Aktionsplan der Stadt Dortmund durchgeführt wurden, haben das Ziel, umfangreiche Informationen für Handlungsstrategien bereit zu stellen. Die Analysen und Vorschläge sollen dabei die Entwicklung eines umfassenden städtischen Handlungskonzeptes für Vielfalt, Demokratie und Toleranz unterstützen und befördern.

Die empirischen Ergebnisse, die im folgenden Abschnitt B vorgestellt werden, basieren dabei auf drei verschiedenen Untersuchungseinheiten, die mit je unterschiedlichen Untersuchungsansätzen einen Einblick in die lokalen rechtsextremen Strukturen, in menschenfeindliche Mentalitätsbestände sowie zum Netzwerk gegen Rechtsextremismus liefern.

Untersuchungseinheit B1 widmet sich Erscheinungsweisen von Rechtsextremismus in Dortmund. Basierend auf Informationen, die über qualitative Verfahren (Dokumentenanalyse, Interviews) sowie Beobachtung erfasst wurden, analysiert diese Untersuchungseinheit die organisierte bzw. subkulturelle rechtsextreme Szene in Dortmund und ihre Aktivitäten sowie lokale Schwerpunkte und greift dabei auf die Einschätzung verschiedener relevanter Akteure zurück.

Untersuchungseinheit B2 dokumentiert die Erkenntnisse, die sich aus einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung in zwei Dortmunder Stadtbezirken zur Qualität des Zusammenlebens vor Ort ableiten lassen. Die Schwerpunkte dieser Lokalanalysen liegen erstens in der Erfassung und Beschaffenheit von demokratiegefährdendem Einstellungspotential und dem in der Bevölkerung vorhandenen Engagementpotential, das gegen Rechtsextremismus mobilisiert werden kann.

Untersuchungseinheit B3 schließlich stellt die Ergebnisse vor, die speziell die Engagementstrukturen in Dortmund fokussiert. Mit den Methoden der Netzwerkanalyse werden die in Dortmund vorhandenen Netzwerke im kommunalen Zusammenhang sichtbar gemacht und analysiert, wobei im Hinblick auf die Förderung von Demokratie und Vielfalt in Dortmund insbesondere vor dem Hintergrund der in den beiden anderen Teilstudien identifizierten Erkenntnisse ein Zugewinn an Zielgerichtetheit der Aktivitäten vorhandener Akteure, Institutionen und Verbände erreicht werden soll.

Die Kombination der verwendeten Methoden und die Varianz im forschungspraktischen Vorgehen (Details finden sich in den jeweiligen Abschnitten) soll dabei nicht nur die Betrachtung, Analyse und Bewertung von Zuständen in Dortmund aus der Perspektive von Akteursgruppen im Bereich Rechtsextremismus (nämlich die Rechtsextremen selber, die Gegenakteure sowie die lokale Bevölkerung) ermöglichen. Es sollen weitere Voraussetzungen erarbeitet werden, um ein lokalspezifisches Handlungs- und Interventionskonzept zu entwickeln, das über die bloße Addition vorherrschender Partialinteressen hinausgeht und das über die Bereitstellung lokal relevanter Informationen eine deutliche Stärkung der Akteure im lokalen Raum anstrebt.

Der Abschnitt C dieser Untersuchung formuliert Handlungsnotwendigkeiten für den lokalen Aktionsplan der Stadt Dortmund. Hier sind Vorschläge zur Konstruktion eines lokalen Aktionsplanes (C1), zur Überprüfung von Handlungsweisen (C2) und zum weiteren Vorgehen (C3) aufgeführt.

**B**

## **Empirische Ergebnisse**

**B1**

# **Rechtsextremistische Strukturen in Dortmund**

## Erscheinungsbild und Relevanz

(Dierk Borstel und Claudia Luzar)

## Inhaltsverzeichnis

|   |           |
|---|-----------|
| <b>1. EINLEITUNG</b> .....  | <b>7</b>  |
| <b>2. EINBETTUNG IN DIE FORSCHUNGSLANDSCHAFT</b> .....                      | <b>8</b>  |
| <b>3. RELEVANZKRITERIEN</b> .....   | <b>11</b> |
| <b>4. UNTERSUCHUNGSKONZEPTION FÜR DORTMUND</b> .....                        | <b>13</b> |
| 4.1 FORSCHUNGSSTAND ZU DORTMUND.....  | 13        |
| 4.2 EIGENES VORGEHEN.....   | 13        |
| <b>5. EMPIRISCHE ERGEBNISSE: RECHTSEXTREME STRUKTUREN IN DORTMUND</b> ..... | <b>15</b> |
| 5.1 AUTONOME NATIONALISTEN.....   | 15        |
| 5.2 KAMERADSCHAFT DORTMUND.....   | 29        |
| 5.3 RECHTSEXTREMES MUSIKMILIEU.....   | 30        |
| 5.4 RECHTSEXTREME PARTEIEN.....   | 31        |
| 5.4.1 <i>Nationaldemokratische Partei Deutschlands</i> .....                | 31        |
| 5.4.2 <i>Deutsche Volksunion</i> .....                                      | 35        |
| 5.4.3 <i>Sonstige Parteien</i> .....  | 40        |
| 5.5 ZUSAMMENFASSUNG: RECHTSEXTREME STRUKTUREN.....                          | 43        |
| <b>6. ZUSAMMENFASSUNG UND THESENBILDUNG</b> .....                           | <b>43</b> |
| <b>7. LITERATURVERZEICHNIS</b> .....  | <b>47</b> |

# 1. Einleitung

Die „Antikriegstagsdemonstration“ in Dortmund gehört auch 2009 zu den festen Daten der rechtsextremen Szene in Deutschland und ähnelt in ihrer Bedeutung den Kundgebungen zum ersten Mai oder zur Bombennacht in Dresden. Der regionale „freie Widerstand“ ruft zur Teilnahme in Form einer Kampagne auf und nutzt dazu alle gängigen Informationsmedien: Blogs, Homepages, You-Tube-Videos genauso wie das alt gediente Flugblatt.

Die demokratische Gegenseite reagiert auf ihre Weise. Es gibt eindrucksvolle Gegendemonstrationen, Aufklärungsveranstaltungen und zahlreiche Aufrufe, die die Empörung über diesen Aufmarsch kundtun.

Die Demonstration selbst verwandelt die Dortmunder Innenstadt - im September 2009 sogar das ganze Stadtgebiet durch eine veränderte Strategie der Akteure gegen Rechtsextremismus - dann in ein Hochsicherheitsgebiet. Ein massives Polizeiaufgebot versucht die Demonstrationen voneinander fern zu halten. Regelmäßig werden der Polizeiführung anschließend Grenzüberschreitungen und Rechtsverletzungen vorgeworfen, die darauf nur antwortet, ihre Pflicht getan zu haben.

Dem Tag folgen dann interne Auswertungen auf allen Seiten: Wie viele Demonstranten konnten mobilisiert werden? Wie ist der Tag verlaufen? Gab es Erfolge oder Niederlagen? Und: Was steht in der Presse?

Mit dieser Spirale beginnt eigentlich schon die Vorbereitung für das nächste Jahr, in dem sich der Ablauf wieder ähneln wird.

Diese kurze Geschichte soll nicht Gegenstand dieser Arbeit sein; aber sie enthält die Kernmomente. Dortmund ist eine Stadt, in der die Auseinandersetzung zwischen rechtsextremen und demokratischen Kräften öffentlich und offensiv geführt wird. Der Kampf dort hat für beide Seiten auch symbolischen Wert. Die Stadt Dortmund mit ihrer Tradition als Arbeiterhochburg und „Herzkammer des Ruhrpotts (und der Sozialdemokratie)“ steht stellvertretend für die Zukunft des Ruhrgebiets. Was in Dortmund passiert, strahlt auf die Nachbarstädte aus. Entsprechend wichtig ist es den örtlichen rechtsextremen Strukturen, in Dortmund Einfluss und Macht zu gewinnen.

Am Tag der „Antikriegsdemonstration“ kommen Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet und zum Teil auch aus dem europäischen Ausland nach Dortmund. Das würden sie nicht können, wenn es nicht auch vor Ort funktionierende rechtsextreme Strukturen gäbe, die die überregionalen Netzwerke pflegen und bedienen. Diese Studie fragt genau nach diesen rechtsextremen Strukturen. Sie soll ermitteln, welche rechtsextremen Strukturen derzeit aktiv und federführend sind, welche ideologischen Bilder vertreten werden und welche Handlungsmuster nachgewiesen werden können. Vor allem sollen jedoch auch Relevanzaussagen getroffen werden. Von welchen Strukturen gehen tatsächlich ernsthafte Gefahren für die demokratische Kultur aus? Welche Gefahren sind das? Und: Wie wird ihnen begegnet?

Diese Arbeit steht dabei im Zusammenhang mit dem Gesamtprojekt „Sozialraumanalysen zum Zusammenleben vor Ort“ (SoRA-ZO). Sie ergänzt die quantitativen Daten genauso wie die vorliegende Netzwerkanalyse der demokratischen Akteure um den Blick auf den konkreten Rechtsextremismus vor Ort. Dabei bedient sie sich qualitativer Methoden der Sozialwissenschaft. Das bedeutet, sie beschreibt die untersuchten Akteure, kann aber selbst keine messenden Aussagen erarbeiten.

Konkret folgt die Arbeit im Aufbau der Relevanz der rechtsextremen Akteure. Nach der obligatorischen wissenschaftlichen Einordnung der Arbeit, der Beschreibung des Vorgehens, der Definition zentraler Begriffe und der Klärung von Relevanzkriterien folgen möglichst umfassende Beschreibungen der untersuchten rechtsextremen Akteure. Diese unterteilen sich in freie, parteiförmige

und subkulturelle Strukturen und enthalten jeweils die Analyse der Handlungs- und Ideologiemuster sowie eine Aussage zur Bedeutung des Akteurs. So entsteht ein wertendes und abgestuftes Bild der unterschiedlichen rechtsextremen Strukturen in Dortmund und ihrer inneren Vernetzungen, mit denen die demokratischen Akteure in Dortmund konfrontiert werden. Ihre Einschätzungen fließen in diese Analyse dabei genauso ein wie eigene Interviews mit rechtsextremen Akteuren sowie eine Auswertung zahlreicher Schriftquellen. Bei den Interviews mit den demokratischen Akteuren wurde gezielt auch nach den eigenen Aktivitäten gefragt, die sich unmittelbar auf den Rechtsextremismus beziehen. Diese Daten fließen in das Schlusskapitel ein, in dem ergänzend zur umfangreichen Netzwerkanalyse Thesen zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Dortmund entwickelt werden.

## 2. Einbettung in die Forschungslandschaft

Beim Blick auf den umfangreichen Literaturstand zum Rechtsextremismus drängt sich der Verdacht auf, beim Rechtsextremismus könne es sich um ein „überforschtes“ Themenfeld handeln. Auffallend ist zum einen, dass sich verschiedene wissenschaftliche Fachrichtungen mit dem Thema befassen, und zum anderen, dass noch nicht einmal bei Kerndefinitionen eine Einheitlichkeit in der Literatur zu erkennen ist. Backes und Moreau sprechen sogar von „schillernden Begriffsvariationen“<sup>1</sup> und einer nahezu „unvermeidlichen Begriffskonfusion“<sup>2</sup>, die den Forschungsstand zu diesem Themenfeld kennzeichne. Vielmehr stehen sich verschiedene Ansätze z. T. konträr und unvereinbar gegenüber. Armin Pfahl-Traughber artikuliert die daraus resultierenden Probleme deutlich:

„Die inflationäre Verwendung des Begriffs Rechtsextremismus bildet nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Politikwissenschaft einen eigentümlichen Kontrast zu seiner mangelnden theoretischen Reflektiertheit. Allgemein herrscht eine Begriffskonfusion vor, die noch durch die Verwendung anderer Bezeichnungen erhöht wird.“<sup>3</sup>

Somit ist an dieser Stelle eine Entwicklung und exakte Darstellung der in dieser Studie verwandten Begriffe genauso unumgänglich, wie eine Abgrenzung zu alternativen Begriffsoptionen bzw. Verwendungs- und Verständnisformen.

Einen ersten wichtigen Hinweis liefert beispielsweise Richard Stöss, der einen „amtlichen“, d.h. der Extremismusforschung zuzurechnenden, und einen politikwissenschaftlichen Begriff von Rechtsextremismus unterscheidet.<sup>4</sup> Letzteren versteht er als einen

„Sammelbegriff für verschiedenartige, gesellschaftliche Erscheinungsformen, die als rechtsgerichtet, undemokratisch und inhuman gelten.“<sup>5</sup>

Dabei unterscheidet er zwei Dimensionen des Rechtsextremismus, die miteinander gekoppelt seien, nämlich eine Ebene der Einstellungen und eine andere Ebene des Verhaltens. Zu den Einstellungen zählt er folgende Merkmale auf:

- Autoritarismus
- Nationalismus
- Fremdenfeindlichkeit
  - Ethnisch
  - Rassistisch

---

<sup>1</sup> Backes/ Moreau 1994: 9

<sup>2</sup> ebenda

<sup>3</sup> Pfahl-Traughber 1993: 14

<sup>4</sup> Vgl. Stöss 2000: 13ff

<sup>5</sup> ebenda, S. 20

○ Sozioökonomisch

- Antisemitismus
- Pro-Nazismus<sup>6</sup>

Zu den optionalen Verhaltensformen zählt Stöss:

- Wahlverhalten
- Mitgliedschaft
- Gewalt/ Terror
- Protest/ Provokation

Stöss konzentriert sich damit auf die Einstellungen und die daraus folgenden Verhaltensformen, die einen Rechtsextremisten kennzeichnen. Dabei hebt er vier inhaltliche Linien besonders hervor:

- „Im Rechtsextremismus verbinden sich in der Regel übersteigter Nationalismus mit imperialistischem Großmachtsstreben oder zumindest mit einer feindseligen Haltung gegenüber anderen Staaten oder Völkern.“<sup>7</sup>
- „Rechtsextremismus negiert die universellen Freiheits- und Gleichheitsrechte des Menschen“<sup>8</sup>
- „Rechtsextremismus richtet sich gegen parlamentarisch-pluralistische Systeme.“<sup>9</sup>
- „Gesellschaftliches Leitbild des Rechtsextremismus ist die angeblich der natürlichen Ordnung entsprechende Volksgemeinschaft. Volk und Staat verschmelzen zum Reich, dessen Einheit sich zumindest in einer völkischen bzw. rassistischen Ideologie und vielfach auch in einer Person (Führer) manifestiert.“<sup>10</sup>

Stöss verbindet somit positive, d.h. zielgerichtete Elemente mit den negativen Komponenten der Gegnerschaft zum bestehenden politischen System. Weiterhin verbindet er den Rechtsextremismusbegriff mit Einstellungs- und Verhaltensoptionen. Im Gegensatz zum klassischen Extremismusbegriff von Uwe Backes/Eckhardt Jesse<sup>11</sup> betont Stöss' Verständnisweise somit auch die eigenen Ideologiemomente, die den Rechtsextremismus als eigenständiges Phänomen kennzeichnen.

Wilhelm Heitmeyer zeigt ein noch radikaleres Verständnis von Rechtsextremismus. Es soll in dieser Studie Anwendung finden. In der „Bielefelder Rechtsextremismus-Studie“<sup>12</sup> entwickelt er einen soziologischen Begriff, der aus zwei Grundelementen besteht: der Ideologie der Ungleichheit und einer Gewaltakzeptanz. Nach seinem Verständnis ist somit von einem rechtsextremistischen Orientierungsmuster zu sprechen, wenn

„die strukturell gewaltorientierte Ideologie der Ungleichheit verbunden wird zumindest mit der Akzeptanz von Gewalt als Handlungsform.“<sup>13</sup>

Rechtsextreme Orientierungsmuster enthielten dabei zumindest Ansätze eines gesellschaftlichen „Gegenentwurfs“ zu den Versprechen der Demokratie wie dem Gleichheitsgrundsatz, der Idee

<sup>6</sup> Vgl. ebenda, S. 22

<sup>7</sup> ebenda, S. 20

<sup>8</sup> ebenda

<sup>9</sup> ebenda

<sup>10</sup> ebenda, S. 21

<sup>11</sup> Vgl. Backes/ Jesse 1993

<sup>12</sup> Vgl. Heitmeyer u.a. 1992: 13-14

<sup>13</sup> ebenda, S. 16

der Freiheit und der Würde des Einzelnen. Die rechtsextreme Ideologie der Ungleichheit steht den demokratischen Idealen entgegen und enthält selbst zwei Dimensionen:

- Die personen- und/ oder gruppenbezogenen Abwertung von Menschen z. B. durch Momente des Rassismus, Nationalismus und auch durch die Idee biologischer Homogenität.
- Die lebenslagenbezogenen Forderungen nach Ausgrenzung in Form von sozialer, ökonomischer, kultureller, rechtlicher oder politischer Ungleichbehandlung von „Fremden“ und „Anderen“.

Diese beiden Dimensionen der Ideologie der Ungleichheit treffen in diesem Verständnis des Rechtsextremismus mit einer allgemeinen Gewaltakzeptanz zusammen. Sie meint ein Verständnis von Gewalt als legitime und übliche Handlungsform zur Lösung von Konflikten. Sie kann sich wiederum in unterschiedlichen Variationen ausdrücken, zu denen gehören:

- Die Überzeugung unabänderlicher Existenz von Gewalt
- Billigung fremd ausgeübter Gewalt
- Eigene Gewaltbereitschaft
- Eigene Gewaltausübung

Die Koppelung der Ideologie der Ungleichheit mit der Gewaltakzeptanz kann dabei aus zwei Zugangsweisen entstehen. Wahlweise folgt einer vorhandenen Gewaltbereitschaft die Ideologisierung, die dann legitimierenden Charakter für das vorhandene Verhaltensmuster hat oder aus der Ideologie der Ungleichheit entspringt die Gewaltakzeptanz, mit dem Ziel die Ideologie praktisch umzusetzen.

Später konkretisiert Heitmeyer diese Definition, indem er als Kern der Ideologie der Ungleichheit das Prinzip der „Ungleichwertigkeit“<sup>14</sup> herausarbeitet. Ungleichheit sei dabei „materiell fundiert und sozial erzeugt durch gesellschaftliche Strukturentwicklungen, die Klassen oder Schichten hervorbringen.“<sup>15</sup> Die Ideologie der Ungleichwertigkeit ist hingegen gekennzeichnet durch die gedankliche und systematische Abwertung schwacher Gruppen, „die wiederum eine Legitimationsfunktion für Diskriminierungen, Ausgrenzung und Gewalt erfüllt oder zumindest erfüllen kann.“<sup>16</sup> Zwischen Ungleichheit und Ungleichwertigkeit besteht dabei ein enger Zusammenhang, denn:

„Die Transformation der eigenen Ungleichheit in die Abwertung anderer mithilfe spezifischer Kriterien der Ungleichwertigkeit ist ein Instrument der Ohnmächtigen. Es gilt, die eigene Unterlegenheit in Überlegenheit zu verwandeln, also Surrogate der Macht und Abstand zu gewinnen. Die Transformation von Ungleichwertigkeit in extreme Formen >unwerten< Lebens, und damit der Schritt zur Gewalt, ist dann nicht mehr groß.“<sup>17</sup>

Die Ideologie der Ungleichwertigkeit ist im Sinne dieser Arbeit Kern des Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, die der rechtsextreme Ideologie zwar zu Grunde liegt, aber nicht zwangsläufig zur rechtsextremen Ideologiebildung führt, oder anders ausgedrückt: Es gibt keinen Rechtsextremismus ohne Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, sehr wohl aber Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ohne Rechtsextremismus. Blicken wir nach dieser

---

<sup>14</sup> Vgl. Heitmeyer 2008

<sup>15</sup> Ebenda, S. 39

<sup>16</sup> Ebenda, S. 38

<sup>17</sup> Ebenda, S. 41

übergeordneten Herleitung nun auf den konkreten Forschungsstand, wobei an dieser Stelle nur auf den Dortmunder Rechtsextremismus Bezug genommen werden soll.<sup>18</sup>

### 3. Relevanzkriterien

Der Rechtsextremismus widerspricht in seiner Ideologie und in seinem Handeln den zentralen Elementen der Demokratie. Er verletzt mit seinem immanenten Rassismus und Antisemitismus gegen das Prinzip der Menschenrechte, nach dem die Würde des Einzelnen unantastbar sei. Seine Vorstellung von Diktaturen steht den demokratischen Ideen der Mitbestimmung des Volkes, der Gleichheit der Menschen und der Freiheit des Einzelnen diametral entgegen. Zwar wird auch im Spektrum neu-rechter Intellektueller von einer Demokratie gesprochen.<sup>19</sup> Diese Vorstellung basiert jedoch nicht auf dem Gedanken, dass Bürger für ihr Gemeinwohl verantwortlich seien, sondern auf der Idee, dass biologisch definierte Volksgemeinschaften ihre inneren Angelegenheiten mittels verschiedener Maßnahmen der unmittelbaren Mitbestimmung organisieren.<sup>20</sup>

Das Demokratieverständnis des Grundgesetzes ist geprägt durch die Ideen der Französischen Revolution und dabei besonders durch die Anerkennung der allgemein gültigen Menschenrechte. Der Rechtsextremismus bekämpft ausdrücklich die Ideen der Französischen Revolution und wehrt sich gegen das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes wie der Menschenrechte durch seine immanente Ideologie der Ungleichwertigkeit der Menschen.<sup>21</sup>

Vor diesem Hintergrund ist es berechtigt, von einem Gegensatz zwischen Demokratie und Rechtsextremismus zu sprechen und zu prüfen, wie die Interaktionen zwischen ihnen verlaufen.

Rechtsextreme Erscheinungsformen gehören dabei zu den normalen Bestandteilen der politischen Kultur in Deutschland.<sup>22</sup> Ihre Existenz und Aktivität rechtfertigt noch nicht aus sich selbst heraus, von einer ernsthaften Bedrohung der Demokratie als Struktur und Werteverbund zu sprechen. Der Begriff der Bedrohung als zentrales Relevanzkriterium ist zu präzisieren und auf besondere Wirkungsweisen des modernen Rechtsextremismus in seiner Interaktion mit der Demokratie zu spezifizieren.

Der moderne Rechtsextremismus<sup>23</sup> strebt die Schaffung einer kulturellen Hegemonie in der Sphäre der Zivilgesellschaft an, um darauf aufbauend eine revolutionäre Situation zu schaffen, die das demokratische System zugunsten eines autoritären, völkischen Systems beseitigt. Dabei greift er auf Ideen des marxistischen Theoretikers Gramsci zurück. Zu den Mitteln des Rechtsextremismus zählen derzeit besonders:

- Nationale Jugendarbeit
- Schaffung einer alternativen Kulturszene
- Aufbau öffentlicher rechtsextremer Anlauf- und Kontaktpunkte

---

<sup>18</sup> Zum allgemeinen Forschungsstand Rechtsextremismus siehe einleitend: Minkenberg 2005 und Schubarth/Stöss 2000

<sup>19</sup> Vgl. Benoist 1986

<sup>20</sup> Vgl. ebenda, S. 109-117

<sup>21</sup> Vgl. Schwagerl 1994

<sup>22</sup> Vgl. Butterwegge 2000, Backes / Jesse 1993: 348-360

<sup>23</sup> Zur inneren Differenzierung des modernen Rechtsextremismus Vgl. Borstel 2007a

- Strategien der kulturellen Subversion durch Teilnahme an zumeist kommunalen Strukturen
- Gezielter Einsatz von Gewalt und Einschüchterung von Gegnern und Feinden
- Schaffung von Präsenzsituationen durch Demonstrationen, Gruppenbildung u.a.
- Aufbau einer alternativen Medien- und Propagandakultur

Kurzfristiges Ziel des modernen Rechtsextremismus ist die Entwicklung lokaler Dominanzkulturen in begrenzten sozialen Räumen, in denen die Rechtsextremisten Kontroll- und Animationsfunktionen im Alltag in begrenzten Räumen auch für jene übernehmen, die ihren Werten nicht nahe stehen.

Nicht jede rechtsextrem motivierte Handlung verdient es dabei, als Bedrohung der Demokratie interpretiert zu werden. Deutlich wird dies am folgenden Beispiel: Die Durchführung einer rechtsextremen Demonstration ist per se noch keine politische Krise sondern ein grundgesetzlich geschützter Akt der Meinungsäußerung von Gruppen, der auch Antidemokraten zusteht. Zur Bedrohung würde sie nur, wenn das demokratische Umfeld nicht in der Lage wäre, einen demokratischen und rechtsstaatlichen Umgang mit der Demonstration zu finden oder wenn sich aus der Demonstration heraus Gewalt- und Straftaten entwickeln. Es gibt dabei keinen statischen Bedrohungsbegriff sondern nur einen kontextbezogenen. Es ist somit vor dem Hintergrund der Interaktion von Rechtsextremismus und Demokratie immer wieder zu fragen, welche gesellschaftlichen Kategorien und Situationen es rechtfertigen, von einer Bedrohung zu sprechen. Einen ersten Versuch unternimmt der Rechtsextremismusexperte Bernd Wagner. Er schreibt:

„Je nach dem Wirkungsgrad des rechtsextremen Handelns kann eine Qualität der Wirkung und der Bedeutung des rechtsextremen Handelns für die demokratische Gesellschaft eintreten, der in der Konvention der Meinungsbildung als Krise wahrgenommen wird. Dabei wird besonders eine Zuspitzung des Wirkungszusammenhangs rechtsextremen Handelns und ihrer Auswirkungen herausgestellt. Es handelt es sich um einen Prozess, der aus einer Grundqualität rechtsextremen Handelns heraus kumuliert und auf den Punkt einer Entscheidung, die einen Machtkampf darstellt, zuläuft. Dieser Punkt stellt den möglichen Beginn einer neuen Qualität dar, der einen Sieg oder eine Niederlage der Demokratie und der von ihr protegierten und geschützten Personen oder Verhältnisse gegenüber den rechtsextremen Bestrebungen signalisiert. Der Ausgang der Entscheidung zwischen Demokratie und Rechtsextremismus ist von allgemeiner Bedeutung für die demokratische Gesellschaft und hat als Einzelfall oder als wesentliches Glied in einer Ereigniskette eine symbolhafte Bedeutung für die Demokratie als Ganzes, wesentlicher ihrer erwünschten Verhältnisse und einzelne Subjekte, die eine Beschädigung erfahren, die von Symbolkraft geprägt ist.“

Eine Krise kann insbesondere dann gegeben sein, wenn der Tod oder schwere körperliche Schädigungen von Menschen drohen oder eingetreten sind, die Grundrechte von Personen andauernd nicht gewährleistet werden, das rechtsextreme Handeln einen Symbolgehalt von einer allgemeinen Bedeutung besitzt. Der Symbolgehalt muss geeignet sein, wesentlich zur Verringerung demokratischen Handelns und demokratischer Macht beizutragen.“<sup>24</sup>

Wagner legt den Schwerpunkt der Krisendefinition auf eine gesellschaftliche Dimension der Sicherung demokratischen Handelns.

<sup>24</sup> Blickpunkt 1/2008, S. 3 der ZDK – Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH. Bezug unter <http://www.zentrum-demokratische-kultur.de> möglich. Vgl. dazu auch Wagner 1998.

Von einer Bedrohung für die Demokratie wäre z. B. unzweifelhaft dann zu sprechen, wenn es Rechtsextremisten gelänge, tatsächliche soziale Dominanzzonen in sozialen Räumen zu etablieren, die dazu führten, dass sich jene, die nicht rechtsextrem orientiert sind, nicht mehr trauten, ihre Meinung kund zu tun und somit eine Krise zu signalisieren. Besonders aus der Arbeit der Opferperspektiven wurden wiederholt Fälle bekannt, in denen Opfer rechtsextremer Gewalt keine Solidarität in ihrer Kommune bekamen und sich nicht trauten, selbst in die Öffentlichkeit zu gehen. Die Krise der Demokratie ist auch durch den Angriff auf Leben und Würde des Menschen gegeben. Bedeutend sind auch kommunale Situationen, in denen politische Machtverhältnisse zwischen Rechtsextremismus und Demokratie zu Gunsten der rechtsextremistischen Seite zu kippen drohen. Die Bedrohungsszenarien als Grundlage von Relevanzeinschätzungen können somit individuell, sozialräumlich oder auch institutionell bezogen sein.

Wie sieht nun die Situation in Dortmund aus?

## **4. Untersuchungskonzeption für Dortmund**

### **4.1 Forschungsstand zu Dortmund**

Eine übergeordnete und umfassende wissenschaftliche Analyse des Rechtsextremismus in Dortmund existiert unserem Wissen nach nicht. Beeindruckend ist hingegen die Fülle „grauer Literatur“ in Form von Dokumentationen, Tagebüchern und Dossiers, die besonders von Dortmundern Initiativen erarbeitet und zusammengetragen wurden. Diese Literatur lässt sich grob in zwei Kategorien aufteilen.

Die erste Gruppe beschäftigt sich besonders mit den Dortmunder rechtsextremen Strukturen. Eine Sammlung des aktuellen Kenntnisstandes bietet zuletzt das Dossier „Am rechten Rand – Was ist los in Dortmund“, herausgegeben vom Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus.<sup>25</sup> Darin werden die verschiedenen rechtsextremen Strukturen kurz porträtiert und deren aktuelle Handlungen – auch in Form einer Chronik – dokumentiert.

Die zweite Gruppe hingegen beschäftigt sich mit den Dortmunder Gegenaktivitäten. Dabei wird besonders häufig auf die „Antikriegstagsdemonstration“ der rechtsextremen Seite Bezug genommen.<sup>26</sup>

Beide Gruppen bevorzugen nicht-wissenschaftliche Abhandlungen und enthalten oft eine große Menge an Fakten, die die genaue Beobachtung der rechtsextremen wie der eigenen Aktivitäten belegen. Eine wissenschaftliche Auswertung dieser Fakten steht jedoch noch aus und genau dazu soll diese Arbeit einen ersten Beitrag leisten.

### **4.2 Eigenes Vorgehen**

In den Sozialwissenschaften existieren qualitative und quantitative Methoden nebeneinander. Umgangssprachlich formuliert, steht die qualitative Sozialforschung für einen beschreibenden Ansatz, während die quantitativen Forschungen messen. Quantitative Forschungen benötigen ein bekanntes und klar begrenztes Forschungsfeld.<sup>27</sup> Ihr Ziel ist es, repräsentative Daten durch hohe

---

<sup>25</sup> Vgl. Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus 2009

<sup>26</sup> Vgl. z. B. Sander 2001

<sup>27</sup> Ein fundierte Kritik des quantitativen Ansatzes bietet: Lamnek 1995

Standardisierung der Fragen und der Auswahl der Befragten zu erreichen. Die quantitative Sozialforschung sieht sich in der Tradition der Naturwissenschaften. Der Forscher selbst sei dabei im Sinne Webers<sup>28</sup> der „Wertfreiheit“ verpflichtet; das heißt, er solle eigene Wertmaßstäbe zurückstellen und soziale Abläufe beobachten bzw. dokumentieren, ohne sie durch die eigene Subjektivität zu verfälschen. In der Praxis benötigt der Forscher sehr gute Vorabkenntnisse des Forschungsfeldes. Er stellt eine Theorie auf und versucht diese Theorie durch gezielte Fragestellungen zu verifizieren.

Der qualitative Ansatz arbeitet hingegen mit offenen Fragen und kombiniert zumeist verschiedene Datenerhebungsverfahren. Ziel dieser Arbeit ist dabei die möglichst umfassende und verschiedene Blickwinkel integrierende Beschreibung rechtsextremer Strukturen als Voraussetzung einer Relevanzbewertung. Dazu haben wir vier Datenerhebungsverfahren kombiniert:

- Leitfadengestützte Interviews. Dieses Verfahren arbeitet mit einem Leitfaden und unterscheidet sich damit vom narrativen Interview durch die Vorgabe einer inhaltlichen Richtung des Interviews. In Dortmund haben wir dieses Verfahren besonders mit führenden Repräsentanten der bekannten Gegenorganisationen zum Rechtsextremismus angewendet. Ziel dabei war es nicht, alle wichtigen Akteure zu befragen, sondern möglichst umfassende Informationen zu den rechtsextremen Strukturen zu bekommen.
- Narratives Interview: Im narrativen Interview hat der Interviewpartner die Möglichkeit, seine eigenen Schwerpunkte zu setzen und zu vertiefen. Dieses Verfahren haben wir mit ausgewählten rechtsextremen Repräsentanten angewendet.
- Beobachtungsverfahren: Beobachtungen unterteilen sich in verdeckte und offene Beobachtungen. Sie werden beständig und zeitnah in Form von Erinnerungsprotokollen im Forschungstagebuch - von Flick als das „klassische Medium“<sup>29</sup> des Forschers bezeichnet - niedergeschrieben.
- Textanalysen: Es wurden auch schriftliche Datensätze gesammelt und in die spätere Interpretation eingebunden. Dies betrifft insbesondere rechtsextreme Publikationen sowie kommunale Unterlagen wie z. B. Sitzungsprotokolle und Presseberichte sowie zahlreiche Quellen im Internet.

Der Aufbau des methodischen Vorgehens des empirischen Teils orientiert sich zusätzlich an Ansätzen der „Grounded Theory“ von Anselm Strauss.<sup>30</sup> Dies betrifft folgende Punkte:

- Die Theoriebildung erfolgt innerhalb des Prozesses der empirischen Erhebung. Es werden keine vorhandenen Thesen geprüft, sondern Thesen und damit potentielle Vorläufer von Theorien im Forschungsprozess entwickelt, weitergeführt oder gegebenenfalls auch wieder verworfen. Dazu bedarf es des ständigen und wiederholten Vergleichs erhobener Datensätze.
- Die Auswahl der Stichprobe ist variabel und abhängig von der immer wieder währenden Theoriebildung im Forschungsprozess.

Die enge Verzahnung von Datenerhebung und -auswertung stellt den Forscher vor die Aufgabe, mittels größtmöglicher Transparenz seine Arbeitsschritte darzulegen, um eine Nachvollziehbar-

---

<sup>28</sup> Vgl. Weber 1991a und Weber 1991b

<sup>29</sup> Flick 1998: 189

<sup>30</sup> Vgl. Strauss 1991

keit als ein wesentliches Kriterium zur Güte qualitativer Forschung<sup>31</sup> neben der Gültigkeit, der Zuverlässigkeit, der Objektivität und Generalisierbarkeit<sup>32</sup> der Forschung zu gewährleisten. In diesem Fall wurden besonders die Daten von achtzehn leitfadengestützten Interviews der weiteren Forschung zu Grunde gelegt. Sie enthalten Aussagen zu den vor Ort besonders wahrgenommenen rechtsextremen Strukturen. Diese Daten wurden dann zu Beschreibungen durch die Hinzuführung von Daten aus Beobachtungen und Textanalysen verdichtet. Parallel dazu fand eine eigene Erhebung rechtsextremer Strukturen durch die narrativen Interviews mit bekannten Rechtsextremisten, zusätzliche Textanalysen besonders von Internetquellen und eigene Beobachtungen in ausgesuchten Stadtteilen statt. Diese Kontrolle sollte das Risiko, dass bestehende rechtsextreme Strukturen vor Ort nicht wahrgenommen werden, zumindest reduzieren. Ihre Bewertung erfolgte dann anhand der Entwicklung von Relevanzkriterien.

## 5. Empirische Ergebnisse: Rechtsextreme Strukturen in Dortmund

Bei der Beschreibung der verschiedenen Elemente des Rechtsextremismus in Dortmund bietet sich eine gängige Unterteilung in aktionsorientierte und mitgliedschafts- bzw. wahlorientierte Strukturen an.<sup>33</sup> Sie eint die rechtsextreme Ideologie, verfolgen jedoch im Konkreten unterschiedliche Ziele und wenden sich auch an unterschiedliche Adressaten. Die aktionsorientierten Strukturen wenden sich primär gegen marginalisierte und stigmatisierte Gruppen, gegen gesetzlich legitimierte staatliche Institutionen und zumindest im Jugendbereich auch gegen feindlich empfundene Alternativangebote vor Ort. Ihr Ziel ist die Herstellung sozialräumlicher Macht und Dominanzen. Anders ist dies bei den zumeist parteiförmigen Strukturen. Sie konkurrieren mit demokratischen Parteien kurzfristig um Diskurshegemonien und damit langfristig um die staatliche Macht.

Beide Strukturelemente lassen sich in Dortmund in unterschiedlichen Formationen finden. Sie sind derzeit zu unterteilen in:

- a) Autonome Nationalisten (AN) ergänzt durch subkulturelle Erscheinungen
- b) Kameradschaft
- c) Parteien

Diese drei Elemente stehen z. T. in einem kommunikativen und strukturellen Zusammenhang, den es jeweils aufzuzeigen gilt.

### 5.1 Autonome Nationalisten

Der Forschungsstand zu diesen Gruppierungen ist bisher gering. Immerhin liegen von journalistischer Seite z. B. von Christoph Ruf und Olaf Sundermeyer<sup>34</sup> erste Beobachtungen und Reportagen vor. Auch gibt es von Seiten einzelner Verfassungsschutzämter erste Dokumentationen.<sup>35</sup> Die Bezeichnung Autonome Nationalisten ist dabei nur eine von vielen Namen, die sich diese Personenzusammenhänge geben. So treten diese ebenfalls unter dem Namen Freie Kräfte, Na-

---

<sup>31</sup> Vgl. Steinke 2000

<sup>32</sup> Vgl. Lamnek 1995: 152ff

<sup>33</sup> Vgl. Heitmeyer 2002: 502-511

<sup>34</sup> Ruf/ Sundermeyer 2009: 195-205

<sup>35</sup> Vgl. z. B. <http://www.im.nrw.de/sch/781.htm> (zuletzt gesichtet am 28.4.2009).

tionale Sozialisten und auf der Internetseite nur noch unter Politische Aktivisten aus Dortmund auf.<sup>36</sup>

Die Wissenschaft tut sich mit der neuen Erscheinung denkbar schwer und beginnt erst langsam mit ersten vorsichtigen Analysen.<sup>37</sup> Die Ursache dafür liegt nicht nur an dem relativ neuen Erscheinungsphänomen, sondern auch an den konspirativen und zuweilen schwer erreichbaren Personenzusammenhängen. Es fehlt der Wissenschaft oft der konkrete Zugang zum Feld. Einen Anfang stellt die Analyse von Jan Schedler dar<sup>38</sup>, die sich vor allem mit möglichen Parallelitäten in Aktion und Ästhetik zwischen Autonomen Nationalisten und der Autonomen Szene auf der politischen Linken beschäftigt und dabei vor allem auf Internetquellen zurückgreift. Seine Kernthese ist dabei die des Plagiats bei Beibehaltung der rechtsextremen Ideologie. Die rechtsextreme Seite versuche durch Übernahme von ästhetischen Stilmitteln und Symboliken, Themen wie der Globalisierungskritik und der Friedensfrage sowie Aktionsmittel wie die Bildung „schwarzer Blöcke“ ein „linkes“ Modell zu kopieren, um sich so für neue Anhänger besonders moderner Jugendkulturen zu öffnen. Dabei entwickle sich ein Konflikt zwischen eher traditionellen und modernistischen Rechtsextremisten.

### **Geschichte der Autonomen Nationalisten**

Um die Entstehungsbedingungen dieser Gruppierungen zu verstehen, ist ein Blick in die Geschichte des deutschen Rechtsextremismus der neunziger Jahre zu werfen.

Nach der Wiedervereinigung stieg nicht nur die Zunahme rechtsextremer Straftaten, sondern auch das Aufleben rechtsextremer Parteien, die nach neuen Rekrutierungsfeldern in Ost- und Westdeutschland suchten.

Kleine Parteien wie die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) oder die Nationalistische Front (NF)<sup>39</sup> hatten zwar bei den parlamentarischen Wahlen keine Erfolge, doch erlaubte der Parteienstatus nicht nur eine mediale Aufmerksamkeit, sondern auch formale Anlaufstellen, Wahlkampffinanzierung und Vernetzungsoptionen im rechtsextremen Spektrum. Beide Parteien hatten einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten in Nordrhein Westfalen und zeichneten sich durch eine starke Jugendarbeit aus. 1992 wurde die NF aufgrund der „Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus“ und kämpferischer Agitation verboten und vier Jahre später wurde auch die FAP nach dem Vereinsgesetz untersagt. Aufgrund dieser Verbote war die rechtsextreme Szene kurzfristig geschwächt und andere Konzepte und Strategien jenseits der offiziellen Parteiarbeit mussten gefunden werden.

Mitte 1996 entwickelte sich das maßgeblich von Thomas Wulf und Christian Worch getragene Konzept der „Freien Nationalisten“, bei dem regionale Kameradschaften zu überregionalen Bündnissen zusammengeschlossen werden sollen. In einem Interview für das Neonazi-Blatt „Zentralorgan“, eine Informationsquelle und Verbreitungsmöglichkeit rechtsextremer Propaganda von überregionaler Bedeutung, wurde dies wie folgt erläutert:

*„Es ist eine Bündnisstruktur, die immer dann zum Tragen kommt, wenn im norddeutschen Raum verschiedenste Aktionsgruppen und Parteien zu nationalen und sozialen Fragen aktiv werden. Der Name soll vor allem deutlich machen, dass unter diesem Aktionsnamen alle anderen nationalen Kräfte ein Bündnis eingehen können, ohne dass sie ihre Selbständigkeit aufgeben müssen.“*

---

<sup>36</sup> <http://widerstand.info/go/?http://www.nw-dortmund.net>

<sup>37</sup> Vgl. Menhorn 2008, Klärner 2008.

<sup>38</sup> Vgl. Schedler 2009

<sup>39</sup> Sie kandidierte lediglich auf kommunaler Ebene in Brandenburg.

Die ehemaligen Parteiaktivisten und andere rechtsextreme Akteure versammelten sich von diesem Zeitpunkt an unter dem Begriff der Kameradschaften, die im Rahmen des Bündnisses der „Freien Nationalisten“ bundesweit auftraten.

Dabei kann weder von einer in sich geschlossenen Definition des Begriffs Kameradschaft ausgegangen werden, noch von einem einheitlich handelnden Bündnis. Manche Kameradschaften agierten nicht als politischer Verbund nach außen, sondern beschränkten sich auf private Treffen und Stammtischabende. Andere wiederum gaben sich einen Namen und gingen gezielt in die Öffentlichkeit. Bestimmt durch das Bild des kahlgeschorenen Skinheads, der sich gegen alles „Fremde“ zur Wehr setzte, zogen diese Organisationsstrukturen in den neunziger Jahren oft männliche Jugendliche an.<sup>40</sup>

Die Politikbereiche bezogen sich primär auf nationale Jugendarbeit, Straßenaktivismus und den Besuch von rechtsextremen Konzerten. Das Prinzip der Kameradschaften setzte sich zunächst in Ostdeutschland und später auch in Teilen Westdeutschlands als zentrales Organisationsgerüst des modernen Rechtsextremismus durch. In NRW spielte dabei besonders die Kameradschaft Dortmund eine Vorreiterrolle.

Interessant ist bereits der Name dieses Strukturtyps, denn er enthält mit der Kameradschaft das zentrale Versprechen der rechtsextremen Szene. Die Dortmunder Rechtsrockband „Oidoxie“ textet nicht umsonst in einer ihrer Balladen:

„Kameradschaft ist nicht nur ein Wort,  
Kameradschaft heißt Zusammenhalt an jedem Ort,  
Kameraden werden füreinander alles geben...“

Kameradschaft suggeriert auch eine emotionale Komponente des Zusammenhalts. Ein unbekannter Autor schreibt dazu im rechtsextremen Fanzine „Volkswille“, ein Kamerad sei ...

„... viel mehr als ein langjähriger Freund. Der Kamerad ist einer, der immer und unter allen Umständen hilft, der alles teilt, auch nicht den Tod scheut, wenn es um den geht, der auch einen Kameraden nennt, weil er weiß, dass auch dieser bereit ist, das gleiche für ihn zu tun.“<sup>41</sup>

Kameradschaft sei dabei mehr als nur ein freundschaftlicher Bund auf freiwilliger Basis:

„Wer aber glaubt, Kameradschaft sei ganz einfach ein Bund auf Gegenseitigkeit, also letzten Endes nichts mehr als berechnender Egoismus, verkennt ihren inneren Wert, der auf zutiefst empfundener Mitmenschlichkeit beruht, auch wenn der wirkliche Kamerad nie auf den Gedanken käme, von solchen Gefühlsinhalten zu reden.“<sup>42</sup>

Eine solche Form der Kameradschaft sei in der rechtsextremen Szene jedoch nur noch selten zu finden:

„Allzu oft wird von Kameradschaft gesprochen, aber wer setzt den Gedanken um? (...) Die Zeit rinnt dahin. Gestern noch gemeinsam ein Bier und heute ...? Man stellt sich die Frage: Kamerad, wo bist Du?“<sup>43</sup>

Diese Frage muss zunächst unbeantwortet bleiben. Verfügten die Kameradschaften Mitte der 90er Jahre jenseits der Parteistrukturen noch über ein weitgehendes Monopol, differenzierte sich die Szene später weiter aus. Die Generation der Rechtsextremisten, die nach der Wiedervereinigung geboren wurden, war zwar von den Kameradschaften und deren Auftreten geprägt worden,

---

40 Vgl. Wagner, Bernd (1998): Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern. Berlin: Zentrum Demokratische Kultur.

41 Volkswille, Nr. 14, S. 4

42 ebenda

43 ebenda

grenzte sich aber gleichzeitig von der rohen Skinheadkultur ab und versuchte einen diversifizierten jugendkulturellen Lebensstil zu vermitteln, der das Bild eines „autoritären Rebellen“ in der immer komplexer werdenden globalen Gesellschaft darstellt.<sup>44</sup>

Im Jahr 2000 traten zum ersten Mal in Berlin und anderen Großstädten Gruppen in Erscheinung, die zwar noch Kameradschaftsnamen wie Kameradschaft TOR (KS TOR) oder Berliner Alternative Süd-Ost (BASO) benutzten, jedoch mit dem Habitus der Skinheadkultur nichts mehr anzufangen wussten. Gleichzeitig wurde der Name AN als Kürzel und Insignie von diesen Gruppen als Aktionsbegriff etabliert, der unter Anti-Antifa-Flugblättern oder als Parole an Hauswänden stand.

Diese Gruppen schafften es innerhalb von kurzer Zeit Jugendliche anzusprechen und die Zielgruppen der rechtsextremen Szene zu erweitern. Im März 2005 wurden beide Kameradschaften verboten, jedoch führte dieses Verbot nicht zu einer Schwächung der Gruppierungen, sondern zur verstärkten Etablierung des Sammelbegriffs Freie Kräfte sowie Autonome Nationalisten, der es kaum zulässt, einzelne Individuen zu einer Gruppe zusammen zu schließen und es damit für die Sicherheitsbehörden erschwert, Einblick in diese Strukturen zu bekommen. Denn ohne offizielle Vereinigung können diese Bezeichnungen nicht einzelnen Personen zugeordnet werden.

Eine bundesweite Diskussion über die Autonomen Nationalisten setzte im organisierten Rechtsextremismus schon im Zeitraum 2004/2005 ein<sup>45</sup>. Einige Kameradschaften setzten verstärkt an der Ästhetik anderer Jugendkulturszenen (Punk, Hardcore, autonome Antifa) an und griffen für die rechtsextreme Szene neue Fragestellungen wie den „Kampf gegen die Globalisierung“ oder die „Kritik an Militäreinsätzen“ oder eine „saubere Umwelt“ auf. Zu diesem Zeitpunkt waren die Autonomen Nationalisten in der rechtsextremen Szene umstritten, NPD Mitglieder wie Jörg Hähnel<sup>46</sup>, aber auch Personen aus der Kameradschaftsszene wie der Berliner Neonazi Oliver Schweigert oder Gordon Reinholz wehrten sich gegen „das undeutsche Geseiere“ oder „die superrevolutionären autonomen Nationalisten“<sup>47</sup>.

Der politische Feind bestand für die relativ jungen Kameradschaften, die sich schon zu diesem Zeitpunkt gleichzeitig AN nannten, „im BRD System“, den Antifaschisten und daran anlehnend den Repräsentanten des von ihnen verworfenen Systems.

Bedeutend ist im Entstehungszusammenhang auch ein Strategiepapier vom Januar 2005 des Hamburger Rechtsextremisten Christian Worch, der intensive Beziehungen zur Dortmunder Szene pflegt.<sup>48</sup> Darin entwickelt er nach einer kurzen Einführung in die Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland eine strukturelle Idee für den zukünftigen Kampf. Zunächst stellt er etwas banal fest:

„Organisationsverbote sind lästig, weil die Fortführung einer verbotenen Organisation mit Strafe bedroht ist.“<sup>49</sup>

Von Repression sei in der BRD nicht alleine die politische Rechte, sondern auch die politische Linke betroffen. Darauf aufbauend stellt er die Kernfrage seiner Abhandlung:

„Wieso ist auf dieser Ebene staatlicher Repression die Linke weniger angreifbar als wir?!“<sup>50</sup>

---

44 Vgl. Funke (2002): Paranoia und Politik. Berlin: Schiler

45 So gab es beispielsweise im März 2005 im Rahmen eines Arbeitstreffens des Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland (NSAM) eine ausführliche Diskussion über diese. Ausführliche Diskussionen finden sich dazu auch unter: <http://www.widerstand.info/>

46 Vgl. dazu Diskussionen im Forum Freier Widerstand (2004): „Nationale Sozialisten gehen nicht auf die Strasse um sich zu verummnen und einzuigeln. Wir wollen der Bevölkerung unsere Ansichten und Ziele mitteilen und vermitteln, da wirkt diese Art von Demonstration eher beängstigend und abweisend der Bevölkerung gegenüber.“

47 VGL Stellungnahme von Schweigert (2005): Lügen haben kurze Beine! 'Autonomer Nationalist' zeig mir mal deine. In: <http://forum.nwbb.org/>

48 Vgl. Worch 2005

49 Ebenda, S. 4

Seine Antwort lautet:

„Einerseits natürlich, weil die Linke für das Establishment als Schein-Opposition nützlich ist. – Andererseits aber auch, weil mangels organisatorischer Strukturen vor allem bei der radikalen Linken und Antifa Verbote ohnehin nicht greifen würden. Das hängt mit dem Konzept individuellen und selbstbestimmten Handelns zusammen. Anders ausgedrückt: Wo die Rechte vornehmlich kollektivistisch ist, ist die Linke vornehmlich individualistisch. Trotzdem war und ist sie in hohem Maße operationsfähig, politisch. (...) Denn die Zugehörigkeit zu einer Organisation kann einerseits eine mentale Stütze sein, ein Identifikationsmerkmal; sie kann aber auch ein Hemmnis für die innere und äußere Entwicklung sein.“<sup>51</sup>

Von der Linken lernen heißt für Worch den strategischen Verzicht auf verbotsfähige Strukturen bei gleichzeitiger Beibehaltung der eigenen revolutionären Grundidee. Kameradschaften, freie oder autonome Nationalisten verzichten zumeist auf öffentliche Strukturen. Sie agieren selbstständig und in enger Kommunikation untereinander. Ein Ort des Zusammenkommens sind dabei größere Demonstrationen. Am 1. Mai 2004 organisiert sich erstmals auf einer rechtsextremen Demonstration ein sogenannter „Schwarzer Block“, der sich an der Demonstration beteiligt, sich aber innerhalb des Geschehens ästhetisch durch eine durchgehend schwarze Kleidung abgrenzte. Diese Idee ist der radikalen Linken entlehnt und signalisiert eine interne Spaltlinie zwischen den Kräften, die wie die NPD am demokratischen System teilnehmen, um es zu beseitigen, und denen, für die Teilnahme schon Verrat an der Idee ist. Worch distanziert sich vorsichtig von einigen „Übertreibungen“ dieser Gruppierungen, fordert aber deren Anerkennung in der rechtsextremen Szene und beschreibt sie als radikale, aber logische Antwort auf die Schwäche bestehender Strukturen und Anpassungsmomenten in der NPD an das System. Für ihn gehören die parteihohen Kräfte genauso zur rechtsextremen Bewegung wie die parteifreien und auch die losgelösten „autonomen Szenen“. Er schließt deshalb mit den Sätzen:

„Ob ein Nationalist sich nun „frei“ oder „autonom“ nennt, ist für mich zweit- oder dritt- oder viertrangig. Vorrangig ist für mich, daß er Nationalist ist und sich seinen Kameraden gegenüber wie ein Kamerad benimmt. Das ist die unverzichtbare Basis. Alles andere ist diskussionsfähig oder verhandelbar.“<sup>52</sup>

Für größere Aufmerksamkeit sorgen die „Autonomen Nationalisten“ bei einer Demonstration am 1. Mai 2007 in Hamburg. Aus ihrer Gruppe heraus kam es zu massiven Gewaltanwendungen gegen staatliche Organe. Daran schloss sich eine Debatte in der NPD an, ob eine Zusammenarbeit mit diesen Kräften gewünscht sein soll oder nicht. Radikale Vertreter wie Thomas Wulf plädierten für eine Kooperation, institutionell versorgte Mitglieder wie Holger Apfel befürchteten jedoch Akzeptanzprobleme der Partei in der Bevölkerung und forderten klare Abgrenzungen. Diese Diskussion läuft 2009 noch, erfährt jedoch mit der Wahl des radikalen Nationalsozialisten Jürgen Rieger<sup>53</sup> in den Vorstand der NPD eine Stoßrichtung zugunsten der radikaleren Kräfte und ist nach Meinung von Beobachtern bereits zugunsten der AN vorentschieden.

---

<sup>50</sup> Ebenda, S. 5

<sup>51</sup> Ebenda

<sup>52</sup> Ebenda, S. 16

<sup>53</sup> Zu diesem Weltbild siehe den informativen Bericht von: Tenenbom 2008

### ***Von den Autonomen Nationalisten zu den Politischen Aktivisten in Dortmund***

Im Jahr 2001 entstand rund um die Redaktion des Infoportals „Freier Widerstand“ ein virtuelles „Sprachrohr für die nationale Bewegung“, die zunächst als Gruppierung nach außen durch die Internetpräsenz wahrnehmbar war.

Eine junge Gruppe autonomer Nationalisten aus Dortmund war ebenfalls in der Kernredaktion des Freien Widerstandes, die mit Hilfe eines Internetportals ein „Sprachrohr für die nationale Bewegung“ schaffen wollten. Die damals 18jährigen Dortmunder Rechtsextremisten waren zunächst für den außenstehenden Betrachter nicht von alternativen Jugendlichen zu unterscheiden. „Mit dreadlocks, Mahriuhna Fahnen und einem alten VW Bus fielen die selbst den Antifas nicht auf. Das war eine perfekte Tarnung“<sup>54</sup>.

Von der Kameradschaft Dortmund, rund um die Figur Siegfried Borchert, wurde dieser Gruppe junger Männer aufgrund ihres undogmatischen Kleidungsstils und für die in der rechtsextremen Szene eher untypischen Verzichts auf Alkoholkonsum skeptisch begegnet. Die DVU und die NPD ignorierten zunächst diese sich organisierende rechtsextreme Jugendgruppe. Inhaltlich orientierten sich diese zunächst an dem Konzept der Anti-Antifa, welches vorsieht, politische Gegner zunächst zu dokumentieren und einzuschüchtern. Im Jahr 2002 entstanden durch die Unterstützung der Kameradschaft Tor sowie Christian Worch die Autonomen Nationalisten Dortmund. Hauptaktivitäten dieser Gruppe waren die Verfolgung politischer Gegner, Aktivitäten im Internet sowie das Plakatieren und Sprühen von rechtsextremen Parolen. Interessant ist das Auftreten der Autonomen Nationalisten Dortmund, die einerseits bei Demonstrationen in schwarzer Kleidung ihr Gesicht verbergen wollen, jedoch ebenso zu einer starken Präsentation ihrer Person in den Medien neigen. Ein Aussteiger von den Autonomen Nationalisten Berlin berichtet:

„Die Dortmunder waren noch etwas jünger als wir. Vor sechs Jahren gab es von uns eine Silvesterfeier im Prenzlauer Berg (Anm. Berlin). Das ist auch so ein alternativer Bezirk, wo uns niemand vermutete. Dann war da so ein Journalist, der sah so aus, als ob er Fotos machen wollte. Die Dortmunder sind dann gleich sofort darauf los und wir mussten sie zurückhalten, dass es nicht zuviel Stress gab“.

Während die Autonomen Nationalisten Berlin durch polizeiliche Repression, aber auch in den Jahren 2005-2009 durch staatliche Repressionen und Ausstiege von Führungspersonlichkeiten eine Schwächung erlitten, wuchs die rechtsextreme Szene in Dortmund an. Momentan sind die autonomen Rechtsextremisten aus Dortmund die stärkste Gruppierung im Spektrum der Freien Kräfte aus Deutschland.

Einige zentrale Personen aus dem Entstehungskreis der Autonomen Nationalisten Dortmund entschlossen sich aufgrund der mittlerweile großen Bekanntheit bei Polizei und Ermittlungsbehörden sowie in zivilgesellschaftlichen Kreisen, ihre Anonymität und ihr „rebellischen Kleidungsstil“ aufzugeben und mit ihrem Namen und Gesicht in den Medien aufzutreten. Die Zielgruppe dieser rechtsextremen Gruppierung sind unzufriedene Jugendliche aus der Mitte der Gesellschaft, die sie mit einer Mischung aus rechter Politik, Kultur und erlebnisorientierter Freizeitgestaltung erreichen wollen.

Eine genaue Anzahl dieses Personenkreises ist schwer zu benennen, da durch den relativ unverbindlichen Bewegungskarakter der Autonomen Nationalisten eine hohe Fluktuation herrscht.

---

<sup>54</sup> Vgl. Interview 3, S. 5

Als feste Gruppe lässt sich ein aktiver Kern von 20-25 Personen beschreiben, die jedoch fähig sind, mittels Internet und Mobiltelefonen zahlreiche Personen zu mobilisieren.

Um staatliche Verbote zu umgehen, geben sich die Autonomen Nationalisten stets neue Bezeichnungen, die vermeintliche Neutralität ausstrahlen sollen.<sup>55</sup>

### **Aktivitäten**

Die Autonomen Nationalisten agieren hauptsächlich als Straßenaktivisten und sprechen speziell Jugendliche durch ihren permanenten Aktionismus an, ohne hohes rechtsextremes Einstiegswissen zu fordern. Attraktivität bezieht diese rechtsextreme Gruppierung durch Kampagnen, Demonstrationen und Anti-Antifa-Aktivitäten, die laut einschlägiger Parolen aus diesem Spektrum als „Hingabe für die Bewegung“ definiert werden.

Zugang zu dieser Gruppierung bekommen Jugendliche oft durch den Freundeskreis oder das Internet. Durch eine professionelle Gestaltung der Internet-Homepage der Autonomen Nationalisten sind diese schnell auffindbar. Nach der Aussage eines Autonomen Aktivisten stellt sich es sich so dar: „[...] jede Form von Propaganda ist eine gute Öffentlichkeit.“

Interessierten Personen wird zunächst ein niedrighschwelliges Angebot eröffnet, welches sich auf die Teilnahme an Konzerten oder Demonstrationen, das Verteilen von Flugblättern oder Verkleben von Plakaten und Aufklebern beschränkt. Nach einem Gespräch mit einer Führungsperson wird dann über die weitere Zusammenarbeit mit dem Interessierten entschieden.

Ein weiterer, dem klassischen Politikverständnis untergeordneter Bereich ist die Gestaltung sozialen und kulturellen Lebens bei den Autonomen Nationalisten. So werden wöchentliche Koch- und DVD-Abende, gemeinsame Ausflüge und sportliche Aktivitäten durchgeführt. Die politische Gruppe oder Gruppierung dient den Aktivisten oft als Familienersatz bzw. der Zusammenhalt präsentiert auch die imaginäre Familie. Die Markierung des eigenen Territoriums durch das Kürzel „Freie Kräfte“ oder „AND“ erhält in diesem Zusammenhang eine wichtige Bedeutung für die Identität der einzelnen Personen.

Gerade bestimmte erlebnisorientierte Formen wie nächtliches Plakate kleben, das Sprühen von rechtsextremen Symbolen an Hauswände sowie spontane Störungen von Veranstaltungen des Gegners ziehen ein bestimmtes Klientel von Jugendlichen an.<sup>56</sup>

Bedeutend ist dabei die Beschreibung der unmittelbaren Zielgruppe. Angesprochen werden besonders desintegrierte Jugendliche, oft mit schulischen und/oder familiären Problemen und zahlreich erlebten Formen der gesellschaftlichen Ausgrenzung. Im inneren Kern der Autonomen Nationalisten spielen zwar auch bildungsstarke Personen eine bedeutende Rolle. Diese organisieren für die Zielgruppe jedoch ein ideologisch eher niedrighschwelliges, aber dafür hoch aktionistisches und erlebnisorientiertes Programm, das zusätzlich den Kollektivgedanken stark macht, um individualistische Verhaltensweisen zu reduzieren. Die Einordnung in die Gruppe soll dem Einzelnen dabei Halt, innere Stärke und Richtung geben, womit sich wieder das in der Beschreibung der rechtsextremen Ideologie gezeigte Menschenbild präsentiert, das dem Einzelnen die Individualität abspricht und ihn nur als Teil einer übergeordneten Menschengruppe anerkennt.

In mehreren Interviews wurden dabei Hinweise auf diese Zielgruppe gegeben und gleichzeitig angemerkt, dass es von demokratischer Seite nur wenige Angebote für dieses Publikum gebe. Hier deutet sich somit eine Schwachstelle der Präventionsarbeit in Dortmund an.

---

<sup>55</sup> Auf der aktuellen Internetseite wird nur noch über die Politische Aktivisten aus Dortmund gesprochen. Vgl. dazu: <http://widerstand.info/go/?http://www.nw-dortmund.net>.

<sup>56</sup> <http://antinazi.wordpress.com/2008/11/05/innenansichten-aus-der-neonaziszene-ein-autonomer-nationalist-steigt-aus/> (22.4.09)

Diese Szene versucht übrigens auch, ihre Zielgruppe ideologisch zu trimmen. In den letzten Jahren führten die Autonomen Nationalisten interne Schulungen zu folgenden Themenbereichen durch: Verhalten auf Demonstrationen, Rechtsschulung speziell zum Verhalten bei Hausdurchsuchungen, Wirtschaftsseminar, Seminare über Theorien des Nationalen Sozialismus, Nahost Konflikt, Krieg und Widerstand.<sup>57</sup>

Einige Auseinandersetzungen fanden zunächst in Berlin und später in Dortmund mit Mitgliedern der Kameradschaft „Tor“ statt, die ein Aussteiger als Vorbereitung auf Auseinandersetzungen mit der Polizei beschreibt:

„Da gab es eine Demoschulung, wo wir uns auf dem Feld getroffen haben. Ca. 50-80 Leute und dann wurde uns gezeigt wie man eine Polizeikette durchbricht. Da waren kaum Frauen dabei, die meisten haben zugesehen. Aber es ging darum keine Angst zu haben“.

Solche Trainingseinheiten fanden in Dortmund nicht nur speziell vor bundesweiten Demonstrationen statt, sondern wurden in Zusammenarbeit mit einigen Mitgliedern der Hooligangruppe Desperados unter dem Dach des Sportvereins „Tremonia e.V.“ bis zum November 2008 auch in einer städtischen Turnhalle durchgeführt.<sup>58</sup>

Ein wesentliches Aktivitätsmoment der Autonomen Nationalisten ist der „Kampf um die Straße“, den sie als „politische Soldaten“ führen, welcher durch geplante Angriffe auf politische Gegner oder aber auch als unorganisierte Alltagspraxis in Form von Übergriffen auf alternative Jugendliche geschieht.<sup>59</sup> Im Fanzine „Förderturm“, Nr. 6, Seite 15, wird das Bild des „politischen Soldaten“ präzisiert. Der „politische Soldat“ sei das Gegenbild zur „Spaßgesellschaft“, kämpfe gegen sie an und orientiere sein Verhalten am politischen Kampf als Priorität in seinem Leben. Dazu gehöre die weitgehende Abstinenz von Alkohol und Zigaretten, die Überprüfung des eigenen Medienverhaltens (weniger Fernsehen) sowie die Aufforderung, mehr zu lesen, da Lesen Wissen und Wissen Macht sei und Fernsehen lediglich „Hetzpropaganda“ der Feinde sei. „Politische Soldaten“ hätten dabei unterschiedliche Stärken:

„Daß wir Persönlichkeiten sind, die sowohl Stärken als auch Schwächen haben, darf kein Problem sein. Wir müssen das vielmehr als Vorteil einsetzen.“<sup>60</sup>

Aus dieser Unterschiedlichkeit ergebe sich die innere Struktur:

„Einige werden gute Führer werden und andere gute Kämpfer, aber alle werden für unsere nationale Mission unentbehrlich sein.“<sup>61</sup>

Besonders zwei Grundtugenden seien zu verinnerlichen:

„Selbstbeherrschung: Nur die, die Herr ihrer selbst sind, sind Herr ihrer Lage.“<sup>62</sup>

Sowie:

---

<sup>57</sup> Diese Liste von Seminarthemen ist nicht vollständig, sondern eine Zusammenfassung aus den informellen Gesprächen mit Personen aus dem Spektrum der Freien Kräfte

<sup>58</sup> So erwähnte ein Journalist, dass im August 2007 ca. 50 Neonazis im Schulte-Witten-Park gesehen wurden, die dort wenige Wochen vor dem „Antikriegstag“ kampfsportähnliche Übungen durchführten. Vgl auch: WAZ

<sup>59</sup> Siehe dazu: [http://www.welt.de/politik/article1991359/Der\\_Schwarze\\_Block\\_waechst\\_am\\_rechten\\_Rand.html](http://www.welt.de/politik/article1991359/Der_Schwarze_Block_waechst_am_rechten_Rand.html) (11.05.09)

<sup>60</sup> Der Förderturm, Nr. 6 / ohne Jahr, S. 15

<sup>61</sup> ebenda

<sup>62</sup> ebenda

„Geduld: Ein Kampf, welcher das ganze Leben andauert, wenn Vollkommenheit das Ziel sein soll.“<sup>63</sup>

Spätestens an dieser Stelle wird es kurios. Denn: Das Bild des „politischen Soldaten“ ist in etwa das Gegenstück zum real-existierenden subkulturell orientierten Rechtsextremisten. Der eine soll sein Leben und sein Verhalten dem politischen Kampf unterordnen. Der andere erfreut sich an Spaß, Musik und Gemeinschaft, während Politik für ihn eher beiläufig ist. Das Selbstbild des „Soldaten“ ist dabei kaum hinlänglich skizziert. Weder steht geschrieben, worin der politische Kampf besteht, was aber vermutlich vorausgesetzt wird, noch wird der Begriff des „Soldaten“ erklärt oder eingeordnet. Ist z. B. der erwähnte „Führer“ auch Soldat oder nicht vielleicht höher gestellt? Die Tugenden des Soldaten sind dann auch zumeist sehr allgemeiner Natur: Abstinenz von Drogen, Aneignung von Wissen, Ruhe und Geduld. Einen Begriff wie den des „Soldaten“ kann man damit nicht ausfüllen und erklären. Doch darauf kommt es vermutlich auch gar nicht an.

Weitere lokale Aktivitäten beschränken sich auf die Organisation von Demonstrationen, Störungen von Veranstaltungen des sogenannten politischen Gegners oder die Teilnahme an überregionalen Kampagnen wie dem Wahlboykott 2009. Zu dem Wahlboykott gehören im Wesentlichen das Stören von Wahlkampfveranstaltungen und Informationsständen der demokratischen Parteien und das gezielte Einschüchtern von Wahlhelfern.

### **Ideologie**

Es gibt kein feststehendes Programm oder gar eine niedergeschriebene Ideologie der Autonomen Nationalisten. Die Namenssetzung war vielen rechtsextremen Protagonisten selbst unklar<sup>64</sup>. Politikwissenschaftlich betrachtet ist das Weltbild der Autonomen Nationalisten aus Ideologien des völkischen bzw. nationalen Sozialismus, kulturalistischen und biologistischen Rassismus, sowie sekundärem Antisemitismus zusammengesetzt. Während der primäre Bezug auf den Nationalsozialismus und den 2. Weltkrieg eine untergeordnete Rolle in den aktuellen Veröffentlichungen der Autonomen Nationalisten spielt, werden gesellschaftliche Diskurse über die Soziale Frage, Ökologie und Antiimperialismus stärker in den Fokus gerückt. Interessant ist dabei die in rechtsextremen Kreisen eher selten anzutreffende Abgrenzung zum Nationalsozialismus, die in internen Kreisen diskutiert wird. So schreibt ein Autonomer Nationalist: „Ich kann mich damit nicht identifizieren, weder mit den imperialistischen Zügen des NS noch des Faschismus, aus diesem Grund distanzieren ich mich davon und sage noch mal, dass die NSDAP und "der Mann mit dem Bärtchen" weder antiimperialistisch ausgerichtet war, noch antiimperialistische Impulse durchsetzte.

Viele Kameraden möchten von solchen Sachen natürlich nichts hören, da es nicht in ihr Weltbild (Religion) passt. Und, sobald man sich auch nur ein klein wenig kritisch über Hitler oder die NSDAP äußert, wird das in Teilen der Bewegung ja fast schon als Verrat gesehen.“<sup>65</sup>

Auf Beiträgen des Infoportals Dortmund wird beispielsweise von „identitätslosen Völkerbrei“, „echten nationalen Sozialismus“ und „Palästina: Der Kampf geht weiter“ gesprochen. Im Interview erklärte ein Autonomer Nationalist aus Dortmund: „AN bezeichnet für mich im Grunde nur

---

<sup>63</sup> ebenda

<sup>64</sup> Diese beschreibt Axel Reitz stellvertretend für die Autonomen Nationalisten: "Diese 'Autonomen' kopieren den Stil und die Aufmachung der linken Strukturen und von linken bisher agitierten Jugendkulturen, dabei werden die bekannten Symbole und Outfits mit unseren Inhalten besetzt und in unserem Sinne interpretiert."

<sup>65</sup> Zunächst interne e mail Diskussion. Seit August 2009 nachzulesen unter: <http://forum.widerstand.info> (22.08.09)

eine Agitationsform. Du hast doch schon mal was vom DIY (**Do It Yourself**) - Prinzip gehört hast oder sogar darüber Bescheid weißt, also etwas basteln, die eigene Birne mal benutzen.“<sup>66</sup> .

Eine zentrale Argumentation der Autonomen Nationalisten ist ebenfalls der „Führerlose Widerstand“, der selbstverständlich nur bis zu einem bestimmten Stadium des Kampfes gilt. In einem Internetforum beschreibt dies ein Autonomer Nationalist aus Dortmund wie folgt:

Da in den einzelnen politischen Gruppen meist "Führungspersonen" den Ton angegeben und die Verantwortung übernommen haben, konnten sich die Einzelaktivisten oft selbst damit verträsten, dass sie für Fehler nicht verantwortlich wären und die begangenen Fehler sowieso nicht beheben könnten, weil das die Angelegenheit der "Führungspersonen" sei. Eine Einflussnahme durch z.B. jüngere Kameraden oder Kameraden, die eventuell aufgrund subjektiver Meinungen (etwa wer ist mit wem befreundet) nicht hoch im Kurs der Gruppe standen, war so nur selten bis gar nicht möglich. So kam es dazu, dass über Jahre dieselben Fehler immer und immer wieder gemacht wurden, nur weil einige Kameraden nicht die Möglichkeit bekamen, diese Fehler zu beseitigen.<sup>67</sup>

Gleichzeitig sympathisieren die Autonomen Nationalisten jedoch auch mit subkulturellen Strömungen wie beispielsweise der „Hardcorebewegung“ oder der „Straight Edge Bewegung“, aus der einige der Protagonisten auch stammen.

Einige Experten betonten, dass nicht nur sie selbst, sondern auch Polizeibeamte Mühe haben würden, aufgrund des Wandels in den Kleidungsstilen Angehörige „linker“ und „rechter“ Jugendszenen zu unterscheiden.

Auch bei dem Redaktionskollektiv „Freier Widerstand“ diente die linke Internetplattform „indymedia“ als Vorlage für einen Kommunikationsprozess in der rechtsextremen Bewegung.

Auffallend ist die symbolische, aber auch die rhetorische Übernahme und Veränderung von antifaschistischen und antiimperialistischen Parolen. Die im Kontext der kubanischen Revolution entstandene Parole Fidel Castros „Patria o Muerte“ wird von den Autonomen Nationalisten aufgegriffen und im Sinne eines völkischen Vaterlandes interpretiert. Bei anderen historischen Symbolen wie dem Zeichen der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation wurde lediglich der Name in Nationale Sozialisten verändert. Der kulturelle Habitus dieser Gruppierungen ist sprachlich der Rhetorik der Radikalen Linken in Deutschland ähnlich, so werden Begriffe wie „Zerschlagt das System“, „Systempresse“ oder

„Freiheit statt Sicherheitswahn“ benutzt. Interessant ist der permanente Rekurs auf den Begriff von Freiheit, der ein zentrales Handlungsmotiv der Autonomen Nationalisten darstellt. Diese Betonung könnte gezielt für die Gewinnung neuer Zielgruppen erfolgt sein, doch gleichzeitig ist sie aber auch Ausdruck einer „autoritäre Rebellion“ in einer globalisierten Demokratie.

Dieses Phänomen drückt sich bei den Autonomen Nationalisten in einem verstärkten Rekurs auf die Stadt Dortmund, speziell einige Dortmunder Stadtviertel aus.<sup>68</sup> Eine Person aus der Szene drückte dies mit den Worten aus:

„Ziel der Autonomen Nationalisten ist es Präsenz zu zeigen und klar zu machen, das ist unsere Stadt. Das kann in einem Stadtteil sein, an der Schule oder bei einem Infostand.“

Bestätigt durch die Angst und Unsicherheit im Umgang mit dieser Gruppe erfahren die Autonomen Nationalisten eine Form der Aufmerksamkeit und der Anerkennung, welche zu einem verstärkten Selbstbewusstsein führt.

---

<sup>66</sup> VG. Interview 3 S.6

<sup>67</sup> <http://forum.widerstand.info/showthread.php?p=2716#post2716> (17.06.09)

<sup>68</sup> Innenstadt Nord, Eving (Brechten), Innenstadt West, Dorstfeld, Lüdgendortmund

## Strategie

Den Begriff der politischen Strategie in Bezug auf rechtsextreme Strukturen zu verwenden, ist nicht ohne Risiko. Oft wird führenden Rechtsextremisten die Strategiefähigkeit abgesprochen. Dahinter verbirgt sich gelegentlich ein überstrapaziertes Verständnis des Begriffs an sich. Hilfreich erscheint für diese Zwecke der Definitionsansatz von Raschke und Tils. Für sie sind Strategien „...erfolgsorientierte Konstrukte, die auf situationsübergreifenden Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkulationen beruhen.“<sup>69</sup> Akteure arbeiten somit dann strategisch, wenn sie ein übergreifendes Ziel festlegen, Mittel zur Erreichung des Ziels aktiv einsetzen und dabei den Kontext ihres Handelns beachten.

Bezüglich der Autonomen Nationalisten Dortmund vermischen sich dabei Ziele und Strategien. Ein Hinweis von Wagner hilft bei einer Unterscheidung:

„Es gibt eine spontane rechtsextreme Raumordnungsbewegung, die ihre Grundlage in der sozialen Dynamik der rechtsextremen Gruppen, Netzwerke und Projekte hat. Daneben und damit eng verbunden gibt es strategische Projekte im Sinne von Zonenprojekten, die in soziokulturellen und politischen Räumen induziert werden.“<sup>70</sup>

In Dortmund ist das Zusammenspiel beider Facetten deutlich zu beobachten. Als Ziel wird die Befreiung des Raums, der Stadt Dortmund, festgehalten.<sup>71</sup> Befreiung meint aus ihrer Sicht vor allem den organisierten Wegzug von Migranten sowie auf überregionaler Ebene den Austritt Deutschlands aus internationalen Organisationen wie der EU und den Rückzug aus dem internationalen Marktgeschehen auf dem Gebiet der Ökonomie.

Ihre Umweltkalkulation ist dabei geprägt von Feindwahrnehmungen und Minderwertigkeitsgefühlen. Letztere betreffen Personen mit Migrationshintergrund, die aus Sicht der Rechtsextremisten den „deutschen Lebensraum“ okkupierten und die „Deutschen“ verdrängten. Die Feindwahrnehmungen hingegen zielen einerseits auf staatliche Stellen und politisch als „links“ definierte Gruppen wie verschiedene Parteien und Gewerkschaften, aber auch alternative Jugendkulturen und -strömungen wie Punks oder Mitglieder der Autonomen Antifa.

Die gewählten Mittel aus dieser Kontextbeschreibung ergeben sich wie von selbst. Zunächst betreffen sie besonders die „Feinde“ in Form der Anti-Antifa-Ideologie, also die Dokumentation und Einschüchterung des politischen Gegners. Sie lässt sich bis auf die Anfänge der neunziger Jahre zurückverfolgen, in denen das Vorstandsmitglied der Nationalistische Front (NF), Bendix Wendt, verantwortlich für "Abwehr und innere Sicherheit", in den Leitlinien des Programms schrieb:

„Aufgabe der Abwehr ist es, sämtliche Gegner zu erfassen und zu bekämpfen. In jeder Gruppe sind ein bis zwei Mann für die Abwehr abzustellen. Abwehrarbeit geht, bis auf einzelne Ausnahmefälle, vor anderen Aufgaben. Folgende Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen sind als unsere Gegner zu betrachten: Hauptinteresse: militante Autonome, linksradikale Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, z. B. Punks, Gruf-ties, Red-Skins, linke Intellektuelle und Parteien[...] Abwehrarbeit hat nach folgenden Gesichtspunkten zu erfolgen: Feststellung von Aufenthaltsorten der Gegner und Wohnungen, Treffpunkte, Demos usw., fotografisches Festhalten und Katalogisierung der Zielpersonen, Einleitung von nachfolgenden Schritten zur Bekämpfung, Ausschaltung und Überwachung.“<sup>72</sup>

Inwiefern der Generation der Autonomen Nationalisten bei der Gründung und Ausführung der Anti-Antifa-Arbeit die Leitlinien der Nationalen Front bekannt waren oder diese sich primär an der

---

<sup>69</sup> Raschke/ Tils 2007: 127

<sup>70</sup> Wagner 2008: 15

<sup>71</sup> So im Selbstdarstellungsvideo auf: <http://www.youtube.com/watch?v=cbRIMioKCHs> (10.7.2009)

<sup>72</sup> Vgl: Borstel, Landgraf, Luzar, Wagner (2006): Rechtsextremismus in der Weitlingstraße. Mythos oder Realität. Problemaufriss im Berliner Bezirk Lichtenberg.

Art und Weise sowie den Formen von autonomer Antifa-Arbeit orientiert, bleibt eine weitere offene Forschungsfrage. Bis zum Jahr 2003 gab es auf der Internetseite Freier Widerstand eine interne Rechercheliste, auf der Bilder von Journalisten, Polizeibeamten und Antifaschisten für Autonome Nationalisten einsehbar waren.<sup>73</sup>

Ein Autonomer Nationalist berichtet über die Vorgehensweise in der Anti-Antifa-Arbeit: „[...] die Ziele wurden oft vorher abgecheckt. Blitzschnell auftauchen, zuschlagen, abhauen, so lief das“.

Das hohe Gewaltpotential stellt auch für andere potentielle Opfergruppen eine unkalkulierbare und ohnmächtige Situation dar. Ein Vertreter eines muslimischen Vereins merkte dazu an:

„In unserem Gebiet gibt es wenig Deutsche. Unsere Kinder haben aber Angst, da es hier ein kleines Gebäude der Nazis gibt, bei dem schmeißen Fenster kaputt und wir haben Angst, dass die denken Ausländer waren das. Haben Angst um unsere Kinder, Polizei muss (...) Bescheid sagen. Auf der Gegendemo sehen sie keine Türken von uns, die haben Angst“.

Den Autonomen Nationalisten kommt die Angst potentieller Opfer recht. In ihrer strategischen Anlage ist die Angst der Opfer und Unterdrückter ein Vorläufer ihrer Räumungsstrategie, nach der Feinde und Nicht-Deutsche verdrängt gehören. Andererseits ist sie aber auch Ausdruck realer Macht und sorgt so für eine erhöhte Anerkennung der Rechtsextremisten.

Um Macht geht es u.a. auch bei der Etablierung von Szeneläden wie dem „Donnerschlag“ oder den bekannten Wohngemeinschaften und Hausprojekten der rechtsextremen Szene in Dortmund. Dabei handelt es sich im oben zitierten Wagnerschen Sinne um „Zonenprojekte“, die auf die nachhaltige Besetzung des öffentlichen Raums zielt. Der Szeneladen mit seinem Musik- und Modeangebot erfüllt dabei mehrere Funktionen:

- Treff- und Anlaufpunkt der Szene
- Sicherung der ökonomischen Selbstversorgung der Szene
- Öffentliches Zeichen zur Besetzung des öffentlichen Raums im Stadtteil

Solche „Zonenprojekte“ sind eingebunden in die Dynamik der angeschlossenen Gruppen und Cliques. In mehreren Interviews wurde z. B. die Bedeutung der Wohngemeinschaften problematisiert. Sie dienen neben ihrer Stammbesetzung auch als Unterkunft für Jugendliche, die angesichts ihrer politischen Orientierung familiärem Druck ausgesetzt sind. Dabei handelt es sich um ideologisch zumeist noch nicht gefestigte Jugendliche und junge Menschen, die über diese Unterkünfte Kontakte zu gefestigten Kadern der Szene knüpfen können und dort in das Aktivitäts- und Erlebnisprogramm der freien Kräfte eingebunden werden, so neuen Halt in ihrem Leben gewinnen und gleichzeitig immer tiefer in die rechtsextreme Subkultur einsteigen.

Die Beschreibung der um die gefestigten rechtsextremen Strukturen herum agierenden losen Cliques ist dabei überaus schwer. In den Interviews schwanken die Angaben möglicher Treffpunkte. Bei nachfolgender Recherche ergab sich wiederholt der Eindruck, es habe sich um frühere Treffpunkte ohne aktuelle Bedeutung gehandelt. Diese losen Cliques erscheinen im hohen Maße mobil und flexibel in ihrer Zusammensetzung. Bei einigen gibt es auch Hinweise auf ethnisch gemischte Gruppen, zumindest für den Moment. Dies ist im Rechtsextremismus selten und ist Hinweis auf die noch nicht endgültig verschlossene ideologische Ausrichtung. Hinzu kommt das Problem der problematischen ästhetischen Ortung der Gruppen. Ein Beispiel aus dem Forschungstagebuch soll das Problem zeigen:

---

<sup>73</sup> Vgl. Interview 4. S.2

„An der Würstchenbude direkt am Eingang des Hauptbahnhofs steht eine Gruppe junger Männer, alle um die 20 Jahre alt, trinken Bier, pöbeln ein paar Passanten an. Ihr Ghetoblaster ist aufgedreht: harte Töne, Text unverständlich. Von ihrer Kleidung könnten sie genauso gut Antifas wie auch Rechtsextremisten sein. Ein Gespräch bietet sich angesichts ihrer offensichtlichen Gewaltbereitschaft, sie schubsen sich gerade gegenseitig, gerade nicht an.“

An dieser Stelle ist guter Rat teuer. Die früher nahezu problemlose Zuordnung von jugendkulturellen Stilen ist aufgelöst. Die Gruppen sind diffus und nicht mehr ästhetisch auf den ersten Blick objektivierbar. Hier braucht es neue Ansätze des Screenings, um Zuordnungen gewährleisten zu können, die dann wieder in methodische Konzepte der Auseinandersetzung münden müssen.

### **Vernetzung**

In Dortmund selbst sind die Autonomen Nationalisten mit der Kameradschaft Dortmund, aber auch dem subkulturellen Musikmilieu vernetzt.

Die Zusammenarbeit mit der DVU als Ratspartei gestaltet sich bezüglich Anfragen an den Rat oder Informationen über Aktivitäten der Stadt gegen Rechtsextremismus. Zur NPD in Dortmund haben die Autonomen Nationalisten ebenfalls Kontakt und pflegen einen regelmäßigen Austausch sowie eine Kooperation bei Demonstrationen, aber auch der Nutzung von Infrastruktur. In regelmäßigen Kooperationsrunden mit ausgewählten Vertretern der Gruppierungen werden stadtinterne, aber auch bundesweite Aktivitäten (z.B. so genannter Rudolph-Hess-Marsch) der rechtsextremen Szene besprochen. Gerade in der Konsolidierungsphase hatten die Autonomen Nationalisten Dortmund Kontakt zu Mitgliedern der Kameradschaft Tor und dem Märkischen Heimatschutzes sowie zu den Freien Nationalisten aus Hamburg.

Aktuelle Vernetzungen bestehen über das Koordinationsnetz Ruhr Mitte<sup>74</sup>, das Bundesweite Treffen der Autonomen Nationalisten/Freien Kräfte und über das Zentropa Netzwerk, indem ein enger Austausch mit belgischen, russischen, tschechischen und rumänischen Rechtsextremisten betrieben wird<sup>75</sup>.

Erkennbar ist, dass besonders die Infrastrukturangebote der Dortmunder anziehend auf Mitglieder aus dem Umland sind. Sie sind Treffpunkte aber auch Optionen der Unterkunft für Mitglieder externer, befreundeter Gruppen.

---

<sup>74</sup>Zu dem Aktionsnetz gehören Einzelpersonen und Gruppen aus Castrop-Rauxel, Dorsten, Dortmund, Duisburg, Erkenschwick, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Haltern, Hamm, Hattingen, Herne, Herten, Marl, Oberhausen, Recklinghausen, Waltrop, Witten

<sup>75</sup> Auf der Syndikat Z – website sind als links aus dem Zentropa Netzwerk kanadische Organisationen, der französische Canal Mythos, das portugiesische Inconformista, das griechische Terra Nova, die belgische Jeune Neuv. Aus den osteuropäischen Ländern sind das rumänische Sfarma Piatra, die russischen Rus Resistance und vor allem die Tschechische Arbeiterpartei, die Narodni Opdor vertreten.

## **Relevanz**

Die Autonomen Nationalisten sind momentan die diskurs- und handlungsfähigste Gruppierung der rechtsextremen Szene Dortmunds. Durch ihren pragmatischen Aktivismus, das Aufgreifen aktueller Themenfelder wie die Soziale Frage, Aspekten des kulturellen und politischen Lebens sowie einer vermeintlichen Annerkennung ihrer Aktivisten haben sie es in den letzten Jahren geschafft, eine rechtsextreme Bewegung in Dortmund zu forcieren.

Insgesamt sollten die Aspekte der „deutlich stärkeren Politisierung“ des teilweise stabilen Zusammenhalts der Autonomen Nationalisten und des breiten kulturellen und kommerziellen Angebotes an rechtsextrem orientierte Personen nicht zu der Schlussfolgerung führen, es gäbe überhaupt keine Möglichkeit einer konstruktiven Intervention der demokratischen Zivilgesellschaft.

Politische Kultur ist sozialisationsrelevant – durchaus auch über die Lebensspanne hinweg - und zwar in sehr vielschichtiger Hinsicht: Per definitionem meint Politische Kultur „die für eine soziale Gruppe maßgebenden Grundannahmen über die politische Welt und damit verknüpfte operative Ideen [...] soweit sie sich mental und/oder habituell auskristallisiert haben.“<sup>76</sup> Es geht um die subjektiven Dimensionen von Politik, die stärker von den zivilgesellschaftlichen Akteuren in die Analyse miteinbezogen werden müssten.

Eine besondere Bedeutung im Kontext Politischer Kultur hat die Frage nach der Qualität öffentlicher Diskurse und der Reaktion auf Rechtsextremismus: So kann es zu einer Reproduktion, Verstärkung oder Verfestigung rechtsextremer Einstellungen in Teilen der Gesellschaft kommen.

Erfahrungen aus Gesprächen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich von der rechtsextremen Szene distanziert haben oder gar aus organisierten Gruppen ausgestiegen sind, zeigen, dass es in der biographischen Entwicklung durchaus nicht nur Kontinuitäten gibt, sondern auch Brüche in ganz unterschiedlicher Form zu Einstellungsänderungen führen können.

Dazu mag letztendlich die Einsicht gehören, dem eigenen ‚verkorksten‘ Leben eine neue Richtung zu geben; dazu mögen neue Freundschaften oder eine Liebesbeziehung gehören.

Aber dazu kann vor allem auch die Erkenntnis der Widersprüchlichkeit innerhalb der rechtsextremen Ideologie selbst gehören, insbesondere bei jenen, die versucht haben, diese Ideologie zum Maßstab ihrer Lebensweise zu machen.

So wies ein Aussteiger darauf hin, dass durch den Aufbau eigener Strukturen der rechtsextremen Szene, die von der gemeinsamen Freizeitgestaltung über ein soziales, politisches Umfeld fast alles bietet – „*seien es Konzertbesuche [...] oder Fußballturniere und Hausaufgabenhilfen*“ – eine „*Entfremdung von der Gesellschaft*“ stattfindet. Da der Kontakt zu Menschen und Gruppen außerhalb der rechtsextremen Szene jedoch nicht zu unterbinden sei, würden Widersprüche auftreten, in denen eine Chance für Distanzierungsprozesse und letztlich den völligen Ausstieg aus dem rechtsextremen Weltbild läge.

Gleichzeitig muss deutlich darauf hingewiesen werden, dass Rechtsextremismus nicht synonym mit einer bestimmten Milieuzugehörigkeit, Altersgruppe und auch nicht synonym mit einer bestimmten politischen Selbstzuordnung zu setzen ist. So können auch Wähler demokratischer Parteien rechtsextrem orientiert sein oder Menschen, die sich selbst der demokratischen Mitte oder der außerparlamentarischen Linken zugehörig fühlen.

Blicken wir jedoch noch einmal zu den eingangs formulierten Relevanzkriterien. Von besonderer Bedeutung zur Einschätzung dieses Akteurs ist einerseits seine massive Gewaltbereitschaft aus der Gruppe heraus sowie andererseits die Versuche, lokale Dominanzzonen zu entwickeln. Jen-

---

<sup>76</sup> Vgl. Niedermayer / Beyme 1996

seits der kleinen Projektwelt gelingt es ihnen zwar nicht, flächendeckende, kulturelle Hegemonien im Alltag zu etablieren, gekoppelt mit der mit ihnen verbundenen Gewalt gibt es jedoch Hinweise auf Vorstufen einer solchen Entwicklung, nämlich die verbreitete Angst bei potentiellen Opfern und die damit verbundene Einschränkung ihrer freien Entfaltung und ihrer Würde, besonders im öffentlichen Raum.

Eng mit den freien Kräften verbunden ist aus Sicht einiger Interviewpartner die „Kameradschaft Dortmund“, die jedoch angesichts ihrer Geschichte und des mit ihr verbundenen Milieus als eigenständiger Akteur gezählt werden soll.

## 5.2 Kameradschaft Dortmund

Die Gegenwart der Kameradschaft Dortmund ist zunehmend ihre eigene Geschichte. Ihr führender Kopf, der Industriekaufmann Siegfried Roland Borchardt, ist mit seinem Spitznamen „SS-Siggi“ auch vielen Nichtexperten ein Begriff. Nach eigener Auskunft und merkbar stolz kann Borchardt derweil auf ein Vierteljahrhundert Aktionismus im nationalsozialistischen Milieu zurückblicken.<sup>77</sup> Sein Weg führte ihn über die mittlerweile verbotene Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei zur Kameradschaft Dortmund, die zwischenzeitlich kaum von der sogenannten „Borussenfront“ zu trennen war. Bei ihr handelte es sich um eine Gruppe an der Schnittstelle aus rechtsextremem Milieu und Subkultur sowie Hooliganismus im Umfeld des BVB-Fanmilieus, die andernorts bereits beschrieben wurde.<sup>78</sup>

Borchardt weist gerne auf seine Milieubeziehungen zu Skinheads und Hooligans hin, deren Politisierung er vorantreiben möchte, um sie als moderne Form der „SA“ zu entwickeln.<sup>79</sup> Dabei neigte er in seiner Biographie selbst gehäuft zur Gewaltanwendung und kann folgerichtig auch auf reichliche Erfahrungen im Gefängnis zurückblicken.

Für diese Studie ist jedoch weniger die Biographie Borchardts entscheidend, sondern seine aktuelle Bedeutung für die regionale Szene. Dazu ergeben sich aus den Interviews und der sonstigen Datenerhebung folgende Hinweise:

Nach Auskunft mehrerer Beobachter gründeten sich in den letzten zwei Jahren mindestens eine, vermutlich sogar zwei „Nachfolgeorganisationen“ der „Borussenfront“, die an den Mythos der Gruppe anzudocken versuchen. Interessanterweise sollen besonders auch die Kinder der damaligen Mitglieder daran beteiligt sein. Es handelt sich möglicherweise um eine zweite Generation, die im Gegensatz zur ersten Generation jedoch auf ein verändertes Umfeld trifft. Die Fankultur des BVB hat sich noch einmal vergrößert, die Kommerzialisierung ist vorangeschritten. Es fällt der zweiten Generation dabei noch schwerer als der ersten, eine hörbare und bemerkbare Verankerung im Fußballmilieu zu finden. Sie gehen schlicht in der Menge unter.

Unbestritten ist die gute, überregionale Vernetzung Borchardts besonders zum Umfeld um Christian Worch; aber auch zu führenden Vertretern des radikalen Flügels der NPD um Thomas Wulff sowie zum Netzwerk von „Blood & Honour“. Ausdruck dieser Vernetzung ist besonders die gegenseitige Unterstützung bei der Anmeldung und Durchführung der großen Demonstrationen in Dortmund.

---

<sup>77</sup> Vgl. <http://logr.org/dortmund/2009/01/24/25-jahre-kameradschaft-dortmund-eindrucksvoller-rueckblick-von-siegfried-borchardt/>

<sup>78</sup> Vgl. Grumke/ Wagner 2002: 239-40, Dossier des Dortmunder Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus 2008:

4.

<sup>79</sup> Vgl. Interview mit Siegfried Borchardt im „Zentralorgan“, Nr. 11/2001

Die Beobachtungen der Kameradschaft selbst jenseits von Borchardt sind hingegen eher diffus. Zwar gibt es Beobachtungen von „alten Kämpfern“ um Borchardt herum. Die Gruppe wird jedoch geprägt durch seinen unumstrittenen Anführer. Die Altersstruktur liegt über der sonstiger Kameradschaften und die Eindrücke auf Außenstehende sind eindeutig. So bemerkt ein Gewerkschaftsmitglied, das nicht genannt werden will, unter Zustimmung seiner Kollegen:

„Das ist ein widerliches Milieu, politisch verbiestert und alkoholgesättigt. Viel bringen die nicht mehr zu Stande. (...) Der (SS-Siggi, A. d. Autoren) lebt doch nur noch von seinem Ruf und seinen Kontakten von früher.“

Im Forschungstagebuch und in den weiteren Interviews fehlen Hinweise auf eine andere Beschreibung der Gruppe, die als solche kaum noch zu erkennen ist.

### **Relevanz**

Borchardt ist trotz der Schwäche seiner Gruppe weiterhin relevant. Er ist in seiner Radikalität und angesichts seiner Biographie ein Vorbild für die Jüngeren. Früh stellte er sich schützend vor die Jüngeren bei den Autonomen Nationalisten und verteidigt sie auch vor Angriffen aus dem Kontext der NPD. Gleichzeitig ist er akzeptierter Dortmunder Kontaktmann für die überregionalen und auch internationalen rechtsextremen Strukturen. Auch spielt er den Paten für die Versuche, eine zweite subkulturell orientierte rechtsextreme Gruppe zu gründen, die quasi in seine Fußstapfen tritt und ihrerseits wieder über neue Gewaltformen Relevanz entwickelt. Borchardt ist der zentrale Pate, Vaterfigur und Strippenzieher im radikalsten Teil des Dortmunder Rechtsextremismus.

## **5.3 Rechtsextremes Musikmilieu**

Mit den freien Kräften eng verbunden, aber dennoch auf einen Rest an Eigenständigkeit bedacht, sind die rechtsextremen Musikprojekte in Dortmund. Neben ersten Versuchen im Hatecorebereich, die noch näher zu erkunden sind und zu denen kaum aussagefähige Aussagen vorliegen, betrifft dies in Dortmund vor allem die Gruppe „Oidoxie“ mit ihrer Verankerung im Stadtteil Brechten.

Bei „Oidoxie“ handelt es sich um eine der ältesten und bekanntesten rechtsextremen Musikbands in Deutschland. Seit 1995 tritt die Gruppe vor allem live auf und konnte bisher auch acht Tonträger aufnehmen.

Ihre Texte waren zunächst geprägt durch Anbindungen an den rechtsextremen Teil der Skinheadkultur, sollten sich aber zunehmend politisieren. So gehören zu ihrem Repertoire Lieder mit revisionistischem Charakter besonders in Bezug auf die Soldaten der Wehrmacht („Helden für Deutschland“), offene Bezüge zu rechtsextremen Terrorgruppen („Terrormaschine“), ausländerfeindliche Texte („Deutschland den Deutschen“) und systemkritische Aussagen („Demokratie“).

Die Gruppe ist eingebunden in das in Deutschland verbotene, aber dennoch aktive Netzwerk aus „Blood & Honour“-Gruppen. Sie spielt auch auf internationalen Festivals, z. B. in Schweden, und sorgte in Deutschland 2007 für Aufsehen. Im Rahmen der Demonstrationsreihe in Leipzig war „Oidoxie“ die erste Rechtsrockband, die live im Rahmen einer Demonstration auftrat und damit einen neuen Trend vorbereitete.

Parallel nutzte die Gruppe schon früh das Internet als Kommunikations- und Vertriebsstruktur. Im eigenen „Oidoxie“-Forum kam es dabei zwischen den unterschiedlichen Flügeln des modernen Rechtsextremismus zu erheblichen Konflikten, die letztendlich zur Schließung des Forums führten.

„Oidoxie“ ist nur die bekannteste Rechtsrockband aus Dortmund. Eine zweite Band heißt „Libertin“ und ist eng mit den Autonomen Nationalisten in Dortmund verbunden. Auftritte von ihr sind bereits aus Belgien und Ungarn belegt. In mehreren Interviews wurde auf weitere, z. T. in Gründung befindliche Bands hingewiesen, die jedoch mangels stichfester Daten nicht eindeutig belegt werden können. Sie ist eine nationale Marke und gehört zu den Trägern des rechtsextremen Musiknetzes. Das organisierte Spektrum der Rechtsrock- und Hatecore-Bands, Labels und Versände beschränkt sich in Dortmund auf einen verhältnismäßig kleinen Personenkreis. Für diesen ist die Musik der kulturelle Ausdruck ihrer neonazistischen Einstellung. Ein Großteil dieser Personen ist in den organisierten Neonazismus eingebunden. Darüber hinaus sind Rechtsrock-Bands u.a. auch in Dortmund zu einem Stück Alltagskultur für einige Jugendliche geworden. Zwar kommt die Mehrheit dieser Jugendlichen nicht auf die oft verdeckt organisierten Konzerte, jedoch faszinieren sie die rassistischen und antisemitischen Texte. Bis Anfang 2009 existierte zudem das bereits erwähnte rechtsextreme Ladenlokal „Donnerschlag“, in dem neben Tonträgern (CD), auch T-Hemden (T-Shirts) und andere Utensilien (Fanzines, Pfefferspray etc.) verkauft wurden. Während die rechtsextreme Szene in den letzten Jahren den Verkauf von Devotionalien und Musik zunehmend auf den Internetversand verlagerte, dienen die Ladenlokale strategisch als Anlauf- und persönliche Interaktionsstruktur. Momentan befindet sich die rechtsextreme Szene erneut auf der Suche nach einer Immobilie.

In Dortmund agieren die subkulturellen Gruppen – trotz Kontakten besonders zu den Autonomen Nationalisten – noch verhältnismäßig frei und unabhängig. Sie sind Orientierungspunkte für Jüngere und ihre Musik wirkt verbindend für die eigenen Gruppenzusammenhänge. Sie sind Teil der örtlichen Szene. Ihr Aktionsradius geht jedoch deutlich über Dortmund hinaus.

## 5.4 Rechtsextreme Parteien

In Dortmund existieren ortsnahe Verbände der beiden großen rechtsextremen Parteien in Deutschland: NPD und DVU.

### 5.4.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Die NPD ist die derzeit älteste rechtsextreme Partei in Deutschland. Ihren bisherigen Höhepunkt erreichte sie Ende der sechziger Jahre, als ihr der Einzug in mehrere Landtage gelang und sie bei der Bundestagswahl 1969 nur knapp an der 5%-Hürde scheiterte. Nach diesen Wahlerfolgen zerstritt sich die Partei und erlebte Jahrzehnte der Erfolglosigkeit. Während in den sechziger Jahren noch zahlreiche Abhandlungen zur Partei erscheinen<sup>80</sup>, schwindet das Interesse an dieser jedoch mit den fehlenden Wahlerfolgen in den 70er Jahren. Es folgen in den achtziger Jahren zumeist nur journalistische Berichte oder strikt regionale Analysen der Partei.<sup>81</sup> Größeres wissenschaftliches Interesse weckt die NPD erst mit ihrer strategischen Kurskorrektur ab 1996 unter ihrem neuen Vorsitzenden Udo Voigt. Er öffnet die Partei für die „freien Nationalisten“, gemeint sind vor allem die Kameradschaftsnetzwerke, und lösen rechtsextremen Strukturen mit jugendkultureller Anbindung an verschiedene rechtsextreme Milieus<sup>82</sup>, besonders in Ostdeutschland,

---

<sup>80</sup> Vgl. z. B. Kühnl u.a. 1969 und Niethammer 1969

<sup>81</sup> So z. B. die Berlin-Studie von Laue 1993. Aus dem Überleben der Partei trotz De-Facto-Verbot dank des Viermächtestatus in Berlin lassen sich interessante Informationen zur Option der Weiterarbeit im außerparlamentarischen Untergrund nach einem möglichen NPD-Verbot gewinnen.

<sup>82</sup> Eine erste Typologie dieser rechtsextremen Milieus, Strukturen und Kulturen bietet Wagner 1994a: 92-96. Er unterscheidet darin zehn Typen: Gruppen dissozialer Jugendlicher, lose Gesellungen, temporäre Gesellungen, rechte Szenen in Freizeiteinrichtungen, Stammtische, an feste Räume gebundene Gesellungen, parteigebundene

entwickelt die „Drei-Säulen-Strategie“<sup>83</sup> der Partei und erweitert das thematische Spektrum der Partei erheblich.<sup>84</sup> Sein Vorgänger im Amt, Günther Deckert, ist vor allem mit revisionistischen Themen inklusive der expliziten Leugnung des Holocausts aufgefallen. Voigt hingegen konzentriert sich zunehmend auf die soziale Frage und versucht, sie direkt mit Migrationsfragen zu verbinden und in einer Volksgemeinschaftsidee zu lösen. Sie stellt seiner Ansicht nach ein explizites Gegenmodell zur Globalisierung dar, indem sie die Idee eines weitgehend autarken, völkisch homogenen und autoritär organisierten Nationalstaates reaktiviert.

Die neuen Erfolge der NPD, wie die Einzüge in die Landtage von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, erklärt dieser Strategiewandel alleine noch nicht. Stöss plädiert in einer Analyse von NPD-Erfolgsbedingungen für eine Unterscheidung interner und externer Erfolgsbedingungen.<sup>85</sup> Zu den externen Erfolgsbedingungen zählt er die Existenz einer Wählerbasis, aktuelle für die rechtsextreme Seite nutzbare Exkurse sowie spezifische parlamentarische Konstellationen wie große Koalitionen. Für Jesse wiederum sind die Parlamentskonstellationen jedoch kein Muss, um als NPD erfolgreich zu sein.<sup>86</sup> Interne Erfolgsbedingungen machen hingegen das jeweilige Angebot der rechtsextremen Parteien aus. Etwas süffisant stellt Stöss dabei fest, dass die externen Faktoren zumeist erheblich besser waren als die internen.<sup>87</sup> Größere Wahlerfolge konnten sie immer nur dann erreichen, wenn interne und externe Erfolgsbedingungen vorhanden waren und es der Partei gleichzeitig gelang, aktuelle Ressentiments und Diskurse aufzugreifen. Geschichtspolitische Themen hingegen haben sich tendenziell als erfolgshemmend erwiesen,<sup>88</sup> während die erfolgreichen Kampagnen z. B. in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sich auf die soziale Frage konzentrierten. Als ideale Konstellation erweist sich dabei die letzte Landtagswahl in Sachsen. Die NPD ist dort in einigen Kommunen stark verankert<sup>89</sup>, das politische Personal umfasst auch regionale Prominenz und das Thema Hartz IV erweist sich als ideales Agendathema zur Entwicklung einer Oppositionsstrategie mit systemkritischem Impetus. Kriegsverherrlichende Propaganda oder die früheren Versuche der NPD, besonders den Holocaust in Frage zu stellen, mündeten dagegen immer in Wahlniederlagen.

Überblickt man die Forschungslage zur NPD, stellt man fest, dass es einerseits frühe Abhandlungen gibt und andererseits ein großes Forschungsloch für die Zeit zwischen 1970 und 1995 zu verzeichnen ist. Auch fehlt es trotz zahlreicher kurzer Texte zur Geschichte der NPD<sup>90</sup> noch immer an einer übergreifenden Monographie zur Partei.<sup>91</sup>

### ***NPD in Dortmund***

Die NPD war in ihrer Geschichte in Dortmund zumeist schwächer als im Bundesdurchschnitt. Bisher gelang es ihr nicht, bedeutende Wahlergebnisse zu erzielen oder sich als bedeutender

---

Kameradschaften, autonome Kameradschaften, paramilitärische Gruppen und Terrorkommandos. (Siehe auch die knappe Erweiterung in: Wagner 1999b)

<sup>83</sup> Vgl. Sprado 2002. Aus drei wurden derweil vier Säulen („Kampf um den organisierten Willen“). Interessant ist, dass der NPD oft eine hohe Strategiefähigkeit unterstellt wird, für die jedoch nur selten empirische Belege geliefert werden. (Vgl. z. B. Bergsdorf 2008)

<sup>84</sup> Diese strategische Neuerung analysiert Pfahl-Traughber 2002a. Aus journalistischer Sicht: vgl. auch Staud 2005

<sup>85</sup> Vgl. Stöss 2005: 44-45

<sup>86</sup> Vgl. Jesse 2005: 38

<sup>87</sup> Vgl. ebenda, S. 47

<sup>88</sup> Vgl. ebenda, S. 50

<sup>89</sup> Siehe die wahlökologische Untersuchung von: Spier 2007

<sup>90</sup> Vgl. z. B. Miliopoulos 2006

<sup>91</sup> Einen ersten Versuch liefert immerhin Hoffmann 1999. Zentrale Entwicklungen können damals aber noch nicht angemessen bewertet werden, so dass der Forschungsstand, damals noch unbefriedigend bleibt. Lücken schließt immerhin der Band von Backes/ Steglich 2007.

politischer Akteur hervorzutun. Bei der Kommunalwahl 2009 reichen ihr jedoch 0,9% der Stimmen, um einen Sitz im Rat zu ergattern. In die Bezirksvertretungen der Stadt wird sie jedoch nicht gewählt.

Auch der derzeitige NPD-Verband in Dortmund ist vor allem undurchsichtig. Es existiert eine eigene Webpräsenz unter [www.npd-dortmund.de](http://www.npd-dortmund.de). Sie ist jedoch in Hinsicht auf Organisation, Struktur und Programm der Partei in Dortmund unergiebig. Lediglich fünf Personen lassen sich als Aktivisten der Partei identifizieren. Einer davon ist der bisherige Ratsherr Axel Thieme, der erst jüngst von DVU wechselte.

Auch ein zweiter Aktivist ist ein Wechselgänger zwischen verschiedenen Parteien und kandidierte seit 1999 auch schon für die FDP und die Partei „Ab jetzt... Bündnis für Deutschland“. Für die NPD hält er Vorträge und tritt ebenfalls für eine „Dortmunder Arbeitsgemeinschaft für politische Bildung auf“, die weitgehend aus ihm selbst zu bestehen scheint.

Besonders engagiert zeigt sich für die Partei ein junges Vorstandsmitglied<sup>92</sup>. Er ist bei den Infoständen in den Bezirken präsent, sucht den Kontakt zu anderen rechtsextremen Gruppen und unterzeichnet zahlreiche Beiträge auf der NPD-Homepage. Von Beruf Bäcker kandidierte er bisher schon für die NPD und erhielt bei der Bundestagswahl 2005 im Dortmunder Wahlkreis Nummer 143 gerade einmal 1% der Stimmen. Er ist 1983 geboren und gehört damit zur Nachwuchsgeneration der NPD.

Bedeutend war in Dortmund vor allem der „Deutschlandpakt“ zwischen DVU und NPD, der u.a. Absprachen zu Wahlantritten enthielt und konkurrierende Kandidaturen verhindern sollte.

Bis in den Winter 2008 hielt der Pakt mit der DVU. Zum Bruch soll es gekommen sein, als die DVU es abgelehnt haben soll, einen der drei ersten und Erfolg versprechenden Plätze für die NPD frei zu halten und die NPD sich zu einer Konkurrenz kandidatur bei den Kommunalwahlen entschloss. Dieser Weg dürfte auch Konsequenzen für das äußere Erscheinungsbild der NPD in Dortmund haben. Ihre zentrale Aktivität war bisher die Durchführung von Infoständen in unterschiedlichen Dortmunder Stadtteilen in Kooperation mit der DVU. Nach Aussagen der Partei sollen 2008 immerhin acht solcher Infostände in Wickede, Eving, Kirchhörde, Scharnhorst, Marten, Wellinghofen, Hombruch, und Derne stattgefunden haben. Die Aufzählung der Orte zeigt, dass die NPD die Stadtmitte meidet und ansonsten keine expliziten Schwerpunkte bildet. Dies zeigt sich auch im Kommunalwahlkampf, in dem die Partei ihre Verteilaktion in den Bezirken noch intensivierte.

Die weiteren Aktivitäten sind ebenfalls übersichtlich. Im Sommer wurde im kleinen, internen Kreis gewandert. Es gibt den Hinweis auf eine Saalveranstaltung am 26.7. in Eving mit dem Titel „Deutsche wehrt Euch – Gegen Überfremdung, Islamisierung und Ausländerkriminalität“, bei der die Dortmunder NPD-Spitzen miteinander diskutierten. Unverkennbarer Höhepunkt des Jahres ist die Teilnahme an der Dortmunder Großdemonstration. Vereinzelt reisen auch Dortmunder NPD-Mitglieder zu rechtsextremen Großdemonstrationen z. B. in Dresden bzw. zu kleineren Aufmärschen in unmittelbarer Nachbarschaft.

### **Programm**

Trotz wiederholter Hinweise liegt ein kommunales Programm der NPD in Dortmund bisher nicht vor. In seiner Neujahrsansprache gibt Wächter jedoch einige zentrale Forderungen vor, die für ihn die Teilnahme an den Kommunalwahlen rechtfertigen. Das sind:

---

<sup>92</sup> Das IKG verzichtet an dieser Stelle auf die Namensnennung. Uns geht es um Strukturen und nicht um die Personen an sich.

- „Konsequente Abschiebung krimineller Ausländer und bereits abgelehnter Asylbewerber
- 500 € Kindergeld für Deutsche
- Arbeitsplatzsicherung für Deutsche - Qualifizierte Deutsche sind Ausländern vorzuziehen
- Bildungschancen für alle Deutschen – Für Ausländerkinder sind eigene Klassen zu bilden
- Streichung aller finanziellen Mittel für Zwangsintegrationsprojekte
- sofortige Aufstockung der Lehrkräfte an Schulen, sowie an Kindergärten
- Förderung des Mittelstand
- Ausländerstopp und gezielte Rückführung, Umsetzung wie in Spanien (Bericht auf [www.npd.de](http://www.npd.de))
- Todesstrafe für Kinderschänder“<sup>93</sup>

Mit Ausnahme der Förderung des Mittelstandes ist keine dieser Forderungen kommunal steuerbar. Es handelt sich dabei um NPD-typische bundespolitische Forderungen, die auf den Gedanken der Etabliertenvorrechte (Vorzug der Deutschen), des Rassismus (Ausländerklassen) und der Abkehr von dem Gedanken der Unantastbarkeit der Würde des Menschen (Todesstrafe) beruhen. Spezifische Forderungen mit unmittelbar Dortmunder Bezügen finden sich nicht.

### **Vernetzung**

Der „Deutschlandpakt“ mit der DVU scheint vor Ort gebrochen. Weitere Kooperationen mit der DVU scheinen auch vor dem Hintergrund des deutschlandweiten Bruchs der Absprache durch den NPD-Bundesvorstand unwahrscheinlich.

Wichtiger scheint der allgemeine Trend der NPD zu sein, sich in Richtung Kameradschaften und Autonomer Nationalisten zu öffnen. Dieser Prozess steckt in Dortmund jedoch noch in den Kinderschuhen und ist nur lose. Abgesehen von den regionalen NPD-Gruppen im Dortmunder Umfeld gibt es keine Hinweise auf weitere Vernetzungen.

### **Relevanz**

Die NPD verfügt lediglich über einen kleinen Kreis allerdings sehr aktiver Mitglieder. Ihr gelingt die Aufrechterhaltung eines Parteilebens, ohne dass es jenseits der Infostände und einiger Plakate in Wahlkampfzeiten jedoch zu größeren Aktivitäten käme.

Die Programmatik der Partei ist unausgereift. Es fehlt jeder Dortmunder Bezug. Es gibt keine zusammenhängenden Aussagen zu zentralen Themen wie Wirtschaft, Arbeit und Soziales.

Durch den Pakt mit der DVU war die NPD bisher parlamentarisch bedeutungslos. Im außerparlamentarischen Bereich konkurrierte sie mit den Autonomen Nationalisten, die mit ihrer subkulturellen Ansprache größeren Zulauf erhielten als die starre Partei. Bisher fehlte somit schlicht die Funktion einer NPD. Sie war nicht nötig. Möglicherweise gelingt ihr perspektivisch die Verdrängung der DVU. Dann könnte sie sich zu einem Brückenkopf der AN in die Öffentlichkeit und in die Stadtgesellschaft Dortmunds hinein entwickeln. Dieser Prozess ist jedoch noch nicht absehbar.

---

<sup>93</sup> <http://www.npd-dortmund.de/>

Die Relevanz der NPD beschränkt sich somit noch auf ihre Versuche, durch Plakate und Flugblätter Diskurs- und Stimmkraft zu gewinnen. Selbst darin scheint sie den freien Kräften unterlegen zu sein, so dass die Partei sicherlich weiter zu beobachten, in ihrer Bedeutung jedoch geringer als die freien Kräfte und die Autonomen Nationalisten einzuschätzen ist.

#### **5.4.2 Deutsche Volksunion**

Während das Forschungsinteresse bei der NPD größer zu werden scheint, ist es bei der DVU abgesehen von einigen Parlamentsanalysen<sup>94</sup> zu ihrem Wirken in den Landtagen von Bremen, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt nie breiter entfacht worden. Vermutlich scheint das Muster der Partei zu durchsichtig zu sein: Bis 2008 galt: Ein autoritärer Finanzier, Presseherausgeber und Parteiführer ohne positive Ausstrahlung finanziert sich eine Partei zur egomanen Befriedigung, beschäftigt weitgehend hörige Mitarbeiter ohne größere Fachkompetenz, bestimmt das Agieren seiner Fraktionen und unterbindet zügig ein eigenständiges Parteilieben.<sup>95</sup> Die Wahlerfolge sind bestimmt durch externe Bedingungen, die die DVU mit massivem Propagandaaufgebot an Plakaten und Informationsblättern für sich zu nutzen sucht.<sup>96</sup> Ihre Parlamentsarbeit wird anschließend mit einer Ausnahme als desaströs und selbstzerstörerisch interpretiert.<sup>97</sup> Einzige und bis heute nur unzureichend untersuchte Ausnahme ist das Land Brandenburg. Dort wurde die DVU wiederholt in den Landtag gewählt, scheiterte jedoch bei den Landtagswahlen 2009 deutlich an der 5%-Hürde.

Auf ihrem Bundesparteitag am 11. Januar 2009 trat der bisherige Vorsitzende und Finanzier Gerhard Frey nicht wieder an. Als Nachfolger wurde mit 87,6% der 37jährige Matthias Faust gewählt. Formal hat sich die Partei damit an ihrer Spitze deutlich verjüngt. Inwieweit jedoch Faust frei agieren kann, welchen Einfluss weiterhin Frey haben wird und ob es gelingt, die Partei, die seit Jahren massive Mitgliedsrückgänge zu verzeichnen hat, zu stabilisieren, kann noch nicht gesagt werden. Einen Überraschungscoup landete die Partei immerhin mit den beiden neuen Mitgliedern Patrick Brinkmann und Andreas Moldau. Erster ist ein bekennender Rechtsextremist aus Schweden, dem ein Millionenvermögen zueigen sein soll. Brinkmann steht inhaltlich für eine Revision des bisherigen Antisemitismus und plädiert für eine Konzentration auf die Auseinandersetzung mit der vermeintlichen islamischen Herausforderung. Moldau hingegen galt als Erneuerer der NPD und war dort kurzzeitig als neuer Bundesvorsitzender im Gespräch. Er steht für eine Strategie der Annäherung an die demokratische Rechte und der intellektuellen Erneuerung der nationalsozialistischen Ideologie. Inwieweit diese Neuzugänge den Niedergang der DVU stoppen können, ist derzeit noch offen.

#### ***DVU in Dortmund***

Der Dortmunder Kreisverband gründet sich nach Aussagen der Partei im Jahr 1998. Bereits ein Jahr später trat die DVU bei der Kommunalwahl an und konnte mit zwei Mandaten in den Rat der Stadt einziehen. Im Jahr 2005 gelang es der DVU sogar mit drei Mandaten Fraktionsstatus im Rat der Stadt zu erhalten. Verbunden war dieses Ergebnis auch mit dem Einzug von DVU-Ratsherren in die Bezirksvertretungen von Innenstadt Nord, Innenstadt West, Mengede, Huckarde, Scharnhorst, Brackel und Lütgendortmund.

---

<sup>94</sup> Vgl. Butterwegge 1998b

<sup>95</sup> Vgl. Linke 1994, Mecklenburg 1999a, Mecklenburg 1999b, Hertel 1998. Aus der Innenperspektive eines „Aussteigers“ vgl. auch Fischer 1999

<sup>96</sup> Vgl. die umfassenden Analysen von Obszerninks/ Schmidt 1998 sowie die Lokalstudien zu Bremen (Vgl. Probst 1995) und Sachsen-Anhalt (Vgl. Schieren 1999, Holtmann 2002, Neu/ Wilamowitz 1998

<sup>97</sup> So z. B. Holtmann 2002 zur Fraktion in Sachsen-Anhalt sowie allgemein Butterwegge 1998 und Butterwegge/ Meier 1997

Die DVU in Dortmund erscheint im Gewand eines Familienvereins unter Leitung von Max Branghofer. Dieser ist Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Dortmund und vertritt die Partei auch in der Bezirksvertretung von Innenstadt-West. Branghofer ist darüber hinaus Landesvorsitzender der Partei in Nordrhein-Westfalen, Bundesvorstandsmitglied und kandidierte zuletzt (erfolglos) für die Wahl zum Europaparlament auf der Bundesliste der Partei. Er gehört somit zu den führenden Kräften der DVU in Deutschland und dominiert die Aktivitäten in Dortmund.

### **Aktivitäten**

Die DVU tritt in Dortmund vor allem als Ratspartei auf. Sie verzichtet im Gegensatz zur NPD weitgehend auf eigenständige Straßenaktivitäten und sieht sich als parlamentarische Vertretung der politischen Rechten. Bis ins letzte Jahr hinein präsentierte sich die DVU nur zusammen mit der NPD an Infoständen in verschiedenen Dortmunder Stadtteilen. Die Organisation lag jedoch vermutlich eher auf Seiten der NPD. Als dauerhafte, eigene Aktivität wird lediglich ein alle drei Wochen stattfindender Stammtisch genannt. Nur zu den Wahlen kommt es zu einem massiven Einsatz von Propagandamaterialien, die jedoch zentral organisiert und nicht durch Aktivitäten vor Ort unterfüttert sind.

### **Programm**

Ein Wahlprogramm für 2009 lag erst kurz vor der Wahl vor. Es existierte bis dahin lediglich ein Kurzprogramm zur Kommunalwahl 2004. Dieses bestand aus fünf Teilblöcken:

- Migrationspolitik
- Sicherheit/ innere Ordnung
- Arbeit, Soziales, Familie
- Rat und Verwaltung
- Schule, Kultur und Sport

Im Vordergrund stehen zunächst Forderungen nach einer neuen Migrationspolitik, die z.T. nicht im Steuerungsbereich der Kommunalpolitik liegen. So fordert die DVU z. B. einen

„Zuzugsstopp für Ausländer, die nur beim Sozialamt abkassieren wollen!“

Die Verbindung von Migranten mit Kriminalität und negativen Auswirkungen für die Stadt zieht sich durch das Programm und mündet in der Forderung:

„Keine Orientalisierung Dortmunds!“

Die Forderung zielt vermutlich besonders auf Personen mit türkischem oder arabischem Migrationshintergrund. Diese Forderung gehört dabei zu den besonders von Branghofer oft wiederholten Redewendungen. So führt er in einem Interview auf der DVU-Bundesseite dazu aus:

„Unsere Großstädte verlieren nach und nach ihren durch die christlich-abendländische Kultur geprägten Charakter. (...) Die Stadt Dortmund sieht sich heute gezwungen, millionenschwere Projekte in den multikulturellen Brennpunkten der Stadt zu realisieren, um überhaupt den sozialen Frieden in diesen Stadtteilen Dortmunds sicherzustellen.“<sup>98</sup>

---

<sup>98</sup> [http://www.dvu.de/Themen/Interview\\_Max\\_Branghofer.html](http://www.dvu.de/Themen/Interview_Max_Branghofer.html)

Es drohten dabei einerseits Zustände wie im ehemaligen Jugoslawien und andererseits auch ein „Volkstod“<sup>99</sup>, bedingt durch die Auswirkungen des demographischen Wandels, nach dem Deutsche zunehmend eine Minderheit in Deutschland werden würden.

Das Wahlprogramm verzichtet jedoch darauf, mögliche kommunale Aktivitäten zu skizzieren, sondern verliert sich in „klassischen“ Statements rechtsextremer Parteien. Dazu gehören die Forderungen:

„Scheinasylanten, illegale und kriminelle Ausländer raus aus Dortmund!“

„Ausländerbegrenzung in Dortmunder Schulklassen und Kindergärten!“

Deutsche seien als Etablierte generell zu bevorzugen. So heißt es im Programm:

„Arbeitsplätze und Sozialleistungen zuerst für Deutsche!“

Die weiteren Forderungen lassen sich in ihrem Kern in vier Positionen zusammenfassen:

- Plädoyer für eine strikte und kompromisslose Sicherheitspolitik.
- Forderung nach zusätzlichen sozialen Leistungen für Arme, Rentner und Familien
- Etikettierung als Anti-Korruptionspartei.
- Ausbau sozialer und kultureller Infrastruktur in den Stadtteilen.

In der Analyse des Programms fällt vor allem auf, dass neben einer völkischen Komponente auf das etablierte Vorrecht des Deutschen gepocht wird. Die Forderungen sind alle populistisch und überraschend unkonkret. Weder finden sich nähere „Dortmunder“ Aussagen im Programm, noch gibt es konkrete Vorschläge oder gar Hinweise auf mögliche Umsetzungen oder gar Finanzierungen der Forderungen.

Das Wahlprogramm 2009 wiederholt diese Aussagen z. T. im Wortlaut. Es handelt sich nicht um ein neues Programm und setzt keine neuen Akzente, so dass die Kritik für das Programm von 2005 auch vier Jahre später noch stimmig ist.

### **Vernetzung**

Der Erfolg der DVU ist nicht zu verstehen ohne den hochtrabend so genannten „Deutschlandpakt“ zwischen DVU und NPD. Bei der Kommunalwahl 2004 verzichtete vor diesem Hintergrund die NPD auf eine eigene Kandidatur und unterstützte stattdessen die DVU. Noch im Frühjahr 2008 trafen sich Vertreter der Landesparteien, um den „Deutschlandpakt“ für die Kommunalwahlen 2009 in NRW zu bestätigen. Branghofer zeigte sich anschließend auch optimistisch und erfreut. So erklärt er im Rahmen einer NPD-Pressemitteilung:

"Die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der DVU und der NPD auf Landes- und Bundesebene hat uns bewiesen, wie wichtig und richtig dieser Pakt für Deutschland ist. Es war deshalb für uns eine logische Konsequenz, dieses Projekt auch auf die Kommunalwahlen in NRW zu übertragen. Die getrennten Wahlantritte der Vergangenheit haben die nationale Opposition nur geschwächt und lediglich dem politischen Gegner gedient. Damit ist es nun vorbei."<sup>100</sup>

Ein Jahr später scheint der Pakt auf lokaler Ebene gebrochen zu sein. So ist der bisherige DVU-Ratsherr Thieme zur NPD gewechselt. Damit war auch der bisherige Fraktionsstatus der DVU

---

<sup>99</sup> ebenda

<sup>100</sup> Pressemitteilung der NPD-NRW vom 4.3.2008

gefährdet. Bedeutender ist jedoch die Ankündigung der NPD, entgegen der bisherigen Absprachen, bei der Kommunalwahl in Dortmund mit einer eigenen Liste antreten zu wollen. Dieser Schritt war ein offener Bruch des Paktes und hat der DVU eine Konkurrenz am äußersten rechten Rand des Parteienspektrums beschert.

Über die konkreten Hintergründe kann nur spekuliert werden. Branghofer äußert sich öffentlich nicht zu dem Thema. Übergeordneter Grund könnte jedoch die zunehmende Wandlung der NPD zu einer „Bewegungspartei“<sup>101</sup>, die ihren strategischen Schwerpunkt in Richtung einer Rolle als parlamentarischer, finanzieller und propagandistischer Dienstleister für rechtsextreme, autonome, außerparlamentarische und offen revolutionär gesinnte Gruppen verschiebt, während sich die DVU auf ihre parlamentarische und damit tendenziell systemimmanente Arbeit konzentriert. Zwar scheut Branghofer nicht den Kontakt zu Vertretern des freien rechtsextremen Spektrums. Ihm gelingt jedoch keine dauerhafte Anbindung und er wird auch nicht als gleichberechtigter Partner akzeptiert.

Bei den Kommunalwahlen 2009 in Dortmund hat sich gezeigt, dass NPD und DVU um dieselbe Wählerklientel konkurrieren und sich so entscheidend geschwächt haben. So erreicht die DVU bei der Kommunalwahl 2009 mit 1,5% der Stimmen nur noch einen Sitz im Rat, was auch bedeutet, dass es ihr nicht gelingt Fraktionsstatus zu erlangen. Auch in den Bezirken ist sie deutlich geschwächt und kann nur noch jeweils einen Ratsvertreter in die Gemeindeparlamente von Eving, Mengede und Huckarde schicken. Die NPD hat mit 0,9 % erstmals einen Sitz im Stadtrat erreicht. In den Bezirksvertretungen bleibt sie ohne jedes Mandat.

### ***Politik im Rat der Stadt Dortmund***

Zur Beurteilung der Politik der DVU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund wurden die Sitzungsprotokolle des Jahres 2008 herangezogen. Aus diesen geht hervor, dass die bisherige dreiköpfige Fraktion, bestehend aus dem Fraktionsvorsitzenden Max Branghofer und seinen Ratskollegen Gerald Branghofer und Axel Thieme, zumeist vollständig zu den Sitzungen anwesend waren. Sie beteiligten sich am Prozedere sowohl durch Wortbeiträge als auch durch eigene Initiativen.

Besonders spannend sind dabei natürlich die eigenen Anträge, mittels derer eine Fraktion ihre eigenen Schwerpunkte deutlich machen und „agenda setting“ betreiben kann. Die eigenen DVU-Initiativen lassen sich in folgenden Kriterien zusammenfassen:

1. Auseinandersetzung mit Projekten gegen Rechtsextremismus an Schulen und im Jugendbereich
2. Initiativen zum Thema Migration und Integration
3. Initiativen mit Bezirkscharakter

Vergleicht man diese drei Themengebiete mit dem Kommunalwahlprogramm fällt auf, dass zu zahlreichen Kernthemen des Programms keine eigenen Initiativen eingebracht wurden. Statt eigene Akzente zu setzen, konzentrieren sich die Initiativen auf die Ablehnung der Projekte des politischen Gegners, bemühen sich um Forderungen bei Integrationsfragen (z. B. Ablehnung Moscheebau) oder greifen Themen auf, die eigentlich in der Hoheit der Bezirksvertretungen (z. B. Haltestellenverlegung) liegen. Bei keinem dieser Anträge ist es dabei der DVU gelungen, eine größere Öffentlichkeit herzustellen.

---

<sup>101</sup> Vgl. Heinrich 2008

Das Stimmverhalten der DVU bei Anträgen anderer Fraktionen ist uneinheitlich. Es dominieren Stimmenthaltungen und -ablehnungen im Sinne einer grundsätzlichen Oppositionspolitik. Hin und wieder werden jedoch auch Anträge der politischen Konkurrenz und dabei sogar der Fraktion der Linken (Reinigung nach der Love Parade) zugestimmt. Einige Ablehnungen der DVU wirken dabei durchaus kurios. So stimmt die DVU beispielsweise am 11. September gegen zahlreiche, sehr allgemeine und weitgehende Forderungen der politischen Konkurrenz zur Förderung von Familien und Kindern im Rahmen einer Konzeption der „sozialen Stadt“, die durchaus mit Positionen der DVU kompatibel zu sein schienen.

Die DVU wird im Rat von den anderen Fraktionen weitgehend ignoriert. Eine aktive Auseinandersetzung ist nur selten erkennbar. Ihre Anträge werden abgelehnt. Nur in seltenen Ausnahmefällen, wie in der Frage der Gleichbehandlung der Fraktionen bei der Vergabe von Räumen durch die Stadt Dortmund, werden Anträge der DVU auch von anderen Fraktionen unterstützt, ohne dass sich daraus eine Solidarität mit der Politik oder den Positionen der DVU erkennen ließe.

Wie weiter oben beschrieben, tritt im Januar 2009 Axel Thieme zur NPD über. Der Fortbestand der DVU-Fraktion ist damit ungewiss. Es drohen der Verlust von Räumen, Geldern und Initiativmöglichkeiten im Rat. Im Interview mit dem stellvertretenden NPD-Vorsitzenden von Dortmund äußert sich Thieme wie folgt:

„Sehen Sie, die NPD ist eine Partei der Jugend und Politik ist die Gestaltung der Zukunft. Wenn wir also eine Chance haben wollen, Zukunft zu gestalten, dann nur mit einer jungen, nationalen, demokratischen Partei, die bedingungslos und radikal für die Interessen der Deutschen in Deutschland eintritt und auch in der Generation verankert ist, um die es geht: Nämlich der deutschen Jugend! Die katastrophalen Zustände in unserer Stadt und der dramatische Werteverfall in großen Teilen der Gesellschaft lassen uns einfach nicht die Zeit nochmals eine Ratsperiode von 5 Jahren abzuwarten, um dann aus Altersgründen der NPD sowieso das politische Feld in Dortmund zu überlassen, wenn man bedenkt, daß die DVU hoffnungslos überaltert ist.“

Thieme setzt somit auf die jugendliche Unterstützung der NPD und sieht die DVU als auslaufendes Modell, von dem er sich damit verabschiedet.

### **Relevanz**

Die DVU war Nutznießer des „Deutschlandpaktes“. Es ist fraglich, ob sie sich der Konkurrenz der zunehmend bewegungsorientierten NPD erfolgreich erwehren kann. Sie scheint weitgehend ohne kommunale Anbindung zu sein und ihre Ratsbilanz ist bescheiden. Nichts deutet darauf hin, dass die Dortmunder DVU dem Bundestrend des Abstiegs der Partei trotzen könnte. Zu erwarten ist vielmehr ein Teilen der Stimmen mit der NPD, das sich bei der Kommunalwahl 2009 bereits zeigte und was letztendlich beiden Seiten nicht zum Nutzen ist.

Im Rat gelingt es der DVU zu keiner Zeit, eine öffentlich wahrnehmbare Oppositionsstrategie zu entwickeln. Die Politik der demokratischen Parteien wird nicht systematisch geprüft und in Frage gestellt. Trotz Fraktionsstatus ist die DVU im Rat weitgehend einfluss- und damit bedeutungslos. Es gelingt auch nicht die Entwicklung eines kommunalen rechtsextremen Gegenentwurfs zur Politik der demokratischen Gegenseite.

### 5.4.3 Sonstige Parteien

In Dortmund gibt es derzeit keine dritte, offen rechtsextreme Partei. Das Dossier „Am rechten Rand – Was ist los in Dortmund?“ nennt immerhin für die Vergangenheit noch die „Republikaner“ als einflussreiche Partei, so dass auch hier der Ist-Zustand geprüft werden soll.

#### **Die Republikaner**

Die Republikaner gründeten sich 1983 in Bayern als rechte Abspaltung von der CSU. Nach wenigen Jahren des Parteaufbaus gelangen ihr Ende der achtziger/Anfang der neunziger Jahre z. T. spektakuläre Wahlerfolge, etwa der erstmalige Einzug einer rechts-orientierten Partei aus Deutschland ins Europaparlament und die Wahlerfolge u.a. in Berlin und (wiederholt) in Baden Württemberg.

Zu den Republikanern (kurz: Rep) erscheinen schon direkt anschließend an ihren ersten größeren Wahlerfolg, dem Einzug ins Abgeordnetenhaus von Berlin 1989, zahlreiche Monographien.<sup>102</sup> Hajo Funke erklärt die Erfolge der Republikaner 1990 damit, dass es ...

„... Mentalitätsbestände einer antisemitischen und antidemokratischen Haltung gibt, die bis heute belegt werden können. (...) Die Wiederkehr des Nationalen ist Ausdruck der Aktualisierung jener längerfristig wirksamen Mentalitätsbestände durch nationale Politikan-sätze in den 80er Jahren.“<sup>103</sup>

Andere Autoren verweisen stattdessen auf den allgemeinen europäischen Trend einer Zunahme von Wählerstimmen für eine damals noch neue Parteiengruppe, die heute gemeinhin als Rechts-populisten bezeichnet werden.<sup>104</sup> Ursache dafür sei die weit verbreitete Annahme, die bisherigen demokratischen Parteien seien nicht mehr in der Lage, in zentralen, besonders auch sozialen und ökonomischen Politikfeldern im Sinne des Willens der Bürger zu handeln und zu entschei-den.

Neben der Wählerbasis<sup>105</sup> fanden auch die Geschichte der Partei<sup>106</sup>, ihre fremdenfeindliche Ideo-logie<sup>107</sup>, ihre größtenteils desaströse Parlamentspraxis und ihre zunehmenden Misserfolge wis-senschaftliche Beachtung. Das Interesse an den Rep nimmt mit ihrem zunehmenden parlamenta-rischen Misserfolg ab.

In Nordrhein-Westfalen ist es den Republikanern bisher nicht gelungen, in Fraktionsstärke in den Landtag zu ziehen. Auch im Dortmunder Stadtparlament gibt es – im Gegensatz zu den Städten Hagen, Hamm und Herne – derzeit keine Fraktion dieser Partei.

Auf Bundesebene befinden sich die Republikaner im freien Fall. Nach dem Ausscheiden des früheren Vorsitzenden Schönhuber versuchte sein Nachfolger Schierer die Partei als konservative Partei, rechts von CDU/ CSU, aber auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundord-

---

102 Dass es sich dabei auch um Deutungskämpfe handelt, zeigt Zitelmann mit seiner frühen Kritik der REP-Analysen, denen er nahezu ausschließlich die Wissenschaftlichkeit abstreitet. (Vgl. Zitelmann 1989)

103 Funke 1989: 101

104 Vgl. Leggewie 1993: 92-100 und Wetzel 1994

105 Vgl. Stöss 1990: 104-105

106 Vgl. Funke 1999a, Wagner 1999, Leggewie 1989, Malzahn 1989

107 Vgl. Gessenharter 1994a, Lenk 1995

nung, zu platzieren. Dieser Ansatz ist nach Meinung des Bundesverfassungsschutzes durchaus gelungen. So wird die Partei seit 2006 nicht mehr im jährlichen Verfassungsschutzbericht erwähnt. Gleiches gilt auch für den Bericht des Landesverfassungsschutzes in NRW, in dem die Reps nicht mehr als rechtsextreme Partei geführt werden, was vom Bundesvorsitzenden als großer Erfolg gefeiert wurde.<sup>108</sup>

Mit der inhaltlichen Neuorientierung verbunden war allerdings der organisatorische Niedergang der Partei. So geht seit 1992 ein kontinuierlicher Rückgang der Mitgliedszahlen mit Misserfolgen bei Wahlen einher. Mittlerweile verfügt die Partei in keinem Landtag mehr über eine eigene Fraktion. Auch ihre Zahl der kommunalen Mandate ist rückgängig.

### ***Die Republikaner in Dortmund***

Die Partei verfügt in Dortmund zumindest formell noch über einen Kreisverband. Er wird geführt von der 65jährigen Einzelhandelskauffrau Barbara Behrendt. Der Kreisvorstand wird laut Homepage der Partei vervollständigt durch zwei Beisitzer. Behrendt engagierte sich für die Reps auch auf Landesebene. Sie war dort stellvertretende Schatzmeisterin und kandidierte bei der Landtagswahl 2005 auf Platz 10 der Landesliste.<sup>109</sup> Weitere Aktivitäten von ihr sind nicht bekannt. Gleichzeitig fehlen Hinweise auf die Größe der Organisation.

### ***Aktivitäten***

Der Kreisverband tritt öffentlich zumeist nur in Wahlkampfzeiten in Erscheinung. Sonstige Aktivitäten wurden weder in den Interviews erwähnt, noch finden sich dazu Hinweise in der Presse oder auf der Homepage der Partei. Als Kontakt wird dort auch keine Dortmunder Adresse, sondern ein Büro in Münster genannt. Lediglich Frau Behrendt ist per Mail erreichbar. Im Gegensatz zu zahlreichen Nachbarstädten scheint es in Dortmund auch keine regelmäßigen Veranstaltungen oder Stammtische zu geben, in denen sich Mitglieder oder Sympathisanten treffen könnten. Zumindest wird nicht offen für sie geworben.

Im Jahr 2006 veröffentlichte die Kreisvorsitzende immerhin noch eine Reihe von Pressemitteilungen, die jedoch ohne öffentliche Resonanz blieben.<sup>110</sup> Darin äußert sich Behrendt kritisch zu Fragen der Sozialpolitik und der Kriminalitätsentwicklung. Ihre letzte öffentlich dokumentierte Äußerung datiert auf den 12. Januar 2007 und ist somit über zwei Jahre alt. Seitdem gibt es keine öffentlichen Stellungnahmen der Kreisvorsitzenden mehr.

Auch sind seitdem keine anderen, öffentlichen Aktivitäten des Kreisverbandes der Partei in Dortmund mehr bekannt geworden. Lediglich die Landespartei lud am 30.3.2008 zur Mitgliederversammlung der Landespartei nach Dortmund ein. Auf dieser Sitzung wurde die Landesvorsitzende im Amt bestätigt und eine Resolution zur Schulpolitik verabschiedet. Dortmunder Mitglieder wurden nicht in den Landesvorstand gewählt.

### ***Programm***

Der Dortmunder Kreisverband verfügt über kein eigenes Stadtprogramm. Stattdessen wird ein gemeinsames Kommunalwahlprogramm des Landesverbands veröffentlicht, das für alle Groß-, Kleinstädte und Dörfer im Land gleichermaßen gelten sollte und entsprechend allgemein gehalten ist. Besondere Dortmunder Akzente sind nicht erkennbar. Stattdessen enthält das Programm eine Sammlung von Wunschlisten, die z. T. in Konkurrenz zueinander stehen. So fordern die Rep z. B. einerseits, dass Kommunen grundsätzlich ausgeglichene Haushalte haben sollen und pro-

<sup>108</sup> Siehe: <http://www.rep-nrw.de/content.aspx?ArticleID=8ca6bfa8-ab9b-41d6-b7eb-d1e8f5c40269>

<sup>109</sup> Als zweiter Dortmunder findet sich auf der Landesliste lediglich noch Jens Peter Woithe auf Platz 18.

<sup>110</sup> Siehe: <http://www.rep-dortmund.de/content.aspx?ArticleID=87abc4cd-9509-4882-8270-2b937c53a89c>

pagieren andererseits, dass zahlreiche Investitionen in den Bereichen Bau, Bildung und Verkehr vorgenommen werden müssten, ohne dass erkennbar wäre, woher die dafür nötigen Mittel fließen könnten.

Besonders die Forderungen zum Bereich Migration fallen häufig sehr inhuman aus. So fordert die Partei u.a.:

„- Rigorose Abschiebung ausländischer Krimineller mit Unterstützung speziell hierfür eingestellter Kräfte zur Entlastung des hiermit vielfach überforderten kommunalen Personals (...)

- Keine Flüchtlingsunterkünfte in Wohngebieten (...)
- Zuwendungen für multikulturelle Einrichtungen und andere, der politischen Beeinflussung dienende Veranstaltungen sind ersatzlos zu streichen (...)
- Deutsche Arbeitskräfte sind zu bevorzugen (...)
- Anbieten von Freizeitgestaltungsmöglichkeiten für deutsche Jugendliche, da in Jugendheimen/-treffs häufig Ausländer dominieren (...)
- Keine weitere Diskriminierung deutscher Kinder bei der Vergabe freier Kindergartenplätze (...)
- Verhinderung der Überfremdung der deutschen Sprache und Kultur (...)<sup>111</sup>

Diese Forderungen sind nicht per se rechtsextremistisch einzuordnen, sondern bedienen vornehmlich Etabliertenvorrechte als Teilelement des Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Sie sind weiterhin populistisch in dem Sinne, dass sie suggerieren, mit einer Stärkung der Etabliertenvorrechte ginge automatisch eine soziale und ökonomische Besserung in den Kommunen einher. Die Partei plädiert somit für vermeintlich einfache Lösungen großer Probleme auf Kosten von Migranten und macht damit Stimmung gegen eine integrative Gesellschaft.

### **Vernetzung**

Es gibt keine Hinweise auf Vernetzungen mit anderen Parteien oder Gruppierungen in Dortmund.

### **Relevanz**

Der Dortmunder Kreisverband ist strukturschwach, inhaltsleer und in seinen Aktivitäten weitgehend eingeschlafen. Es ist nicht auszuschließen, dass in Wahlkämpfen neue Aktivitäten auftreten. Im derzeitigen Zustand handelt es um eine isolierte und nicht verankerte Partei. Besonders gelingt es ihr nicht, Stimmungen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit aufzugreifen und in politische Aktivitäten zu lenken.

### **Weitere Parteien**

Im Gegensatz zu Städten wie Köln existiert in Dortmund keine Partei der sogenannte „Pro“-Bewegung<sup>112</sup>, die vor allem mit islamfeindlichen Parolen um Wählerstimmen wirbt. Es ist jedoch im Bereich der freien Wählervereinigungen zu beobachten, dass es dort Ansätze gibt, den Aspekt der Integration unter besonderer Berücksichtigung des Islams zu thematisieren. Dagegen ist nichts einzuwenden. Allerdings könnten sich hier Ansatzpunkte für rechtspopulistische Bestrebungen ergeben.

---

<sup>111</sup> Die Republikaner, Landesvorstand NRW (2004); Kommunalwahlprogramm, Düsseldorf

<sup>112</sup> Vgl. Häusler 2009

## 5.5 Zusammenfassung: Rechtsextreme Strukturen

Der Dortmunder Rechtsextremismus ist in Bewegung. Von besonderer Relevanz sind die relativ neuen Strömungen der Autonomen Nationalisten. Sie sind in der Lage, junge Menschen zu mobilisieren und darüber politisch zu sozialisieren. Sie schaffen Strukturen im Sinne ihrer Raumorientierung und bedienen sich moderner Medien zur Verbreitung ihrer Propaganda. Ihnen gelingen auch Brückenschläge zu rechtsextrem orientierten Jugendkulturen und Submilieus.

Dabei werden sie vor allem ideell durch die Kameradschaft und die örtliche Musikszene unterstützt. Hier deutet sich ein Generationswandel an. An die Stelle der bekannten Anführer treten jüngere Kräfte, die ihre nationalsozialistische Ideologie zeitgemäßer zu verbreiten wissen und neuen jugendlichen Anklang finden.

Verhältnismäßig schwach aufgestellt sind die rechtsextremen Parteien. Weder der NDP noch der DVU gelingt es trotz günstiger Rahmenstrukturen durch die Vertretung im Rat eine besondere Relevanz zu gewinnen.

Werfen wir nun noch einen ergänzenden Blick auf die örtlichen Interventionsstrategien.

## 6. Zusammenfassung und Thesenbildung

Alle Interviews zeigen eine beeindruckende Fülle von Aktivitäten unterschiedlicher Akteure in Dortmund genauso wie ein starkes Problembewusstsein. Die Distanzierung zum Rechtsextremismus erfolgt deutlich und ohne Einschränkung. Damit ist die Dortmunder Stadtgesellschaft weiter als viele andere Orte, die noch um die Interpretation des Rechtsextremismus ringen.

Eine Konsequenz daraus ist, dass an dieser Stelle nicht für ein Problembewusstsein geworben werden soll, sondern dass stattdessen Überlegungen erfolgen, wie das große Engagement noch effektiver gestaltet werden kann. Dieser Teil ergänzt dabei die vorliegende empirische Netzwerkanalyse, indem in Thesenform und in Zusammenfassungen Kernaussagen der Interviews und Beobachtungen vorgestellt werden sollen. Diese dienen dem örtlichen Diskurs, erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit sondern haben lediglich ergänzenden Charakter.

### **Allgemeine Aussagen:**

- In Dortmund gibt es breites Band verschiedener, z. t. konkurrierender rechtsextremer Strukturen. Dazu gehören parteiförmige wie auch netzwerkartige Strukturen, die zu ergänzen sind mit jugendkulturellen Anbindungen.
- Bezüglich ihrer Bedeutung wurden die rechtsextremen Parteien (DVU, NPD) von den netzwerkartigen Strukturen abgelöst. Entgegen früherer Situationen ist dabei nicht die Kameradschaft Dortmund führend. Sie wurde abgelöst von den loserer Strukturen der Autonomen Nationalisten.

### **Netzwerkartige Strukturen**

- Die Autonomen Nationalisten agieren hauptsächlich als Straßenaktivisten und sprechen spezielle Jugendliche durch ihren permanenten Aktivismus an, ohne hohes rechtsextremes Einstiegswissen zu fordern. Attraktivität bezieht diese rechtsextreme Gruppierung durch ihren

Aktionismus, der laut einschlägiger Parolen aus diesem Spektrum als „Hingabe für die Bewegung“ definiert wird.

- Ihr sogenannter „Nationalismus“ wird auch als Lebensweise verkauft. Dazu gehören die ästhetischen Anleihen an die linksextreme Autonome Szene, die Akzeptanz von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung, die Gründung von Wohngemeinschaften mit ihrer Verbindung aus Privatem/Politischem und die Suche nach ökonomischer Eigenständigkeit und Staatsferne.
- Ein wesentliches Aktivitätsmoment der Autonomen Nationalisten ist der „Kampf um die Straße“, den sie als „politische Soldaten“ führen, welcher durch geplante Angriffe auf politische Gegner oder aber auch als unorganisierte Alltagspraxis in Form von Übergriffe auf alternative Jugendliche geschieht. Der Begriff des „politischen Soldaten“ verweist auf das Selbstbild als Revolutionäre, die sich im täglichen Kampf gegen das bestehende gesellschaftliche und politische System befänden.
- Es gibt kein feststehendes Programm oder eine niedergeschriebene Ideologie der Autonomen Nationalisten. Es ist vielmehr ein Sammelsurium aus Ideologien des völkischen bzw. nationalen Sozialismus, kulturalistischen und biologistischen Rassismus sowie sekundärem Antisemitismus. Der Bezug zum historischen NS ist oft eher schwach. Es dominieren Gerechtigkeitsfragen und Kritik an bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen.
- In Dortmund sind die Autonomen Nationalisten mit der Kameradschaft Dortmund, aber auch dem subkulturellen Musikmilieu vernetzt. Die Zusammenarbeit mit der DVU als Ratspartei gestaltet sich bezüglich Anfragen an den Rat oder Informationen über Aktivitäten der Stadt gegen Rechtsextremismus. Zur NPD in Dortmund haben die Autonomen Nationalisten ebenfalls Kontakt und pflegen einen regelmäßigen Austausch sowie eine Kooperation bei Demonstrationen, aber auch der Nutzung von Infrastruktur. In regelmäßigen Kooperationsrunden mit ausgewählten Vertretern der Gruppierungen werden stadtinterne, aber auch bundesweite Aktivitäten (z.B. sogenannter Rudolph Hess Marsch) der rechtsextremen Szene besprochen.
- Die Geschichte der Kameradschaft Dortmund ist untrennbar verbunden mit der Biographie von Siegfried Borchart. Die Gruppe blickt auf ein knappes Vierteljahrhundert zurück und besteht noch heute aus einem Kern der „ersten Generation“ des freien Dortmunder Rechtsextremismus, die auch die früher aktive „Borussenfront“ prägte.
- Borchart ist bis heute eine zentrale Figur im westdeutschen Rechtsextremismus und sowohl mit freien als auch NPD-Kreisen vernetzt. In Dortmund konzentrieren sich seine Aktivitäten auf die Organisation größerer Events, Schulungen und die innere Vernetzung. Er ist allgemein anerkannt und wird auch von den Autonomen Nationalisten geschätzt.
- In der Schnittstelle zwischen Kameradschaft, ungebundenen rechtsextrem orientierten Jugendlichen und Fußballfananhang etabliert sich derweil eine „zweite Generation“ der „Borussenfront“. Dabei handelt es sich z. T. um die Kinder der „ersten Generation“. Einzelne Beobachter sprechen diesbezüglich auch von zwei parallelen Gruppen.
- Jenseits der Autonomen Nationalisten und der „Kameradschaft“ existiert eine rechtsextreme Gruppe um die Blood& Honour- Musikband „Oidoxie“. Diese Gruppe gehört zu den Klassikern des deutschen Rechtsrocks und tritt auch regelmäßig im Ausland, zuletzt u.a. in Schweden auf.
- Während die Kameradschaft und die Gruppe um „Oidoxie“ einen relativ isolierten und abgeschlossenen Charakter haben, öffnen sich besonders die „Autonomen Nationalisten“ ansprechbaren Jugendlichen aller Bildungsschichten. Zumeist sind dies Jugendliche, die angesichts familiärer oder persönlicher Probleme auf der Suche nach autoritärer Struktur, Aktivität

und Gruppe sind. Häufig werden diese Jugendliche von nicht-rechtsextremer Seite als „anstrengend“ und „problembehaftet“ beschrieben. Ihre Integration fällt den Demokraten schwer. Der rechtsextremen Seite gelingt es mit dem Konzept der permanenten Aktion und Einbindung in der Gruppe. (Gruppenabende, gemeinsame Abende, Dauerhafte Aktionen etc.)

### **Parteiförmige Strukturen**

- Die NPD verfügt lediglich über einen kleinen Kreis allerdings sehr aktiver Mitglieder. Ihr gelingt die Aufrechterhaltung eines Parteilebens, ohne dass es jenseits regelmäßiger Infostände zu eigenständigen größeren Aktivitäten käme.
- Die Programmatik der NPD ist unausgereift. Es fehlt jeder Dortmunder Bezug. Es gibt keine zusammenhängenden Aussagen zu zentralen Themen wie Wirtschaft, Arbeit und Soziales. Die Deutsche Volksunion (DVU) profitierte vom „Deutschlandpakt“ und ist dank des Wahlverzichts der NPD noch im Rat der Stadt vertreten. Bei der Kommunalwahl 2009 haben DVU und NPD konkurriert. Die Dortmunder DVU konnte dem Bundestrend des Abstiegs der Partei trotzen. Es hat sich gezeigt, dass sich DVU und NPD die Stimmen teilen, was letztendlich beiden Seiten nicht zum Nutzen ist.
- In der Analyse des Programms der DVU fällt vor allem auf, dass neben einer völkischen Komponente auf das etablierte Vorrecht der Deutschen gepocht wird. Die Forderungen sind alle populistisch und überraschend unkonkret. Weder finden sich nähere „Dortmunder“ Aussagen im Programm, noch gibt es konkrete Vorschläge oder gar Hinweise auf mögliche Umsetzungen oder gar Finanzierungen der Forderungen.
- Jenseits der NPD/ DVU gibt es nur noch rechte Kleinstgruppen, die sich z. T. wie die „Republikaner“ erfolgreich gegen den Vorwurf des Rechtsextremismus wehren.
  - Der Dortmunder Kreisverband der REP ist strukturschwach, inhaltsleer und in seinen Aktivitäten weitgehend eingeschlafen. Im derzeitigen Zustand handelt es um eine isolierte und nicht verankerte Partei. Besonders gelingt es ihr nicht, Stimmungen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit aufzugreifen und in politische Aktivitäten zu lenken.
  - Umstritten ist es, inwieweit bestimmte Teile der Freien Wähler auch auf Mittel und Ideologien des Rechtspopulismus zurückgreifen.

### ***Sonstiges – Rechtsextremismus***

- Schwer fassbar sind zahlreiche jugendkulturelle Schnittszenen. Dabei handelt es sich selten um rein rechtsextrem-orientierte Cliques, sondern zumeist um Mischszenen mit den Elementen: rechtsextrem orientierte Ideologie, Drogenkonsum, oft Sportanhang, Hate-Music-Szenen.
- Dortmund ist Anlaufstelle umliegender rechtsextremer Strukturen aus Nachbarorten und -städten. Es dient als Freizeitort in rechtsextremen Kreisen genauso wie als Fluchtstätte z. B. bei familiären Problemen. Besonders die Wohngemeinschaften spielen dabei eine zentrale Sammelfunktion und haben – wie auch auf linker Seite – einen zumeist offenen Charakter.

### ***Bemerkungen zu demokratischen Gegenstrategien in Ergänzung zur Netzwerkanalyse***

- Es gibt ein bemerkenswert breites und verzweigtes Netzwerk an Gegenaktivitäten. Die Sensibilität ist enorm hoch.
- Die Akteure reagieren oft auf rechtsextreme Provokationen (besonders Demos) oder arbeiten rein präventiv z. B. mittels Aufklärung. Es fehlen Ansätze der unmittelbaren Auseinandersetzung und Intervention mit rechtsextrem orientierten Personen jenseits von Nischen in Schule/Jugendarbeit. Nur sehr wenige Aktivitäten nehmen direkten Bezug zu rechtsextrem orientierten Personen. Rechtsextremisten und ihre Gegner agieren somit zumeist parallel und mit wenig Berührung.
- Es gibt ein großes Angebot an Veranstaltungen zum historischen NS; es gibt zwar durchaus auch Veranstaltungen zu den aktuellen Themen der rechtsextremen Strukturen diese Veranstaltungen sind jedoch noch ausbaufähig.
- Es gibt viele plakative Veranstaltungen mit Aufforderungscharakter. Ihr Nutzen scheint begrenzt.
- Die Autonomen Nationalisten rekrutieren ein bestimmtes Jugendmilieu. Diesbezüglich genügt nicht die institutionelle Beschäftigung mit diesen Jugendlichen, sondern es müssen neue, aufsuchende Formen der Ansprache und der Entwicklung einer Anerkennungskultur für diese Jugendlichen entworfen werden.
- Im September 2007 hat die Stadt Dortmund einen „Aktionsplan für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ auf den Weg gebracht. In Zuge dessen wurde eine Koordinierungsstelle von der Stadt Dortmund eingerichtet, in der ein ehrenamtlich Tätiger (Sonderbeauftragter der Stadt Dortmund) und ein städtischer Angestellter (Leiter der Gedenkstätte Steinwache) arbeiten. Den Koordinatoren ist es gelungen, die Aktivitäten des Aktionsnetzwerkes auszuweiten (siehe auch Untersuchungseinheit 3).
- Der Rat der Stadt Dortmund hat für zwei Jahre jeweils 100.000 € für Aktivitäten gegen Rechtsextremismus zur Verfügung gestellt. Weiterhin hat sich die Stadt Dortmund im Jahr 2009 erstmals finanziell an den Gegenaktivitäten zu der Demonstration Anfang September beteiligt.
- Außerdem ist der Wirtschaftshandelsverband mit 2.500 € für ein Projekt eingesprungen, das sonst nicht hätte finanziert werden können.

## 7. Literaturverzeichnis

- Backes/ Jesse 1993 = Backes, Uwe/ Jesse, Eckhard (1993); Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn
- Backes/ Moreau 1994 = Backes, Uwe/ Moreau, Patrick (1994); Die extreme Rechte in Deutschland, München
- Backes/ Steglich 2007 = Backes, Uwe/ Steglich, Henrik (Hrsg.); Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden Baden
- Benoist 1986 = Benoist, Alain de (1986); Demokratie: Das Problem, Tübingen / Zürich / Paris
- Bergsdorf 2008 = Bergsdorf, Harald (2008); Die Vier-Säulen-Strategie der neuen Rechten, in: Deutschland Archiv, Nr. 1, S. 14-19
- Borstel 2007 = Borstel, Dierk (2007); „Ich sehe was, was du nicht siehst...“ Zur Realität von „No Go Areas“, in: Regionale Arbeitsstelle für Jugendhilfe, Schule und interkulturelle Arbeit Mecklenburg – Vorpommern (Hrsg.); Rechts oben. Vorpommern als Modellregion der extremen Rechten, Neubrandenburg, S. 41-43
- Borstel 2008 = Borstel, Dierk (2008); Der Ansatz der Mobilen Krisenintervention in Mecklenburg-Vorpommern. Erfahrungen, Arbeitsansätze und Kriterien zur Bewertung der Arbeit, Berlin/ Greifswald (unveröffentlichtes Manuskript)
- Borstel/ Landgraf/ Luzar/ Wagner 2006 = Borstel, Dierk/ Landgraf, Gabriel/ Luzar, Claudia/ Wagner, Bernd (2006); Rechtsextremismus in der Weitlingstraße – Mythos oder Realität? Problemaufriss im Berliner Bezirk Lichtenberg, Berlin (Hrsg. Zentrum Demokratische Kultur)
- Brotkorb 2003 = Brotkorb, Mathias (2003); Metamorphosen von rechts. Eine Einführung in Strategie und Ideologie des modernen Rechtsextremismus, Münster
- Butterwegge/ Meier 1997 = Butterwegge, Christoph/ Meier, Lüder (1997); Bremen – das kleinste Bundesland als parlamentarisches Experimentierfeld für die extreme Rechte (1951/52, 1967 – 1971, 1987 – 1995), in: Butterwegge, Christoph u.a. (Hrsg.); (Hrsg.); Rechtsextremismus in Parlamenten. Forschungsstand. Fallstudien. Gegenstrategien, Opladen, S. 55-146
- Butterwegge 1998a = Butterwegge, Christoph (1998); Marktradikalismus, Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus – die Sinnkrise des Sozialen als Nährboden der extremen rechten, in: Butterwegge, Christoph/ Hickel, Rudolf/ Ptak, Ralf; Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie, Berlin, S. 121-159
- Butterwegge 1998b = Butterwegge, Christoph (1998); Witzfiguren, Marionetten oder braune Demagogen? Zur Parlamentstätigkeit rechtsextremistischer Parteien?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8, S. 987-994
- Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus 2008 = Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus (Hrsg.); Am rechten Rand – Was ist los in Dortmund, Dortmund (Kopiervorlage)
- Fischer 1999 = Fischer, Jörg (1999); Ganz rechts. Mein Leben in der DVU, Reinbek
- Flick 1998 = Flick, Uwe (1998); Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften, Reinbek
- Funke 1989 = Funke, Hajo (1989); „Republikaner“. Rassismus, Judenfeindschaft, nationaler Größenwahn. Zu den Potentialen der Rechtsextremen am Beispiel der „Republikaner“, Berlin
- Funke 1999 = Funke, Hajo (1999); Die Republikaner (REP), in: Mecklenburg, Jens (Hrsg.); Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft, Berlin, S. 60-69
- Funke 2002 = Funke, Hajo (2002); Paranoia und Politik. Rechtsextremismus in der Berliner Republik, Berlin
- Funke 2008 = Funke, Hajo (2008); Das Otto-Suhr-Institut und der Schatten der Geschichte. Eine andere Erinnerung, Berlin
- Gessenharter 1994 = Gessenharter, Wolfgang (1994); Eine Weltanschauung aus Angst und Abkehr, in: Frankfurter Rundschau vom 15.2
- Grumke/ Wagner 2002 = Grumke, Thomas/ Wagner, Bernd (Hrsg.) (2002); Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen
- Häusler 2009 = Häusler, Alexander (2009); Antiislamischer Rechtspopulismus in der extremen Rechten – die „Pro“-Bewegungen als neue Kraft?, in: Braun, Stephan/ Geisler, Alexander/

- Gerster, Martin (Hrsg.); Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden, S. 130-147
- Heinrich 2008 = Heinrich, Gudrun (2008); Die NPD als Bewegungspartei, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Nr. 4, S. 29-38
- Heitmeyer 2002 = Heitmeyer, Wilhelm (2002); Rechtsextremistische Gewalt, in: Heitmeyer, Wilhelm/ Hagan, John (Hrsg.); Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden, S. 501-546
- Heitmeyer 1993 = Heitmeyer, Wilhelm u.a. (1993); Die Bielefelder Rechtsextremismusstudie, 2. Auflage, München
- Heitmeyer 2008 = Heitmeyer, Wilhelm (2008); Die Ideologie der Ungleichwertigkeit. Der Kern der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.); Deutsche Zustände, Folge 6, Frankfurt, S. 36-44
- Habermas 1998 = Habermas, Jürgen (1998); Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt
- Hoffmann 1999 = Hoffmann, Uwe (1999); Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt u.a.
- Holtmann 2002 = Holtmann, Everhard (2002); Die angepassten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem, Opladen
- Hertel 1998 = Hertel, Gerhard (1998); Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen, in: Hans Seidel Stiftung (Hrsg.); aktuelle Analysen, Nr. 12, München
- Huld 2006 = Huld, Sebastian (2006); Die NPD im Schweriner Landtag – Das Personal, Berlin (Hrsg. als Typoskript vom Zentrum Demokratische Kultur)
- Jesse 2005 = Jesse, Eckhard (2005); Das Auf und Ab der NPD, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 42, S. 31-38
- Klärner 2008 = Klärner, Andreas (2008); Versuch und Scheitern einer taktischen Zivilisierung der extremen Rechten, in: Newsletter zur Geschichte und Wirkung des Holocausts, Nr. 33, S. 16-21
- Kühnl/ Rilling/ Sager 1969 = Kühnl, Reinhard/ Rilling, Rainer/ Sager, Christine (1969); Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei, 2. Auflage, Frankfurt
- Lamnek 1995 = Lamnek, Siegfried (1995) Qualitative Sozialforschung, Band 1, Methodologie, Weinheim
- Laue 1993 = Laue, Sabine (1993); Die NPD unter dem Viermächtestatus Berlins, Engelsbach/ Köln/ New York
- Leggewie 1989 = Leggewie, Claus (1989); Die Republikaner. Ein Phantom nimmt Gestalt an, Berlin
- Leggewie 1993 = Leggewie, Claus (1993); Druck von rechts. Wohin treibt die Bundesrepublik ?, München
- Lenk 1995 = Lenk, Kurt (1995); Großdeutschland im Programm. Die „Republikaner“ nach Rosenheim, in: Faber, Richard/ Funke, Hajo/ Schoenberger, Gerhard (Hrsg.); Rechtsextremismus. Ideologie und Gewalt, Berlin, S. 156-162
- Linke 1994 = Linke, Annette (1994); Der Multimillionär Frey und die DVU. Daten, Fakten, Hintergründe, Augsburg
- Malzahn 1989 = Malzahn, Christian (1989); Der Aufstieg der Republikaner, in: Kirfel, Marzina/ Oswald, Walter (Hrsg.); Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa, Wien, S. 53-52
- Menhorn 2008 = Menhorn, Christian (2008); Autonome Nationalisten, in: Backes, Uwe/ Jesse, Eckhard (Hrsg.); Jahrbuch Extremismus und Demokratie 2007, Baden-Baden, S. 213-225
- Miliopoulos 2006 = Miliopoulos, Lazaros (2006); Die NPD als Machtfaktor im deutschen Parteiensystem, in: Neu, Viola u.a. (Hrsg.); Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, Frankfurt/ New York, S. 223-245
- Minkenbergh 2005 = Minkenbergh, Michael (2005); Demokratie und Desintegration. Der politikwissenschaftliche Forschungsstand zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, Berlin
- Niethammer 1969 = Niethammer, Lutz (1969); Angepasster Faschismus. Politische Praxis der NPD, Frankfurt
- Neu/ Wilamowitz-Moellendorf 1998 = Neu, Viola/ Wilamowitz – Moellendorf, Vrichon (1998); Die DVU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26.4.1998, Sankt Augustin

- Niedermayer/ Beyme 1996 = Niedermayer, Oskar / Beyme, Klaus von (Hrsg.), (1996): Politische Kultur in Ost- und West-Deutschland. Opladen:
- Obszerninks/ Schmidt 1998 = Obszerninks, Britta/ Schmidt, Matthias (1998); DVU im Aufwärtstrend – Gefahr für die Demokratie? Fakten, Analysen, Gegenstrategien, Münster
- Pfahl-Traughber 1993 = Pfahl-Traughber, Armin (1993); Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wende, Bonn
- Pfahl-Traughber 2002 = Pfahl-Traughber, Armin (2002); Die ideologische, strategische und organisatorische Entwicklung der NPD in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, in: Lynen von Berg, Heinz/ Tschiche, Hans Jochen (Hrsg.); NPD – Herausforderung für die Demokratie?, Berlin, S. 13-30
- Probst 1995 = Probst, Lothar (1995); Politische Mythen und symbolische Verständigung. Eine Lokalstudie über die rechtspopulistische DVU in Bremen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 1, S. 5-12
- Raschke/ Tils 2007 = Raschke, Joachim/ Tils, Ralf (2007); Politische Strategie. Eine Grundlegung, Wiesbaden
- Ruf/ Sundermayer 2009 = Ruf, Christoph/ Sundermayer, Olaf (2009); In der NPD. Reisen in die National befreiten Zonen, München
- Sander 2001 = Sander, Ulrich (2001); Unser antifaschistischer Dortmunder Herbst. Auszüge aus einem Tagebuch, in: Schneider, Ulrich (Hrsg.); tut was! Strategien gegen rechts, Köln, S. 143-150
- Schedler 2009 = Schedler, Jan (2009); Übernahme von Ästhetik und Aktionsformen der radikalen Linken – Zur Verortung der „Autonomen Nationalisten“ im extrem rechten Strategiespektrum, in: Braun, Stephan/ Geisler, Alexander/ Gerster, Martin (Hrsg.); Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden, S. 332-356
- Schieren 1999 = Schieren, Stefan (1999); Die Landtagswahl in Sachsen – Anhalt vom 26. April 1998: „Magdeburger Modell“ mit einigen Mängeln, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 1, S. 41-78
- Schröder 1997 = Schröder, Burkhard (1997); Im Griff der rechten Szene. Ostdeutsche Städte in Angst, Reinbek
- Schubarth/ Stöss 2000 = Schubarth, Wilfried/ Stöss, Richard (Hrsg.); Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn
- Schwagerl 1994 = Schwagerl, H. Joachim (1993); Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden, Frankfurt
- Spier 2007 = Spier, Tim (2007); Regionale Varianz bei der Wahl der NPD – Eine wahlökologische Untersuchung zur Landtagswahl 2004 in Sachsen, in: Backes, Uwe/ Steglich, Henrik (Hrsg.); Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden Baden, S. 75-102
- Sprado 2002 = Sprado, Werner (2002); Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD). Strategie und Taktik einer verfassungsfeindlichen Partei, in: Berg, Heinz Lynen von/ Tschiche, Hans Jochen (Hrsg.); NPD – Herausforderung für die Demokratie?, Berlin, S. 31-44
- Staud 2005 = Staud, Toralf (2005); Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln
- Stöss 1990 = Stöss, Richard (1990); Die „Republikaner“. Woher sie kommen. Was sie wollen. Wer sie wählt. Was zu tun ist, 2. Auflage, Köln
- Stöss 2000 = Stöss, Richard (2000); Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, 3. Auflage, Berlin (Herausgegeben von der Friedrich Ebert Stiftung)
- Stöss 2005 = Stöss, Richard (2005); Die NPD – Erfolgsbedingungen einer rechtsextremen Partei, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.); Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Nr. 14, Berlin, S. 41-59
- Steinke 2000 = Steinke, Ines (2000); Gütekriterien qualitativer Forschung, in: Flick, Uwe/ Kardoff, Ernst von/ Steinke, Ines (Hrsg.); Qualitative Forschung. Ein Handbuch, Reinbek, S. 319-331
- Strauss 1991 = Strauss, Anselm L. (1991); Grundlagen qualitativer Sozialforschung, München
- Tenenbom 2008 = Tenenbom, Tuvia (2008); Der Jürgen von der NPD, in: Die Zeit vom 8. Mai
- Wagner 1994 = Wagner, Bernd (1994); Gewaltaktivitäten und „autonome“ rechtsextrem orientierte Strukturen in den neuen Bundesländern, in: Bergmann, Werner/ Erb, Rainer (Hrsg.); Neonazismus und Rechte Subkultur, Berlin, S. 77-97
- Wagner 1998 = Wagner, Bernd (1998); Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern, Berlin

- Wagner 1999 = Wagner, Bernd (1999); DVU, NPD, REP in Ostdeutschland, in: Mecklenburg, Jens (Hrsg.); Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft, Berlin, S. 91-96
- Wagner 1999a = Wagner, Bernd (1999); Bei Erichs Enkeln gehört „rechts“ zum Zeitgeist, in: Frankfurter Rundschau vom 6. März
- Wagner 2008 = Wagner, Bernd (2008); Neuer Rechtsextremismus und kulturell Subversion, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Nr. 4, S. 6-16
- Weber 1991a = Weber, Max (1991a); Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: Weber, Max.; Schriften zur Wissenschaftslehre, Stuttgart, S. 21-101
- Weber 1991b = Weber, Max (1991b); Der Sinn der „Wertfreiheit“ der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften, in: Weber, Max; Schriften zur Wissenschaftslehre, Stuttgart, S. 176-236
- Wetzel 1994 = Wetzel, Juliane (1994); Der parteipolitische Rechtsextremismus in der Bundesrepublik 1949 bis 1993, in: Kowalsky, Wolfgang/ Schroeder, Wolfgang (Hrsg.); Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen, S. 69-88
- Worch 2005 = Worch, Christian (2005); Über freien und autonomen Nationalismus, Hamburg (nur als Kopiervorlage veröffentlicht)
- Zitelmann 1989 = Zitelmann, Rainer (1989); Die Republikaner – „Nazis“ – „Rechtsextremisten“ – „Populisten“?, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Nr. 4, S. 410-418

**B2**

**Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit  
und bürgerschaftliches Engagement gegen  
Rechtsextremismus in der Bevölkerung  
von Dortmunder Stadtbezirken**

(Andreas Grau, Julia Marth, Sandra Legge)

## Inhaltsverzeichnis

|   |            |
|---|------------|
| <b>1. EINLEITUNG.....</b>   | <b>53</b>  |
| <b>2. DER SOZIALRÄUMLICHE ANSATZ.....</b>   | <b>53</b>  |
| <b>3. ANALYTISCHE RAHMUNG.....</b>  | <b>54</b>  |
| 3.1 THEORIE SOZIALER DESINTEGRATION.....  | 56         |
| 3.2 GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT.....  | 58         |
| 3.3 BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT (BE).....   | 60         |
| <b>4. DIE UNTERSUCHUNGSRÄUME: STRUKTUREN IN INNENSTADT-WEST UND EVING.....</b>            | <b>61</b>  |
| 4.1 DIE BEBAUUNGS- UND BEVÖLKERUNGSSTRUKTU.....   | 62         |
| 4.2 ÖKONOMISCHE CHANCENSTRUKTUR.....  | 63         |
| 4.3 POLITISCHE STRUKTUR.....  | 64         |
| 4.4 BEGEGNUNGS- UND INTERAKTIONSTRUKTUR.....  | 65         |
| <b>5. DIE EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG.....</b>  | <b>66</b>  |
| 5.1 STICHPROBENBESCHREIBUNG.....  | 66         |
| 5.2 DESKRIPTIVE ERGEBNISSE.....   | 70         |
| 5.2.1 <i>Wahrgenommene und erfahrene Desintegration in Innenstadt-West und Eving.....</i> | <i>70</i>  |
| 5.2.2 <i>Vermittelnde Faktoren vor Ort.....</i>   | <i>82</i>  |
| 5.2.3 <i>Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierungsintentionen.....</i>   | <i>86</i>  |
| 5.2.4 <i>Engagementpotential.....</i>   | <i>88</i>  |
| 5.3 ZUR ERKLÄRUNG DER VERBREITUNG VON GRUPPENBEZOGENER MENSCHENFEINDLICHKEIT....          | 91         |
| 5.4 ZUR ERKLÄRUNG DER ENGAGEMENTBEREITSCHAFT GEGEN DEN<br>RECHTSEXTREMISMUS.....          | 100        |
| <b>6. LOKALE BESONDERHEITEN – WAS TUN?.....</b>   | <b>108</b> |
| <b>7. FAZIT.....</b>  | <b>109</b> |
| <b>8. LITERATURVERZEICHNIS.....</b>   | <b>111</b> |

# 1 Einleitung

Der vorliegende Bericht dokumentiert die Untersuchung, die im Rahmen der „Beratung für einen lokalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“ für die Stadt Dortmund durchgeführt wurde. Basierend auf der Konzeption des Modellprojekts „Sozialraumanalysen zum Zusammenleben vor Ort“ wurden dabei in ausgewählten Dortmunder Stadtquartieren Bewohnerinnen und Bewohner zu bestimmten Aspekten des Zusammenlebens befragt. Vor diesem Hintergrund dokumentiert der vorliegende Bericht Erkenntnisse zu den relevanten Themenfeldern *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* (GMF) und Bürgerschaftliches Engagement bzw. ‚Engagementbereitschaft und Zivilcourage gegen Rechtsextremismus vor Ort‘. Nach einer Einführung in den analytischen und theoretischen Hintergrund des Projekts und der Klärung zentraler Begriffe folgt die Strukturbeschreibung der fokussierten Stadtbezirke, danach werden Informationen zur Stichprobe und die Ergebnisse aus den bi- und multivariaten Analysen der Befragungsdaten vorgestellt.

## 2 Der sozialräumliche Ansatz

Die hier vorgestellte quantitative Studie zum Zusammenleben in zwei Dortmunder Stadtbezirken basiert auf der Untersuchungsanlage des Modellprojekts „Sozialraumanalysen zum Zusammenleben vor Ort“ (kurz: SoRA-ZO). Dem Projekt liegt die Frage der Beschaffenheit von Zivilgesellschaft, wie sie sich derzeit gestaltet, zugrunde. Während innerhalb einzelner Teile der Bevölkerung Vorurteile, Diskriminierung und Abwertung nicht selten zu den ganz normalen Einstellungs- und Handlungsmustern zählen, wächst in anderen Teilen die Sorge gegenüber einem wachsenden demokratiefeindlichen Potential, das immer wieder auch in politischen Zusammenhängen aktiviert wird. Politische Anstrengungen solcher Gruppierungen, z.T. in neuen „unauffälligen“ Formen, können sich mit den Einstellungen in der Bevölkerung verbinden und in den Sozialräumen eine „neue“ feindselige Normalität schaffen.

Wenn man nun diesen gesellschaftlichen Zustand aus Normalisierung und gleichzeitig vorhandenem Problembewusstsein betrachtet, wird deutlich, dass es nicht mehr reicht, dass sich jene, die sich für das Gemeinwesen bzw. das Wohnumfeld verantwortlich fühlen, die Initiative gegen rechtsextreme Akteure und organisierte Parteien ergreifen, sondern dann rückt die Frage nach dem Zustand des eigenen Gemeinwesens in den Mittelpunkt und damit letztlich die Frage: „Wie wollen wir in unserer Stadt, in unserer Gemeinde leben?“ Diese Frage ist deswegen zentral, weil feindselige Mentalitäten in der Bevölkerung als Anknüpfungspunkt für rechtsextremistische Strömungen und Gruppen verschiedener Art dienen, die derartige Einstellungsmuster gezielt verstärken und damit unabhängig von Wahlerfolgen ein die Demokratie gefährdendes Potential darstellen.

Um solchen Strömungen erfolgreich entgegenzuwirken, bedarf es der aktiven Auseinandersetzung mit der Thematik und einer Debatte, die öffentlich geführt wird und dabei weite Teile der Zivilbevölkerung erreicht. Eine solche „selbstreflexive“ Zivilgesellschaft kann entstehen, wenn die Belange, Sorgen und Positionen der Bürgerinnen und Bürger gehört und berücksichtigt werden. Ziel des Modellprojekts SoRA-ZO ist es, in Zusammenarbeit von Wissenschaft, Akteuren vor Ort und Politik gegen solche Prozesse und Zustände zu aktivieren. Die zentrale Frage dabei ist: Wie kann unter den beschriebenen Bedingungen „produktive Unruhe“ erzeugt werden?

Weil er explizit *sozialräumlich* ansetzt und auf eine genauere Kenntnis über die Entstehung und das Ausmaß menschenfeindlicher Einstellungen sowie der (defizitären) Engagementbereitschaft gegen rechtsextreme Aktivitäten im „eigenen“ *lokalen* Raum abzielt, geht der Modellversuch dabei über andere Interventionsansätze hinaus. Der lokale Zusammenhang ist dabei deswegen von

besonderer Relevanz, weil er den Handlungsrahmen der meisten Menschen maßgeblich bestimmt.

Daraus ergibt sich der Zuschnitt des Modellprojekts mit der gezielten Fokussierung auf die unterschiedlichen Bedingungen im lokalen Raum hinsichtlich:

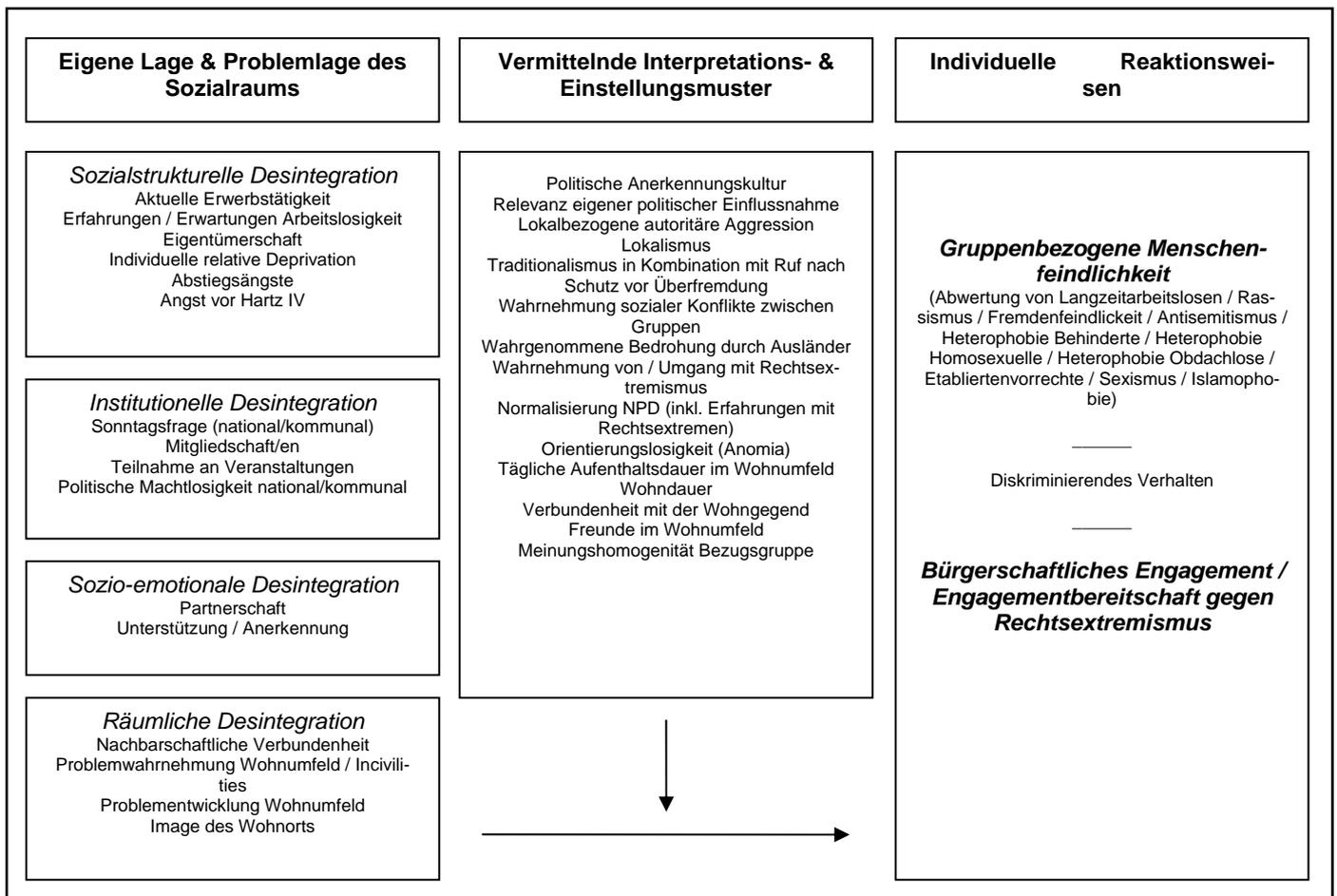
- der Situation der Menschen;
- der Einstellungsmuster zur *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* als Legitimationsfundus für rechtsextreme Aktivitäten;
- des Verhältnisses zum demokratischen System und zur politischen Kultur vor Ort;
- des Potenzials für Engagement gegen Rechtsextremismus im eigenen Sozialraum.

Wie sich die verschiedenen Phänomene in den beiden Dortmunder Untersuchungsräumen, Innenstadt-West und Eving, darstellen, wird nach der folgenden Einführung in den analytischen Rahmen und die wesentlichen theoretischen Konzepte vorgestellt.

### **3 Analytische Rahmung**

Die hier dokumentierte Untersuchung zum Zusammenleben in Dortmund fokussiert also die Aufdeckung und Erklärung von integrationsgefährdenden Faktoren einerseits und die Erklärung von Engagementpotentialen (bereits vorhandenes Engagement und Bereitschaft zum Engagement) andererseits. Von besonderem Interesse ist dabei die Erfassung des Grades abwertender Einstellungen gegenüber sozial schwachen Gruppen (z.B. Einwanderer, Obdachlose, Homosexuelle etc.) als Hinweis auf demokratiegefährdende Mentalitäten in der Bevölkerung. Das zugrunde liegende analytische Modell ist in Abbildung 1 dargestellt.

**Abbildung 1: Analytisches Modell zur Erklärung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und bürgerschaftlichen Engagements**



Es wird zum einen davon ausgegangen, dass die Beschaffenheit und wahrgenommene Qualität der sozialen Lage, aber auch der Problemlage im eigenen lokalen Raum, erfasst über individuelle Desintegrationsgefahren und -erfahrungen in vier verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, entscheidenden Einfluss auf die Beschaffenheit von demokratiegefährdenden Einstellungen in der Bevölkerung, gemessen über Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, und auf die angezeigte Bereitschaft zu Bürgerschaftlichem Engagement nehmen. Besondere Relevanz kommt dabei einer Reihe von Aspekten zu, die in dem interessierenden Wirkungsgefüge das Potential inne haben, sowohl negativ, aber auch positiv verstärkend auf die Mentalitätsbestände bzw. die Engagementbereitschaft der Bewohnerschaft einzuwirken. Zu diesen vermittelnden Interpretations- und Einstellungsmustern zählen insbesondere solche Faktoren des gemeinsam geteilten Raums, die im Hinblick auf mögliche Interventionsstrategien konkrete Ansatzpunkte für lokale Akteure bieten können, also etwa das soziale Klima oder die politische Kultur vor Ort, aber auch Aspekte, die von rein subjektiver Bedeutung sind, etwa die in der Bezugsgruppe vorherrschende Meinungshomogenität oder die tägliche Aufenthaltsdauer im Wohnumfeld. Die zentralen dem analytischen Modell zugrunde liegenden theoretischen Konzepte werden im Folgenden näher vorgestellt.

### 3.1 Theorie sozialer Desintegration

Den theoretischen Hintergrund der Untersuchung bildet der Bielefelder Desintegrationsansatz von Reimund Anhut und Wilhelm Heitmeyer (2000; 2002). Nach diesem theoretischen Mehrebenenansatz erfolgt die gesellschaftliche Integration von Individuen auf drei Ebenen: Auf der sozialstrukturellen Ebene geht es dabei insbesondere um Zugänge zu Arbeits-, Wohnungs- und Konsummärkten, auf der institutionellen Ebene um die Sicherstellung gleichwertiger Behandlung und damit verbundener Rechte und auf der personalen Ebene um die Her- und Sicherstellung emotionaler und sozialer Beziehungen. Kongruent zu diesen Ebenen spricht die Theorie von drei verschiedenen Integrationsdimensionen: die individuell-funktionale Systemintegration, die kommunikativ-interaktive Sozialintegration sowie die kulturell-expressive Sozialintegration, über die sich jeweils der Grad an Teilhabe, Teilnahme und Zugehörigkeiten bestimmen lässt. Zusätzlich unterscheidet die Desintegrationstheorie zwischen objektiven und subjektiven Formen der Integration, also der faktisch gegebenen Eingebundenheit und ihrer subjektiven Bewertung, d.h. inwiefern die je spezifischen Anerkennungsbedürfnisse (positionale, moralische und sozio-emotionale Anerkennung) innerhalb der Integrationsdimensionen als erfüllt wahrgenommen werden (vgl. Anhut 2002: 381ff.).<sup>1</sup>

Anhut und Heitmeyer gehen davon aus, dass Desintegration nicht nur passive Verhaltensweisen (z.B. Rückzug), sondern insbesondere bestimmte Formen von Gewaltkriminalität, rechtsextremistische Einstellungs- und Verhaltensmuster sowie allgemein die Abwertung von (ethnischen) Minderheiten hervorrufen kann (vgl. ebd.: 395), wobei zumindest teilweise in Abhängigkeit der erlebten Anerkennungsdefizite eher das eine oder andere abweichende Reaktionsmuster wahrscheinlicher wird (vgl. Anhut und Heitmeyer 2005; zur Kritik siehe u.a. Albrecht 2002). Die Erklärung abweichender wie rechtsextremistischer Einstellungen auf der Basis des Desintegrationstheorems erklärt sich nach den Autoren dadurch, dass gerade die wahrgenommene Vorenthaltung eigener Integrationschancen und -möglichkeiten die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass diese in der Konsequenz auch anderen, insbesondere gesellschaftlich schwachen Gruppen vorenthalten werden, nicht zuletzt, um dadurch das eigene Selbstwertgefühl zu bestärken. Dabei wird allerdings keine direkte Beziehung zwischen Desintegration und abweichendem Verhalten bzw. abwertenden Einstellungen unterstellt, sondern eine über andere Faktoren vermittelte (u.a. Attributionsstil, soziale Vergleichsprozesse, individuelle soziale Kompetenzen, Gelegenheitsstrukturen). Ebenfalls geht die Theorie von Verstärker- und Kompensationseffekten zwischen den drei Integrationsdimensionen aus, d.h. dass der potentielle Effekt der Desintegration in einer Dimension durch einen hohen Integrationsgrad in einer der beiden anderen kompensiert werden kann bzw. Desintegrationserfahrungen in mehr als einem Bereich die Wahrscheinlichkeit dysfunktionaler Problemverarbeitung erhöhen (vgl. Anhut 2002: 388).

Die bisherigen Untersuchungen zu Desintegration konzentrieren sich vornehmlich auf die Überprüfung der direkten Effekte der drei Integrationsdimensionen auf Gewaltbereitschaft sowie -billigung und auf abwertende Einstellungen gegenüber sozial schwachen Gruppen (Einwanderer, obdachlose, behinderte, homosexuelle Personen etc.). Die Analysen liefern dabei zumeist moderate Befunde (vgl. insb. Mansel 2004)<sup>2</sup>. Die Berücksichtigung der postulierten vermittelnden Faktoren zwischen Desintegration und abweichendem Verhalten ist dagegen empirisch bislang nur

---

<sup>1</sup> Zur Weiterentwicklung des Anerkennungstheorems sowie seiner Erklärungskraft für abwertende Einstellungen sei auf die qualitative Studie von Barbara Kaletta (2008) verwiesen.

<sup>2</sup> Mansel (2004: 131f.) kann mit insgesamt 17 berücksichtigten Konstrukten (zu den drei Dimensionen) bis 23% der Varianz von Gewaltbereitschaft und Gewaltbilligung aufklären und zwischen knapp 11 und 47% der abwertenden Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen (Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Heterophobie, Islamophobie, Sexismus, Etabliertenvorrechte), wobei die Erklärung der Varianz in Fremdenfeindlichkeit am stärksten ausfällt.

wenig umgesetzt worden<sup>3</sup> und wird, soweit möglich, im Rahmen dieser Studie überprüft. Diese erweiterte Theorienprüfung ist vor allem mit Blick auf mögliche Präventions- und Interventionsstrategien bedeutsam, denn während sich an den objektiven Faktoren von Desintegration (z.B. Arbeitslosenquote, Altersstruktur der Bevölkerung) nur sehr bedingt etwas ändern lässt, trifft dies nicht gleichermaßen für die intervenierenden Faktoren, wie Gelegenheitsstrukturen, politische Kultur vor Ort etc. zu.

Des Weiteren wird in Ergänzung zum Desintegrationsansatz auch eine räumliche Dimension der Integration bzw. Desintegration mit in das theoretische und in der Folge analytische Modell aufgenommen. Denn im Sinne der Sozialökologie (z.B. Esser 1988; Oberwittler 2003; z.B. Shaw and McKay 1969) ist davon auszugehen, dass die Wahrnehmungen, Einstellungen wie auch das Verhalten von Personen nicht nur durch individuelle Merkmale bestimmt werden, sondern auch Spezifika des sozialräumlichen Kontextes, in dem die Personen leben, einen Einfluss auf die individuellen Einstellungen und Verhaltensweisen nehmen (Ditton 1998; Oberwittler, 2003) und damit auch für die Erklärung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit von Bedeutung sind. Diese Annahme bildet zugleich den Kern unseres Beitrages: Es geht um die Frage, ob und inwiefern das Wohnumfeld bzw. die (subjektiv empfundene) räumliche Benachteiligung abwertende Einstellungen gegenüber gesellschaftlich schwachen Gruppen beeinflussen. Die Berücksichtigung des Wohnumfeldes zur Beschreibung von bestimmten Lebenslagen wird seit einigen Jahren stärker vorangetrieben. Entsprechend finden sich in neueren theoretischen Abhandlungen zur sozialen Ungleichheit auch Indikatoren zu den Wohn(-umwelt)bedingungen (vgl. z.B. Schwenk 1999, Burzan 2005). Denn gerade im Kontext objektiver Benachteiligung bietet das Wohnumfeld zum Teil den einzigen Aktionsraum für die individuelle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, was die Bedeutung der Beschaffenheit des eigenen Wohnumfeldes deutlich erhöht. Keller (1999) spricht im Zusammenhang der Überlagerung von objektiver und räumlicher Benachteiligung auch von dem „wahren Ausdruck“ gesellschaftlicher Spaltung (allerdings auf rein städtischer Ebene). Dabei sagt der Anteil an Armen noch wenig über mögliche Exklusionseffekte aus. Bedeutender sind hingegen Indikatoren, die auf schlechtere materielle Lebensbedingungen (unzureichende Infrastruktur, mangelnde öffentliche Dienstleistungen etc.), beeinträchtigte soziale Lebensbedingungen (schwache soziale Netzwerkbindung) sowie symbolische Beeinträchtigungen (schlechter Ruf des Viertels, materielle und soziale Beeinträchtigungen – Incivilities – etc.) hinweisen (Friedrichs/Blasius 2000, in Anlehnung an Bourdieu). Bei einer Überlagerung dieser drei Dimensionen spricht man auch von der „Spirale der Auslese“, die für die gesellschaftliche Integrationsqualität nicht folgenlos bleibt. So hat bereits eine Vielzahl von Studien, vor allem für den US-amerikanischen Forschungsraum, auf die Rolle des Wohnumfeldes für abweichendes Verhalten (Gewaltkriminalität: vgl. z.B. Shaw/McKay 1969, Eisner 2001; Gewaltbereitschaft/Gewaltbilligung: Oberwittler 2003; Kriminalitätsfurcht: Boers 1991; Viktimisierung: Lüdemann 2005, 2005a; Anomie: Wilson 1971; Bell 1957) hingewiesen. Selten finden sich hingegen Untersuchungen, die auf die Art, Konzentration und Konsequenzen von feindseligen Mentalitäten im Wohnumfeld abzielen. Hier liegt eine bedeutende Forschungslücke vor, gerade auch im Hinblick auf die Herausbildung von sozialem Kapital als einem wesentlichen Baustein für die Generierung von aktivem Bürgerengagement im Stadtquartier und damit letztlich einer starken Zivilgesellschaft.

Es ist davon auszugehen, dass der unmittelbare Lebensraum einen Effekt auf Einstellungen, Wahrnehmungen und Erfahrungen nimmt und somit auch die Einstellung gegenüber verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen maßgeblich mit beeinflusst, wenngleich wir diesen Effekt als ebenfalls mediiert, also über andere Variablen wie dem Gefühl von Machtlosigkeit und allgemeiner Orientierungslosigkeit vermittelt annehmen. Dabei gehen wir davon aus, dass Erfahrungen räumlicher Desintegration für sich alleine genommen kaum zu den aufgezeigten negativen Fol-

---

<sup>3</sup> Ein Beispiel für eine Umsetzung ist die vom IKG in Kooperation mit der Martin-Luther-Universität Halle/Saale durchgeführte Studie ‚Öffentliche Gewalt im Stadtquartier‘, eine vergleichende Untersuchung von ethnisch differierenden Stadtvierteln (Heitmeyer/Thome 2008).

gen defizitärer Integration führen dürften, denn Individuen, die sich sozial und institutionell, ökonomisch eingebunden fühlen, steht potenziell die Möglichkeit offen, sich der räumlich erlebten Desintegration zu entziehen (z.B. durch einen Umzug). Räumliche Desintegration kommt dann zum Tragen, wenn sie in Kombination mit wahrgenommenen Anerkennungsdefiziten in mindestens einer der drei anderen Integrationsdimensionen auftritt.

Die Studie fokussiert insbesondere die Erklärung von Engagementpotentialen (bereits vorhandenes Engagement und Bereitschaft zum Engagement) einerseits sowie die Aufdeckung und Erklärung von integrationsgefährdenden Faktoren andererseits. In diesem Kontext wird vor allem die Erfassung des Grades abwertender Einstellungen und Diskriminierungsintentionen gegenüber sozial schwachen Gruppen (z.B. Einwanderer, Obdachlose, Homosexuelle etc.) fokussiert. Auf diese zentralen Phänomene soll im Folgenden etwas dezidierter eingegangen werden.

### **3.2 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit<sup>4</sup>**

Der Begriff *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* wurde unter der Federführung von Wilhelm Heitmeyer im Rahmen der gleichnamigen, zehnjährigen Langzeitstudie (2002-2012; für einen Überblick s. Heitmeyer 2002-2009) eingeführt. *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* (kurz: GMF) bezieht sich dabei nach Heitmeyer, wie auch Vorurteile, auf kein individuelles Feindschaftsverhältnis, sondern auf ein Konglomerat aus abwertenden Einstellungen gegenüber Individuen aufgrund ihrer gewählten oder zugewiesenen Gruppenmitgliedschaft.<sup>5</sup> Der Begriff umfasst dabei nicht nur Vorurteile gegenüber ethnischen Minderheiten, sondern bezieht generell alle sozial schwachen Gruppen ein, die mit Vorurteilen seitens der Mehrheitsgesellschaft belegt werden. Dahinter liegt die Annahme, dass abwertende Einstellungen nicht nur gegenüber Gruppen fremder Herkunft bestehen, sondern auch gegen Personengruppen gleicher Herkunft, die aber vermeintlich oder offensichtlich von den Normvorstellungen der Mehrheitsgesellschaft abweichen (vgl. Heitmeyer 2002: 19).

Zugleich wird in diesem Ansatz nicht davon ausgegangen, dass es sich bei Vorurteilen gegenüber verschiedenen Gruppen um identische Einstellungsmuster handelt, sondern um verschiedene Facetten eines generellen Phänomens. Damit wiederum ist die Annahme verbunden, dass die abwertenden Einstellungen gegenüber verschiedenen Gruppen (z.B. gegenüber Einwanderern, Individuen mit muslimischen Glauben, obdachlosen Personen, Frauen) nicht isoliert voneinander bestehen, sondern sich gemeinsam zu einem Vorurteilssyndrom konstituieren. Hier knüpft die Idee an, dass Vorurteile gegenüber verschiedenen Gruppen nicht nur auf vergleichbare oder identische Ursachen zurückgehen können, sondern auch, dass sie einen gemeinsamen Kern aufweisen, der von Heitmeyer als „*Ideologie der Ungleichwertigkeit*“ bezeichnet wird. Die Ideologie der Ungleichwertigkeit resultiert dabei aus der kategorialen Einordnung von Menschengruppen auf der Basis gesellschaftlicher Norm- und Normalitätsvorstellungen. Heitmeyer bemerkt hierzu: „Es werden also nicht nur Rechte in Verfassungen festgeschrieben und soziale Lagen, also spezielle Rollen und Positionen, registriert, sondern die Substanz von Menschen wird in all ihren Facetten einer kategorialen Bewertung unterzogen. In diesem Fall haben wir es dann mit einer Ideologie der Ungleichwertigkeit zu tun“ (Heitmeyer 2008: 37). Die Abwertung wird damit auf der Grundlage sozialer, politischer oder auch religiöser Ansichten und Überzeugungen gerechtfertigt. Die Abwertung ihrerseits kann wiederum als Legitimation für diskriminierendes und gewalttätiges Verhalten gegenüber den als abweichend deklarierten Gruppen fungieren.

---

<sup>4</sup> Teile des Kapitels entstammen der Dissertation von Legge (in prep.)

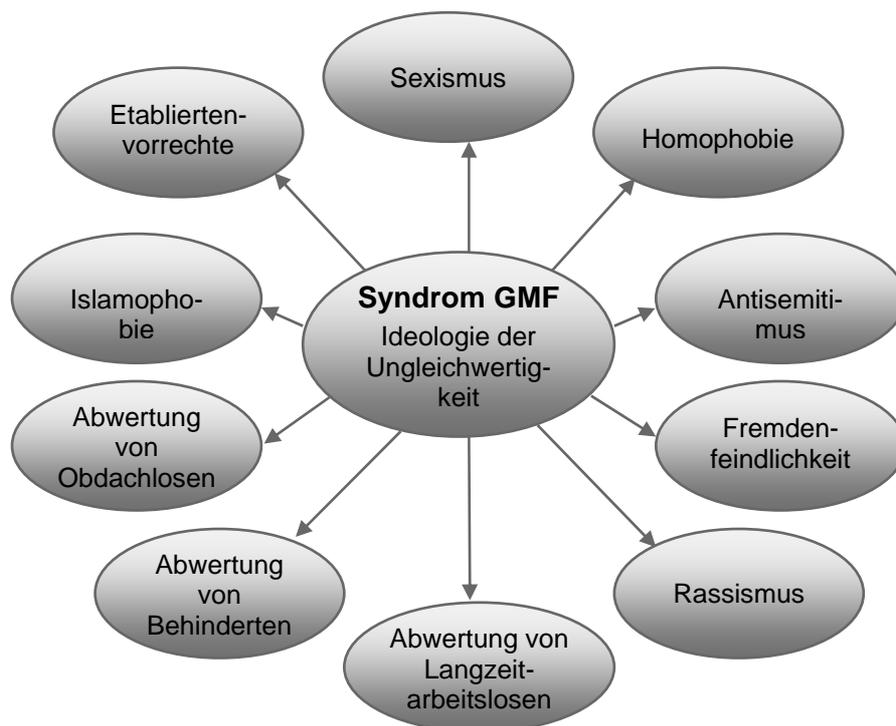
<sup>5</sup> Für eine Abgrenzung des Konzepts vom Rechtsextremismus und Ethnozentrismus sei auf Iser (2006) sowie Legge und Mansel (in press) verwiesen.

Die jeweiligen Bewertungskriterien für Gruppen sind dabei nicht starr, sondern können, beeinflusst vom jeweiligen gesellschaftlichen Diskurs, variieren. Das heißt, neben den traditionellen Gruppen, die mit Vorurteilen belegt werden (z.B. Individuen jüdischen Glaubens) können neue hinzukommen (z.B. Individuen muslimischen Glaubens). Ebenso ist es denkbar, dass sich Vorurteile gegenüber bestimmten Gruppen reduzieren bzw. ganz verschwinden (z.B. gegenüber Frauen). Zugleich wird betont, dass der Adressatenkreis nicht willkürlich ist, sondern in Abhängigkeit von spezifischen sozio-historischen Faktoren und damit zusammenhängenden Überzeugungssystemen und Mythen steht (vgl. Zick et al. 2008: 7).

Zentral für unseren Zusammenhang ist dabei aber vor allem, dass die zugrunde liegenden Motive und charakteristisch für rechtsextrems Denken ist, d.h. Rechtsextremisten begründen einen minderen Wert und Rechtsstatus bestimmter Individuen und Gruppen durch ethnische, kulturelle, geistige oder körperliche Unterschiede.

Für das deutsche Syndrom *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* wurden zunächst neun, seit 2008 zehn Elemente berücksichtigt. Dies sind im Einzelnen: Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Homophobie (= Abwertung von Individuen mit einer homosexuellen Orientierung), Abwertung von obdachlosen Individuen, Abwertung von Personen mit Behinderung, Islamophobie (= Abwertung von Individuen muslimischen Glaubens), die Etabliertenvorrechte<sup>6</sup> sowie seit 2008 die Abwertung von langzeitarbeitslosen Personen (s. Abb. 2; für eine differenzierte Beschreibung der Elemente s. Heitmeyer 2002, 2008).

**Abbildung 2: Elemente des Syndroms Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit**



Kritisch anzumerken bleibt, dass sich das Syndrom zwar mehrheitlich aus spezifisch definierten und damit klar benennbaren Gruppen (z.B. Frauen, Einwanderer, etc.) zusammensetzt, mit Rassismus und Etabliertenvorrechte aber auch gruppenübergreifende Elemente beinhaltet. Die theoretische Idee, diese beiden Elemente als dem Syndrom vorgeschaltet zu betrachten, hat sich empirisch allerdings nicht bestätigt. Ebenfalls kritisch bleibt, wie Iser (2006: 44) konstatiert, die

<sup>6</sup> Die Einforderung von Etabliertenvorrechten meint die behauptete raum-zeitliche Vormachtstellung von Alteingesessenen gegenüber neu hinzugekommenen Gruppen (vgl. auch Elias/Scotson 1965/1993).

Tatsache, dass Vorurteile gegenüber statusgleichen Gruppen nicht ohne weiteres in das Konzept integrierbar sind.

Unabhängig von diesen kritischen Einwänden können die zentralen Annahmen zum Konzept *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* empirisch vorläufig bestätigt werden. Zentral für uns ist allerdings die Frage, welche Verbreitungsgrade *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* in den untersuchten Sozialräumen hat und wodurch sie sich erklären lässt. Theoretisch greifen wir dazu auf die Theorie sozialer Desintegration zurück, wie sie in Kapitel 3.1 vorgestellt wurde.

### **3.3 Bürgerschaftliches Engagement (BE)**

Die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten, vor allem die Individualisierung von Lebensentwürfen und die Globalisierung wirtschaftlicher Zusammenhänge, forcieren in der Bundesrepublik eine zunehmende Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, und zwar weg vom Wohlfahrtsstaat hin zur Bürgergesellschaft (vgl. Deutscher Bundestag 2002). In diesem Zusammenhang spielt Bürgerschaftliches Engagement (kurz: BE) eine besondere Rolle: Gedacht als „unverzichtbare Bedingung für den Zusammenhalt der Gesellschaft“ (Deutscher Bundestag 2002: 2) wird das aktive Engagement von Bürger(inne)n notwendig für die Schaffung eines solchen „Gemeinwesen, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger nach demokratischen Regeln selbst organisieren und auf die Geschicke des Gemeinwesens einwirken können“ (ebd.: 6).

Ganz allgemein wird mit dem Begriff des Bürgerschaftlichen Engagements das politische, soziale und Gemeinwohl fördernde Engagement von Bürgern zur Erreichung gemeinsamer Ziele bezeichnet. Bürgerschaftliches Engagement kann auch beschrieben werden als individuelle Teilhabe an gesellschaftlichen Belangen – als solche generiert es vor allem Sozialkapital und ist damit die Voraussetzung für eine integrierte Gesellschaft und Demokratie (Putnam 2000), wobei insbesondere dieser Aspekt von Engagement in Zusammenhang mit den Annahmen der Theorie sozialer Desintegration zu sehen ist. Wesentliche Merkmale bürgerschaftlichen Engagements sind Freiwilligkeit, Öffentlichkeit und der Non-Profit-Charakter der Aktivität; im Vordergrund steht vor allem der positive Effekt eines gemeinschaftlichen öffentlichen Handelns, meistens für Dritte, vor dem Hintergrund speziell politischer Fragen oftmals auch gegen bestimmte Gruppen oder Vereinigungen. Nicht selten wird bürgerschaftliches Engagement auch herangezogen als Indikator für die Qualität einer Gesellschaft: Je höher die Bereitschaft innerhalb der Bevölkerung ist, sich aktiv zu engagieren, desto höher ist der Zusammenhalt, die Solidarität und die Sozialität in der Gesellschaft zu bewerten.

Mit Blick speziell auf die Frage nach der Stärkung der Zivilgesellschaft bezüglich demokratiegefährdender Einstellungen innerhalb der Bevölkerung ist Bürgerschaftliches Engagement vor dem Hintergrund des Konzepts der politischen Partizipation zu sehen, und zwar in folgender Hinsicht: In unserer Untersuchung sind mit BE solche Verhaltensweisen und Handlungen von Bürgern gemeint, die sie alleine oder aber mit anderen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, direkt oder indirekt Einfluss auf politische Entscheidungen und Entwicklungen zu nehmen (Barnes u.a. 1979: 42; Parry u.a. 1992: 16; Verba u.a. 1995: 38). Eine solche Teilhabe an gesellschaftspolitischen Prozessen geht für das Individuum in aller Regel mit dichten sozialen Interaktionen einher und begünstigt so letztlich die Entstehung spezifischer Normen einer verallgemeinerten Gegenseitigkeit: „Ich tue das für dich, auch wenn ich keine unmittelbare Gegenleistung erhalte, weil du (oder jemand anders) irgendwann meinen guten Willen erwidern wirst“ (Putnam 2000: 336ff.) Dieses über Partizipation entwickelte, gegenseitige Vertrauen wird dabei umso stärker, je mehr Individuen sich beteiligen bzw. „dabei sind“ (ders. 2001: 20ff.). So werden schließlich die Voraussetzungen für die Herausbildung einer starken Zivilgesellschaft geschaffen, in der der politisch-

öffentliche Sektor über vielfältige Formen der Selbstorganisation und Selbstverwaltung um einen privaten Sektor ergänzt wird und gesellschaftliche Prozesse so aktiv von den Bürger(inne)n mitgestaltet werden. Aktiver Bürgerbeteiligung wird dabei vor allem von politischer Seite immer wieder das besondere Potenzial bescheinigt, Defizite, die sich aus dem immer offensichtlicher werdenden Rückzug des Staates aus öffentlichen Angelegenheiten ergeben, aufzufangen (Deutscher Bundestag 2002).

Wir fokussieren in diesem Zusammenhang speziell das innerhalb eines Sozialraums gemessene Engagementpotential, das gegen lokale menschenfeindliche Aktivitäten und speziell Rechtsextremismus aktiviert werden kann, betrachten aber auch mögliche Ursachen von Nichtengagement näher. Wovon hängt nun aber die Bereitschaft zu aktivem bürgerschaftlichem Engagement ab? Hier interessiert uns zum einen, ob Desintegrationserfahrungen, analytisch gefasst als soziale, ökonomische, politische und räumliche Desintegration (s. Kap. 3.1), einen Effekt haben auf den Grad des berichteten Engagements und welche Faktoren sich als hinderlich im Hinblick auf die aktive Bürgerbeteiligung im Bereich Rechtsextremismus erweisen (bspw. die politische Kultur vor Ort, gemessen etwa über den lokalspezifischen Umgang mit der Thematik Rechtsextremismus). Zum anderen stellt sich aber auch die Frage nach Potentialen für Engagement innerhalb der örtlichen Bevölkerung, dies insbesondere im Hinblick auf die zu entwickelnden lokalspezifischen Interventionsstrategien und Mobilisierungsanstrengungen.

Bevor nun auf die empirischen Ergebnisse der von uns durchgeführten Analysen zur Verbreitung und Beschaffenheit der vorstehend skizzierten Phänomene eingegangen wird, erfolgt – eingebettet in eine Beschreibung der Gesamtstadt Dortmund – ein kurzer Blick auf die Charakteristika der untersuchten Sozialräume – Innenstadt-West und Eving.

## **4 Die Untersuchungsräume: Strukturen in Innenstadt-West und Eving**

Im Rahmen der hier dokumentierten Studie liegt der Fokus auf zwei Dortmunder Stadtbezirken – Innenstadt-West und Eving. Die Auswahl der beiden Quartiere orientierte sich an einer Reihe von Faktoren, die die Charakterisierung eines Sozialraums anhand verschiedener struktureller Merkmale zulässt. Neben der Entwicklung der Einwohnerschaft gehören hierzu Indikatoren wie die Erwerbstätigenquote oder der Ausländeranteil. Neben diesen sozialstrukturellen Faktoren ist ein weiterer wichtiger Aspekt bei der Bewertung eines Sozialraums die politische Kultur vor Ort, die sich zunächst über die Stärke der in einem kommunalen Rat oder Parlament vertretenen Fraktionen äußert, wobei vor allem Wahlerfolge rechtsextremer Parteien von Interesse sind. Weiterhin wurden bei der Entscheidung welche Stadtbezirke untersucht werden sollen Anhaltspunkte aus der Untersuchungseinheit 1 berücksichtigt, im dem Sinne, dass Stadtbezirke mit rechtsextremen Akteuren berücksichtigt werden sollten. Um statistisch belastbare Aussagen treffen zu können, ist eine Zufallsauswahl der Befragten notwendig, was bei dem vorliegenden Untersuchungsdesign bei unterhalb der Ebene der Stadtbezirke mit erheblichen Problemen verbunden wäre.

Die folgende Beschreibung der ausgewählten Stadtbezirke konzentriert sich auf insgesamt vier Aspekte: die Bebauungs- und Bevölkerungsstruktur, die ökonomische Chancenstruktur, die politische Struktur und die Begegnungs- und Interaktionsstruktur. Es werden also die objektiven Gelegenheitsstrukturen des Wohnens, der Arbeitsmöglichkeiten, politischer Partizipation und des Zusammenlebens nachgezeichnet. Als Datenbasis für diese Strukturbeschreibungen dienen Informationen des Statistischen Amtes der Stadt Dortmund sowie die Ergebnisse einer umfassenden Literatur- und Internetrecherche.

## **4.1 Die Bebauungs- und Bevölkerungsstruktur**

Die kreisfreie Stadt Dortmund liegt im östlichen Ruhrgebiet im Regierungsbezirk Arnsberg des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen und ist mit 580.479 Einwohnern im Jahr 2008 (Stadt Dortmund 2009: 8) die sechstgrößte Stadt Deutschlands. Nach Köln ist sie die zweitgrößte Stadt Nordrhein-Westfalens und mit 280,4qkm flächenmäßig die neuntgrößte kreisfreie Stadt in Deutschland. Die Stadt ist Mitglied im Landschaftsverband Westfalen-Lippe und im Regionalverband Ruhr. Unterteilt wird die Stadt in zwölf Stadtbezirke, davon drei innerstädtische (Innenstadt-West, Innenstadt-Nord, Innenstadt-Ost) und neun Außenbezirke (Eving, Scharnhorst, Brackel, Aplerbeck, Hörde, Hombruch, Lütgendortmund, Huckarde, Mengede).

In dem Untersuchungsraum Innenstadt-West leben insgesamt 51.831 (Stichtag: 31.12.2008 / ebd.), er zählt mit 1374,6ha zu den flächenmäßig kleineren Stadtbezirken Dortmunds. Statistisch wird die Innenstadt West in vier Bezirke differenziert, dies sind: City, Westfalenhalle, Dorstfeld und Dorstfelder Brücke. Der zweite Untersuchungsraum, der Außenbezirk Eving, gehört mit 2.286,9ha Fläche zu den Dortmunder Bezirken mittlerer Größe. Unterteilt wird dieser Bezirk mit 36.137 Einwohnern (Stichtag: 31.12.2008 / ebd.) in die vier statistischen Bezirke Brechten, Eving, Holthausen und Lindenhorst (vgl. Stadt Dortmund 2007).

Die Gesamtstadt Dortmund weist eine Siedlungsdichte von 20,7 Einwohnern je Hektar auf (Stichtag: 31.12.2008). Anzumerken ist hierbei die große Bandbreite der gesamtstädtischen Einwohnerdichte, so leben im Stadtteil Holthausen bspw. nur 0,9 Einwohner je Hektar, während in dem hier fokussierten Bezirk Innenstadt-West 37,7 Bewohnerinnen auf einem Hektar leben. Eving wiederum weist im Vergleich zur Gesamtstadt etwas geringere Einwohnerdichte auf, hier sind es 15,8 Einwohner je Hektar (Stadt Dortmund 2009: 8).

In der Innenstadt West liegen das Zentrum der Dortmunder Verwaltung, das Rathaus der Stadt, und andere bedeutende Einrichtungen und Anlaufpunkte für die Dortmunder Bevölkerung. So sind etwa der Hauptbahnhof und das Stadttheater hier angesiedelt, um zum Westfalenstadion oder der Westfalenhalle zu gelangen, muss man den Stadtteil nicht verlassen und auch zentrale Kneipen- und Einkaufsstrassen sind zu finden, etwa der Alte Markt, der „die größte Restaurant- und Biergartendichte Dortmunds [bietet] und zu den ersten Einkaufs- und Veranstaltungsadresse“ (Stadt Dortmund 2009a) der Stadt gehört. Das Straßenbild wird geprägt von „Mehrfamilienhäuser[n] mit in der Summe unterdurchschnittlichem Ausstattungsgrad“ (Stadt Dortmund 2008: 26). Eving wiederum liegt im Norden des Dortmunder Stadtgebietes und war vor der Industrialisierung und dem einsetzenden intensiven Bergbau eine dünn besiedelte und vornehmlich landwirtschaftlich geprägte Ansammlung kleinerer Siedlungsgebiete, die bis heute das Bild des Bezirkes prägen. Bis 1987 und zur Stilllegung der Zeche „Minister Stein“ spielte der Bergbau in diesem Teil der Stadt eine prägende Rolle. Heute zeichnet ein großer Anteil an hochwertigem Landschaftsraum das Quartier aus; dazu zählt z. B. der Stadtwald Grävingsholz oder das Naturschutzgebiet „Auf dem Brink“. „Gleichzeitig lässt sich an der Umwandlung großer Flächen, die bislang vom Bergbau und der Stahlindustrie genutzt wurden, der Strukturwandel in Dortmund verfolgen.“ (Stadt Dortmund 2009b) In diesem Zusammenhang ist bspw. die Entstehung der Neuen Evinger Mitte auf dem Gelände der früheren Zeche Minister Stein zu nennen. Heute gilt Eving als attraktiver Wohnort mit hohem (Nah-) Erholungswert; in Kombination mit „der Schaffung neuer Arbeitsplätze und städtischer Strukturen auf den großen Arealen der Schwerindustrie (...) [macht dies] seine Zukunftsfähigkeit aus“ (ebd.).

Der Ausländeranteil in der Stadt Dortmund insgesamt liegt bei 12,6% (Stichtag: 31.12.2008), schwankt allerdings zwischen den Stadtbezirken erheblich und zwar zwischen 41,2% (Innenstadt-Nord) bis hinunter zu 5,2% (Aplerbeck). Dabei ist zu berücksichtigen, dass hier ausschließ-

lich Bewohner mit ausländischer Staatsangehörigkeit erfasst werden. Neben den insgesamt 73.286 Mitbürgern ohne deutschen Pass leben weitere 62.000 Deutsche mit Migrationshintergrund in Dortmund. Im Untersuchungsraum Innenstadt-West liegt der Anteil der Ausländer ohne deutsche Staatsangehörigkeit an der Wohnbevölkerung bei 15,2% und damit etwas höher als im gesamtstädtischen Durchschnitt. Von den insgesamt 7.875 in der Innenstadt-West lebenden Ausländern ist der große Teil (2.056) türkischer Herkunft, die zweit- bzw. drittgrößte Gruppe bilden Personen polnischer (582) bzw. griechischer Nationalität (450). Im Stadtbezirk Eving wiederum liegt der Anteil der ausländischen Personen an der Wohnbevölkerung bei 15,3% und damit ähnlich wie in der Innenstadt-West leicht über dem Wert der Gesamtstadt. Ende 2007 beläuft sich die Zahl der Personen ausländischer Herkunft ohne deutsche Staatsbürgerschaft in Eving auf 5.708 ausländische Personen, wiederum entfällt der größte Teil auf die Gruppe der Türken (3.599). Wiederum ist hierbei auf die hohe Streuung innerhalb der beiden untersuchten Stadtbezirke hinzuweisen (ebd.: 12).<sup>7</sup>

Hinsichtlich Wanderungsbewegungen in der Bevölkerung weist die Stadt Dortmund insgesamt eine negative Bilanz auf. So zeigt sich für das Jahr 2008 ein Minus von 1.889 Personen an der Gesamtbevölkerung. Diese insgesamt leicht rückläufige Entwicklung der gesamtstädtischen Bevölkerung stellt sich in der kleinräumlichen Perspektive etwas differenzierter dar. Im konkreten Fall der Innenstadt-West ergibt sich für die Bevölkerung ein Minus von 135 Personen, in Eving hingegen ein Plus von 151 Personen, wobei sich insbesondere innerstädtische Wanderungsbewegungen dabei zu Gunsten Evings erweisen (ebd.: 13f.).

Die Zusammensetzung und das Durchschnittsalter der Dortmunder Bevölkerung variieren dabei je nach Stadtbezirk. Im vorliegenden Zusammenhang ist dabei insbesondere in der Innenstadt-West eine hohe kleinräumliche Varianz zu beobachten. Tendenziell ist der Innenstadt-West eine unterdurchschnittliche Quote von unter 15jährigen (15,6%) und von über 65jährigen (24,4%) zu bescheinigen.<sup>8</sup> Die Werte für die Innenstadt-West sind damit vergleichbar mit denen im Innenstadtgebiet insgesamt, die Gesamtstadt Dortmund weist hier hingegen Werte von 20,3% bzw. 31,0% auf. Die Altersstruktur des Stadtbezirks Eving nähert sich dem gesamtstädtischen Durchschnitt etwas mehr an: Die auf Bezirksebene mit 23,4% im Vergleich zur Gesamtstadt höhere Minderjährigenquote wird flankiert von einem durchschnittlichen Anteil von 15,9% der über 65jährigen an der Bewohnerschaft in Eving, der so ziemlich genau den gesamtstädtischen Durchschnitt abbildet (ebd.: 11).

## **4.2 Ökonomische Chancenstruktur**

Der immense Strukturwandel des Ruhrgebietes in den vergangenen Jahrzehnten, in dessen Zuge die traditionellen Industriezweige ihre starke Marktposition verloren, ist auch an Dortmund nicht spurlos vorbei gegangen. Die spezifischen Auswirkungen sozioökonomischer Umstrukturierungsprozesse in der Region schlagen sich in Form kleinräumiger sozialer Benachteiligung vor allem im Norden Duisburgs nieder. Hier sind nach und nach Gebiete in Dortmund insgesamt liegt die Erwerbslosenquote bei 13,4%, dieser Wert findet sich ganz ähnlich auch für die zwölf Dortmunder Stadtbezirke.<sup>9</sup> Es wird dabei insgesamt ein Rückgang der Arbeitslosenquote im Vergleich von 2007 zu 2008 um 0,6% verzeichnet. Die durchschnittliche Erwerbslosenquote in der

---

<sup>7</sup> So liegen die Anteil im statistischen Unterbezirk Dorstfelder Brücke bei 23,0%, in der City bei 21,1%, in Dorstfeld selbst bei 13,4% und im statistischen Bezirk Westfalenhalle bei 7,6% (Stadt Dortmund 2009: 18); in Eving-Brechten sind 3,2% der Wohnbevölkerung ausländischer Herkunft, in Eving selbst 20,8%, in Holthausen nur 1,4% und in Lindenhorst 18,1% (ebd.: 24).

<sup>8</sup> Diese Quote bezieht sich dabei auf den Anteil der genannten Gruppen an 100 Erwerbsfähigen im Alter von 15 bis 65 Jahren.

<sup>9</sup> Ausnahmen: Im Stadtbezirk Innenstadt-Nord liegt die Arbeitslosenquote mit einem Wert von 26,8% deutlich über, in den Quartieren Aplerbeck und Hombruch mit jeweils etwa 7 bis 8% deutlich unter dem Durchschnitt (Stadt Dortmund 2009: 11).

Innenstadt-West liegt bei 13,6%, in Eving ist mit 14,8% eine noch etwas höhere Erwerbslosenquote zu verzeichnen als im gesamtstädtischen Zusammenhang. In beiden Quartieren ist dabei auch hier eine deutliche Varianz auf Unterbezirksebene zu verzeichnen (Stadt Dortmund 2009: 11).<sup>10</sup>

Hinsichtlich des Anteils von den SGB II-Leistungsempfängern an der Dortmunder Gesamtbevölkerung ist für das Jahr 2008 ein Anteil 140 Empfängern auf 1000 Einwohnern erfasst (ebd.). Von 1000 Einwohnern in der Innenstadt-West sind es 147 Empfänger von Unterstützungsleistungen nach dem SGB II; damit liegt die Innenstadt-West wiederum leicht über dem gesamtstädtischen Durchschnitt (ebd.: 18). Noch etwas höher liegt der Anteil der SGB II-Leistungsempfänger an der Wohnbevölkerung im Stadtbezirk Eving; hier sind es 157 von 1000 Einwohnern, die diese Leistung beziehen (ebd.: 24).

Wenngleich für die Stadt Dortmund, wie bereits weiter oben erwähnt, ein einschneidender struktureller Wandel weg vom klassischen produzierenden Gewerbe und der Montanindustrie hin zu Dienstleistungen konstatiert werden kann – eine Entwicklung, die für eine Vielzahl der Orte im Ruhrgebiet charakteristisch ist – ist die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage der Stadt insgesamt positiv zu bewerten. Festzumachen ist dies u.a. am wachsenden Bruttoinlandsprodukt (BIP) absolut als auch im Vergleich der Anteile Dortmunds am BIP des Bundes (Stadt Dortmund 2008: 16). Zudem sinkt seit 2003 die Zahl Unternehmensinsolvenzen, wenngleich auch laut Statistikbericht im Vergleich zu anderen Städten auf einem deutlich höheren Niveau (ebd.: 16f.). Weitere Hinweise auf die positive wirtschaftliche Entwicklung lassen sich in den rückläufigen Arbeitslosenzahlen ablesen. Dieser Anstieg der absoluten Erwerbstätigenzahl in den letzten Jahren folgt damit tendenziell dem Bundestrend, wenngleich auch hier über dem Niveau der nationalen Steigerungsraten (ebd.: 13f.).

Die Folgen des strukturellen Wandels (infolge von Individualisierungs- und Modernisierungstendenzen, einem allgemeinen Trend zur Dienstleistungsgesellschaft und – übergreifend – den gesamtgesellschaftlichen Globalisierungsverläufen innewohnenden Irritationen) lassen sich auch in den beiden Untersuchungsräumen Innenstadt-West und Eving betrachten – die vorstehend für die Gesamtstadt beschriebenen positiven Entwicklungen gelten für die beiden Quartiere im Großen und Ganzen aber dennoch (ebd.: 28ff.).

In beiden Quartieren haben sich in diesem Zusammenhang auf Initiative der Stadt Lenkungsgruppen für ein sozialraumspezifisches Stadtbezirkmarketing zusammengefunden. Mit Hilfe eines „eigens dafür bereitgestellten Budget[s], plus Fördergelder des Ministeriums für Städtebau, Wohnen, Kultur und Sport in NRW sowie der finanziellen Unterstützung der Dortmunder Wirtschaft“ sollen die „Stadtbezirke weiter aufzuwerten und ihre Attraktivität für die Bewohnerinnen und Bewohner, die Wirtschaft und ihre Besucher“ gesteigert werden (s. Stadt Dortmund 2009a und 2009b).

### **4.3 Politische Struktur**

Die politische Struktur, die in einem Sozialraum vorherrscht, ist im hier interessierenden Wirkungsgefüge aus menschenfeindlichen Einstellungen, Rechtsextremismus und Engagement(potentialen) von besonderer Bedeutung. Insbesondere die Zusammensetzung der kommunalen Bezirksvertretungen, d.h. also die lokalpolitische Verankerung verfassungsfeindlicher Par-

---

<sup>10</sup> Die Streuung innerhalb des Bezirkes Innenstadt-West erstreckt sich von 8,2% für die Westfalenhalle über 14% für die City und 15,8% in Dorstfeld bis hin zu 17,4% für den statistischen Bezirk Dorstfelder Brücke (Stadt Dortmund 2009: 18). In Eving stehen Brechten und Holthausen mit Erwerbslosenquoten von 7% bzw. 5,8% den statistischen Bezirken Eving mit 17,7% und Lindenhurst mit 17% gegenüber (ebd.: 24).

teilen (in Dortmund ist dies v.a. die DVU), dient dabei der ersten Einschätzung einer möglichen Verfestigung rechtsextremen Gedankenguts in einer Bewohnerschaft. Weitere Hinweise bietet zudem ein Blick auf das Wahlverhalten der Dortmunder Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2009.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Wahlbeteiligung in den beiden Untersuchungsgebieten im Vergleich zur Gesamtstadt deutlich variiert: Während insgesamt 68,7% der Dortmunder Gesamtbevölkerung ihr Wahlrecht ausgeübt haben, sind es in der Innenstadt-West mit 71,1% mehr, in Eving mit 64,4% weniger Wahlberechtigte, die an der Bundestagswahl 2009 teilgenommen haben. Insgesamt entfielen in Dortmund 1,8% der gültigen Stimmen auf rechtsextreme Parteien (NPD 1,1%, Die Republikaner 0,2%, DVU 0,5%). Eine ganz ähnliche Verteilung zeigt sich für das Quartier Innenstadt-West, hier sind es noch etwas weniger Wahlberechtigte, die sich für eine stärkere politische Rolle verfassungsfeindlicher Parteien eingesetzt haben (insg. 1,5% / NPD 1%, Die Republikaner 0,1%, DVU 0,4%). Deutlich anders hingegen in Eving: Hier kann die NPD 2,1% der gültigen Stimmen auf sich vereinen, die Republikaner erreichen 0,3% und für die DVU entscheiden sich 0,8% (insg. 3,2% / vgl. Stadt Dortmund 2009c; hier finden sich auch ausführliche Informationen zur Zusammensetzung der Wählergruppen).

Im August 2009 wurde Ullrich Sierau (SPD) mit 42,5% der gültigen Stimmen zum neuen Oberbürgermeister der Stadt Dortmund gewählt, nachdem Gerhard Langemeyer, ebenfalls SPD, nach zehnjähriger Dienstzeit aus dem Amt trat. Allerdings bleibt abzuwarten, ob die Wahl nicht wiederholt werden muss, da einige eine Wiederholung anstreben. Nach den Kommunalwahlen 2009 sind im Rat der Stadt ein NPD- und ein DVU-Mitglied<sup>11</sup> an den lokalpolitischen Belangen direkt beteiligt sind; gegenüber dem vorherigen Stadtrat hat die DVU ein Mandat verloren, die NPD ein erste gewonnen. In der aktuellen Bezirksvertretung des Stadtbezirkes Innenstadt-West haben weder DVU noch NPD ein Mandat (Stadt Dortmund 2009a). In Eving hat ein Vertreter der DVU ein Mandat in der Bezirksvertretung (Stadt Dortmund 2009b).

Neben der Präsenz rechtsextremer Parteien auf lokalpolitischer Ebene sind im Hinblick auf die politischen Strukturen in Dortmund<sup>12</sup> v.a. zwei Gruppierungen zu nennen, die demokratiefeindliches Gedankengut außerparlamentarisch in die Bevölkerung bringen. Dies ist zum einen die lokale Gruppe des „Nationalen Widerstands“, zum anderen die der „Autonomen Nationalisten“ (kurz: AN), die beide u.a. im Internet ausgesprochene Präsenz zeigen. Dabei fallen insbesondere die AN durch ihr betont junges, aktionsorientiertes Auftreten und die Adaption klassischer linker Symbolik auf. Rechtsradikale Gruppierungen sind darüber hinaus dem Umfeld des Dortmunder Fußballvereins BVB zuzuordnen. Für die Innenstadt-West bzw. speziell den Unterbezirk Dorstfeld ist außerdem festzuhalten, dass sich hier eine Gruppe etabliert (hat), die sich als „Skinheadfront Dorstfeld“ bezeichnet und sich als freie Kameradschaft versteht.

#### **4.4 Begegnungs- und Interaktionsstruktur**

Im Rahmen der Beschreibung der strukturellen Bedingungen des Zusammenlebens in einem Sozialraum werden im Folgenden die Begegnungs- und Interaktionsstrukturen in Dortmund näher betrachtet, die Hinweise auf Integrations- und Engagementmöglichkeiten bieten. Hinzu kommt ein kurzer Blick auf vorhandene Einrichtungen und Strukturen im Bereich Engagement gegen

---

<sup>11</sup> Stimmenanteile Erststimme 2009: NPD 0,9% / DVU 1,5%.

<sup>12</sup> Vgl. hierzu den Bericht Rechtsextreme Strukturen in Dortmund.

Rechtsextremismus und auf kulturelle Milieus, die sich als Gegenpol zu den vorstehend dargestellten rechtsextremen Strukturen präsentieren.

Zunächst ist hier aber auf die schulischen Strukturen einzugehen, die für Kinder und Jugendliche ein zentrales Umfeld der Sozialisation darstellen. Hier treffen sie auf Gleichaltrige, deren Ansichten und Meinungen maßgeblich für die Ausbildung der eigenen Einstellungen sind.

In der Innenstadt-West befinden sich neben 8 Grundschulen knapp 30 Kindertagesstätten in städtischer oder kirchlicher Trägerschaft oder in Form von Elterninitiativen. Zudem befinden sich in der Innenstadt-West eine Hauptschule, zwei Realschulen und vier Gymnasien. Außerdem ist, anders als in Eving, eine Gesamtschule vor Ort. Förderschulen befinden sich ebenfalls in beiden Stadtbezirken, drei in der Innenstadt-West und zwei in Eving. In Eving befinden sich knapp 20 Kindertagesstätten. Zudem für Schülerinnen und Schüler aus dem näheren Umfeld ein Gymnasium und eine Realschule sowie zwei Hauptschulen erreichbar. Weiterbildungskollegs, also insbesondere Berufskollegs und Abendschulen, finden sich in der Innenstadt-West (neun insgesamt; vgl. Jugendamt der Stadt Dortmund 2009; Stadt Dortmund 2009d).

Dortmund insgesamt zeichnet sich durch ein vielfältiges kulturelles und Freizeitangebot aus. Die Innenstadt-West beheimatet eine Reihe von Kleingartenvereinen, es gibt eine Stadtteilbibliothek und diverse Sportvereine sowie ein Hallenbad (Stadt Dortmund 2009a). Das Freizeitangebot in Eving ist ähnlich, auch hier gibt es einige Garten- und Sportvereine, eine Stadtteilbibliothek und ein Hallenbad. In beiden Stadtbezirken finden sich aktive Kirchengemeinden. Für speziell Belange der älteren Bevölkerung gibt es ein Seniorenbüro in der Innenstadt-West (Stadt Dortmund 2009a).

In Dortmund haben sich mehrere Bündnisse und Aktionskreise gegen Rechtsextremismus gebildet. Vom Rat der Stadt wurde die Koordinierungsstelle etabliert. „Aktionsplan für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ im September 2007 auf den Weg gebracht. Eine Koordinierungsstelle wurde von der Stadt Dortmund eingerichtet, in der ein ehrenamtlich Tätiger (Sonderbeauftragter der Stadt Dortmund) und ein städtischer Angestellter (Leiter Gedenkstätte Steinwache) arbeiten. Als weitere Initiative der Stadt bildet sich „KONTRA das interkulturelle Musikprojekt gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit“, welches sich insbesondere gegen rechtsradikale und fremdenfeindliche Hetze in der Musikszene richtet. Das Bündnis „Dortmund gegen Rechts“ hat unter anderem eine Chronologie rechtsextremer Ereignisse aufgestellt, die bis in die frühen 1980er zurückgeht. Weiterhin hat der Arbeitskreis Dortmund gegen Rechtsextremismus im Frühjahr 2009 ein Dossier „Am rechten Rand – Was ist los in Dortmund“ erarbeitet. Des Weiteren gehen zahlreiche Aktivitäten vom Respekt-Büro des Jugendamtes der Stadt Dortmund aus.

Nach diesem ausführlichen Blick in die vorhandenen lokalen Strukturen in den beiden Dortmunder Quartieren widmet sich der nun folgende Teil dieser Dokumentation den Ergebnissen der durchgeführten empirischen Analysen, beginnend mit einer Beschreibung der beiden untersuchten Bevölkerungsstichproben entlang zentraler soziodemografischer Merkmale.

## **5 Die empirische Untersuchung**

### **5.1 Stichprobenbeschreibung**

Die Daten wurden auf der Basis von repräsentativen quantitativen Telefonbefragungen erhoben. Die Interviews sind im Zeitraum von Februar bis Mai 2009 realisiert worden. Die durchschnittliche Länge der Telefoninterviews betrug etwa 41 Minuten.

Die Gesamtstichprobe (also die beiden Stadtbezirke Innenstadt-West und Eving) umfasst 481 Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit im Alter von 17 bis 91 Jahren, etwa 60 % sind weiblich. Die Befragten sind im Durchschnitt 49 Jahre alt (SD = 18,8). Wie sich die Befragten auf die beiden Stadtbezirke verteilen und wie hoch der Anteil der befragten Frauen bzw. Männer jeweils ist, kann der folgenden Tabelle 1 entnommen werden.

**Tabelle 1: Geschlechtszugehörigkeit (in %)**

| <b>Stadt</b>    |            | <b>Männer</b> | <b>Frauen</b> | <b>Gesamt</b> |
|-----------------|------------|---------------|---------------|---------------|
| Innenstadt-West | N          | 98            | 141           | 239           |
|                 | in Prozent | 41,0%         | 59,0%         | 100,0%        |
| Eving           | N          | 96            | 145           | 241           |
|                 | in Prozent | 39,8%         | 60,2%         | 100,0%        |
| Gesamt          | N          | 194           | 286           | 480           |
|                 | in Prozent | 40,4%         | 59,6%         | 100,0%        |

Es wird deutlich, dass Frauen in den Stichproben der beiden Stadtbezirke Innenstadt-West und Eving überrepräsentiert sind, tatsächlich liegt der Frauenanteil in den betrachteten Stadtbezirken mit etwa 51% (Innenstadt-West) bzw. 52% (Eving) deutlich darunter. Neben dem Geschlecht stellt das Alter der Befragten eine relevante Größe dar. In der folgenden Tabelle 2 sind die Verteilungen der Befragten nach fünf Alterskategorien je Sozialraum aufgeführt. Hierbei ist vor allem die jüngste Altersgruppe „auffällig“: Bei den 16-21jährigen Personen sind im Vergleich mit der Grundgesamtheit anteilmäßig zu wenige Personen befragt worden. In Eving ist die Teilnahmebereitschaft der 16-21jährigen stärker ausgeprägt als im Stadtbezirk Innenstadt-West, so dass sich dort ein größerer Anteil an jüngeren Befragten ergibt.

**Tabelle 2: Altersverteilung (in %)**

|                 |            | <b>(16-21<br/>Jahre)</b> | <b>(22-34<br/>Jahre)</b> | <b>(35-49<br/>Jahre)</b> | <b>(50-64<br/>Jahre)</b> | <b>(ab 65<br/>Jahre)</b> | <b>Gesamt</b> |
|-----------------|------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|---------------|
| Innenstadt-West | N          | 9                        | 64                       | 73                       | 48                       | 42                       | 236           |
|                 | in Prozent | 3.8%                     | 27.1%                    | 30.9%                    | 20.3%                    | 17.8%                    | 100.0%        |
| Eving           | N          | 18                       | 33                       | 51                       | 61                       | 73                       | 236           |
|                 | in Prozent | 7.6%                     | 14.0%                    | 21.6%                    | 25.8%                    | 30.9%                    | 100.0%        |
| <b>Gesamt</b>   | N          | 27                       | 97                       | 124                      | 109                      | 115                      | 472           |
|                 | in Prozent | 5.7%                     | 20.6%                    | 26.3%                    | 23.1%                    | 24.4%                    | 100.0%        |

Im Hinblick auf den Bildungsstand der Befragten zeigt sich, dass die Befragten im Stadtbezirk Innenstadt-West über ein deutlich höheres Bildungsniveau verfügen als Befragte in Eving. Während in Eving 31,6% der Befragten das Abitur oder ein abgeschlossenes Studium erreicht haben, sind es im Stadtbezirk Innenstadt-West 62,5% der Befragten. Einen Volks- bzw. Hauptschulabschluss haben in Eving 39,3% der Befragten, im Stadtbezirk Innenstadt-West hingegen nur 18,5% der Befragten (vgl. folgende Tab. 3). Inwiefern diese Verteilung den tatsächlichen Verteilungen in der Bevölkerung der beiden Stadtbezirke entspricht, kann nicht ermittelt werden, da auf

der Ebene der Stadtbezirke keine Informationen über den allgemeinen Bildungsabschluss der Bevölkerung vorliegen. Im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt haben die von uns Befragten aber ein insgesamt etwas höheres Ausbildungsniveau, d.h. ein Realschulabschluss oder Äquivalent bzw. die Hochschulreife werden deutlich häufiger genannt als auf Bundesebene (niedriges Bildungsniveau 44,1% / mittleres Bildungsniveau 27,7% / hohes Bildungsniveau 23,9%; Statistisches Bundesamt; Noll, Heinz-Herbert und Roland Habich: 2008).

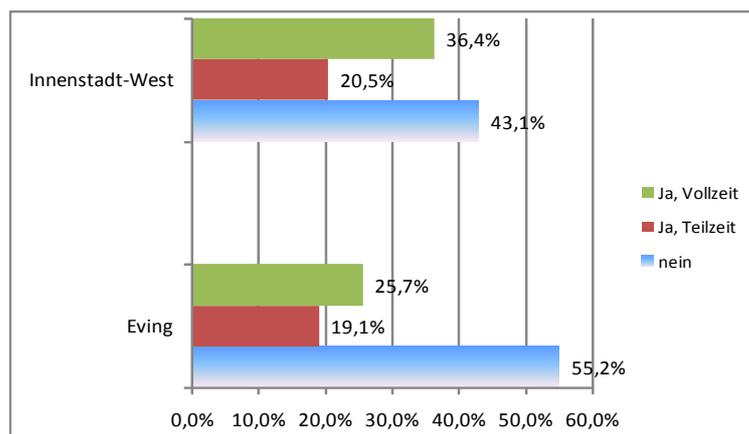
**Tabelle 3: Allgemeiner Schulabschluss (in %)**

|                 |            | sehr niedrig<br>(keinen<br>Abschluss) | niedrig<br>(Hauptschule/<br>Volksschule) | mittel<br>(Realschule) | höher (Abi<br>oder Fachabi) | hoch<br>(Studium) | Gesamt |
|-----------------|------------|---------------------------------------|--|------------------------|-----------------------------|-------------------|--------|
| Innenstadt-West | N          | 2                                     | 43                                       | 42                     | 64                          | 81                | 232    |
|                 | in Prozent | .9%                                   | 18.5%                                    | 18.1%                  | 27.6%                       | 34.9%             | 100.0% |
| Eving           | N          | 7                                     | 92                                       | 61                     | 37                          | 37                | 234    |
|                 | in Prozent | 3.0%                                  | 39.3%                                    | 26.1%                  | 15.8%                       | 15.8%             | 100.0% |
| <b>Gesamt</b>   | N          | 9                                     | 135                                      | 103                    | 101                         | 118               | 466    |
|                 | in Prozent | 1.9%                                  | 29.0%                                    | 22.1%                  | 21.7%                       | 25.3%             | 100.0% |

Anmerkung: Personen, die aktuell noch Schüler sind, werden in dieser Auswertung nicht berücksichtigt.

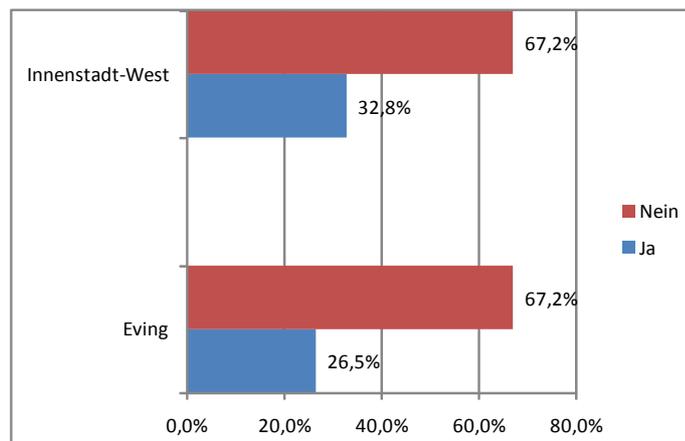
Auf die Frage „Sind Sie derzeit erwerbstätig?“ antworten die Befragten aus Eving und Innenstadt-West erneut sehr unterschiedlich. Während im Stadtbezirk Innenstadt-West 36,4% der Befragten angeben, in Vollzeit erwerbstätig zu sein, trifft dies in Eving nur auf 25,7% der Befragten zu. Bei den Teilzeitbeschäftigten zeigt sich im Vergleich der Befragten der beiden Stadtbezirke ein anderes Bild: Hier sind es 20,5% (Innenstadt-West) bzw. 19,1% (Eving) die angeben, einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen. In Abbildung 3 ist die Erwerbstätigkeit der Befragten differenziert nach den beiden Stadtbezirken dargestellt.

**Abbildung 3: Erwerbstätigkeit (in %)**



Im Hinblick auf bürgerschaftliches Engagement wird vermutet, dass sich Personen mit Kindern häufiger engagieren als Personen ohne Kinder. Daher ist ein Blick auf den Anteil der Personen mit Kindern sinnvoll, wenngleich dieser Aspekt auch in den späteren Analysen nicht weiter berücksichtigt wird. Die Frage „Haben Sie eigene Kinder unter 18 Jahren, die in Ihrem Haushalt leben? Bitte zählen Sie auch Adoptiv-, Stief- und Pflegekinder mit.“ verneinen im Stadtbezirk Innenstadt-West 67,2% der Befragten und in Eving 73,5% (vgl. Abb. 4).

**Abbildung 4: Eigene Kinder unter 18 Jahren, im eigenen Haushalt (in %)**



Da insbesondere mit Blick auf das Ausmaß von GMF von Effekten der Religiosität auszugehen ist, erscheint ein Blick auf die Verteilung der Fälle auf die verschiedenen Konfessionen angebracht (vgl. Tab. 4). Während im Stadtbezirk Innenstadt-West etwa 26,6% der Befragten angeben, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören, sind es in Eving nur 18,1%. Im Stadtbezirk Innenstadt-West sind 38,8% der Befragten evangelisch, 30,0% römisch-katholisch und 3,0% muslimisch. In Eving sind 41,6% der Befragten evangelisch, 33,6% römisch-katholisch und 4,2% muslimisch. Auch diese Informationen werden in den Analysen selbst nicht weiter berücksichtigt, bieten aber im Hinblick auf die Einbindung der Kirchen in Interventionsaktivitäten wertvolle Hinweise.

**Tabelle 4: Religionszugehörigkeit (in %)**

|                 |            | religiös |             |                    |                   |            |         |        | Gesamt |
|-----------------|------------|----------|-------------|--------------------|-------------------|------------|---------|--------|--------|
|                 |            | keine    | evangelisch | römisch-katholisch | andere christlich | muslimisch | jüdisch | andere |        |
| Innenstadt-West | N          | 63       | 92          | 71                 | 0                 | 7          | 1       | 3      | 237    |
|                 | in Prozent | 26.6%    | 38.8%       | 30.0%              | .0%               | 3.0%       | .4%     | 1.3%   | 100.0% |
| Eving           | N          | 43       | 99          | 80                 | 1                 | 10         | 0       | 5      | 238    |
|                 | in Prozent | 18.1%    | 41.6%       | 33.6%              | .4%               | 4.2%       | .0%     | 2.1%   | 100.0% |
| <b>Gesamt</b>   | N          | 106      | 191         | 151                | 1                 | 17         | 1       | 8      | 475    |
|                 | in Prozent | 22.3%    | 40.2%       | 31.8%              | .2%               | 3.6%       | .2%     | 1.7%   | 100.0% |

Ob es signifikante Unterschiede zwischen den Stichproben der beiden Stadtteile bezüglich der soziodemographischen Variablen gibt, wird nachfolgend kurz zusammengefasst: So zeigen sich im Hinblick auf das Geschlecht keine signifikanten Unterschiede zwischen den beiden Stichproben. Allerdings sind die Befragten aus Innenstadt-West ( $\bar{x} = 46,3$  Jahre) signifikant jünger als die Befragten aus Eving ( $\bar{x} = 52$  Jahre). Weiterhin verfügen die Befragten in Eving über einen signifikant niedrigeren Bildungsabschluss als die Befragten aus Innenstadt-West. Bei der Frage, ob Kinder im eigenen Haushalt leben, können erneut keine statistisch bedeutsamen Unterschiede zwischen den beiden Subgruppen konstatiert werden. Allerdings unterscheiden sich die Befragten in den beiden Stadtbezirken hinsichtlich der Erwerbstätigkeit: Die Befragten aus Innenstadt-West sind eher erwerbstätig als die Befragten aus Eving.

Nachdem nun die Stichproben der beiden Stadtbezirke betrachtet und die Besonderheiten der Stichprobe beschrieben wurden, werden nachfolgend die Ergebnisse der empirischen Analysen dargestellt. Um der Problematik der Verzerrung zu begegnen, die sich aufgrund der berichteten Überrepräsentanz von weiblichen sowie älteren Befragten ergibt, erfolgten die im Folgenden zu-

nächst vorgestellten deskriptiven Auswertungen auf der Basis einer gewichteten Stichprobe, so dass die referierten Ergebnisse als repräsentativ für die beiden Stadtbezirke angesehen werden können.

## **5.2 Deskriptive Ergebnisse**

In den folgenden Kapiteln werden die wesentlichen Ergebnisse zunächst hinsichtlich der prozentualen Verteilung beschrieben. In einem zweiten Abschnitt erfolgt dann die Vorstellung von empirischen Befunden aus den durchgeführten bi- und multivariaten Analysen vorgestellt. Hier geht es insbesondere darum aufzudecken, welches die erklärungskräftigen Faktoren für das Ausmaß von *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* und bürgerschaftlichem Engagement in Dortmund sind.

Im ersten Abschnitt liegt der Schwerpunkt auf den Verbreitungsgraden zentraler Faktoren. Hier wird zwischen den Faktoren, die potentiell erklärungskräftig für die Verbreitung gruppenbezogener menschenfeindlicher Einstellungen sowie für das Ausmaß bürgerschaftlichen Engagements sein können (verschiedene Formen von Desintegration) und den zu erklärenden Phänomenen selbst (also GMF und Engagement) unterschieden.

### **5.2.1 Wahrgenommene und erfahrene Desintegration in Innenstadt-West und Eving**

Im theoretischen Teil wurden vier Dimensionen von Integration bzw. Desintegration eingeführt. Es folgen die Verbreitungsgrade zu den verschiedenen Desintegrationsformen in den beiden untersuchten Dortmunder Stadtbezirken Innenstadt-West und Eving. Die objektiven/subjektiven Ausmaße dieser verschiedenen Desintegrationsformen werden im Folgenden separat präsentiert; begonnen wird mit der sozialstrukturellen Systemintegration.

#### **5.2.1.1 Sozialstrukturelle Desintegration**

Im Hinblick auf die sozialstrukturelle Dimension sind vor allem die Befragten in Eving weniger gut integriert, was sich insbesondere beim Bildungsniveau und dem Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung in diesem Quartier zeigt. Auch bei den subjektiven Indikatoren zeigt sich, dass sich die Befragten in Eving deutlich stärker benachteiligt fühlen als diejenigen in der Innenstadt-West. Bei der Frage nach Abstiegsängsten unter den Erwerbstätigen sind es wiederum die Befragten aus Eving, die häufiger Ängste vor Arbeitslosigkeit in den kommenden fünf Jahren äußern. Gleichzeitig halten es bei den Nicht-Erwerbstätigen in Eving über 80% für schwierig, eine angemessene Erwerbsarbeit zu finden.

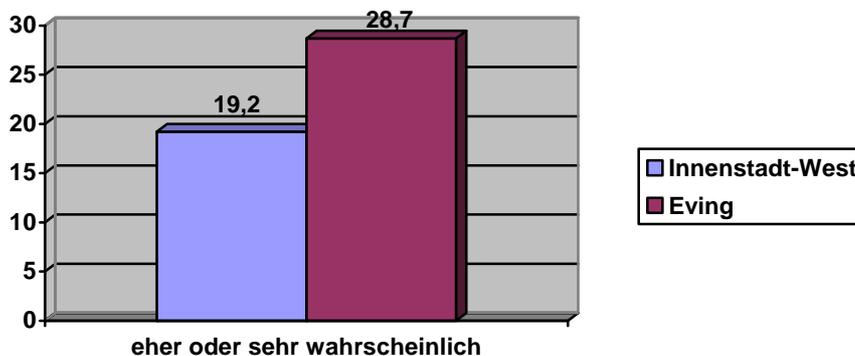
Unter die *objektiven Faktoren* der sozialstrukturellen Desintegrationsform fallen das Bildungsniveau, Art der Erwerbstätigkeit und das Einkommen. *Subjektive Formen* von sozialstruktureller Desintegration können sich demgegenüber in Abstiegsängsten, dem Gefühl individueller oder regionaler Benachteiligung sowie einer als hoch eingeschätzten Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden, äußern.

Bereits aus der Beschreibung der Stichprobe geht hervor, dass etwa 42% der Befragten aus Eving über keinen oder nur einen Hauptschulabschluss verfügen, wohingegen dies in der Innenstadt-West nur auf etwa 20% der Befragten zutrifft. Vollzeit erwerbstätig sind in der Innenstadt-West etwa 36% und in Eving etwa 26% der Befragten. Im Vergleich der Sozialräume sind die Befragten in Eving hinsichtlich der objektiven Faktoren von sozialstruktureller Desintegration damit deutlich schlechter gestellt.

Ein zum Teil anderes Bild offenbart sich, wenn die *subjektiven Formen* sozialstruktureller Desintegration in den beiden Quartieren verglichen werden. Betrachtet man die Beurteilung der persönlichen wirtschaftlichen Lage<sup>13</sup> sowie die damit verbundenen Desintegrationsängste, so zeigen sich deutliche Unterschiede. Während in der Innenstadt-West 27,3% der Bewohner ihre eigene wirtschaftliche Lage als schlecht beurteilen, in Eving sind es knapp 35%. Zugleich sind 37,8% der Evinger Befragten der Ansicht, im Vergleich zu anderen in Deutschland weniger als den gerechten Anteil zu erhalten, in der Innenstadt sind es nur 26% der befragten Bevölkerung.<sup>14</sup>

Bezogen auf ökonomische Zukunftsängste zeigt sich weiterhin, dass 38,6% der Befragten aus der Innenstadt-West die Aussage eher oder voll und ganz zutreffend finden, seit der Einführung von HARTZ IV mehr Angst vor einem sozialen Abstieg zu haben, in Eving sind es sogar 46,2%. Werden die erwerbstätigen Befragten um ihre Einschätzung gebeten, für wie wahrscheinlich sie es halten, in den kommenden fünf Jahren arbeitslos zu werden, so sind es auch hier die Bewohner Evings, die ihre Zukunft negativer sehen. 28,7% der erwerbstätigen Befragten in diesem Quartier halten das Eintreten bzw. die Erfahrung von Arbeitslosigkeit in den kommenden fünf Jahren für eher oder sehr wahrscheinlich, in der Vergleichsgruppe der Innenstadt-West liegt der Anteil bei 19,2% (vgl. Abb. 5).

**Abbildung 5: Einschätzung der Wahrscheinlichkeit von Arbeitslosigkeitserfahrungen in den kommenden fünf Jahren (in % / nur Erwerbstätige)<sup>15</sup>**



Werden die Nichterwerbstätigen danach gefragt, für wie schwierig sie es halten, eine angemessene Tätigkeit zu finden,<sup>16</sup> zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei der Angst vor Arbeitslosigkeit: In der Innenstadt-West halten es die meisten Befragten sehr oder eher schwierig, einen angemessenen Job zu finden (73,3%). Ein noch höherer Wert findet sich in Eving. Hier vertreten 81,6% die Auffassung, dass es schwierig sei, eine angemessene Arbeit zu finden.

<sup>13</sup> „Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche und finanzielle Situation?“

<sup>14</sup> „Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Wie viel, glauben Sie, erhalten Sie persönlich?“

<sup>15</sup> „Für wie wahrscheinlich halten Sie es, innerhalb der nächsten fünf Jahre arbeitslos zu werden?“ Dortmund, Nebenwiesen und Anklam unterscheiden sich dabei nicht signifikant voneinander.

<sup>16</sup> „Für wie schwierig halten Sie es, für sich persönlich eine angemessene Arbeit zu finden?“

Nach diesem Blick auf die objektiven und subjektiven Indikatoren ökonomischer Desintegration folgen nun die deskriptiven Ergebnisse zur institutionellen Dimension von Desintegration.

### 5.2.1.2 Institutionelle Desintegration

Rund die Hälfte der in den beiden Dortmunder Quartieren insgesamt Befragten nimmt in irgendeiner Form am organisierten Zusammenleben vor Ort teil. Betrachtet man im Vergleich der beiden Stadtbezirke, ob die Befragten in der Vergangenheit an öffentlichen Veranstaltungen teilgenommen haben, zeigt sich aber auch, dass knapp 43% der Befragten aus Innenstadt-West und über 36% in Eving nie an öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen. Diese Partizipationsform scheint also insbesondere von den Befragten in der Innenstadt-West weniger gut angenommen bzw. wahrgenommen zu werden.

Der Anteil der Dortmunder Befragten, die angeben, nicht an der nächsten Bundestagswahl oder Kommunalwahl teilzunehmen, fällt im Bereich Innenstadt-West deutlich geringer als in Eving aus. In Eving sind es anteilig nahezu doppelt so viele Befragte, die angeben, ihr Wahlrecht weder auf kommunaler noch auf nationaler Ebene ausüben zu wollen. Eine Wahlpräferenz für die NPD auf nationaler Ebene ist in der Innenstadt-West nicht nachzuweisen, in Eving würden höchstens 2,4% der dort Befragten ihre Stimme für die NPD abgeben, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre.

Bezogen auf die nationale Ebene politischer Partizipation stimmen 28,5% der Befragten in Innenstadt-West und knapp 35% der Befragten in Eving der Aussage eher oder voll und ganz zu, dass es sinnlos sei, sich politisch zu engagieren. Im Hinblick auf politische Einflussmöglichkeiten sowie das Gefühl, bei politischen Entscheidungen ausreichend berücksichtigt zu werden, zeigt sich ein divergentes Bild sowohl bezüglich der bundespolitischen und der kommunalen Ebene als auch zwischen den Stadtbezirken.

Besonders gravierend ist der Unterschied zwischen der Beurteilung eigenen Engagements – über 63% der in den beiden Dortmunder Stadtbezirken insgesamt Befragten halten es für sinnvoll, sich politisch zu engagieren – und der Einschätzung des Interesses örtlicher Politiker für die eigene Meinung: Hier sind zwischen 73,3% (Innenstadt-West) und rund 84% (Eving) der Ansicht, dass sich örtliche Politiker nicht für das interessieren, was sie denken. Diese Wahrnehmung birgt ein hohes Frustrationspotential auf kommunalpolitischer bzw. lokaler Ebene.

Die zweite Dimension der Theorie sozialer Desintegration von Anhut und Heitmeyer stellt die *institutionelle Desintegration* dar. Objektiv äußert sich Integration in dieser Dimension insbesondere über die Gewährleistung der Grundrechte sowie über Teilnahmechancen. Subjektiv dagegen kann die institutionelle Form der Desintegration ihren Ausdruck über die Wahrnehmung mangelnder Einfluss- und Partizipationsmöglichkeiten auf bzw. an gesellschaftliche/n Belange erfahren. In der Befragung wurden sowohl objektive als auch subjektive Formen institutioneller Desintegration berücksichtigt.

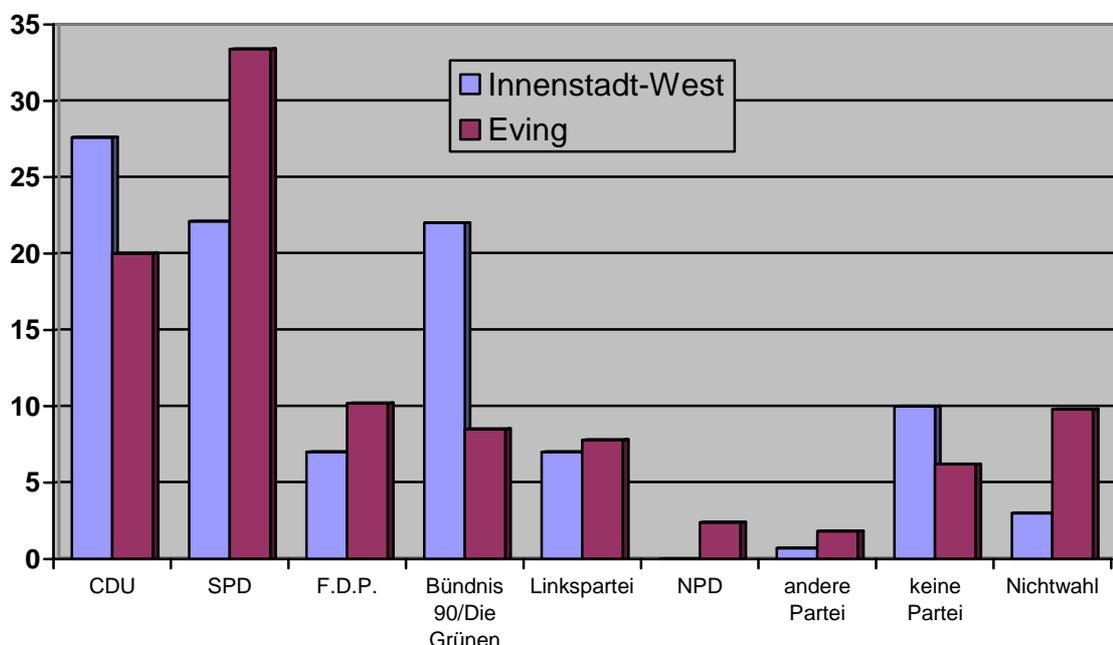
Werden Partizipationsmöglichkeiten in der Dortmunder Bevölkerung gesehen und wahrgenommen? Diese Frage kann im Rahmen der Befragung über die Erfassung aktueller Mitgliedschaften (in Vereinen, Verbänden, etc.) und die Teilnahme an Veranstaltungen einerseits sowie die Wahlintention im Hinblick auf Bundestagswahlen sowie auf Kommunalwahlen andererseits beantwortet werden. Dabei zeigt sich ein recht optimistisch anmutendes Bild.

Knapp die Hälfte (47,7%) der in den beiden Dortmunder Stadtbezirken insgesamt Befragten gibt an, in irgendeiner Form am lokal organisierten Zusammenleben teilzunehmen, d.h. Mitglied in einem Verein o.ä. zu sein. Differenziert nach Stadtbezirken sind dabei in Eving mit 49,8% etwas mehr Befragte Vereinsmitglied o.ä. als in der Innenstadt-West (45,7%). Werden weiterhin die Gruppen der Teilnehmenden mit denen der Nicht-Teilnehmenden im Hinblick auf ihre soziodemographischen Merkmale verglichen, so lassen sich kaum nennenswerte Unterschiede herausstellen. So sind zwar Personen mit Studium etwas häufiger in lokalen Vereinigungen etc. aktiv, alle anderen Bildungsgruppen unterscheiden sich jedoch nicht voneinander. Auch zwischen den verschiedenen Altersgruppen lassen sich keine Unterschiede konstatieren, in Bezug auf das Geschlecht nur marginale; hier sind die männlichen Befragten in den beiden Quartieren etwas stärker in das örtliche Vereinsleben integriert.

In Ergänzung zur Frage nach aktuellen Mitgliedschaft(en) wurden die in Dortmund Befragten auch gebeten anzugeben, wie häufig sie an Veranstaltungen von Vereinen u.ä. teilnehmen. Knapp 43% der Befragten der Innenstadt-West und über 36% in Eving geben an, nie an öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen, mehr als 40%, bzw. 42% nehmen etwa einmal im Monat oder seltener teil. Damit besuchen nur knapp 6%, bzw. 7,7% der Befragten regelmäßig Veranstaltungen vor Ort, die Bereitschaft zur Teilnahme an lokalen öffentlichen Veranstaltungen scheint also in beiden Untersuchungsräumen zumindest in der jüngeren Vergangenheit nur wenig stark ausgeprägt gewesen zu sein.

Neben der Mitgliedschaft und der Teilnahme an Veranstaltungen stellt auch die Ausübung des Wahlrechts eine Möglichkeit der politischen Integration dar. Die Wahlpräferenz und -intention wurden innerhalb der Befragung über die klassische Sonntagsfrage ermittelt, einmal auf kommunaler und einmal auf Bundesebene (vgl. Abb. 6 und Abb. 7).

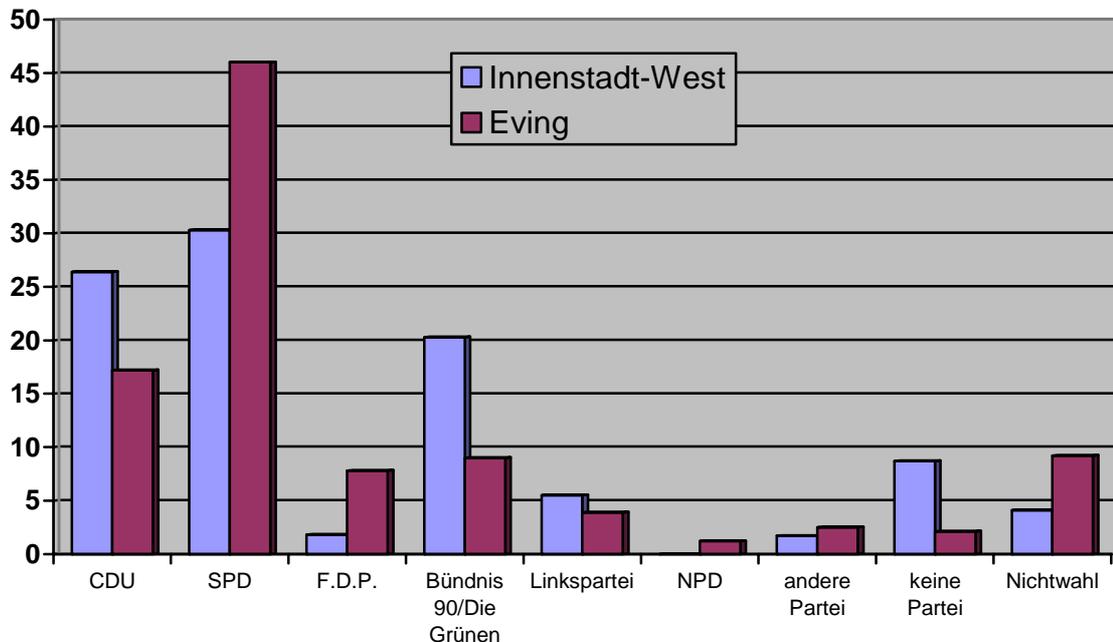
**Abbildung 6: Wahlintention und -beteiligung bei der nächsten Bundestagswahl**



Die Befragten sollten jeweils angeben, ob und wenn ja, welche Partei sie wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl bzw. Kommunalwahl wäre. Positiv hervorgehoben werden kann diesbezüglich, dass die Wahlenthaltung in Bezug auf beide Wahlen relativ gering ausfällt. Die angegebene Wahlenthaltung in Eving liegt bei Kommunalwahlen dabei leicht unter der

bei den Bundestagswahlen (9,8% geben an, bei der nächsten Kommunalwahl nicht wählen zu wollen, während der Anteil der potentiellen Nichtwähler bei der nächsten Bundestagswahl bei 9,2% liegt). In der Innenstadt-West ist es umgekehrt, hier wollen 4,1% nicht zur Kommunalwahl und 3,5% nicht zur Bundestagswahl gehen. Insgesamt sind die Werte der Innenstadt-West damit als extrem gering zu bezeichnen (vgl. Abb. 5 und 6).

**Abbildung 7: Wahlintention und -beteiligung bei der nächsten Kommunalwahl**



Diese Ergebnisse zeichnen also wie gesagt zunächst ein relativ positives Bild. Einschränkend ist allerdings hinzuzufügen, dass die Befragten bei der Beantwortung der „Sonntagsfrage“ zumeist situative Aspekte (wie z.B. keine Lust, wählen zu gehen, bessere Alternativen zur Wahl (z.B. Ausflüge, Gruppendruck etc.)) nicht berücksichtigen. Entsprechend wird die Präferenz, zur Wahl zu gehen, bei Umfragen systematisch überschätzt (vgl. Kühnel 2001: 16; Eilfort 1994).<sup>17</sup>

Ähnliches lässt sich im Hinblick auf die Intention, die NPD zu wählen, behaupten: Vergleicht man die Zahlen mit der Wahlintention der in den beiden Dortmunder Quartieren Befragten im Hinblick auf die nächste Bundestags- und Kommunalwahl, so würde die NPD bis zu 2,5% der Stimmen erhalten.<sup>18</sup> Bei der letzten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (2005) erhielt die NPD in den Dortmunder Wahlbezirken aber tatsächlich nur zwischen 1% und 1,4% der Wählerstimmen, bei den letzten Stadtratswahlen in Dortmund im Jahr 2009 haben DVU (Innenstadt-West: 1,5%; Eving: 2,8%) und NPD (Innenstadt-West: 0,6%; Eving: 1,8 %) jeweils ein Mandat erhalten (vgl. ausführlich Kap. 4.3).

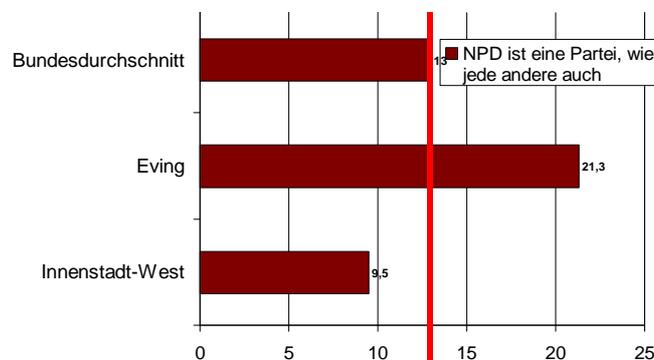
Einen zusätzlichen Hinweis auf die tatsächliche Attraktivität der NPD könnten die Zustimmungswerte der Befragten der Innenstadt-West und Evings auf die Aussage „Die NPD ist eine Partei wie jede andere auch.“ liefern (vgl. folgende Abb. 7). Diese Variable zählt im eigentlichen Analysemodell zwar zu den vermittelnden Faktoren, soll aber aufgrund ihrer Aussagekraft im Hinblick

<sup>17</sup> Ein Beispiel: Im Mai bis Juli 2005 wurde im Rahmen des Langzeitprojektes „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ eine repräsentative Umfrage generiert. In dieser wurde ebenfalls die klassische Sonntagsfrage gestellt. Von den Befragten gaben lediglich 12,8% an, nicht wählen gehen zu wollen. Bei der Bundestagswahl im September 2005 zeichnete sich allerdings eine Wahlenthaltungsquote von 22,3% ab – die tiefste seit der Gründung der Bundesrepublik (vgl. auch Legge/Reinecke/Klein 2009: 56f.).

<sup>18</sup> Andere Umfragen berichten ähnliche Diskrepanzen, vgl. Legge/Reinecke/Klein 2009.

auf eine in der Bevölkerung verbreitete Zustimmung zu den demokratiefeindlichen Ideen der Partei dennoch bereits jetzt genauer betrachtet werden. Da die Frage auch im letzten Survey des GMF-Projektes gestellt wurde (vgl. Zick et al. 2009), ist es diesbezüglich zugleich möglich, die Verbreitungsgrade nicht nur zwischen den Sozialräumen, sondern auch mit dem Bundesdurchschnitt zu vergleichen. Aus Überlegungen, die die mögliche Vergleichbarkeit der Dortmunder Befragungsdaten mit anderen Untersuchungsräumen des Modellprojekts bzw. der erwähnten Langzeitstudie zu *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* betreffen, wurde diese Frage nicht für die DVU gestellt. Im Hinblick auf die NPD wird aber mehr als deutlich, dass die Zustimmungswerte der Befragten in Eving den Bundesdurchschnitt massiv übersteigen (+ 6,8%), die Werte in der Innenstadt-West ihn dagegen um 4,4 Prozentpunkte unterschreiten (vgl. folgende Abb. 8).

**Abbildung 8: Verbreitungsgrade „Die NPD ist eine Partei wie jede andere auch.“**



Wie bereits an andere Stelle beschrieben, lässt sich im Hinblick auf institutionelle Desintegration zwischen objektiven und subjektiven Faktoren unterscheiden. Mitgliedschaften, Wahlbeteiligungen etc. fallen eher unter die objektiven Faktoren. Daneben ist aber auch die subjektive Wahrnehmung der Partizipationsmöglichkeiten zu berücksichtigen, die ganz erheblichen Einfluss darauf haben kann, inwiefern politische Teilhabe überhaupt realisiert wird bzw. als realisierbar und sinnvoll erachtet wird. Um diese subjektive Facette ebenfalls berücksichtigen zu können, haben wir den Dortmunder Befragten einige Aussagen zur Bewertung der Einflussmöglichkeiten auf die Politik im Allgemeinen und derjenigen vor Ort, also auf der kommunalen Ebene, vorgestellt.

Bezogen auf die nationale Ebene stimmen 28,5% der in Innenstadt-West und knapp 35% der in Eving Befragten der Aussage eher oder voll und ganz zu, dass es sinnlos sei, sich bundespolitisch zu engagieren. 46% in der Innenstadt-West, bzw. 49% in Eving sind zudem der Ansicht, dass bei politischen Entscheidungen keine Rücksicht auf Leute wie sie genommen werde und nur etwas weniger Personen stimmen der Aussage zu, dass politische Entscheidungen getroffen würden, die anderen nützten, ihnen selbst aber schadeten (44,1%, bzw. 48,9%). Zugleich glauben 48,4% der in der Innenstadt-West bzw. sogar 54,7% der in Eving Befragten aber auch, einen Einfluss darauf zu haben, was die Bundesregierung tut.

Wird nach den politischen Einflussmöglichkeiten vor Ort gefragt, zeigt sich ein etwas anderes Bild. Zum einen scheint sich die Annahme zu bestätigen, dass Partizipations- und Interventionsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene für Individuen eher in Betracht kommen, da sie konkreter und direkter umsetzbar sind. So geben knapp 69% der Befragten der Innenstadt-West an, dass sie es für sinnvoll halten, sich vor Ort zu engagieren. In Eving sind es zumindest 63,4%. Zugleich stimmen aber auch über knapp 44% der Innenstädter und rund 55% Befragten in Eving der Aussage eher oder voll und ganz zu, dass sie keinen Einfluss darauf hätten, was vor Ort geschieht.

In beiden Untersuchungsräumen sind zudem nur etwas über ein Viertel der Befragten der Ansicht, dass sich die örtlichen Politiker für das interessieren, was sie denken.

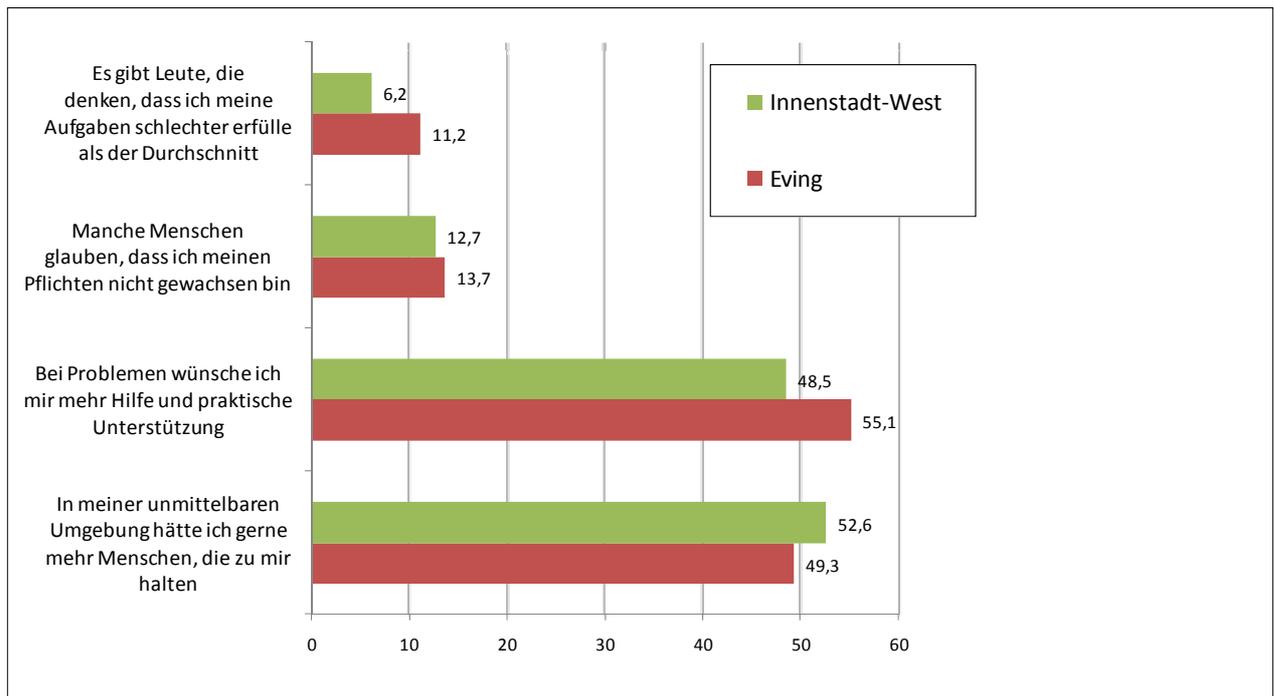
Zusammenfassend kann in den beiden Dortmunder Stadtbezirken Innenstadt-West und Eving somit zwar nicht pauschal von einem starken Gefühl politischer Machtlosigkeit bzw. von partizipativen Defiziten auf bundespolitischer sowie kommunaler Ebene gesprochen werden; insbesondere objektive Desintegrationsgefahren sind auf dieser Dimension nur bedingt festzustellen. Problematisch erscheint dennoch, dass sich viele der Befragten nicht wirklich von politischer Seite verstanden und berücksichtigt fühlen, was sich hier insbesondere in der kritischen Wahrnehmung der individuellen politischen Integration auf lokaler Ebene zeigt.

### 5.2.1.3 Sozio-emotionale Desintegration

Auf Basis der Befragungsdaten werden zum Teil deutliche Defizite im Hinblick auf soziale Unterstützungssysteme offensichtlich. Hier sind es in beiden Stadtbezirken etwa die Hälfte der Befragten, die eine über eine mangelnde soziale Unterstützung berichten. Betrachtet man die erfahrene Anerkennung, so zeigt sich jedoch ein anderes Bild: Hier gibt eine deutliche Mehrheit der Befragten in den beiden Stadtbezirken an, dass sie sich hinsichtlich ihrer Aufgaben und Pflichten ausreichend anerkannt fühlen.

Die Dimension *sozio-emotionaler Desintegration* (vgl. Abb. 9) bezieht sich auf die Eingebundenheit von Individuen in soziale Nahbeziehungen (s. Kap. 3.1.). Darunter fallen Aspekte wie soziale Anerkennung, soziale Unterstützung, Freundschaften etc. Im Rahmen der Befragung haben wir zum einen die Beurteilung eigener sozialer Unterstützungssysteme sowie die persönlich erfahrene Anerkennung berücksichtigt. Zwischen diesen beiden Elementen zeigen sich deutliche Unterschiede. Mehr als die Hälfte der Evinger (55,1%) und 48,5% der Befragten der Innenstadt-West stimmen der Aussage zu, dass sie sich bei Problemen mehr Hilfe und praktische Unterstützung wünschen. Ein umgekehrt verhält es sich bei der Frage, ob die Befragten der beiden Stadtbezirke gerne mehr Menschen in ihrer Umgebung hätten, die zu ihnen halten. Hier sind es in der Innenstadt-West mit 52,6% mehr Befragte als in Eving mit 49,3%, die gerne mehr Menschen in ihrer Umgebung hätten. Damit fühlt sich etwa die Hälfte der Befragten in den beiden Dortmunder Stadtbezirken nicht ausreichend unterstützt. Bezogen auf die erfahrene Anerkennung für das was man tut, zeigt sich dagegen ein wesentlich optimistischeres Bild: Nur 12,7% (Innenstadt-West) bzw. 13,7% (Eving) der Befragten meinen, dass manche Menschen glauben, sie seien ihren Pflichten nicht gewachsen; hier zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den beiden Stadtbezirken. Deutliche Unterschiede zwischen den beiden Stadtbezirken zeigen sich jedoch bei der Aussage „Es gibt Leute, die denken, dass ich meine Aufgaben schlechter erfülle als der Durchschnitt“. Aus Innenstadt-West stimmen hier 6,2% eher oder voll und ganz zu, wohingegen es aus Eving mit 11,2% deutlich mehr sind, die dieser Aussage zustimmen.

**Abbildung 9: Sozio-emotionale Desintegration in den beiden Dortmunder Stadtbezirken**



#### 5.2.1.4 Räumliche Desintegration

Vor allem die Befragten in Eving (40,7%) nehmen die wirtschaftliche Lage ihrer Gegend im Vergleich zu Gesamtdeutschland als schlechter war. Dies trifft nur auf 18,1% der Befragten der Innenstadt-West zu.

Wird nach Beeinträchtigungen gefragt die sich auf die Wohngegend beziehen, wird deutlich, dass die Befragten insbesondere bei der beruflichen Situation der Jugendlichen eine Verschlechterung sehen. In Eving fällt diese Einschätzung noch drastischer aus, als in der Innenstadt-West.

Als aktuell großes Problem wird von den Befragten der beiden Dortmunder Stadtbezirke vor allem die gegenwärtige Arbeitslosigkeit und die mangelnde Unterstützung durch die lokale Politik genannt.

Negativ sticht zudem hervor, dass rund 15% Bewohner der Innenstadt-West und sogar 45,4% der Bewohner Evings glauben, in einem Stadtbezirk mit einem (eher) schlechten Ruf zu leben. Insbesondere das schlechte Ansehen, das die Befragten aus Eving ihrem Stadtbezirk beimessen, sollte für zukünftige Handlungsstrategien berücksichtigt werden.

Die mangelnde Unterstützung durch die lokale Politik wird von den Befragten in den beiden Stadtbezirken (52,6% in Eving und 40,4% in der Innenstadt-West) als zentrales Problem wahrgenommen.

Ausgehend von der Annahme, dass der Raum „eine eigenständige, über die Summe der individuellen Faktoren hinausgehende Rolle bei der Verursachung von sozialen Problemen“ (Oberwittler 2003: 4) spielt, haben wir den Desintegrationsansatz um die Dimension der „räumlichen Desintegration“ ergänzt (s. Kap. 3.1). Dabei gehen wir davon aus, dass sich auch die Spezifika des

unmittelbaren Wohnumfelds bedeutsam für die Erklärung sowohl *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* als auch von Engagement und Engagementbereitschaft erweisen können. In Anlehnung an Friedrichs und Blasius (2000) unterscheiden wir im Folgenden zwischen:

- *Sozialen Beeinträchtigungen* (Probleme zwischen unterschiedlichen Gruppen, Verbundenheit mit den Nachbarn, Unterstützung in der Nachbarschaft)
- *Materiellen und symbolischen Beeinträchtigungen* (Ruf des Viertels, Entwicklung des Wohnumfeldes).

Auf diese Dimensionen *räumlicher Benachteiligung bzw. Desintegration* soll im Folgenden eingegangen werden. Bezogen auf die *sozialen Beeinträchtigungen* lässt sich für die Dortmunder Befragten zunächst festhalten, dass die Mehrzahl sehr zufrieden mit der Nachbarschaft zu sein scheint. So stimmen knapp 75% der Befragten aus der Innenstadt-West und sogar 76,8% der Evinger Befragten der Aussage zu, dass sich die Leute gegenseitig helfen. Ein noch größerer Anteil von rund 80% in Eving, bzw. von 78% in der Innenstadt-West meint außerdem, dass man den meisten Nachbarn vertrauen kann. Wird dagegen um die Einschätzung gebeten, für wie wahrscheinlich es die Befragten halten, dass ihre Nachbarn gemeinsam etwas unternehmen, um bestimmte Probleme im Stadtteil zu lösen, sinkt der Anteil derjenigen, die dies für eher oder sehr wahrscheinlich halten, in der Innenstadt auf 40,3% und in Eving sogar auf 37,3%. Diese Zahlen weisen auf eine deutliche Diskrepanz zwischen individuellem und öffentlichem Interesse hin. Gegenseitiges Vertrauen und Hilfebereitschaft sind in den beiden Stadtbezirken stark ausgeprägt, wenn es allerdings um gemeinsames Lösen von Problemen gilt, was dann auch mit Öffentlichkeit einhergeht fällt die Einschätzung deutlich geringer aus.

Des Weiteren wurde nach möglichen Konflikten zwischen verschiedenen Gruppen (Alt und Jung, Neue und Alteingesessene sowie Deutsche und Ausländer) im Wohnumfeld gefragt. Probleme zwischen Alten und Jungen sehen rund 35% der Befragten aus Eving und 25% der Befragten der Innenstadt-West. In Eving sind es vor allem die 22 bis 34 Jahre alten Befragten, die Probleme zwischen Jungen und Alten wahrnehmen. In der Innenstadt-West sind es vor allem die unter 22-jährigen und diejenigen, die zwischen 50 und 64 Jahre alt sind, die äußern, dass es Konflikte zwischen Jungen und Alten gibt. Konflikte zwischen deutschen und ausländischen Bewohnern werden von den Bewohnern der Innenstadt-West von 23,6% und in Eving von 48,4% wahrgenommen. In Bezug auf mögliche Probleme zwischen Neuhinzugekommenen und Alteingesessenen sehen in der Innenstadt-West etwa 16,8% ein Konfliktpotential wohingegen es in Eving mit etwa einem Drittel deutlich mehr sind. In der Innenstadt-West sind es unter den Neuhinzugezogenen (wohnen seit weniger als einem Jahr in der Innenstadt-West) 27%, die Probleme zwischen Alteingesessenen und Neuhinzugezogenen sehen. Vor allem in der Gruppe derjenigen, die zwischen einem und vier Jahren in Eving wohnen, sehen die Befragten dort (61%) Probleme zwischen Alteingesessenen und Neuhinzugezogenen.

Des Weiteren wurden die Befragten gebeten anzugeben, ob sich bestimmte Faktoren, die ein Quartier charakterisieren, verbessert oder verschlechtert haben bzw. gleich geblieben sind.

#### *Eine Verschlechterung*

- hinsichtlich der finanziellen Lage der Bewohnerinnen und Bewohner bemerken dabei 37,7% der Befragten in Innenstadt-West und 58,3% der Befragten aus Eving,
- hinsichtlich der beruflichen Situation der Jugendlichen vor Ort bemerken knapp 58,1% in der Innenstadt und 76% in Eving,
- hinsichtlich des Einsatzes der örtlichen Politiker für das Viertel bemerken knapp 13,1% in der Innenstadt-West bzw. 16,4% der Befragten aus Eving.

Insbesondere hinsichtlich der beruflichen Situation der Jugendlichen sehen die Befragten eine deutliche Verschlechterung. In Eving fällt diese Einschätzung noch drastischer aus als in der Innenstadt-West.

Die Arbeitslosigkeit (59,2% in Eving und 31,9% in Innenstadt-West sehen hier ein ziemliches oder großes lokales Problem) und die mangelnde Unterstützung durch die lokale Politik (52,6% in Eving und 40,4% in der Innenstadt-West) wird von den Befragten in den beiden Stadtbezirken als zentrales Problem wahrgenommen (vgl. Tab. 5.). Die mangelnde Unterstützung durch die lokale Politik wird in Innenstadt-West als das größte Problem eingestuft, wobei die Arbeitslosigkeit an zweiter Stelle folgt.

In Bezug auf herumliegenden Abfall und Sperrmüll sehen in Innenstadt-West 23,0% und in Eving 34,1% Probleme. Betrunkene und Drogenabhängige werden von 24,7% (Innenstadt-West) bzw. 32,7% (Eving) als Problem gesehen. Ein schlechter baulicher Zustand der Häuser wird in Innenstadt-West von 22,0% und in Eving von 30,2% der Befragten als Problem genannt.

Festzuhalten bleibt, dass bei allen hier betrachteten Problembereichen die Befragten aus Eving die Zustände in ihrem Stadtbezirk für problematischer halten als die Befragten aus Innenstadt-West.

**Tabelle 5: Probleme im Wohnumfeld**

| Probleme im Wohnumfeld in Bezug auf...                | Innenstadt-West | Eving |
|---|-----------------|-------|
| herumliegenden Abfall und Sperrmüll auf Bürgersteigen | 23,0%           | 34,1% |
| Betrunkene, Drogenabhängige und -dealer               | 24,7%           | 32,7% |
| Arbeitslosigkeit                                      | 31,9%           | 59,2% |
| einen schlechten baulichen Zustand der Häuser         | 22,0%           | 30,2% |
| die mangelnde Unterstützung durch die lokale Politik  | 40,4%           | 52,6% |
| Personen, die andere bedrohen und abziehen            | 22,1%           | 37,6% |

Wir haben die Befragten aus den beiden Stadtbezirken ergänzend danach gefragt, ob es in ihrem Wohnort „*Straßen oder Plätze gibt, wo besonders störende Dinge oder Verhaltensweisen häufig auftreten*“ (vgl. Tab. 6 und Tab. 7). Dabei hat uns vor allem interessiert, um „*was genau*“ es sich dabei handelt. Den meisten der Probanden fiel hierauf spontan keine Antwort ein (63,1% in Innenstadt-West und 58,2% in Eving), was grundsätzlich als gutes Zeichen zu werten ist, da immerhin um die 60% der Befragten keine Störungen nennen. Die Angaben der etwa 40% die eine Störung nennen könnten, haben wir nach sozialen und materiellen Beeinträchtigungen differenziert.

**Tabelle 6: „Gibt es in Ihrem Wohnort Straßen oder Plätze, wo besonders störende Dinge oder Verhaltensweisen sehr häufig auftreten?“ Innenstadt-West**

| Bereich  | Anzahl Nennungen (in %)* |
|--|--------------------------|
| <b>Materielle Beeinträchtigungen</b>   |                          |
| Abfall (Papier, Dosen, Zigarettenkippen, etc.)                                       | 53,1                     |
| Störungen durch Verkehrsgeräusche, Baulärm   | 18,6                     |
| Zerstörte/demolierte Briefkästen, Telefonhäuschen, Bushaltestellen, Spielplätze u.a. | 10,3                     |
| Vandalismus durch Jugendliche  | 5,6                      |
| unerlaubt parkende Autos auf Gehwegen, Radwegen oder Grünflächen                     | 3,5                      |
| Nur Ort genannt, keine weitere Spezifikation   | 8,9                      |
| <b>Soziale Beeinträchtigungen</b>  |                          |
| Drogenabhängige/Drogendealer   | 26,8                     |
| Betrunkene   | 20,6                     |
| Rechtsextremistisch motivierte Störungen   | 16,0                     |
| Lärm auf der Straße (z.B. durch Jugendliche oder laute Musik)                        | 10,4                     |
| Störungen durch Personen mit Migrationshintergrund                                   | 7,5                      |
| Kriminalität (Einbrüche, Überfälle, etc.)  | 6,7                      |
| Gruppen herumstehender/herumsitzender Jugendlicher                                   | 4,2                      |
| Prostituierte  | 2,3                      |
| Streitereien/Schlägereien in der Öffentlichkeit                                      | 2,3                      |
| Bettler, Obdachlose  | 2,1                      |
| Leute, die Passanten anpöbeln/beschimpfen  | 0,9                      |

\* Nur gültige Fälle.

Die Befragten in der Innenstadt-West (vgl. Tab. 6) nennen mit großem Abstand Abfall als störend, gefolgt von Störungen durch Verkehrs- und Baulärm, was insofern nicht überraschend ist, als das in Innenstadtbereichen ein größeres Müllaufkommen und auch mehr Verkehrslärm zu erwarten ist. Bei den sozialen Beeinträchtigungen werden an dritter Stelle, nach Drogenabhängigen bzw. Drogendealern und Betrunkenen, von 16% der Befragten rechtsextremistisch motivierte Störungen genannt. Rechtsextremistische Aktivitäten werden von der Bevölkerung also durchaus wahrgenommen und auch als störend empfunden.

**Tabelle 7: „Gibt es in Ihrem Wohnort Straßen oder Plätze, wo besonders störende Dinge oder Verhaltensweisen sehr häufig auftreten?“ Eving**

| Bereich  | Anzahl Nennungen (in %)* |
|--|--------------------------|
| <b>Materielle Beeinträchtigungen</b>   |                          |
| Zerstörte/demolierte Briefkästen, Telefonhäuschen, Bushaltestellen, Spielplätze u.a. | 22,9                     |
| Abfall (Papier, Dosen, Zigarettenkippen, etc.)                                       | 22,9                     |
| Störungen durch Verkehrsgeräusche, Baulärm   | 14,9                     |
| weggeworfene Kondome, Spritzen oder Kanülen auf Straßen, Gehwegen oder Grünflächen.  | 9,5                      |

|   |      |
|---|------|
| Vandalismus durch Jugendliche                                 | 9,2  |
| Graffiti  | 6,9  |
| verlassene oder verwahrloste Wohngebäude                      | 3,7  |
| Hundekot auf Gehwegen und Grünflächen                         | 2,2  |
| Nur Ort genannt, keine weitere Spezifikation                  | 7,9  |
| <b>Soziale Beeinträchtigungen</b>                             |      |
| Betrunkene  | 33,2 |
| Störungen durch Personen mit Migrationshintergrund            | 10,4 |
| Gruppen herumstehender/herumsitzender Jugendlicher            | 9,6  |
| Rechtsextremistisch motivierte Störungen                      | 9,6  |
| Prostituierte   | 9,2  |
| Drogenabhängige/Drogendealer                                  | 8,4  |
| Bettler, Obdachlose   | 4,3  |
| Kriminalität (Einbrüche, Überfälle, etc.)                     | 4,1  |
| Störungen durch Hartz IV Empfänger und Langzeitarbeitslose    | 2,9  |
| Streitereien/Schlägereien in der Öffentlichkeit               | 2,8  |
| Lärm auf der Straße (z.B. durch Jugendliche oder laute Musik) | 2,6  |
| Leute, die Passanten anpöbeln/beschimpfen                     | 2,5  |
| Sonstiges   | 2,1  |

\* Nur gültige Fälle.

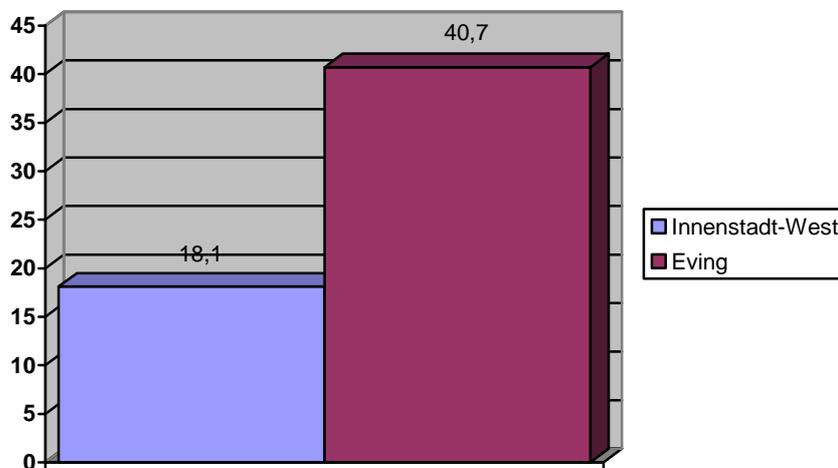
In Eving (vgl. Tab. 7) werden vor allem Vandalismus und Abfall als Probleme genannt. Hier zeigt sich darüber hinaus, dass immerhin von etwa 9% der Befragten explizit Vandalismus durch Jugendliche genannt wird. Dieses Konfliktfeld gilt es genauer zu durchleuchten und auf die Agenda zu heben. Auch bei den sozialen Beeinträchtigungen werden herumstehende Jugendliche an dritter Stelle genannt. Noch davor werden allerdings Störungen durch Personen mit Migrationshintergrund von 10,4% der Befragten genannt. Dies ist offenbar neben Vandalismus ein weiteres wichtiges Konfliktfeld, bei dem vor Ort in Eving geklärt werden muss, was genau diesem Konflikt zugrunde liegt. An vierter Stelle werden rechtsextremistisch motivierte Störungen genannt, was dafür spricht, dass auch in Eving rechtsextremistische Aktivitäten von der Bevölkerung durchaus wahrgenommen und zudem als störend empfunden werden. Allerdings sind es mit 9,6% in Eving anteilsmäßig weniger Personen als in Innenstadt-West mit 16,0%.

Die Befragten wurden über die bisher vorgestellten Indikatoren zur Desintegration hinaus auch um eine Beurteilung der wirtschaftlichen Lage ihrer Gegend gebeten. Die folgende Frage wurde hierzu gestellt:

*Wie beurteilen Sie die wirtschaftliche Lage in Ihrer Gegend im Vergleich zur wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik insgesamt? (Antwortkategorien: besser – ungefähr gleich – schlechter)*

Aus Abbildung 10 geht hervor, dass die Befragten aus Innenstadt-West im Vergleich zu den Befragten aus Eving mit Abstand die bessere Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gegend, in der sie leben, vornehmen. In Innenstadt-West antworten nur 18% der Befragten mit „schlechter“, in Eving hingegen über 40%. Die Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen sind dabei höchst signifikant.

**Abbildung 10: Die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der eigenen Gegend im Vergleich zu Gesamtdeutschland (in % / nur Kategorie ‚schlechter‘)**



Nachdem nun die verschiedenen Dimensionen sozialer Desintegration und ihre Ausprägungen in den beiden Stadtbezirken Innenstadt-West und Eving dargestellt wurden, folgen nun Analysen im Hinblick auf die Ausprägungen der vermittelnden Faktoren.

## 5.2.2 Vermittelnde Faktoren vor Ort

Es lässt sich feststellen, dass die Befragten der Stadtbezirke Innenstadt-West und Eving durchaus Rechtsextremismus vor Ort wahrnehmen. Zugleich sind sie aber auch der Meinung, dass die Polizei nur wenig gegen rechtsextremistische Aktivitäten unternimmt. Dagegen ist die große Mehrheit der Befragten der beiden Stadtbezirke der Meinung, dass einflussreiche Personen rechtsextreme Aktivitäten vor Ort ablehnen.

Weiterhin liegen bei einem Drittel (34%) der Befragten eigene Erfahrungen mit Rechtsextremisten vor. Diese werden in Innenstadt-West von 0,9% und in Eving von 7,8% als positiv bewertet. Zugleich stehen die positiven Erfahrungen in einem engen Zusammenhang mit der Ansicht, dass die NPD hilft, Probleme vor Ort zu lösen. Insbesondere bei den älteren Altersgruppen (ab 65 Jahre) liegen Erfahrungen und auch positive Erfahrungen mit Rechtsextremisten vor. Entsprechend wird hier auch häufiger eine positive Einstellung zur NPD vertreten. Zugleich stimmen die ab 65jährigen aber auch überzogenen Formen von Traditionalismus stärker zu.

Weiterhin stimmen 20,4% der Befragten aus Eving der Aussage eher oder voll und ganz zu, dass die NPD eine Partei wie jede andere auch sei. Dieses Ergebnis sticht deshalb heraus, weil dieser Anteil deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt (13%); in der Innenstadt-West liegt der Anteil bei 8,9%.

Die Bereitschaft, sich gegen den Rechtsextremismus zu engagieren, liegt in Eving sowie in der Innenstadt-West mit 64,3% und 75,7% deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (West: 81,6%).

Im theoretischen Teil dieser Analyse wurde u.a. die Annahme vertreten, dass die verschiedenen Desintegrationsformen nicht unbedingt einen direkten Einfluss auf die Verbreitung *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* sowie das Engagement bzw. die Engagementbereitschaft haben,

sondern auch über verschiedene Faktoren vermittelt werden: Hierunter fallen unter anderem die Einschätzung der politischen Kultur vor Ort (z.B. ob Politiker oder verantwortliche Akteure Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge der örtlichen Bevölkerung aufgreifen), Bedrohungswahrnehmungen sowie die Umgangsweise mit und die Wahrnehmung von Problemen (insb. dem Rechtsextremismus) vor Ort. Des Weiteren werden spezifische ortsgebundene Erfahrungsmuster mit in die Analyse eingeschlossen. Hierunter fallen insbesondere die individuellen Erfahrungen mit rechtsextremistischen Gruppierungen sowie Parteien. Auf die Verbreitungsgrade der vermittelnden Faktoren wird im Folgenden kurz eingegangen.

Zunächst wird der Blick auf das Verhältnis zwischen Lokalpolitik und Bevölkerung gerichtet, das als Ausdruck einer gelungenen Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern an kommunalpolitischen Belangen gefasst werden kann. Diesbezüglich zeigt sich, dass einige Befragte aus den beiden Stadtbezirken hier offenbar eher gute Erfahrungen gemacht haben. So berichten jeweils knapp über ein Drittel der Befragten aus Innenstadt-West und Eving, dass sie mehrfach erlebt hätten, „*dass Politiker oder verantwortliche Akteure Kritikpunkte oder Verbesserungsvorschläge der örtlichen Bevölkerung aufgegriffen haben*“. Allerdings bedeutet dies im Umkehrschluss auch, dass jeweils zwei Drittel der Befragten in den beiden Stadtbezirken der Auffassung sind, dass ihre Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge nicht aufgegriffen werden. Positiv bleibt hervorzuheben, dass fast die Hälfte der Befragten aus den beiden Stadtbezirken (ca. 47, bzw. 49% in Innenstadt-West und Eving) tendenziell oder voll und ganz zustimmt, „*dass die Bevölkerung viel darüber nachdenkt und diskutiert, wie Dinge vor Ort verbessert werden können*“.

Die lokalebezogene autoritäre Aggression wurde über die beiden Aussagen: „*Verbrechen, die hier bei uns geschehen, sollten härter bestraft werden.*“ sowie „*Um Recht und Ordnung in unserem Ort zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen.*“ erfasst (vgl. auch Heitmeyer/Heyder, 2003). Dabei stimmen knapp 56,1% (Innenstadt-West) bzw. 75,6% der Befragten (Eving) der ersten Aussage zu, gegen Unruhestifter würden rund 49% der Bewohner der Innenstadt-West und sogar 73,9% der Bewohner Evings härter vorgehen. Wobei die Altersgruppe der über 65jährigen auch hier signifikant häufiger zustimmt. In Eving zeigt sich eine signifikant höhere Zustimmung zur lokalbezogenen autoritären Aggression.

In Bezug auf die lokale Verbundenheit (Lokalismus<sup>19</sup>) zeigt sich eine vergleichbar hohe Zustimmung. Im Stadtbezirk Innenstadt-West trifft auf rund 69%, in Eving auf rund 74% der Befragten die Aussage eher oder voll und ganz zu, dass sie stolz darauf sind, in ihrem Stadtbezirk zu leben. Und über 93% der Befragten geben an, sich in ihrem Stadtbezirk zuhause zu fühlen. Gleichzeitig berichten aber auch knapp 17% der Bewohner der Innenstadt-West und knapp 26% der Bewohner Evings, dass sie ihre Gegend ziemlich langweilig finden. Werden die Zustimmungshäufigkeiten nach Altersgruppen differenziert, so zeigt sich, dass die Älteren (ab 65 Jahre) signifikant stolzer auf die eigene Gegend sind und die Gruppe der 35-49jährigen sich am wenigsten zu Hause fühlt.

Bezogen auf traditionalistische Einstellungen zeigt sich, dass dieser bei den Befragten der beiden Stadtbezirke weite Verbreitung findet: 50,9% der Befragten in Innenstadt-West und 76,5% in Eving stimmen der Aussage zu, dass die „*Traditionen unserer Heimat wieder stärker gepflegt werden sollten*“. Weiterhin sind jeweils rund 24% der Befragten der beiden Stadtbezirke der Ansicht, dass man Dortmund „*vor Überfremdung schützen*“ sollte. Bei beiden Items sind es tendenziell die über 65-Jährigen, die am meisten Zustimmung signalisieren.

Bezogen auf das Ausmaß individueller Orientierungslosigkeit schließlich lässt sich festhalten, dass mehr als ein Drittel der Befragten über Verunsicherungstendenzen berichtet. So stimmen 34,6% Prozent der Bewohner der Innenstadt-West und sogar 44,3% der Bewohner Evings der

---

<sup>19</sup> „*Ich bin stolz darauf, hier zu leben.*“ / „*Ich fühle mich hier zu Hause.*“ / „*Meine Gegend finde ich ziemlich langweilig.*“

Aussage zu, dass heute alles so in Unordnung geraten ist. Etwas weniger (31,4% und 44,1%) finden die Dinge heute so schwierig, dass man nicht mehr weiß, was eigentlich los ist und etwa genauso viele denken, dass sie früher besser dran waren, weil sie wussten, was sie zu tun hatten (31,8% und 44,5%).

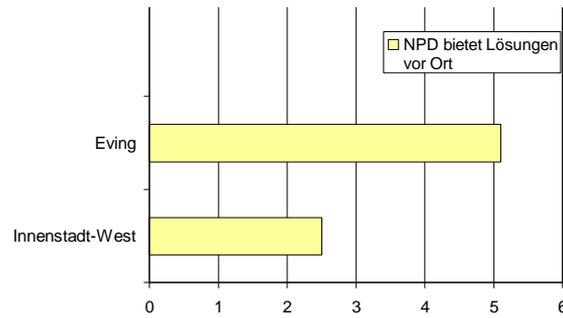
Weiterhin wurde in der Befragung das Ausmaß der wahrgenommenen Bedrohung durch die Gruppe der Ausländer erfasst. Knapp 12% der Bewohner aus Innenstadt-West und sogar rund 22% der Bewohner Eving sehen durch die Ausländer ihre Freiheiten und Rechte sowie die wirtschaftliche Situation (10% Innenstadt-West, bzw. in Eving 17,6%) bedroht. Im Bereich Innenstadt-West sind 18,1% der Ansicht, dass in Dortmund zu viele Ausländer leben, in Eving sind es mehr als doppelt so viele, die dieser Meinung sind (40,9%). Damit ist die wahrgenommene Bedrohung durch Ausländer in Eving signifikant stärker ausgeprägt als in der Innenstadt und es bestätigt sich, dass dies ein wichtiges Konfliktfeld in Eving ist.

Ob sich jemand gegen den Rechtsextremismus engagiert, hängt nicht zuletzt von der Problemdeutungs- und Umgangskultur mit dem Rechtsextremismus in einer Stadt ab. Es kann davon ausgegangen werden, dass eine öffentliche Auseinandersetzung mit und ein damit verbundenes Eintreten gegen den Rechtsextremismus von wichtigen lokalen Akteuren auch die Einstellungs- und Verhaltensmuster der Bewohner selbst beeinflussen kann.

Im Rahmen der Befragung wurde diesbezüglich eine Reihe von Fragen zum (wahrgenommenen) Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus berücksichtigt. Zunächst wurde jedoch gefragt, ob der Rechtsextremismus überhaupt in Dortmund existent ist. Jeweils etwa 60% der Befragten aus den beiden Stadtbezirken bejahen diese Frage bzw. lehnen die Aussage „*In meinem Wohnort gibt es keinen Rechtsextremismus.*“ ab. Damit kann vorausgesetzt werden, dass den meisten Befragten aus Innenstadt-West und Eving der Rechtsextremismus in Dortmund bekannt ist. Es bleiben aber immerhin etwa 40%, die der Auffassung sind, dass es in ihrem Wohnort keinen Rechtsextremismus gebe. Gleichzeitig stimmen 13,5% der in der Innenstadt-West und 20,2% der in Eving Befragten der Aussage zu, dass die Leute in Dortmund „*nichts gegen den Rechtsextremismus haben*“. Auch sind über 60% der Ansicht, dass die Polizei zu wenig gegen den Rechtsextremismus unternehme (60,1% in der Innenstadt-West, 63,2% in Eving). Deutlich mehr als die Hälfte der Befragten aus den beiden Stadtbezirken rügen die mangelnde Einsatzbereitschaft der Polizei. Weiter sind 81,5% der Befragten aus der Innenstadt-West und 71,6% aus Eving der Ansicht, dass *rechtsextremistische Aktivitäten von einflussreichen Personen stark abgelehnt werden*“.

Schließlich wurde nach den eigenen Erfahrungen mit Rechtsextremisten, zum einen über die lokale Verankerung der NPD, zum anderen aber auch über direkte Kontakte, gefragt. Die Befragten wurden um ihre Zustimmung zu der Aussage gebeten, dass „*die NPD Lösungen vor Ort anbietet*“. Dabei stimmen 5,1% der Evinger dieser Aussage eher oder voll und ganz zu – dieser Anteil liegt dabei deutlich über dem in der Innenstadt-West (vgl. folgende Abb. 11).

Abbildung 11: Zustimmungswerte „Die NPD hilft, Probleme vor Ort zu lösen.“ (in %)



Die persönlichen Erfahrungen mit Rechtsextremisten schließlich wurden über zwei Fragen erhoben. Die erste zielt darauf ab, ob überhaupt schon Erfahrungen mit dieser Gruppe gemacht wurden. Rund 26% der Dortmunder aus der Innenstadt-West und knapp 42% aus Eving beantworten die Frage zustimmend, wobei die Altersgruppen ab 65 Jahren von den wenigsten Erfahrungen berichten, diese aber auch am positivsten bewerten, wenn sie Erfahrungen mit Rechtsextremisten gemacht haben. Die Befragten hatten die Möglichkeit diese Erfahrungen von sehr schlecht – eher schlecht – teils/teils – eher positiv bis sehr positiv zu beurteilen (vgl. Tab. 8).

**Tabelle 8: Häufigkeiten zu positiven Erfahrungen mit Rechtsextremisten (in %)**

| Erfahrungen mit<br>Rechtsextremisten waren ... | Innenstadt-<br>West | Eving |
|--|---------------------|-------|
| ... teils/teils                                | 15,2                | 21,4  |
| ... eher oder sehr positiv                     | 0,9                 | 7,8   |

Die Auswertungen zeigen, dass von denjenigen, die über Erfahrungen mit Rechtsextremisten verfügen, 84% in Innenstadt-West und knapp 71% in Eving diese als sehr oder eher schlecht einstufen, wohingegen 15,2%, bzw. 21,4% eher unentschlossen in der Beurteilung sind. Nur 1% der Bewohner der Innenstadt, aber fast 8% der Evinger schließlich berichten, dass diese Erfahrungen eher oder sehr positiv verlaufen sind.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass sich die Befragten in den beiden Stadtbezirken im Hinblick auf die wahrgenommene Bedrohung durch Ausländer signifikant voneinander unterscheiden: So fühlen sich in der Innenstadt-West etwa 12% bedroht wohingegen es in Eving rund 22% sind. Auch bei den übrigen vermittelnden Faktoren zeigt sich, dass diese in Eving eher so ausgeprägt sind, dass dort ein größeres Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* zu erwarten ist.

Bevor nun die Analysen zur Erklärungsgrade *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* und bürgerschaftlichen Engagements vorgestellt werden, sollen die Zustimmungshäufigkeiten zu den verschiedenen Elementen des Syndroms *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* selbst vorgestellt werden.

### 5.2.3 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierungsintentionen

Durch die Erhebung von Einstellungen der Bevölkerung gegenüber sozial schwachen Gruppen lassen sich detaillierte Informationen über das soziale Klima in einem Sozialraum gewinnen. Angelehnt an das Langzeitprojekt *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* wurden im Rahmen der vorliegenden Studie Einstellungen gegenüber neun verschiedenen Gruppen erhoben. Weiterhin wurden Etabliertenvorrechte (als generell ablehnende Einstellung gegenüber neuen Gruppen) berücksichtigt (s. auch Kap. 3.2).

Die Häufigkeitsverteilungen für die Syndromelemente differenziert nach den beiden Stadtbezirken Innenstadt-West und Eving sind Tabelle 9 dargestellt.

**Wichtige Anmerkung:**  
*Absolute Vergleiche* zwischen den einzelnen GMF-Syndromelementen, wie z.B. Fremdenfeindlichkeit ist insgesamt geringer als Antisemitismus, sind nicht möglich, da u.a. die Aussagen zur Erfassung der GMF-Syndromelemente unterschiedlich hart bzw. weich formuliert sind.  
*Relative Vergleiche* hingegen, wie z.B. Befragte aus dem Sozialraum X stimmen den antisemitischen Aussagen stärker zu als die Befragten aus dem Sozialraum Y, sind zulässig.

**Tabelle 9: Häufigkeiten zu den verschiedenen Elementen des Syndroms Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (in %)**

| <i>Stimme eher oder voll und ganz zu...</i>  | <b>Innenstadt-West</b> | <b>Eving</b> |
|--|------------------------|--------------|
| <b>Rassismus</b>   |                        |              |
| Aussiedler sollten besser gestellt werden als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind.                                 | 14,4                   | 20,0         |
| Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.  | 5,6                    | 8,9          |
| <b>Fremdenfeindlichkeit</b>  |                        |              |
| Es leben zu viele Ausländer in Deutschland. **   | 22,9                   | 42,2         |
| Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken. ** | 8,0                    | 23,8         |
| Ausländer sind eine Belastung für das soziale Netz. *  | 22,7                   | 31,8         |
| <b>Antisemitismus</b>  |                        |              |

| <i>Stimme eher oder voll und ganz zu...</i>  | <b>Innenstadt-West</b> | <b>Eving</b> |
|--|------------------------|--------------|
| Juden haben in Deutschland zuviel Einfluß.   | 10,3                   | 13,5         |
| Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.  | 4,1                    | 6,4          |
| <b>Homophobie</b>  |                        |              |
| Homosexualität ist unmoralisch.  | 8,1                    | 14,3         |
| Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern sollten erlaubt sein.   | 84,5                   | 84,6         |
| <b>Abwertung von Obdachlosen</b>   |                        |              |
| Die meisten Obdachlosen sind arbeitsscheu. **  | 14,9                   | 22,2         |
| Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden. **  | 20,8                   | 34,0         |
| <b>Abwertung von Behinderten</b>   |                        |              |
| Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben. **   | 2,1                    | 8,8          |
| Behinderte erhalten zu viele Vergünstigungen. **   | 0,0                    | 7,8          |
| <b>Islamophobie</b>  |                        |              |
| Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden. **  | 9,8                    | 19,7         |
| Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land. **                          | 20,3                   | 38,7         |
| <b>Etabliertenvorrechte</b>  |                        |              |
| Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben. **   | 44,6                   | 63,0         |
| Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind. **                        | 18,0                   | 28,7         |
| <b>Sexismus</b>  |                        |              |
| Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.                                      | 12,3                   | 17,2         |
| Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen. * | 6,8                    | 11,6         |

| <i>Stimme eher oder voll und ganz zu...</i>  | Innenstadt-West | Eving |
|--|-----------------|-------|
| <b>Abwertung von Langzeitarbeitslosen</b>  |                 |       |
| Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden. ** | 27,9            | 41,2  |
| Wer nach längerer Arbeitslosigkeit keine Stelle findet, ist selber schuld.                       | 20,2            | 21,2  |

Anmerkung: \*\*p < .01, \*p < .05; Bei Aussagen mit mindestens einem \* bestehen signifikante Unterschiede zwischen den Stadtbezirken.

Im Hinblick auf die Syndromelemente der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* zeigt sich, dass diese über nahezu alle Syndromelemente hinweg in Eving deutlich stärker ausgeprägt ist, als in der Innenstadt-West. Bis auf Rassismus, Abwertung von Homosexuellen und Antisemitismus sind die Unterschiede zwischen den beiden Stadtbezirken signifikant. Besonders ausgeprägt sind diese Unterschiede bei der Fremdenfeindlichkeit, der Abwertung von Obdachlosen, der Abwertung von Behinderten und der Islamophobie. Ausnahmen stellen die Fragen „Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern sollten erlaubt sein.“ und „Wer nach längerer Arbeitslosigkeit keine Stelle findet, ist selbst schuld.“ dar, denn hier unterscheiden sich Antworten der Befragten aus den beiden Stadtbezirken kaum.

Eving ist im Hinblick auf die Verbreitung der einzelnen Elemente des Syndroms *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* also deutlich auffälliger als Innenstadt-West. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch im Hinblick auf die Diskriminierungsintentionen gegenüber diesen Gruppen. Über 30% der Bewohner der Innenstadt-West und sogar 41,4% Evings hätten ein Problem mit einem Moscheebau in ihrer Wohngegend. In Innenstadt-West hätten zudem 38,1%, in Eving 47,9% Probleme damit, in eine Gegend zu ziehen, in der viele Ausländer leben. Hierbei ist anzumerken, dass wie bereits in Kap. 4.1. beschrieben in den beiden Stadtbezirken der Ausländeranteil bei etwa 15% liegt und in der Gesamtstadt bei etwa 13%. Bei den nächsten Items ist die Verteilung allerdings sehr ähnlich, so stimmen jeweils über 9% der in den beiden Stadtbezirken der Aussage zu, ihre Wohnung niemals an Homosexuelle zu vermieten. Jeweils über 7% in Innenstadt-West und Eving hätten ein Problem damit, wenn in ihrem Wohnumfeld eine Hochzeit zwischen Homosexuellen stattfinden würde.

## 5.2.4 Engagementpotential

Unabhängig von aktuell möglicherweise bereits vorhandenen Mitgliedschaften als Indikator für politische Integration und damit Hinweis auf eine aktive Bürgergesellschaft wurden die Bewohner in den beiden Stadtbezirken auch gefragt, ob sie sich vorstellen könnten, sich in einem bestimmten Bereich aktiv zu engagieren. 59,1% der Befragten der Innenstadt-West und 52,2% der Bewohner Evings gaben dabei an, dass sie sich ein derartiges Engagement in der Zukunft vorstellen könnten, wobei dieses Potential vor allem auf die Gruppe der bereits aktiv am organisierten Zusammenleben Teilhabenden zurückgeht (vgl. Tab. 10 und 11), d.h. Personen, die angeben, in irgendeiner Form im lokalen Vereinsleben aktiv zu sein, sind eher bereit, gezieltes Engagement in der Zukunft zu zeigen. Allerdings ist hier auch zu betonen, dass immerhin *57,4% in der Innenstadt-West und 42,7% der Evinger Befragten*, die bis dato in keinem Bereich partizipieren, Bereitschaft signalisieren, dies zukünftig zu tun.

**Tabelle 10: Engagementpotential in Dortmund Innenstadt West (in %)**

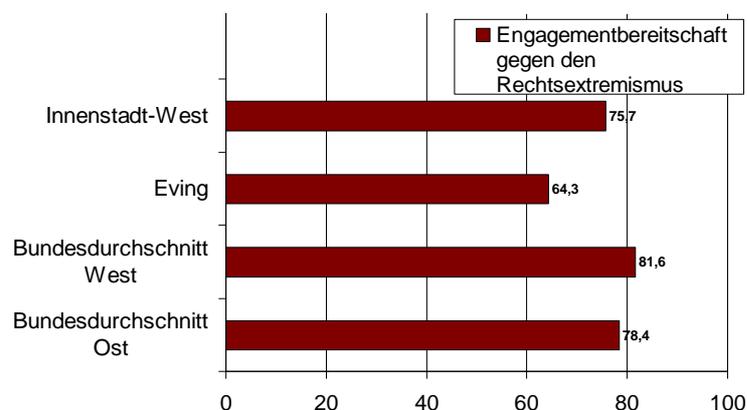
|                                   | Aktuelle Engagementbereitschaft<br><b>NEIN</b> | Aktuelle Engagementbereitschaft<br><b>JA</b> |
|-----------------------------------|--|--|
| Mitgliedschaft(en)<br><b>NEIN</b> | 42,6   | <b>57,4</b>                                  |
| Mitgliedschaft(en)<br><b>JA</b>   | 36,8   | 63,2   |

**Tabelle 11: Engagementpotential in Dortmund Eving (in %)**

|                                   | Aktuelle Engagementbereitschaft<br><b>NEIN</b> | Aktuelle Engagementbereitschaft<br><b>JA</b> |
|-----------------------------------|--|--|
| Mitgliedschaft(en)<br><b>NEIN</b> | 57,3   | <b>42,7</b>                                  |
| Mitgliedschaft(en)<br><b>JA</b>   | 38,3   | 61,7   |

In Ergänzung hierzu wurde konkret nach der Engagementbereitschaft gegen den Rechtsextremismus gefragt. Allgemein ist hierzu festzustellen, dass in beiden Stadtbezirken diese konkrete Form der Engagementbereitschaft unter dem Bundesdurchschnitt liegt (auf der Basis des repräsentativen GMF-Surveys haben wir für ost- und westdeutsche Befragte hier eine Zustimmungshäufigkeit von 78,4 bzw. 81,9% gefunden). Dabei ist die Bereitschaft in Eving (64,3%) deutlich geringer als in Innenstadt-West (75,7%).

**Abbildung 12: Verbreitung der Engagementbereitschaft gegen den Rechtsextremismus in den Untersuchungseinheiten (in %)**



In einer zusätzliche Analyse wurden nur diejenigen berücksichtigt, die aktuell eine generelle Bereitschaft geäußert haben, sich zukünftig zu engagieren (s. o.). Hierbei zeigt sich, dass von denjenigen, die allgemeine Engagementbereitschaft signalisieren, in der Innenstadt-West 44,2% voll und ganz und weitere 34% eher bereit sind, sich speziell gegen den Rechtsextremismus zu engagieren. In Eving stimmen 34% voll und ganz sowie 40% eher zu. Damit ist die Engagementbereit-

schaft gegen Rechtsextremismus bei denjenigen stärker ausgeprägt, die eine allgemeine Engagementbereitschaft äußern. Vor allem in Eving ist die Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus unter den generell Engagementbereiten signifikant höher ausgeprägt.

Zur näheren Beschreibung des in den beiden Stadtbezirken möglicherweise zu aktivierenden Engagementpotentials wurden die Bewohner der Innenstadt-West und Evings außerdem danach gefragt, welche Formen der Einflussnahme sie ggf. wählen würde, wenn es um politische Angelegenheiten geht (vgl. Tab. 12). Auch hier wurde in einem zweiten Schritt ein expliziter Blick auf die Gruppe der Personen, die Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus zeigen, geworfen. Die folgenden Tabellen 12 und 13 zeigen diesbezüglich die Anteile derjenigen Befragten, die sich ‚bestimmt‘ oder doch zumindest ‚wahrscheinlich‘ für eine der abgefragten Arten der politischen Einflussnahme entscheiden würden und verweisen so auf bestimmte Aktionsformen, die bei der Planung von konkreten Interventionsstrategien evtl. in Betracht gezogen werden können.

**Tabelle 12: Art der politischen Einflussnahme (in % / Kategorie ‚bestimmt/wahrscheinlich‘)**

| Um politischen Einfluss zu nehmen würde ich bestimmt/wahrscheinlich ...   | Innenstadt-West | Eving |
|---|-----------------|-------|
| ... in einer Bürgerinitiative mitarbeiten.                                | 42,7            | 40,3  |
| ... an einer genehmigten Demo teilnehmen.                                 | 48,4            | 41,0  |
| ... an einer Demo teilnehmen, auch wenn mit Gewalt gerechnet werden muss. | 12,1            | 8,5   |
| ... einen Leserbrief schreiben.   | 53,5            | 57,4  |
| ... versuchen, von (örtlichen) Politikern Unterstützung zu bekommen.      | 52,9            | 51,9  |

Ergänzend haben wir weiter nur diejenigen Personen näher betrachtet, die sich aktiv gegen Rechtsextremismus engagieren würden. Dabei lassen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den einzelnen Sozialräumen festhalten.

**Tabelle 13: Art der politischen Einflussnahme (nur Engagierte / in % / Kategorie ‚bestimmt/wahrscheinlich‘)**

| Um politischen Einfluss zu nehmen würde ich bestimmt/wahrscheinlich ...   | Innenstadt-West | Eving |
|---|-----------------|-------|
| ... in einer Bürgerinitiative mitarbeiten.                                | 48,5            | 49,2  |
| ... an einer genehmigten Demo teilnehmen.                                 | 56,0            | 54,8  |
| ... an einer Demo teilnehmen, auch wenn mit Gewalt gerechnet werden muss. | 13,8            | 9,8   |
| ... einen Leserbrief schreiben.   | 59,2            | 66,9  |
| ... versuchen, von (örtlichen) Politikern Unterstützung zu bekommen.      | 58,9            | 63,1  |

Neben den Formen der politischen Einflussnahme haben wir diejenigen in den beiden Stadtbezirken, die bereit sind sich aktuell für eine bestimmte Sache zu engagieren zusätzlich danach gefragt, in welchem Bereich sie sich ein Engagement am ehesten vorstellen können. In der Innenstadt-West werde am häufigsten genannt: Im Bereich Kinder- und Jugendarbeit (23,3%), im Sozialen Bereich (19,2%), im Bereich Politik und politische Interessenvertretung (13,4%) sowie Umwelt- und Naturschutz (13,0%). In Eving wurden von den Befragten folgende Bereiche am häufigsten genannt: Im Sozialen Bereich (27,1%), im Bereich Kinder- und Jugendarbeit (20,6%), im Bereich Politik und politische Interessenvertretung (12,7%) sowie Umwelt- und Naturschutz (7,9%).

Welche individuellen und auch sozialräumlichen Faktoren sich nun für die Erklärung der zentralen Einstellungs-, Intentions- und Handlungsmuster, also in Bezug auf GMF und Engagement gegen Rechtsextremismus, als relevant erweisen, wird in den folgenden Kapiteln diskutiert.

### **5.3 Zur Erklärung der Verbreitung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit**

Um in einem ersten Schritt zu prüfen, ob Beziehungen zwischen GMF und den verschiedenen Desintegrationsdimensionen bestehen, wurden zunächst Korrelationen berechnet. Dies ist eine Analyseform, bei der die Stärke des Zusammenhanges zwischen zwei Variablen ermittelt werden kann.

**Hinweis:**

Um die Stärke eines Zusammenhanges zu ermitteln werden *Korrelationskoeffizienten* berechnet: Diese haben eine Spannweite von -1 bis +1. Ein Korrelationskoeffizient von +1 bedeutet ein perfekt positiver Zusammenhang (je mehr vom einen, desto mehr vom anderen); -1 bedeutet entsprechend ein perfekt negativer Zusammenhang (je mehr vom einen, desto weniger vom anderen). Ein Korrelationskoeffizient von beispielsweise  $r = .419$  kann als relativ hoch bezeichnet werden.

Betrachtet man die beiden soziodemografischen Variablen Alter und Geschlecht, so zeigt sich kein Effekt für das Geschlecht und jedoch vor allem für die Innenstadt-West ein Zusammenhang zwischen Alter und GMF. D.h. je älter die Befragten der Innenstadt-West sind, desto größer ist das Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*. In Bezug auf die verschiedenen objektiven und subjektiven Variablen zur sozialstrukturellen Systemintegration (Tab. 14) zeigt sich, dass von den objektiven Faktoren vor allem das *Bildungsniveau*, das *Nettoeinkommen* sowie im Bereich Innenstadt West die *Erwerbstätigkeit* in einem statistisch bedeutsamen Zusammenhang stehen. D.h. je höher das Bildungsniveau bzw. das Nettoeinkommen der Befragten aus den beiden Stadtbezirken ist, desto geringer ist das Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*. Für die Innenstadt-West gilt, dass Nicht-Erwerbstätige in größerem Ausmaß abwertende Einstellungen äußern. Im Hinblick auf die subjektiven Faktoren sind es in beiden Stadtbezirken vor allem die Absteigsängste der Erwerbstätigen, die mit *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* zusammenhängen. Je stärker die Absteigsängste ausgeprägt sind, desto größer ist das Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*.

Im Bereich Innenstadt-West spielt darüber hinaus bei den subjektiven Faktoren außerdem die *Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen und finanziellen Lage*, das *Gefühl einen gerechten Anteil zu erhalten* und die *Angst vor einem Abstieg seit der Einführung von HARTZIV* eine Rolle. Allerdings fallen hier die Zusammenhänge nur gering bis moderat aus.

In Eving zeigt sich wie auch schon bei der deskriptiven Beschreibung ein etwas anderes Bild. Der Zusammenhang zwischen Alter und *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* ist hier deutlich schwächer als in der Innenstadt-West, aber dennoch signifikant. In Eving scheinen dementsprechend andere Einflussfaktoren als das Alter bedeutender für das Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* zu sein. Den stärksten Zusammenhang weist – wie oben bereits erläutert – das *Bildungsniveau* auf. Ebenso stehen das *Nettoeinkommen* und die *Absteigsängste von Erwerbstätigen* in signifikantem Zusammenhang mit *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*. Je geringer das Einkommen, je größer die Absteigsängste bei Erwerbstätigen sind, desto größer ist das Ausmaß an Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Eving. Schwächere aber dennoch

signifikante Zusammenhänge zeigen sich zwischen *Berufstätigkeit* sowie der *Besitz von Wohneigentum* mit *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*. Je eher die Personen erwerbstätig oder Eigentümer der Wohnung sind in der sie wohnen, desto geringer ist das Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*.

**Tabelle 14: Zusammenhänge zwischen struktureller Desintegration (objektiv und subjektiv) und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (auf der Basis von Korrelationen)**

|  | GMF <sup>a</sup><br>Innenstadt-West | GMF <sup>a</sup><br>Eving |
|--|-------------------------------------|---------------------------|
| Alter  | .37**                               | .13*                      |
| Geschlecht   | -                                   | -                         |
| <b>Objektive sozialstrukturelle Desintegration</b>   |                                     |                           |
| Bildungsniveau   | -.50**                              | -.39**                    |
| Nettoeinkommen   | -.25**                              | -.29**                    |
| Derzeit erwerbstätig   | -.35**                              | -.19**                    |
| Wohneigentum   | -                                   | .13*                      |
| <b>Subjektive sozialstrukturelle Desintegration</b>  |                                     |                           |
| Angst vor einem sozialen Abstieg seit HART IV  | .18*                                | -                         |
| Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen und finanziellen Lage                                     | .17*                                | -                         |
| Im Vergleich wie andere in Deutschland leben, meinen Sie, den gerechten Anteil zu erhalten? (Nein) | .17*                                | -                         |
| Abstiegsängste Erwerbstätige   | .28**                               | .21*                      |
| Abstiegsängste Erwerbslose   | -                                   | -                         |

Anmerkung: \*\*p < .01, \*p < .05

Im Hinblick auf die institutionelle Desintegration (vgl. Tab. 15) zeigen sich nur geringfügige Unterschiede zwischen der Innenstadt-West und Eving. In der Innenstadt-West hat die Nicht-Wahlabsicht bei der nächsten Bundestagswahl einen schwachen aber signifikanten Einfluss; d.h. Personen die beabsichtigen nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen weisen tendenziell ein größeres Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* auf. Sowohl in der Innenstadt-West als auch in Eving steht die Wahrnehmung der Befragten „vor Ort keinen politischen Einfluss zu haben“ in starkem Zusammenhang mit dem Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*. Dabei gilt: Je stärker das Gefühl ist vor Ort keinen Einfluss zu haben, desto größer ist das Ausmaß an abwertenden Einstellungen. Ebenfalls mit höheren Werten der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* gehen die politische Machtlosigkeit auf nationaler Ebene sowie die Einschätzung, dass es sinnlos sei sich vor Ort zu engagieren, einher. D.h. je stärker das Gefühl verbreitet ist auf nationaler Ebene politisch machtlos zu sein bzw. je eher ein Engagement vor Ort als sinnlos erscheint, desto größer ist das Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*.

Tabelle 15: Zusammenhänge zwischen institutioneller Desintegration und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (auf der Basis von Korrelationen)

|   | GMF<br>Innenstadt-West | GMF<br>Eving |
|---|------------------------|--------------|
| <b>Institutionelle Desintegration</b>                               |                        |              |
| Intention, bei der nächsten Bundestagswahl zu wählen (nicht wählen) | .16*                   | -            |
| Intention, bei der nächsten Kommunalwahl zu wählen (nicht wählen)   | -                      | -            |
| Aktuelle Mitgliedschaft   | -                      | -            |
| Teilnahme an öffentlichen Veranstaltung                             | -                      | -            |
| Politische Machtlosigkeit (national)                                | .29**                  | .22**        |
| Keinen politischen Einfluss vor Ort (hoch)                          | .35**                  | .39**        |
| Sinnlosigkeit, sich vor Ort zu engagieren (hoch)                    | .27**                  | .20**        |
| Interesse der örtlichen Politiker für eigene Belange                | -                      | -            |

Anmerkung: \*\*p < .01, \*p < .05

Indikatoren der sozio-emotionalen Desintegration (vgl. Tab. 16) korrelieren auf niedrigem Niveau mit der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*. Befragte aus der Innenstadt-West, die sich sozio-emotional nicht ausreichend unterstützt fühlen, sind zugleich feindseliger gegenüber schwachen Gruppen eingestellt. In Eving zeigt sich ein schwacher aber signifikanter Zusammenhang mit der mangelnden Anerkennung; je weniger sich die Befragten in Eving anerkannt fühlen, desto höher ist tendenziell das Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*. Ob Personen einen festen Lebenspartner haben steht in beiden Stadtteilen nicht im Zusammenhang mit *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*.

Tabelle 16: Zusammenhänge zwischen der sozio-emotionalen Desintegration und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (auf der Basis von Korrelationen)

|  | GMF<br>Innenstadt-West | GMF<br>Eving |
|--|------------------------|--------------|
| <b>Sozio-emotionale Desintegration</b> |                        |              |
| Fester Lebenspartner                   | -                      | -            |
| Mangelnde Unterstützung.               | .25**                  | -            |
| Mangelnde Anerkennung                  | -                      | .16*         |

Anmerkung: \*\*p < .01, \*p < .05

Für Innenstadt-West zeigt sich bei den Indikatoren der räumlichen Desintegration (vgl. Tab. 17) nur ein schwacher signifikanter Zusammenhang für die das Problem der Arbeitslosigkeit im Wohnumfeld mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Je eher Arbeitslosigkeit als Problem im Wohnumfeld wahrgenommen wird, desto stärker ist tendenziell die Abwertung schwacher Gruppen. In Eving geht eine geringe Verbundenheit mit der Nachbarschaft mit einer höheren Abwertung schwacher Gruppen einher.

**Tabelle 17: Zusammenhänge zwischen räumlicher Desintegration und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (auf der Basis von Korrelationen)**

|  | <b>GMF<br/>Innenstadt-West</b> | <b>GMF<br/>Eving</b> |
|--|--------------------------------|----------------------|
| <b>Räumliche Desintegration</b>  |                                |                      |
| Verbundenheit mit der Nachbarschaft  | -                              | .17*                 |
| Entwicklung des Wohnumfeldes   | -                              | -                    |
| Probleme im Wohnumfeld (Index)   | -                              | -                    |
| Abfall und Sperrmüll auf den Gehwegen  | -                              | -                    |
| Betrunkene, Dealer etc.  | -                              | -                    |
| Arbeitslosigkeit   | .18**                          | -                    |
| Schlechter baulicher Zustand der Häuser  | -                              | -                    |
| Mangelnde Unterstützung durch die lokale Politik   | -                              | -                    |
| Personen, die andere „abziehen“  | -                              | -                    |
| Welchen Ruf hat ihr Wohngebiet   | -                              | -                    |
| Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gegend im Vergleich zur wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik. | -                              | -                    |

Anmerkung: \*\*p < .01, \*p < .05

Ein anderes Bild zeigt sich, wenn die Zusammenhänge der vermittelnden Faktoren mit den Elementen der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* betrachtet werden (vgl. Tab. 18). Hier zeigen zum einen deutlich mehr Faktoren signifikante Zusammenhänge mit GMF zum anderen unterscheiden sich diese durchaus zwischen den beiden untersuchten Stadtbezirken Innenstadt-West und Eving.

**Tabelle 18: Zusammenhänge zwischen vermittelnden Faktoren und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (auf der Basis von Korrelationen)**

|  | <b>GMF<br/>Innenstadt-West</b> | <b>GMF<br/>Eving</b> |
|--|--------------------------------|----------------------|
| <b>Vermittelnde Faktoren</b>   |                                |                      |
| Politische Anerkennungskultur  | -                              | -                    |
| Relevanz politische Einflussnahme                                      | -                              | -                    |
| Lokale autoritäre Aggression   | .60**                          | .44**                |
| Lokale Verbundenheit (Lokalismus)                                      | -                              | -                    |
| Traditionalismus   | .61**                          | .54**                |
| Konflikte im Wohnumfeld (Index)  | .14*                           | -                    |
| Konfliktwahrnehmungen zwischen Alt und Jung                            | -                              | -                    |
| Konfliktwahrnehmungen zwischen Neuhinzugekommenen und Alteingesessenen | .18**                          | -                    |
| Konfliktwahrnehmungen zwischen Ausländern und Deutschen                | -                              | -                    |
| Bedrohung durch Ausländer <sup>a</sup>                                 | .62**                          | .47**                |
| Orientierungsanomia  | .47**                          | .40**                |
| Zeit im Wohnumfeld   | .14*                           | -                    |

|   |        |        |
|---|--------|--------|
| Wie lange Leben sie schon in der Gegend   | .36**  | -      |
| Mir ist es nicht egal was hier im Ort geschieht   | -      | -      |
| Freunde und Bekannte wohnen nicht in demselben Wohnort                                    | .16*   | -      |
| Meinungshomogenität Bezugsgruppe <sup>b</sup>   | .21**  | -      |
| Der Rechtsextremismus wird in den Medien hoch gekocht.                                    | .46**  | .41**  |
| Es ist gefährlich sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren                              | .28**  | .20**  |
| In meinem Wohnort gibt es keinen Rechtsextremismus  | .17*   | .22*   |
| In meinem Wohnort haben die Leute nichts gegen Rechtsextremismus                          | -      | .20**  |
| Polizei unternimmt zu wenig gegen rechtsextreme Aktivitäten                               | -      | -      |
| Rechtsextreme Aktivitäten werden von einflussreichen Personen stark abgelehnt (Ablehnung) | -      | -      |
| NPD Partei wie jede andere auch (Zustimmung)  | .31**  | .46**  |
| NPD bietet Lösungen für Probleme vor Ort (Zustimmung)                                     | .41**  | .41**  |
| Erfahrungen mit Rechtsextremisten   | -.19** | -.22** |
| Positive Erfahrungen mit Rechtsextremisten  | -      | .66**  |

Anmerkungen: <sup>a</sup> Erfasst über die drei Fragen 'Die hier lebenden Ausländer bedrohen unsere Freiheiten und Rechte'; 'Die hier lebenden Ausländer bedrohen die wirtschaftliche Situation vor Ort'; 'Es leben zu viele Ausländer in unserem Ort'; <sup>b</sup> ,Bitte denken Sie jetzt noch einmal an das Thema Zuwanderung! Wenn Sie hierzu eine andere Meinung als Ihre Freunde und guten Bekannten vertreten, wie reagieren Ihre Freunde und guten Bekannten darauf?'; \*\*p < .01, \*p < .05

Dabei wird deutlich, dass in Eving insbesondere die *positiven Erfahrungen mit Rechtsextremisten* und in Innenstadt-West *traditionalistische Einstellungen* sowie in gleicher Stärke die *wahrgenommene Bedrohung durch Ausländer* mit einer Abwertung gegenüber allen im Syndrom berücksichtigten Gruppen zusammenhängen. D.h. je eher die Befragten aus Eving die Erfahrungen mit Rechtsextremisten positiv bewerten, desto größer ist das Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*. Für Innenstadt-West gilt: Je stärker traditionalistische Einstellungen geäußert werden bzw. je stärker die wahrgenommene Bedrohung durch Ausländer, desto größer ist das Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*.

Ebenfalls hoch mit der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* korreliert sind in beiden befragten Stadtbezirken die *lokale autoritäre Aggression*, sowie das *Gefühl individueller Orientierungslosigkeit*, und die Zustimmung zu der Aussagen „die NPD ist eine Partei wie jede andere auch“, „Die NPD bietet Lösungen vor Ort“, „Rechtsextremismus wird in den Medien hoch gekocht“ und „es ist gefährlich sich gegen den Rechtsextremismus zu engagieren“; d.h. dass je stärker Befragte aus den beiden Stadtbezirken überzogen traditionalistische Einstellungen einfordern bzw. sich individuell desorientiert fühlen, desto größer ist das Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*. Es bleibt ebenfalls festzuhalten: *Die Wahrnehmung der NPD als normale Partei geht auf individueller Ebene mit einer erhöhten Feindseligkeit einher.*

Lediglich in der Innenstadt-West zeigen sich starke Effekte für die *Wohndauer*, die *Meinungshomogenität in der Bezugsgruppe* und für die *Erfahrungen mit Rechtsextremisten*. Etwas schwächer sind die Korrelationen bei der *Anzahl der Freunde im gleichen Wohnort* und dem Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*.

In Eving steht darüber hinaus auch die Einschätzung, dass die *Leute im Wohnort nichts gegen den Rechtsextremismus haben*, in einem signifikanten und engem Zusammenhang mit der eigenen Feindseligkeit. D.h. je eher die Evinger die Auffassung vertreten, dass die Leute in ihrem

Stadtbezirk nichts gegen Rechtsextreme haben, desto größer ist das Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*.

Dagegen steht der *Lokalismus* in keinem signifikanten Zusammenhang mit *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*. D.h., dass die Befragten aus den beiden Stadtbezirken, die stolz auf ihre Stadt sind, nicht zwangsläufig schwache Gruppen abwerten. Dies gilt nur für diejenigen, die starr an Traditionen festhalten und diese wiederbeleben wollen sowie die Ansicht vertreten, dass ihre Gegend vor Überfremdung zu schützen sei.

Betrachtet man die Beziehung zwischen der eigenen Feindseligkeit und der Frage nach Erfahrungen mit Rechtsextremisten sowie der Qualität dieser Erfahrungen, wird deutlich, dass die *Erfahrung allein nicht unbedingt mit den eigenen abwertenden Einstellungen korreliert*. Erst wenn Erfahrungen vorliegen und die *Bewertung dieser Erfahrung positiv ausfällt*, stehen diese in einem engen Verhältnis zu der eigenen Feindseligkeit.

Entsprechend dieser empirischen Befunde auf korrelativer Ebene (also den Zusammenhängen) wird im Folgenden überprüft, welche der Faktoren, bei denen sich ein signifikanter Zusammenhang mit dem eigenen Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* in den in diesem Kapitel dargestellten Tabellen zeigte, auch unter Kontrolle der jeweils anderen Faktoren immer noch einen signifikanten Einfluss ausüben, also erklärungskräftig sind (vgl. Tab. 18 und 19). Mit anderen Worten wird nun überprüft, welche der Faktoren einen Einfluss das Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* haben, wenn diese gleichzeitig nebeneinander in der statistischen Auswertung berücksichtigt werden. Dabei kann überprüft werden, welche Faktoren tatsächlich einen Einfluss haben und welche vernachlässigt werden können. Auf die gleiche Art und Weise würde beispielsweise geprüft werden, welche der drei Faktoren Prüfungsangst, kognitive Fähigkeiten und Lernaufwand den größten Einfluss auf die Note einer Abschlussklausur haben. Dies wird mittels multivariater Regressionsanalyse überprüft. Multivariat bedeutet, dass alle bisher identifizierten Einflussvariablen gleichzeitig in einer statistischen Analyse (hier Regressionsanalyse) berücksichtigt werden.

Die Ergebnisse aus der multivariaten Regressionsanalyse zeigen, dass die in der Regression zusätzlich berücksichtigten soziodemographischen Merkmale (also Alter, Geschlecht und Bildung), bei gleichzeitiger Berücksichtigung der anderen Faktoren, keinen Einfluss auf die eigenen feindseligen Einstellungen haben (auf korrelativer Ebene gab es noch einen Zusammenhang zwischen Alter und GMF). (vgl. Tab. 19).

In der Innenstadt-West (vgl. Tab. 19) ist es vor allem die Auffassung, dass die NPD Lösungen für die Probleme vor Ort anbiete und die Wohndauer in der Gegend, die das Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* erklären. D.h. je kürzer der Zeitraum ist, in dem die Befragten in der Innenstadt-West leben, desto stärker sind abwertende Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen ausgeprägt. Ein schwacher aber dennoch signifikanter Einflussfaktor auf das Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* liegt vor, wenn Freunde und Bekannte größtenteils im Wohnumfeld leben: D.h. je mehr sich der Freundes- und Bekanntenkreis aus demselben Wohnumfeld zusammensetzt (und damit eine höhere raumbezogene Homogenität aufweist), desto größer ist die Abwertung schwacher Gruppen.

In den Tabellen 19 und 20 werden nur dann Werte in einer Zeile ausgewiesen, wenn eine Variable einen signifikanten, also bedeutsamen, Effekt auf das Ausmaß an Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit hat.

Tabelle 19: Erklärung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Innenstadt-West (auf der Basis einer multiplen Regressionsanalyse)

| <b>GMF</b>   | <b>GMF 1</b> | <b>GMF 2</b> | <b>GMF 3</b> | <b>GMF 4</b> | <b>GMF 5</b> | <b>GMF 6</b> |
|--|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Alter  | -            | -            | -            | -            | -            | -            |
| Geschlecht   | .21*         | -            | -            | -            | -            | -            |
| <b>Sozialstrukturelle Desintegration</b>                               |              |              |              |              |              |              |
| Bildungsniveau   | -.21*        | -            | -            | -            | -            | -            |
| Nettoeinkommen   | -            | -            | -            | -            | -            | -            |
| Derzeit erwerbstätig   | -            | -            | -            | -            | -            | -            |
| Angst vor sozialem Abstieg seit HartzIV                                | -            | -            | -            | -            | -            | -            |
| Beurteilung eigene finanzielle Situation                               | -            | -            | -            | -            | -            | -            |
| Gerechter Anteil im Vergleich mit anderen                              | -            | -            | -            | -            | -            | -            |
| <b>Institutionelle Desintegration</b>                                  |              |              |              |              |              |              |
| Nicht-Wahlabsicht Bundestagswahl                                       |              | -            | -            | -            | -            | -            |
| Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen                              |              | -            | -            | -            | -            | -            |
| Politische Machtlosigkeit (national)                                   |              | -            | -            | -            | -            | -            |
| Lokale Einflusslosigkeit   |              | -            | -            | -            | -            | -            |
| Sinnlosigkeit lokalen Engagements                                      |              | -            | -            | -            | -            | -            |
| <b>Sozio-emotionale Desintegration</b>                                 |              |              |              |              |              |              |
| Mangelnde soziale Unterstützung  |              |              | -            | -            | -            | -            |
| <b>Räumliche Desintegration</b>  |              |              |              |              |              |              |
| Probleme im Wohnumfeld   |              |              |              | -            | -            | -            |
| <b>Interpretations- und Einstellungsmuster (vermittelnde Faktoren)</b> |              |              |              |              |              |              |
| Lokalbezogene autoritäre Aggression                                    |              |              |              |              | -            | -            |
| Traditionalismus   |              |              |              |              | -            | -            |
| Konflikte im Wohnumfeld  |              |              |              |              | -.14*        | -            |
| Bedrohung durch Ausländer  |              |              |              |              | -            | -            |
| Orientierungsanomia  |              |              |              |              | -            | -            |
| Wie lange wohnen Sie schon in der Gegend in der Sie heute wohnen?      |              |              |              |              | .20*         | -            |
| Freunde und Bekannte wohnen im selben Wohnort                          |              |              |              |              | .13*         | -            |
| Meinungshomogenität Bezugsgruppe                                       |              |              |              |              | -            | -            |
| Der Rechtsextremismus wird in den Medien hoch gekocht.                 |              |              |              |              | -            | -            |
| Es ist gefährlich, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren.         |              |              |              |              |              | -            |
| In meinem Wohnort gibt es keinen Rechtsextremismus                     |              |              |              |              | -            | -            |
| NPD ist eine Partei wie jede andere auch                               |              |              |              |              | -            | -            |
| NPD bietet Lösungen für Probleme vor Ort.                              |              |              |              |              | .22**        | -            |
| Erfahrungen mit Rechtsextremen in ihrer Gegend                         |              |              |              |              | -            | -            |
| Positive Erfahrungen mit Rechtsextremen                                |              |              |              |              |              |              |
| <b>Erklärte Varianz</b>  | 20 %         | 20 %         | 20 %         | 19 %         | 59 %         | 44 %         |

*Anmerkungen:* Modelle GMF1-GMF5: n = 153; Modell GMF6: n = 56.

Nachdem die Ergebnisse der Regressionanalysen für die Innenstadt-West kurz erläutert wurden, werden nun die entsprechenden Analysen für Eving betrachtet (vgl. Tab. 20). Hier zeigt sich wie auch schon bei den beschreibenden Auswertungen zu Beginn ein anderes Bild. Im Modell GMF 1 sind es das Nettoeinkommen und das Bildungsniveau, die einen signifikanten Einfluss auf die Abwertung schwacher Gruppen haben. Je höher das Einkommen bzw. das Bildungsniveau, desto geringer ist das Ausmaß an Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Nimmt man im Modell GMF 2 zusätzlich die institutionelle Desintegrationsebene hinzu, zeigt sich, dass der Einfluss von Nettoeinkommen und Bildungsniveau nicht mehr signifikant ist, dafür aber die Einschätzung keine Einfluss auf lokalpolitischer Ebene hat. Je eher die Befragten in Eving der Ansicht sind, keinen politischen Einfluss vor Ort zu haben, desto größer ist das Ausmaß an Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Im Modell GMF 3 bleibt der Effekt der lokalpolitischen Einflusslosigkeit erhalten, zusätzlich zeigt sich, dass je stärker die Befragten eine mangelnde soziale Anerkennung äußern, desto höher ist tendenziell das Ausmaß an Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Die im Modell GMF4 zusätzlich hinzugenommenen Indikatoren haben keinen signifikanten Einfluss auf abwertende Einstellungen, die lokale politische Einflusslosigkeit sowie mangelnde soziale Anerkennung bleiben aber erklärungskräftig. Im Modell GMF 5 zeigen sich diese beiden Faktoren jedoch nicht mehr erklärungskräftig. Hier sind es folgende Einflussfaktoren, die erklärungskräftig sind:

- Je stärker lokalbezogene autoritäre Einstellungen geäußert werden, desto stärker ist die Abwertung schwacher Gruppen.
- Je größer die wahrgenommene Bedrohung durch Ausländer ist, desto stärker ist die Abwertung schwacher Gruppen.
- Je größer die individuelle Orientierungslosigkeit, desto stärker ist die Abwertung schwacher Gruppen.
- Je eher die NPD als eine Partei wie jede andere auch eingeschätzt wird, desto stärker ist die Abwertung schwacher Gruppen.

Das Modell GMF 6 konnte nicht berechnet werden, da die Fallzahl hierfür zu gering ist. Festzuhalten bleibt für Eving, dass zum einen die wahrgenommene Bedrohung durch Ausländer thematisiert werden muss und auch die Normalisierung der NPD genauer beobachtet sowie von Akteuren vor Ort bearbeitet werden muss.

**Tabelle 20: Erklärung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Eving (auf der Basis einer multiplen Regressionsanalyse)**

| <b>GMF</b>   | <b>GMF 1</b> | <b>GMF 2</b> | <b>GMF 3</b> | <b>GMF 4</b> | <b>GMF 5</b> | <b>GMF 6</b> |
|--|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Alter  | -            | -            | -            | -            | -            |              |
| Geschlecht   | -            | -            | -            | -            | -            |              |
| <b>Sozialstrukturelle Desintegration</b>                               |              |              |              |              |              |              |
| Bildungsniveau   | -.22*        | -            | -            | -            | -            |              |
| Nettoeinkommen   | -.21*        | -            | -            | -            | -            |              |
| Derzeit erwerbstätig   | -            | -            | -            | -            | -            |              |
| Mieter oder Eigentümer   | -            | -            | -            | -            | -            |              |
| <b>Institutionelle Desintegration</b>                                  |              |              |              |              |              |              |
| Politische Machtlosigkeit (national)                                   |              | -            | -            | -            | -            |              |
| Lokale Einflusslosigkeit   |              | .31**        | .27**        | .29**        | -            |              |
| Sinnlosigkeit lokalen Engagements                                      |              | -            | -            | -            | -            |              |
| <b>Sozio-emotionale Desintegration</b>                                 |              |              |              |              |              |              |
| Mangelnde soziale Anerkennung  |              |              | .16*         | .16*         | -            |              |
| <b>Räumliche Desintegration</b>  |              |              |              |              |              |              |
| Verbundenheit mit der Nachbarschaft                                    |              |              |              | -            | -            |              |
| <b>Interpretations- und Einstellungsmuster (vermittelnde Faktoren)</b> |              |              |              |              |              |              |
| Lokalbezogene autoritäre Aggression                                    |              |              |              |              | .27**        |              |
| Traditionalismus   |              |              |              |              | -            |              |
| Bedrohung durch Ausländer  |              |              |              |              | .29**        |              |
| Orientierungsanomia  |              |              |              |              | .19**        |              |
| Der Rechtsextremismus wird in den Medien hoch gekocht.                 |              |              |              |              | -            |              |
| Es ist gefährlich, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren.         |              |              |              |              | -            |              |
| In meinem Wohnort gibt es keinen Rechtsextremismus                     |              |              |              |              | -            |              |
| In meinem Wohnort haben die Leute nichts gegen Rechtsextreme           |              |              |              |              | -            |              |
| NPD ist Partei wie jede andere auch                                    |              |              |              |              | .19**        |              |
| NPD bietet Lösungen für Probleme vor Ort.                              |              |              |              |              | -            |              |
| Erfahrungen mit Rechtsextremen in ihrer Gegend                         |              |              |              |              | -            |              |
| Positive Erfahrungen mit Rechtsextremen                                |              |              |              |              |              |              |
| <b>Erklärte Varianz</b>  | 13 %         | 22 %         | 24 %         | 25 %         | 60 %         | <sup>a</sup> |

Anmerkungen: Modelle GMF1-GMF5: n = 143; <sup>a</sup> Modell GMF6 wird aufgrund der zu geringer Fallzahl von n < 50 nicht ausgewiesen.

Des Weiteren zeigt sich, dass die verschiedenen Desintegrationsdimensionen, mit Ausnahme der lokalbezogenen politischen Einflusslosigkeit in Eving in den Modellen GMF 2 bis GMF 4, keinen Einfluss mehr auf das Ausmaß Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit haben, wenn in die Regressionsgleichung zusätzliche vermittelnde Faktoren aufgenommen werden.

Das bedeutet nicht, dass Desintegrationserfahrungen und -wahrnehmungen für die Erklärung *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* keine Rolle spielen, sie haben nur wie vermutet keinen direkten Einfluss, sondern wirken zum Teil vermittelt.

Für die Interventions- und Präventionspraxis können sich daraus sinnvolle Anknüpfungspunkte ergeben. Denn wie bereits eingangs formuliert, ist es relativ schwer, an den ökonomischen und sozialstrukturellen Strukturen etwas zu ändern. Die aufgeführten Einstellungsmuster, die einen wesentlichen Erklärungsbeitrag für das Ausmaß Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit leisten, sind, zumindest potentiell, eher zu beeinflussen.

Insbesondere ist das wahrgenommene Bedrohungsgefühl durch Ausländer vor allem in Eving ein wichtiger Anknüpfungspunkt für die Präventionspraxis; ebenso gilt es der Tendenz entgegenzuwirken, dass die NPD als normale Partei wahrgenommen wird, denn alles was von der Mehrheitsgesellschaft in einem Sozialraum als normal angesehen wird, kann nicht mehr problematisiert werden.

#### **5.4 Zur Erklärung der Engagementbereitschaft gegen den Rechtsextremismus**

Will man dem Rechtsextremismus entgegentreten, dann werden bereitwillige Bürgerinnen und Bürger benötigt, die sich engagieren. Daher ist es bedeutsam zu erfahren, welche Faktoren die Bereitschaft, sich gegen den Rechtsextremismus zu engagieren, hemmen oder fördern.

Auch hier wird zunächst auf korrelativer Ebene geprüft, welche Zusammenhänge sich jeweils zwischen der Engagementbereitschaft und den Desintegrationsdimensionen zeigen. Wiederum hängt wahrgenommene oder erfahrene Desintegration nur sehr bedingt mit der Bereitschaft zusammen. Auf der institutionellen Desintegrationsdimension ist es erneut das Gefühl der politischen Einflusslosigkeit (kommunal und national), das negativ mit der Engagementbereitschaft zusammenhängt. Die Faktoren der sozio-emotionalen und räumlichen Desintegration schließlich weisen dagegen so gut wie keinen Zusammenhang auf. Das heißt die Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus verläuft eigentlich unabhängig von der eigenen Wohnsituation sowie der Zufriedenheit mit den eigenen Unterstützungssystemen im sozialen Nahraum.

Zunächst wird betrachtet, inwiefern die soziodemografischen Merkmale einen Einfluss auf die Bereitschaft haben, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Bezüglich der Variablen Alter zeigen sich in beiden Stadtbezirken signifikante Zusammenhänge mit der Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus (vgl. Tab. 21). Für die Faktoren zur Erfassung sozialstruktureller Desintegration ergeben sich je nach Stadtbezirk unterschiedliche statistisch bedeutsame Zusammenhangsmuster. Im Stadtbezirk Innenstadt-West geht ein niedriges Nettoeinkommen und die Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen und finanziellen Lage als schlecht mit einer geringeren Bereitschaft etwas gegen den Rechtsextremismus zu unternehmen einher. In Eving hingegen stehen vor allem die Angst vor dem sozialen Abstieg und die Wahrnehmung keinen gerechten Anteil im Vergleich zu anderen in Deutschland zu erhalten in einem statistisch signifikanten Zusammenhang mit der Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus. D.h. je stärker die erwerbstätigen Befragten Angst vor sozialem Abstieg haben bzw. das Gefühl haben nicht ihren gerechten Anteil zu erhalten, desto geringer ist die Bereitschaft, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Für beide Stadtbezirke gilt, dass mit höherem Bildungsniveau, mit höherem Nettoeinkommen oder wenn die Befragten erwerbstätig sind, die Bereitschaft sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren höher ist.

**Tabelle 21: Zusammenhänge zwischen sozialstruktureller Desintegration und der Ablehnung der Bereitschaft, sich gegen den Rechtsextremismus engagieren (auf der Basis von Korrelationen)**

|  | ERE <sup>a</sup><br>Innenstadt-West | ERE <sup>a</sup><br>Eving |
|--|-------------------------------------|---------------------------|
| Alter  | .24**                               | .19*                      |
| Geschlecht   | -                                   | -                         |
| <b>Objektive sozialstrukturelle Desintegration</b>   |                                     |                           |
| Bildungsniveau   | -.22**                              | -.16*                     |
| Nettoeinkommen   | -.16*                               | -.15*                     |
| Derzeit erwerbstätig   | -.19**                              | -.18**                    |
| Wohneigentum   | -                                   | -                         |
| <b>Subjektive sozialstrukturelle Desintegration</b>  |                                     |                           |
| Angst vor einem sozialen Abstieg seit HART IV  | -                                   | -                         |
| Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen und finanziellen Lage                                     | .23**                               | -                         |
| Im Vergleich wie andere in Deutschland leben, meinen Sie, den gerechten Anteil zu erhalten? (Nein) | -                                   | .27**                     |
| Abstiegsängste Erwerbstätige   | -                                   | .20*                      |
| Abstiegsängste Erwerbslose   | -                                   | -                         |

In der Dimension institutioneller Desintegration (vgl. Tab. 22) spielt im Bereich Innenstadt-West die Wahlintention keine bedeutsame Rolle im Zusammenhang mit der Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus. Die politische Machtlosigkeit hingegen behält auch hier ihren Einfluss, sie ist sogar auf die nationale Ebene auszuweiten. In Eving ist es die Intention nicht zur Bundestags- bzw. zur Kommunalwahl zu gehen, die sich negativ auf die Engagementbereitschaft auswirkt. Zum Teil stärker sind die Auswirkungen auf lokaler Ebene. Halten es die Bewohner Eving für sinnlos sich vor Ort zu engagieren, werden sie auch nicht bereit sein, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Gleiches gilt für Befragte, die annehmen, dass sie keinen politischen Einfluss vor Ort haben und bei solchen, die kein Interesse für eigene Belange bei den örtlichen Politikern wahrnehmen. Zusammenfassend bleibt hinsichtlich der institutionellen Desintegration festzuhalten: Je machtloser sich die Befragten aus den beiden Stadtbezirken fühlen, desto geringer ist die Bereitschaft, sich gegen rechts zu engagieren.

**Tabelle 22: Zusammenhänge zwischen institutioneller Desintegration und der Ablehnung einer Bereitschaft, sich gegen den Rechtsextremismus engagieren (auf der Basis von Korrelationen)**

|   | ERE <sup>a</sup><br>Innenstadt-West | ERE <sup>a</sup><br>Eving |
|---|-------------------------------------|---------------------------|
| <b>Institutionelle Desintegration</b>                               |                                     |                           |
| Intention, bei der nächsten Bundestagswahl zu wählen (nicht wählen) | -                                   | .16*                      |
| Intention, bei der nächsten Kommunalwahl zu wählen (nicht wählen)   | -                                   | .20**                     |
| Aktuelle Mitgliedschaft   | -                                   | -                         |
| Teilnahme an öffentlichen Veranstaltung                             | -                                   | -                         |

|  |       |       |
|--|-------|-------|
| Politische Machtlosigkeit (national)                 | .24** | -     |
| Keinen politischen Einfluss vor Ort (hoch)           | .27** | .26** |
| Sinnlosigkeit, sich vor Ort zu engagieren (hoch)     | .30** | .32** |
| Interesse der örtlichen Politiker für eigene Belange | -     | -     |

Anmerkung: <sup>a</sup> Ich bin bereit, etwas gegen Rechtsextremismus zu tun (Ablehnung); \*\*p < .01, \*p < .05

Sowohl für die Innenstadt-West als auch für Eving zeigen sich keine signifikanten Effekte der sozio-emotionalen Desintegration auf die Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus (vgl. Tab. 23).

**Tabelle 23: Zusammenhänge zwischen der sozio-emotionalen Desintegration und der Ablehnung einer Bereitschaft, sich gegen den Rechtsextremismus engagieren (auf der Basis von Korrelationen)**

|  | ERE <sup>a</sup><br>Innenstadt-West | ERE <sup>a</sup><br>Eving |
|--|-------------------------------------|---------------------------|
| <b>Sozio-emotionale Desintegration</b> |                                     |                           |
| Fester Lebenspartner                   | -                                   | -                         |
| Mangelnde Unterstützung.               | -                                   | -                         |
| Mangelnde Anerkennung                  | -                                   | -                         |

Die Wahrnehmung von Arbeitslosigkeit im Wohnumfeld hängt in der Innenstadt-West mit der Bereitschaft sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren schwach, aber statistisch signifikant, zusammen (vgl. Tab. 24). Für Eving zeigt sich nur ein statistisch signifikanter Zusammenhang und zwar zwischen der Verbundenheit mit dem Wohnumfeld und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Je geringer die Verbundenheit mit dem Wohnumfeld ist, desto höher ist die Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus.

**Tabelle 24: Zusammenhänge zwischen räumlicher Desintegration und der Ablehnung einer Bereitschaft, sich gegen den Rechtsextremismus engagieren (auf der Basis von Korrelationen)**

|  | ERE<br>Innenstadt-West | ERE<br>Eving |
|--|------------------------|--------------|
| <b>Räumliche Desintegration</b>  |                        |              |
| Verbundenheit mit der Nachbarschaft  | -                      | .15*         |
| Entwicklung des Wohnumfeldes   | -                      | -            |
| Probleme im Wohnumfeld (Index)   | -                      | -            |
| Abfall und Sperrmüll auf den Gehwegen  | -                      | -            |
| Betrunkene, Dealer etc.  | -                      | -            |
| Arbeitslosigkeit   | .19**                  | -            |
| Schlechter baulicher Zustand der Häuser  | -                      | -            |
| Mangelnde Unterstützung durch die lokale Politik   | -                      | -            |
| Personen, die andere „abziehen“  | -                      | -            |
| Welchen Ruf hat ihr Wohngebiet   | -                      | -            |
| Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gegend im Vergleich zur wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik. | -                      | -            |

Anmerkung: \*\*p < .01, \*p < .05

Im Hinblick auf die vermittelnden Faktoren zeigen sich diverse Gemeinsamkeiten, aber auch deutliche Unterschiede in Bezug auf den Zusammenhang mit der Ablehnung einer Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus zwischen Bewohnern der Innenstadt-West und von Eving (vgl. Tab. 25). Da davon auszugehen ist, dass insbesondere eine hohe Fremdenfeindlichkeit mit einer geringeren Bereitschaft sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren einhergeht haben wir dieses Syndromelement in den nachfolgenden Auswertungen zusätzlich zu den bisher verwendeten vermittelnden Faktoren berücksichtigt. Es zeigt sich, dass die eigene Fremdenfeindlichkeit in beiden Stadtbezirken den höchsten hemmenden Faktor für die Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus darstellt. D.h. je höher die eigene Fremdenfeindlichkeit der Befragten in beiden Stadtbezirken ausfällt, desto geringer ist die individuelle Bereitschaft sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Ebenfalls starke Korrelationen lassen sich in beiden Stadtbezirken für die Wahrnehmung der NPD als Partei wie jede andere auch, für Traditionalismus, politische Einflussnahme, Bedrohung durch Ausländer und der Meinung, der Rechtsextremismus wird in den Medien zu hoch gekocht, identifizieren. D.h. zum einen je eher die NPD als eine Partei wie jede andere wahrgenommen wird bzw. je eher die Befragten der Auffassung sind, der Rechtsextremismus werde in den Medien zu hoch gekocht, desto geringer ist die Bereitschaft, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Zum anderen bedeuten die Ergebnisse, dass je stärker traditionalistische Einstellungen geäußert werden, je unwichtiger es für die Befragten ist politisch Einfluss zu nehmen, je stärker sich die Befragten durch die Gruppe der Ausländer bedroht fühlen, desto geringer ist die Bereitschaft sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Etwas schwächer, aber dennoch signifikant ist der Einfluss von individueller Orientierungslosigkeit und lokalbezogener autoritärer Aggression. Tendenziell bedeutet das, dass je stärker ein lokalbezogene autoritäre Aggression eingefordert wird bzw. je größer die individuelle Orientierungslosigkeit ist, desto geringer ist die Bereitschaft, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren.

Ob die Erfahrungen mit der Rechtsextremen positiv waren, hat in Eving einen Einfluss auf die Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus. Je positiver die Erfahrungen waren, desto geringer ist die Bereitschaft sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren.

In Innenstadt-West gilt: Wenn Erfahrungen mit Rechtsextremisten vorliegen, ist die Bereitschaft sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren höher ausgeprägt. Steigt die Zustimmung zu der Aussage, dass die NPD Problemlösungen vor Ort biete bzw., dass es im Ort keinen Rechtsextremismus gebe sinkt die Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus in Eving. Ebenfalls eine geringere Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus äußern diejenigen, die den Aussagen zustimmen, dass es gefährlich sei, sich gegen den Rechtsextremismus zu engagieren, dass es eine gering ausgeprägte politische Anerkennungskultur gebe. Weiterhin zeigt, sich je länger die Befragten in der Gegend wohnen, desto geringer ist die Bereitschaft sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass der Zusammenhang mit der Wohndauer vermutlich auf das Alter zurückgeführt werden kann. Ältere sind weniger bereit sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren, haben aber im Durchschnitt auch eine größere Chance eine längere Zeit in dem jeweiligen Stadtbezirk zu wohnen.

**Tabelle 25: Zusammenhänge zwischen vermittelnden Faktoren und der Ablehnung einer Bereitschaft, sich gegen den Rechtsextremismus engagieren (auf der Basis von Korrelationen)**

|  | ERE <sup>a</sup><br>Innenstadt-West | ERE <sup>a</sup><br>Eving |
|--|-------------------------------------|---------------------------|
| <b>Vermittelnde Faktoren</b>   |                                     |                           |
| Fremdenfeindlichkeit   | .34**                               | .32**                     |
| Politische Anerkennungskultur  | .19**                               | -                         |
| Relevanz politische Einflussnahme                                      | .29**                               | .22**                     |
| Lokale autoritäre Aggression   | .26**                               | .22*                      |
| Lokale Verbundenheit (Lokalismus)                                      | -                                   | -                         |
| Traditionalismus   | .24**                               | .25**                     |
| Konflikte im Wohnumfeld (Index)  | -                                   | -                         |
| Konfliktwahrnehmungen zwischen Alt und Jung                            | -                                   | -                         |
| Konfliktwahrnehmungen zwischen Neuhinzugekommenen und Alteingesessenen | -                                   | -                         |
| Konfliktwahrnehmungen zwischen Ausländern und Deutschen                | -                                   | -                         |
| Bedrohung durch Ausländer  | .26**                               | .23**                     |
| Orientierungsanomie  | .14*                                | .26**                     |
| Zeit im Wohnumfeld   | -                                   | -                         |
| Wie lange Leben sie schon in der Gegend                                | .14*                                | .13*                      |
| Mir ist es nicht egal was hier im Ort geschieht                        | -                                   | .19*                      |
| Freunde und Bekannte wohnen nicht in demselben Wohnort                 | -                                   | -                         |
| Meinungshomogenität Bezugsgruppe                                       | -                                   | -                         |
| Der Rechtsextremismus wird in den Medien hoch gekocht.                 | .23**                               | .26**                     |
| Es ist gefährlich sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren           | .22**                               | -                         |
| In meinem Wohnort gibt es keinen Rechtsextremismus                     | -                                   | .18*                      |

|   |        |       |
|---|--------|-------|
| In meinem Wohnort haben die Leute nichts gegen Rechtsextremismus                          | -      | -     |
| Polizei unternimmt zu wenig gegen rechtsextreme Aktivitäten                               | -      | -     |
| Rechtsextreme Aktivitäten werden von einflussreichen Personen stark abgelehnt (Ablehnung) | -      | -     |
| NPD Partei wie jede andere auch (Zustimmung)  | .20**  | .32** |
| NPD bietet Lösungen für Probleme vor Ort (Zustimmung)                                     | -      | .18*  |
| Erfahrungen mit Rechtsextremisten   | -.19** | -.14* |
| Positive Erfahrungen mit Rechtsextremisten  | -      | .50*  |

Anmerkung: \*\*p < .01, \*p < .05

Entsprechend der empirischen Befunde auf korrelativer Ebene (Zusammenhänge) wird im Folgenden überprüft, welche der Faktoren, bei denen sich ein Zusammenhang mit der Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus zeigte, auch unter Kontrolle der jeweils anderen Faktoren immer noch einen signifikanten Einfluss ausüben, also erklärungskräftig sind (vgl. Tab. 25 und 26). Genau wie bei der Erklärung von *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* wird durch gleichzeitiges Berücksichtigen der Erklärungsfaktoren in den statistischen Analysen deutlich, welche Faktoren auch dann erklärungskräftig sind, wenn alle Faktoren gleichzeitig berücksichtigt werden.

In der Innenstadt-West sind es im Modell ERE 1 das Alter sowie die Beurteilung der eigenen finanziellen Situation, die einen signifikanten Einfluss auf die Engagementbereitschaft haben. Im Modell ERE 2 ist zwar das Alter noch signifikant, aber die Indikatoren der sozialstrukturellen Desintegration haben keinen Einfluss mehr auf die Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus. Dahingegen zeigt, dass diejenigen, die es für sinnlos halten sich vor Ort zu engagieren auch nicht bereit sind sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Das Modell ERE 3 wurde nicht berechnet, da es in Tabelle 22 keinen signifikanten Zusammenhang zwischen der sozio-emotionalen Desintegration und der Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus gibt. Das Modell ERE 4 zeigt erneut, signifikante Effekte des Alters und der Einschätzung, dass es sinnlos sei sich vor Ort zu engagieren. Die räumliche Desintegration hat keinen Effekt auf die Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus. Im Modell ERE 5 für die Innenstadt-West ist es vor allem die Einschätzung, dass es wichtig sei politisch Einfluss zu nehmen, die einen signifikanten Effekt auf die Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus hat. D.h. je eher die Befragten in der Innenstadt-West der Auffassung sind, dass es wichtig sei politisch Einfluss zu nehmen, desto eher sind sie auch bereit sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Im Modell ERE 6 werden nur diejenigen in den Berechnungen berücksichtigt, die bereits über Erfahrungen mit Rechtsextremisten verfügen: Hier zeigt sich, dass je schlechter die eigene finanzielle Situation eingeschätzt wird, desto geringer ist die Engagementbereitschaft sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Auch hier zeigt sich erneut, dass sich vor allem diejenigen eher gegen Rechtsextremismus engagieren, denen es wichtig ist vor Ort politisch Einfluss auszuüben. Ob die Erfahrungen mit den Rechtsextremen positiv oder negativ waren, spielt dabei keine Rolle.

**Tabelle 26: Zur Erklärung der Ablehnung von Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus - Innenstadt-West (auf Basis einer multiplen Regressionsanalyse)**

| ERE   | ERE 1 | ERE 2 | ERE 3 | ERE 4 | ERE 5 | ERE 6 |
|---|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Alter   | .22*  | .22*  | --    | .22*  | -     | -     |
| Geschlecht  | -     | -     | --    | -     | -     | -     |
| <b>Sozialstrukturelle Desintegration</b>  |       |       |       |       |       |       |
| Bildungsniveau  | -     | -     | --    | -     | -     | -     |
| Abstiegsängste Erwerbstätige  | -     | -     | --    | -     | -     | -     |
| Beurteilung eigene finanzielle Situation  | .20*  | -     | --    | -     | -     | .37*  |
| <b>Institutionelle Desintegration</b>   |       |       |       |       |       |       |
| Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen   |       | -     | --    | -     | -     | -     |
| Politische Machtlosigkeit (national)  |       | -     | --    | -     | -     | -     |
| Lokale Einflusslosigkeit  |       | -     | --    | -     | -     | -     |
| Sinnlosigkeit lokalen Engagements   |       | .24** | --    | .25** | -     | -     |
| <b>Sozio-emotionale Desintegration - nicht berücksichtigt -</b>                             |       |       |       |       |       |       |
| <b>Räumliche Desintegration</b>   |       |       |       |       |       |       |
| Probleme im Wohnumfeld  |       |       | --    | -     | -     | -     |
| <b>Interpretations- und Einstellungsmuster (vermittelnde Faktoren)</b>                      |       |       |       |       |       |       |
| Fremdenfeindlichkeit  |       |       | --    |       | -     | -     |
| Relevanz politischer Einflussnahme  |       |       | --    |       | .26** | .41** |
| Bedrohung durch Ausländer   |       |       | --    |       | -     | -     |
| Orientierungsanomia   |       |       | --    |       | -     | -     |
| Der Rechtsextremismus wird in den Medien hoch gekocht.                                      |       |       | --    |       | -     | -     |
| In meiner Gemeinde werden rechtsextreme Aktivitäten von einflussreichen Personen abgelehnt. |       |       | --    |       | -     | -     |
| NPD ist Partei wie jede andere auch   |       |       | --    |       | -     | -     |
| NPD bietet Lösungen für Probleme vor Ort.   |       |       | --    |       | -     | -     |
| <b>Erklärte Varianz</b>   | 7 %   | 13 %  | --    | 12 %  | 20 %  | 41 %  |

Anmerkungen: Modelle ERE1-ERE5: n = 155; Modell GMF6: n = 66.

Nachdem nun die empirischen Befunde zur Innenstadt-West dargestellt wurden, werden im Folgenden die Regressionsanalysen für den Stadtbezirk Eving vorgestellt. Im Modell ERE 1 ist lediglich die Einschätzung im Vergleich mit anderen in Deutschland weniger als den gerechten Anteil zu erhalten erklärungskräftig für die Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus. Je eher die Leute der Auffassung sind, weniger als ihren gerechten Anteil zu erhalten, desto weniger sind sie bereit sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Im Modell ERE 2 ist darüber hinaus die Einschätzung, dass es sinnlos sei sich vor Ort zu engagieren erklärungskräftig; d.h. je eher die Befragten in Eving ein Engagement vor Ort für sinnlos erachten, desto weniger sind sie auch bereit sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Da die sozio-emotionale Desintegration in Tabelle 22 in keinem signifikanten Zusammenhang mit der Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus steht, wurde das Modell ERE 3 nicht berechnet. Im Modell ERE 4 sind erneut dieselben Einflussfaktoren erklärungskräftig, die auch im Modell ERE 2 erklärungskräftig waren. Die räumliche Desintegration besitzt darüber hinaus keine zusätzliche Erklärungskraft. Im Modell ERE 5 ist keiner der Einflussfaktoren signifikant, d.h. alle eingegangenen Variablen erklären einen gewissen geringen Anteil der Engagementbereitschaft, aber keiner allein verfügt über

einen so starken Effekt, dass dieser statistisch signifikant wäre. Das Modelle ERE 6 wurde nicht berechnet, da die Fallzahl hierfür zu gering ist.

Festzuhalten bleibt, dass in Eving das Gefühl weniger als den gerechten Anteil im Vergleich mit anderen zu erhalten und die Einschätzung ein lokales Engagement sei sinnlos die Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus reduziert.

**Tabelle 27: Zur Erklärung der Ablehnung von Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus - Eving (auf Basis einer multiplen Regressionsanalyse)**

| ERE   | ERE 1 | ERE 2 | ERE 3 | ERE 4 | ERE 5 | ERE 6 |
|---|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Alter   | -     | -     |       | -     | -     |       |
| Geschlecht  | -     | -     |       | -     | -     |       |
| <b>Sozialstrukturelle Desintegration</b>  |       |       |       |       |       |       |
| Bildungsniveau  | -     | -     |       | -     | -     |       |
| Nettoeinkommen  | -     | -     |       | -     | -     |       |
| Derzeit erwerbstätig?   | -     | -     |       | -     | -     |       |
| Wie viel erhalten Sie persönlich im Vergleich wie andere in Deutschland leben               | .25*  | .20*  |       | .19*  | -     |       |
| <b>Institutionelle Desintegration</b>   |       |       |       |       |       |       |
| Teilnahme Bundestagswahl  |       | -     |       |       | -     |       |
| Teilnahme Kommunalwahl  |       | -     |       |       | -     |       |
| Politische Machtlosigkeit (national)  |       | -     |       |       | -     |       |
| Lokale Einflusslosigkeit  |       | -     |       |       | -     |       |
| Sinnlosigkeit lokalen Engagements   |       | .24** |       | .23*  | -     |       |
| <b>Sozio-emotionale Desintegration - nicht berücksichtigt -</b>                             |       |       |       |       |       |       |
| <b>Räumliche Desintegration</b>   |       |       |       |       |       |       |
| Verbundenheit mit der Nachbarschaft   |       |       |       | -     | -     | -     |
| <b>Interpretations- und Einstellungsmuster (vermittelnde Faktoren)</b>                      |       |       |       |       |       |       |
| Fremdenfeindlichkeit  |       |       |       |       | -     |       |
| Relevanz politischer Einflussnahme  |       |       |       |       | -     |       |
| Bedrohung durch Ausländer   |       |       |       |       | -     |       |
| Orientierungsanomia   |       |       |       |       | -     |       |
| Der Rechtsextremismus wird in den Medien hoch gekocht.                                      |       |       |       |       | -     |       |
| In meiner Gemeinde werden rechtsextreme Aktivitäten von einflussreichen Personen abgelehnt. |       |       |       |       | -     |       |
| NPD ist Partei wie jede andere auch   |       |       |       |       | -     |       |
| NPD bietet Lösungen für Probleme vor Ort.   |       |       |       |       | -     |       |
| <b>Erklärte Varianz</b>   | 5 %   | 15 %  | --    | 15 %  | 24 %  | --    |

Anmerkungen: Modelle ERE1-ERE5: n = 120; Modell GMF6: n < 50.

## 6 Lokale Besonderheiten – was tun?

Wir haben im Rahmen des Projektes eine Reihe weiterer Fragen gestellt, die für die verschiedenen involvierten Akteure von Relevanz sind, denn sie erlauben einen näheren Einblick in die Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort. Dies gilt nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Erarbeitung von lokalspezifischen Interventionsstrategien. Zu diesen Fragen zählt vor allem die so genannte „Bürgermeisterfrage“: „*Stellen Sie sich einmal vor, Sie wären Bürgermeister/in. Was würden Sie als erstes tun?*“ Diese Frage wurde ohne Antwortvorgaben gestellt, um der möglichen Bandbreite wichtiger Themen ausreichend Raum zu geben. Auch hier werden wir die Ergebnisse getrennt für die beiden Stadtbezirke vorstellen, da sich durchaus Unterschiede zeigen. Die meisten der Befragten in Innenstadt-West (16,9%) gaben an, sie würden Maßnahmen zur Verbesserung der lokalen Infrastruktur ergreifen wollen, d.h. konkret Sanierungen, um die Lebensqualität zu verbessern. Dies ist aus Sicht der Befragten aus Innenstadt-West das dringlichste Anliegen. Ein ebenfalls vergleichsweise hoher Prozentsatz der Antworten auf die Bürgermeisterfrage dreht sich um den Erhalt, die Förderung sowie den Ausbau von Kindergärten (11,7%). Weitere 9,2% würden sich um die Verbesserung der Jugendarbeit kümmern.

Immerhin 6,9% der Befragten und damit an vierter Stelle aller Nennungen aus Innenstadt-West würden als erstes etwas gegen den Rechtsextremismus tun, wenn sie als Bürgermeister die Gelegenheit dazu bekämen – was einen Hinweis auf deskriptiver Ebene liefert, dass aus Sicht der Befragten der Rechtsextremismus angegangen werden sollte. Ein Problembewusstsein ist in Innenstadt-West im Hinblick auf das Phänomen des Rechtsextremismus also durchaus auch in der Bevölkerung vorhanden. Die sieben häufigsten Nennungen aus Innenstadt-West sind in Tabelle 27 dargestellt.

**Tabelle 28: „Stellen Sie sich einmal vor, Sie wären BürgermeisterIn! Was würden Sie dann als Erstes tun?“(Innenstadt-West)**

| Bereich   | Anzahl der Nennungen (in %) (N=162) |
|---|-------------------------------------|
| Verbesserung der lokalen Infrastruktur (Lebensbedingungen verbessern, Sanierungen, Grünanlagen, Einkaufsmöglichkeiten)        | 16,9                                |
| Erhalt, Förderung und Ausbau von Kindergärten, Schulen und Ämtern (Kostenloses Essen für Schüler, Bezahlung von Kita-Plätzen) | 11,7                                |
| Verbesserung der Jugendarbeit (bessere Perspektiven für Jugendliche schaffen, Jugendzentren)                                  | 9,2                                 |
| Gegen Rechtsextremismus   | 6,9                                 |
| Verbesserung wirtschaftlicher Infrastruktur; Schaffung von Arbeitsplätzen (Arbeitslosigkeit verringern)                       | 6,8                                 |
| Verbesserung der Arbeit mit Kindern (z.B. Spielplätze, Freizeiteinrichtungen)   | 6,6                                 |
| Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur (Parkplätze, Fahrradwege, Straßensanierung, Stadtbusse)                                | 6,6                                 |

In Eving zeigt sich ein etwas anderes Bild. Hier wird am häufigsten der Erhalt, die Förderung sowie der Ausbau von Kindergärten (14,8%) als wichtigster Punkt genannt, den die Befragten als Bürgermeister angehen würden. Gleich häufig genannt (mit jeweils 11,7%) werden die Verbesse-

rung der Arbeit mit Kindern und der Bereich Soziales. Um die Verbesserung der lokalen Infrastruktur würden sich 9,6% der Evinger als Erstes kümmern. An fünfter Stelle (8,0%) wird in Eving genannt Maßnahmen gegen Rechtsextremismus zu ergreifen. Auch in Eving ist durchaus bei einem Teil der Befragten ein Problembewusstsein im Hinblick auf das Phänomen des Rechtsextremismus vorhanden. Die sieben häufigsten Nennungen aus Eving sind in Tabelle 28 dargestellt

**Tabelle 29: „Stellen Sie sich einmal vor, Sie wären BürgermeisterIn! Was würden Sie dann als Erstes tun?“(Eving)**

| Bereich  | Anzahl der Nennungen (in %) (N=141) |
|--|-------------------------------------|
| Erhalt, Förderung und Ausbau von Kindergärten, Schulen und Ämtern (Kostenloses Essen für Schüler, Bezahlung von Kita-Plätzen)  | 14,8                                |
| Verbesserung der Arbeit mit Kindern (z.B. Spielplätze, Freizeiteinrichtungen)  | 11,7                                |
| Soziales (Senioren, Menschen mit Behinderung, Arme, Sozialleistungen erhöhen, Allein-erziehende, soziales Umfeld unterstützen) | 11,7                                |
| Verbesserung der lokalen Infrastruktur (Lebensbedingungen verbessern, Sanierungen, Grünanlagen, Einkaufsmöglichkeiten)         | 9,6                                 |
| Gegen Rechtsextremismus  | 8,0                                 |
| Verbesserung wirtschaftlicher Infrastruktur; Schaffung von Arbeitsplätzen (Arbeitslosigkeit verringern)                        | 7,2                                 |
| Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur (Parkplätze, Fahrradwege, Straßensanierung, Stadtbusse)                                 | 6,1                                 |

## 7 Fazit

Nachdem nun ausführlich die Ergebnisse der quantitativen Analysen dargestellt wurden, sollen in diesem Kapitel nochmals die zentralen Befunde zusammengefasst und wichtige Handlungsfelder festgehalten werden.

- Im Hinblick auf die *sozialstrukturelle Desintegration* zeigt sich deutlich, dass die Befragten in Eving deutlich stärker desintegriert sind als die Befragten in der Innenstadt-West.
- Bei der *institutionellen Desintegration* zeigt sich, dass die Befragten in Eving im Hinblick auf die politische Partizipation erneut deutlich stärker desintegriert sind, als die Befragten der Innenstadt-West. In beiden Stadtbezirken sind die Befragten der Auffassung, dass sich die lokalen Politiker nicht für die eigenen Belange interessieren. In Eving ist der Anteil der Befragten, die dieser Aussage zustimmen erneut deutlich höher als in der Innenstadt-West. Betrachtet man jedoch die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen von Vereinen, etc. zeigt sich ein anderes Bild. Hier sind in Eving deutlich weniger, die angeben, noch nie einer solchen Veranstaltung vor Ort teilgenommen zu haben.
- Im Hinblick auf die *sozio-emotionale Desintegration* zeigen sich kaum Unterschiede zwischen den beiden Stadtbezirken. Lediglich bei der Anerkennung zeigt sich, dass sich – allerdings auf niedrigem Niveau – die Befragten in Eving weniger anerkannt fühlen.
- Im Hinblick auf die *räumliche Desintegration* äußern vor allem die Befragten aus Eving, dass die wirtschaftliche Lage ihrer Gegend im Vergleich zu anderen Gegenden in Deutsch-

land schlechter sei; dies trifft nur auf halb so viele der Befragten aus der Innenstadt-West zu.

Als große Probleme werden von den Dortmundern aus den beiden untersuchten Stadtbezirken aktuell vor allem die gegenwärtige Arbeitslosigkeit und die mangelnde Unterstützung durch die lokale Politik benannt. Da sich aufgrund der Unterschiede zwischen den beiden Stadtbezirken unterschiedliche Handlungsfelder ergeben werden die beiden Stadtbezirke im Folgenden getrennt von einander betrachtet:

In der Innenstadt-West geben nur etwa 15% der Befragten an in einem Ort mit einem (eher) schlechten Ruf zu wohnen. Eine Verschlechterung der Situation in ihrer Wohngegend sehen die Befragten vor allem im Hinblick auf die berufliche Situation der Jugendlichen. Das Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* ist in der Innenstadt-West umso größer,

- je räumlich homogener der Freundeskreis ist (wenn dieser sich vor allem aus Personen aus dem selben Wohnumfeld zusammensetzt);
- und je stärker die Auffassung vertreten wird, dass die NPD Lösungen für die Probleme vor Ort anbiete.

Die Bereitschaft sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren fällt in der Innenstadt-West umso größer aus, je wichtiger den Befragten aus Innenstadt-West eine politische Einflussnahme vor Ort ist.

Überraschenderweise spielt die eigene Fremdenfeindlichkeit keine Rolle dabei, ob die Befragten bereit sind, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. D.h. die Bereitschaft sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren wird nicht dadurch beeinflusst, ob die Befragten selbst fremdenfeindliche Einstellungen aufweisen. Im Hinblick auf das allgemeine Engagementpotential zeigt sich, dass es in Innenstadt-West 57,4 % der noch nicht Engagierten sind, die generell bereit wären, sich für eine bestimmte Sache zu engagieren. Dieses Potential wird bisher zu wenig ausgeschöpft.

In Eving sind 45,4% der Bewohner der Ansicht in einem Ort mit einem (eher) schlechten Ruf zu leben. Besonders berufliche Situation der Jugendlichen wird in Eving noch stärker als Problem wahrgenommen als in der Innenstadt-West. Das Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* ist in Eving umso größer,

- je stärker eine Bedrohung durch Ausländer wahrgenommen wird;
- je stärker mehr Härte gegen Unruhestifter und höhere Strafen bei Verbrechen eingefordert werden;
- je größer die individuelle Orientierungslosigkeit ist;
- je eher die NPD als eine Partei wie jede andere auch wahrgenommen wird.

Hier gilt es die Bedrohungspotenziale vor Ort ernst zu nehmen und Konflikte zu thematisieren. Festzuhalten bleibt für Eving, dass zum einen die wahrgenommene Bedrohung durch Ausländer thematisiert werden muss und auch die Wahrnehmung der NPD als normale Partei genauer beobachtet sowie von Akteuren vor Ort bearbeitet werden muss.

Im Hinblick auf die Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus zeigen sich weniger eindeutige Einflussfaktoren: am ehesten sind hier ein als sinnlos erachtetes lokales Engagement und die Ansicht im Vergleich mit anderen in Deutschland nicht den gerechten Anteil zu erhalten, die ein Engagement gegen Rechtsextremismus hemmen. Die individuelle Fremdenfeindlichkeit hat keinen Einfluss auf die Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus. D.h. die Bereitschaft sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren wird nicht dadurch beeinflusst, ob die Befragten selbst fremdenfeindliche Einstellungen aufweisen. Ganz allgemein sind in Eving 42,7 % der aktuell Nicht-Engagierten bereit sich zukünftig für eine bestimmte Sache zu engagieren. In Eving ist weiterhin bemerkenswert, dass etwa 28,4% der Befragten nicht der Ansicht sind, dass „rechtsextremistische Aktivitäten von einflussreichen Personen stark abgelehnt werden“. Hier gilt es lokale Eliten für Stellungnahmen und öffentliche Bekenntnisse zu gewinnen.

Generell lässt sich für beide Stadtbezirke festhalten, je machtloser sich die Befragten fühlen, desto geringer ist die Bereitschaft sich gegen rechts zu engagieren. Diese politische Machtlosigkeit gilt es zu thematisieren und zu überwinden. Hier sind gezielte Partizipationsangebote in beiden Stadtbezirken erforderlich.

## 8 Literaturverzeichnis

- Albrecht, Günter, 2002: Soziologische Erklärungsansätze individueller Gewalt und ihre empirische Bewährung. In: Heitmeyer, Wilhelm und John Hagan (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Opladen: Westdeutscher Verlag. 763-818.
- Altemeyer, Robert, 1988: Enemies of freedom: Understanding right-wing authoritarianism, San Francisco: Jossey-Bass.
- Anhut, Reimund und Wilhelm Heitmeyer, 2000: Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption. In: Reimund Anhut und Wilhelm Heitmeyer, (Hrsg.): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim und München: Juventa Verlag. 17-75.
- Anhut, Reimund, 2002: Die Konflikttheorie der Desintegrationstheorie. In: Bonacker, Thomas (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Opladen: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. 381-407.
- Anhut, Reimund und Wilhelm Heitmeyer, 2005: Desintegration, Anerkennungsbilanzen und die Rolle sozialer Vergleichsprozesse für unterschiedliche Verarbeitungsmuster von Prekariät. In: Heitmeyer, Wilhelm und Peter Imbusch (Hrsg.): Integrationspotenziale moderner Gesellschaften. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 75-100.
- Barnes, Samuel H.; Kaase, Max et al., 1979: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills/C.A: Sage Publications.
- Bell, Wendell 1957. Anomie, Social Isolation, and Class Structure. Sociometry, 20, 2. 105-116.
- Boers, Klaus, 1991: Kriminalitätsfurcht. Über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems. Pfaffenweiler: Centaurus.
- Burzan, Nicole 2005: Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Caplan, Nathan, 1979: The Two Communities Theory and Knowledge Use, American Behavioral Scientist, 22. 450–70.
- Deutscher Bundestag, 2002: Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Bundestags-Drucksache 14/8900.

- Ditton, Hartmut, 1998: Mehrebenenanalyse. Grundlagen und Anwendungen des Hierarchischen Linearen Modells. Weinheim.
- Eisner, Manuel, 2001: Individuelle Gewalt und Modernisierung in Europa, 1200-2000. In: Albrecht, Günter, Backes, Otto und Wolfgang Kühnel (Hrsg.): Gewaltkriminalität zwischen Mythos und Realität. Frankfurt a. M.: Suhrkamp. 71-97.
- Elias, Norbert und John L. Scotson, 1965: The established and the outsiders. London: Cass.
- Esser, Hartmut, 1988: Sozialökologische Stadtforschung und Mehrebenenanalyse. In: J. Friedrichs (Hrsg.): Soziologische Stadtforschung. Sonderheft 29 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen. 35-55.
- Friedrichs, Jürgen und Jörg Blasius, 2000: Leben in benachteiligten Wohngebieten. Opladen: Leske + Budrich.
- Heitmeyer, Wilhelm, Heike Buhse, Joachim Liebe-Freund, Kurt Möller, Joachim Müller, Helmut Ritz, Gertrud, Siller und Johannes Vossen, 1993: Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Weinheim und München: Juventa.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), 2002: Deutsche Zustände, Folge 1. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), 2003: Deutsche Zustände, Folge 2. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), 2005: Deutsche Zustände, Folge 3. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), 2006: Deutsche Zustände, Folge 4. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), 2007: Deutsche Zustände, Folge 5. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), 2008: Deutsche Zustände, Folge 6. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm und Helmut Thome, 2008: Öffentliche Gewalt im Stadtquartier. Eine Studie über die Lebensverhältnisse in ethnisch unterschiedlich strukturierten Stadtquartieren. Unveröffentlichter Forschungsbericht. Bielefeld/Halle (Saale).
- Heitmeyer, Wilhelm und Aribert Heyder, 2003: Autoritäre Haltungen. Rabiate Forderungen in unsicheren Zeiten. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 2, Frankfurt a. M. 2003, 59-82.
- Iser, Julia, 2006: Vorurteile. Zur Rolle von Persönlichkeit, Werten, generellen Einstellungen und Bedrohung. Die Theorie grundlegender menschlicher Werte, Autoritarismus und die Theorie der Sozialen Dominanzorientierung als Erklärungsansätze für Vorurteile: Ein integrativer Theorienvergleich. Justus-Liebig-Universität Gießen: Dissertation.
- Jugendamt der Stadt Dortmund (2009): Alle Tageseinrichtungen für Kinder. Dortmund: Stadt Dortmund. Online unter: [http://www.jugendamt.dortmund.de/jugendamt/project/home/templa-te5.jsp?acode=grossprojekte.jugendamt.tageseinrichtungen.eving&aid=0&alimit=15&ascroll=on&atitle="+Kindertageseinrichtungen+in+Eving&smi=4.6.4](http://www.jugendamt.dortmund.de/jugendamt/project/home/templa-te5.jsp?acode=grossprojekte.jugendamt.tageseinrichtungen.eving&aid=0&alimit=15&ascroll=on&atitle=) (Stand: 30.11.2009)
- Kaletta, Barbara, 2008: Anerkennung oder Abwertung. Über die Verarbeitung sozialer Desintegration. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Keller, Carsten, 1999: Armut in der Stadt. Zur Segregation benachteiligter Gruppen in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Legge, Sandra und Jürgen Mansel, (im Druck): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung. In: Albrecht, Günter und Axel Groenemeyer (Hrsg.): Handbuch Soziale Probleme. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Legge, Sandra, Reinecke, Jost und Anna Klein, 2009: Das Kreuz des Wählers. Die Auswirkungen von politischer Entfremdung und Fremdenfeindlichkeit auf das Wahlverhalten in abgehängten Regionen. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 7. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 53-72.
- Lüdemann, Christian, 2005: Zur Perzeption von ‚Public Bads‘ in Form von ‚physical und social Incivilities‘ im städtischen Raum. In: Soziale Probleme 16 Bd.1. 74-102.
- Lüdemann, Christian, 2005a: Benachteiligte Wohngebiete, lokales Sozialkapital und „Disorder“. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 88, Bd.4. 240-256.
- Mansel, Jürgen, 2004: Wiederkehr autoritärer Aggression. Soziale Desintegration und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: 8. Beiheft des Kriminologischen Journals. 105-137.
- Münch, Richard, 1984: Die Struktur der Moderne. Grundmuster und differentielle Gestaltung des institutionellen Aufbaus moderner Gesellschaften. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Münch, Richard, 1998: Globale Dynamik, lokale Lebenswelten. Der schwierige Weg in die Weltgesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Neidhardt, Friedhelm, 1979: Praxisverhältnisse und Anwendungsprobleme der Soziologie. Eine integrationstheoretische Analyse. In: Günther Lüschen (Hrsg.): Deutsche Soziologie seit 1945. Entwicklungsrichtungen und Praxisbezug. Opladen: Westdeutscher Verlag. 324–342.
- Oberwittler, Dietrich 2003: Das stadtviertel- und gemeindebezogene Stichprobendesign. Anlage und empirische Ergebnisse (working paper / No. 9). Freiburg im Breisgau: Max-Planck-Institut.
- Parry, Geraint, Moyser, George und Neil Day, 1992: Political participation and democracy in Britain. Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Putnam, Robert D., 2000: Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York: Simon & Schuster.
- Rogers, Everett M., 1983: Diffusion of Innovations. New York/London: The Free Press.
- Schwenk, Otto G., 1999: Soziale Lagen in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske+Budrich.
- Shaw, Clifford R. und Henry D. McKay, 1969: Juvenile Delinquency and Urban Areas. Chicago: The University of Chicago Press.
- Stadt Dortmund (Hrsg.), 2008a: Dortmunderstatistik, Nr.184, Jahresbericht 2008, Bevölkerung.
- Stadt Dortmund (2007), Dezernat für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Bericht zur sozialen Lage in Dortmund. Dortmund: Stadt Dortmund, Sozialdezernat.
- Stadt Dortmund (2008), Die Stadt aus Bürgersicht. Bürgerumfrage „Leben im Stadtteil“ Ergebnisbericht Teil A. Dortmund: Stadt Dortmund, Fachbereich Statistik. Online unter: [http://statistikundwahlen.dortmund.de/upload/binarydata\\_do4ud4cms/71/08/18/00/00/00/180871/Teil\\_A\\_-\\_Stadt\\_aus\\_Buergersicht.pdf](http://statistikundwahlen.dortmund.de/upload/binarydata_do4ud4cms/71/08/18/00/00/00/180871/Teil_A_-_Stadt_aus_Buergersicht.pdf) (Stand: 31.10.2009).
- Stadt Dortmund (2008a), Dortmundstatistik Jahresbericht 2008. Wirtschaft. Dortmund: Stadt Dortmund, Fachbereich Statistik. Online unter: [http://statistikundwahlen.dortmund.de/upload/binarydata\\_do4ud4cms/14/06/18/00/00/00/180614/Nummer\\_186.pdf](http://statistikundwahlen.dortmund.de/upload/binarydata_do4ud4cms/14/06/18/00/00/00/180614/Nummer_186.pdf) (Stand 30.10.2009).
- Stadt Dortmund (2009), Dortmundstatistik Jahresbericht 2009. Bevölkerung. Dortmund: Stadt Dortmund, Fachbereich Statistik. Online unter: [http://statistikundwahlen.dortmund.de/upload/binarydata\\_do4ud4cms/04/95/18/00/00/00/1809504/Internetversion\\_-\\_Nummer\\_187.pdf](http://statistikundwahlen.dortmund.de/upload/binarydata_do4ud4cms/04/95/18/00/00/00/1809504/Internetversion_-_Nummer_187.pdf) (Stand 30.10.2009).
- Stadt Dortmund (2009a), Stadtbezirksportal Innenstadt-West. Bezirksvertretung Dortmund Innenstadt-West. Dortmund: Stadt Dortmund. Online unter: [http://innenstadtwest.dortmund.de/project/assets/template5.jsp?acode=stadtbezirke.innenstadtwest.bezirksvertretung.&aid=0&aorder=address.phonefax\\_country,surname&atitle=Bezirksvertretungsmitglieder&smi=3.0&tid=75958](http://innenstadtwest.dortmund.de/project/assets/template5.jsp?acode=stadtbezirke.innenstadtwest.bezirksvertretung.&aid=0&aorder=address.phonefax_country,surname&atitle=Bezirksvertretungsmitglieder&smi=3.0&tid=75958) (Stand: 30.10.1009).
- Stadt Dortmund (2009b), Stadtbezirksportal Dortmund-Eving. Der Stadtbezirk Eving. Dortmund: Stadt Dortmund. Online unter: <http://eving.dortmund.de/project/assets/template1.jsp?smi=2.0&tid=13488> (Stand 30.10.2009).
- Stadt Dortmund (2009c), Bundestagswahl am 27.9.2009. Abschlussbericht auf Basis der endgültigen Ergebnisse. Dortmund: Stadt Dortmund, Fachbereich Statistik. Online unter: [http://dev.statistik.dortmund.de/upload/binarydata\\_do4ud4cms/89/87/19/00/00/00/198789/Abschlussbericht\\_-\\_Bundestagswahl\\_2009.pdf](http://dev.statistik.dortmund.de/upload/binarydata_do4ud4cms/89/87/19/00/00/00/198789/Abschlussbericht_-_Bundestagswahl_2009.pdf) (Stand: 30.10.2009).
- Stadt Dortmund (2009d), Verzeichnis der Schulen in Dortmund – Ausgabe 2007/2008. Dortmund: Stadt Dortmund, Fachbereich Schule. Online unter: <http://do.nw.schule.de/svd/> (Stand: 31.10.2009)
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 2008: Gemeindeverzeichnis GV 2000 – Gebietsstand: 31.12.2007. Wiesbaden: Destatis.
- Statistisches Bundesamt; Noll, Heinz-Herbert und Roland Habich (Hrsg.), 2008: Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Destatis.
- Strobl, Rainer; Würtz, Stefanie und Jana Klemm, 2003: Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Weinheim und München: Juventa Verlag.

- Strodtholz, Petra und Stefan Kühl 2002: Qualitative Methoden der Organisationsforschung – ein Überblick. In: Kühl, Stefan und Petra Strodtholz (Hrsg.): Methoden der Organisationsforschung. Ein Handbuch. Reinbek: Rowohlt, S. 11-32.
- Verba, Sidney; Schlozman, Kay L. und Henry E. Brady, 1995: Voice and equality: Civic voluntarism in American politics. Cambridge, Mass.: Harvard Univ. Press.
- Wilson, Ra, 1971: Anomia and militancy among urban Negroes – Study of neighborhood and individual effects. Sociological Quarterly, 12 (3), 369-386.
- Wingens, Matthias, 1988: Soziologisches Wissen und politische Praxis. Neuere theoretische Entwicklungen der Verwendungsforschung. Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Zick, Andreas; Wolf, Carina; Küpper, Beate; Davidov, Eldad; Schmidt, Peter und Wilhelm Heitmeyer 2008: The Syndrome of Group Focused Enmity – Theory and an Empirical Test. In: Journal of Social Issues, Vol.64, No.2. 363-383.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate und Sandra Legge, 2009: Nichts sehen nichts merken, nichts tun oder: Couragiertes Eintreten gegen Rechtsextremismus in Ost und West. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 7. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 168-189.

**B3**

## **Analyse der Netzwerke gegen Rechtsextremismus in Dortmund**

(Rainer Strobl)

## Inhaltsverzeichnis

|  |            |
|--|------------|
| <b>VORWORT.....</b>  | <b>117</b> |
| <b>1. ZUR EINFÜHRUNG: GUTE VERNETZUNG FÜR EINE ERFOLGREICHE ARBEIT FÜR<br/>VIELFALT, TOLERANZ UND DEMOKRATIE – GEGEN RECHTSEXTREMISMUS,<br/>FREMDENFEINDLICHKEIT UND ANTISEMITISMUS IN DORTMUND.....</b> | <b>118</b> |
| <b>2. METHODISCHES VORGEHEN.....</b>   | <b>119</b> |
| <b>3. ERGEBNISSE DER NETZWERKANALYSE.....</b>  | <b>121</b> |
| 3.1 INFORMATIONSAUSTAUSCH.....   | 122        |
| 3.2 KOOPERATIONSBEREITSCHAFT UND KOOPERATIONSVORBEHALTE.....   | 136        |
| 3.3 ALLGEMEINE MERKMALE DES NETZWERKS  | 152        |
| <b>4. RESÜMEE UND HINWEISE FÜR DIE WEITERENTWICKLUNG DES NETZWERKS.....</b>  | <b>155</b> |
| <b>5. LITERATUR.....</b>   | <b>157</b> |
| <b>ANHANG.....</b>   | <b>158</b> |

## **Vorwort**

Die erfolgreiche Durchführung einer Netzwerkanalyse ist selbst schon ein Hinweis auf ein gutes Kooperationsklima, da eine Netzwerkanalyse aus methodischen Gründen stets Angaben zur Zusammenarbeit mit zahlreichen namentlich genannten Akteuren beinhaltet. So bedarf es zum einen der Bereitschaft der Akteure, sich an der relativ zeitaufwändigen Befragung zu beteiligen; zum anderen ist aber auch Vertrauen in die zielgerechte und seriöse Verwendung der erhobenen Daten erforderlich.

Wir möchten uns daher bei allen Befragten für ihre Unterstützung und das uns entgegengebrachte Vertrauen herzlich bedanken und an dieser Stelle nochmals versichern, dass alle Angaben und Analyseergebnisse ausschließlich zur Weiterentwicklung und Optimierung des Dortmunder Aktionsplans für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verwendet werden. Um die Vertraulichkeit der uns mitgeteilten Informationen zu gewährleisten, werden in den von uns verfassten öffentlich zugänglichen Berichten und Publikationen grundsätzlich keine Personennamen aufgeführt. Stattdessen werden Unterscheidungen durch die Nennung von Institutionen und Tätigkeitsbereichen getroffen.

Ein ganz herzlicher Dank geht auch an die Koordinatoren des Aktionsplans, die uns in jeder Phase der Untersuchung umfassend unterstützt haben und die uns jederzeit mit allen nötigen Informationen versorgt haben.

Rainer Strobl und Jana Klemm

# **1. Zur Einführung: Gute Vernetzung für eine erfolgreiche Arbeit für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Dortmund**

Auch in Dortmund versuchen rechtsextreme Parteien und Gruppierungen immer wieder, mit verschiedenen Aktivitäten auf sich aufmerksam zu machen und Einfluss zu gewinnen. So ist Dortmund häufig ein Ziel für Aufmärsche von Rechtsextremisten und Neonazis. Im Stadtrat ist die DVU mit drei Abgeordneten vertreten, und das rechtsextreme Lager versucht darüber hinaus, ihr Gedankengut über Symbole im öffentlichen Raum oder über Kleidungs- und Musikstile zu verbreiten.

Um solchen rechtsextremen Tendenzen und Aktivitäten wirkungsvoll zu begegnen, hat der Rat der Stadt Dortmund im September 2007 einen „Aktionsplan für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ beschlossen. Neben der Problemanalyse und der Entwicklung eines umfassenden städtischen Handlungskonzeptes für Vielfalt, Toleranz und Demokratie ist die effektive Vernetzung bestehender Strukturen und Aktivitäten ein zentrales Ziel des Aktionsplans.

Diese effektive Vernetzung soll mit der hier vorgestellten Netzwerkanalyse weiter gestärkt werden. In diesem Zusammenhang kann man mit Bezug auf Putnam (2000; 2002) auch sagen, dass eine gute Vernetzung das soziale Kapital in einer Stadt oder in einer Region erhöht. Soziales Kapital ist neben physischem Kapital (z.B. Werkzeuge und Maschinen) und Humankapital (Bildung, Wissen) der zentrale Faktor für den Erfolg unterschiedlichster Vorhaben. In der Wissenschaft wird der Begriff „soziales Kapital“ allerdings wertneutral verwendet, d.h. auch rechtsextreme Gruppen und Organisationen verfügen über soziales Kapital! Wenn es um den Aufbau und die Stärkung von Kooperationsstrukturen geht, die demokratischen und humanistischen Werten verpflichtet sind, sprechen wir daher oft lieber von „vernetztem bürgerschaftlichem Engagement“.<sup>1</sup> Dabei ist im Begriff des „bürgerschaftlichen Engagements“ eine normative Gemeinwohlorientierung auf der Grundlage der freiheitlich-demokratischen Grundordnung mitgedacht.<sup>2</sup> Diese Formulierung bringt im Übrigen sehr gut zum Ausdruck, dass Vernetzung kein Selbstzweck ist, sondern zu einem effektiven Engagement führen soll. Die zugrunde liegende These lautet hier, dass jemand der sich in einer Stadt mit vernetztem bürgerschaftlichem Engagement für ein humanes und friedliches Zusammenleben engagiert, unter sonst gleichen Bedingungen wirksamer handeln kann als jemand, der in einer Stadt mit weniger effektiven sozialen Netzwerken lebt. Dabei gehen wir davon aus, dass sich ein gut funktionierendes Netzwerk durch einen reibungslosen Informationsfluss und geringe Kooperationsvorbehalte zwischen den Akteuren auszeichnet. Die Frage, ob und an welchen Stellen das bestehende Netzwerk zum Themenbereich des Dortmunder Aktionsplans im Hinblick auf diese Kriterien Optimierungsbedarf aufweist, kann mit Hilfe der hier vorgelegten Ergebnisse beantwortet werden.

---

<sup>1</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission (2002), S. 6; Keupp (2000), S. 98.

<sup>2</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission (2002), S. 99.

## 2. Methodisches Vorgehen

Grundsätzlich ist es möglich, die Stärken und Schwächen einer Netzwerkstruktur durch geeignete netzwerkanalytische Verfahren darzustellen, so dass die gezielte Steuerung und Weiterentwicklung des Netzwerkes möglich wird. Eine wichtige Rolle bei der Beurteilung von Netzwerken spielen graphische Darstellungen. Die Graphentheorie hat in diesem Zusammenhang verschiedene Algorithmen zur Veranschaulichung von Netzwerkstrukturen entwickelt, die wir bei der Darstellung der lokalen Netzwerke nutzen.<sup>3</sup> Zu bedenken ist hierbei, dass ein Netzwerk nur eine spezifische Beziehung abbilden kann, d.h. für jede Beziehung muss ein eigenes Netzwerk mit einem eigenen Set von Fragen erhoben werden.<sup>4</sup> Ferner muss jedes dieser Netzwerke bestimmten Anforderungen genügen. So sollten keine Vernetzungslücken zwischen den zentralen Akteuren bestehen und eine nicht zu geringe Zahl von Akteuren sollte über starke Beziehungen miteinander verbunden sein. Zur Operationalisierung starker Beziehungen verwenden wir die Kontakthäufigkeit.<sup>5</sup> Dabei betrachten wir Akteure als stark verbunden, wenn sie oft (mindestens einmal pro Woche) miteinander Kontakt haben. Darüber hinaus ziehen wir natürlich auch zentrale Netzwerk-kennzahlen für die Bewertung heran.

Die Durchführung der Netzwerkanalyse zum Dortmunder Aktionsplan erfolgte in drei Schritten:

### 1. Festlegung des Vernetzungsziels (*Idealnetzwerk*)

In einem Workshop mit den Koordinatoren wurde zunächst die strategische Ausrichtung des Netzwerkes geklärt. Es herrschte Einigkeit darüber, dass unterschiedliche Institutionen und Personen ihre spezifischen Ressourcen und Kompetenzen in das Netzwerk einbringen sollten. Ein weiterer wichtiger Punkt war die Abgrenzung des Netzwerkes. Die Netzwerkabgrenzung ist ein kritischer Punkt bei der Netzwerkanalyse, da schon wegen des so genannten Small-World-Phänomens<sup>6</sup> Netzwerke niemals vollständig erfasst werden können. Tatsächlich muss die Zahl der Akteure auf 60-70 Personen beschränkt werden, um den für eine Befragung erforderlichen Zeitaufwand in vertretbaren Grenzen zu halten. Es ist daher erforderlich, die Untersuchung auf ein Kernnetzwerk zu beschränken. Im Workshop konnte ein Konsens über den Kern des angestrebten Netzwerkes zum Dortmunder Aktionsplan hergestellt werden, zu dem 68 Personen gehören. Diese müssen namentlich bekannt sein, d.h., die Analyse setzt auf der Ebene von Personen und nicht auf der Ebene von Institutionen an. Für diese Personen wurde dann jeweils ein Idealnetzwerk zum Informationsaustausch und zur Kooperationsbereitschaft erstellt. Mit Hilfe der von uns eingesetzten Visualisierungstechniken wurde die angestrebte Kooperationsstruktur in der letzten Phase des Workshops anschaulich dargestellt und optimiert.

---

<sup>3</sup> Für die Erstellung der Idealnetzwerke wurde eine von Rainer Strobl entwickelte spezielle Software verwendet. Die Analyse und Visualisierung der Netzwerke erfolgte mit dem von Steve Borgatti entwickelten Programm Netdraw sowie mit dem von Vladimir Batagelj und Andrej Mrvar entwickelten Programm Pajek (vgl. auch Hanneman/Riddle 2005, Kap. 4 sowie Nooy/Mrvar/Batagelj 2005).

<sup>4</sup> Vgl. Jansen (1999), S. 68.

<sup>5</sup> Zur Operationalisierung starker und schwacher Beziehungen vgl. auch Jansen (1999), S. 235f. und Fußnote 64.

<sup>6</sup> Hierbei geht es um das Phänomen, dass ein großer Teil der Menschheit durch Bekanntschaftsbeziehungen über 6 oder 7 Schritte miteinander verbunden ist. Vgl. Watts (1999).

## *2. Erhebung der tatsächlich vorhandenen Vernetzung zum Aktionsplan der Stadt Dortmund (Realnetzwerk)*

Das optimierte Idealnetzwerk bildet den Bewertungsmaßstab für das vor Ort zum Zeitpunkt t0 tatsächlich existierende Netzwerk. Dieses Kernnetzwerk wurde über eine internetbasierte Befragung aller eingebundenen lokalen Akteure zum Informationsaustausch, zur Kooperationsbereitschaft und zu den Kooperationsvorbehalten erhoben. Bei Problemen mit dem passwortgeschützten Online-Fragebogen wurden die Befragten von einer Wissenschaftlerin des proVal-Institutes unterstützt.

Da bei der Erhebung des Realnetzwerks eine Akteursliste vorgegeben wird, besteht natürlich die Möglichkeit, dass z.B. Akteur A mit einer anderen Person als der angegebenen in Institution X kooperiert. Dies wurde im Erhebungsinstrument durch die Kategorie „Mit einer anderen Person aus Institution X“ berücksichtigt, so dass bei der Analyse der Vernetzung zwischen den verschiedenen Institutionen und Tätigkeitsbereichen solche Fälle nicht zu einer falschen Unterstellung von Vernetzungslücken führen.

Alle Befragten wurden vor der Datenerhebung schriftlich über die geplante Netzwerkanalyse informiert. Mit diesem Anschreiben erhielten sie auch die Zugangsdaten für den passwortgeschützten Online-Fragebogen. Dem Anschreiben lag ferner eine schriftliche Bitte der Koordinatoren um Teilnahme an der Befragung bei.

Die Erhebung wurde in der Zeit vom 26.2.2009 bis zum 2.4.2009 durchgeführt. Da es bei einer Netzwerkanalyse erforderlich ist, jeden Akteur zu allen anderen Akteuren zu befragen, musste jeder Akteur eine Liste mit insgesamt 89 Akteuren durchgehen (68 namentlich genannte und 21 sonstige Akteure). Deshalb muss die Zahl der Fragen zu jedem Akteur natürlich stark begrenzt werden (vgl. den Fragebogen im Anhang). Trotzdem betrug der Zeitaufwand für die Befragung je nach Eingebundenheit der Akteure bis zu 45 Minuten. Von den 68 angeschriebenen Akteuren des Kernnetzwerkes nahmen 63 an der Befragung teil. Damit konnte eine hervorragende Ausschöpfungsquote von 92,7 % erreicht werden.

## *3. Analyse und Optimierung der Vernetzung zum Aktionsplan der Stadt Dortmund*

Die Analyse des zum Erhebungszeitpunkt vorhandenen Kernnetzwerkes sowie der Vergleich dieses Netzwerkes mit dem im Workshop erarbeiteten Idealnetzwerk bilden die Grundlage für den weiteren Auf- und Ausbau oder die Veränderung der Vernetzungsstrukturen. Die Ergebnisse der Netzwerkanalyse und ihre Konsequenzen für die Weiterentwicklung des Netzwerkes zum Dortmunder Aktionsplan wurden in einem weiteren Workshop mit den Koordinatoren analysiert.

Falls bei dem Vergleich zwischen dem Idealnetzwerk und dem zum Zeitpunkt t0 tatsächlich existierenden Netzwerk größere Defizite oder Probleme identifiziert werden, besteht grundsätzlich die Möglichkeit, nach einem gewissen zeitlichen Abstand, der ausreicht, um die identifizierten Probleme zu beheben, eine weitere Erhebung durchzuführen. Diese Erhebung zum Zeitpunkt t1 dient dann zur Überprüfung der durchgeführten Optimierungsmaßnahmen und gibt Aufschluss darüber, ob die gewünschten Verbesserungen durch weitere Vernetzungsaktivitäten eingetreten sind. Diese Erhebung sollte wegen der nicht zu unterschätzenden Belastung der zu befragenden Personen jedoch nur dann durchgeführt werden, wenn tatsächlich erheblicher Verbesserungsbedarf besteht.

### **Exkurs: Die Logik der Netzwerkanalyse**

Bei der Analyse eines Netzwerks geht es immer um eine ganz bestimmte Beziehung (z.B. um den Austausch von Informationen) zwischen einer abgegrenzten Gruppe von Akteuren. Wenn mehrere Beziehungen untersucht werden sollen, dann müssen auch mehrere Netzwerke analysiert werden. Für die Netzwerkanalyse zum Dortmunder Aktionsplan wurden folgende Beziehungen untersucht:

- Informationsaustausch (Abschnitt 3.1, S. 122) und
- Kooperationsbereitschaft und Kooperationsvorbehalte (Abschnitt 3.2, S. 136).

Für jede dieser Beziehungen wurde mit den Koordinatoren zunächst ein Idealnetzwerk erstellt. Die beiden Idealnetzwerke wurden dann mit den entsprechenden, empirisch ermittelten Realnetzwerken verglichen.

Im Rahmen der einzelnen Analysen wurden dort, wo es inhaltlich sinnvoll war, die Dichte und die Netzwerkzentralisierung berechnet.

**Die Dichte** gibt den Anteil der tatsächlichen bezogen auf die theoretisch möglichen Beziehungen an. So können z.B. vier Akteure über maximal 6 Beziehungen miteinander verbunden sein, wenn man die Richtung der Beziehung außer Acht lässt. Die Dichte gibt also Auskunft darüber, wie eng die untersuchte Gruppe miteinander verwoben ist. Allerdings ist die Interpretation dieses Maßes nicht einfach, da die Dichte mit zunehmender Größe des Netzwerks abnimmt. Allgemein kann man aber sagen, dass eine maximale Dichte nicht wünschenswert ist, weil dann zu viele Ressourcen in die Aufrechterhaltung eigentlich überflüssiger Beziehungen fließen würden. Andererseits sollte bei den hier untersuchten Kernnetzwerken schon eine relativ dichte Vernetzung sichtbar werden. Unter Berücksichtigung von Erfahrungswerten aus vorliegenden Untersuchungen (z.B. prognos 2007) können Werte zwischen 0,20 und 0,50 (d.h., dass 20 % bis 50 % der möglichen Beziehungen realisiert wurden) auf der Akteurebene als gut gelten.

**Die Netzwerkzentralisierung** erfasst, wie groß die Unterschiede zwischen den Aktivitätsniveaus der Akteure sind. Eine zu geringe Zentralisierung birgt die Gefahr der Ineffizienz, eine zu starke Zentralisierung die Gefahr der Abhängigkeit von einzelnen Akteuren. Daher hat sich in der Praxis eine mittlere Zentralisierung zwischen 35 % und 70 % als günstig erwiesen.

Darüber hinaus wird beim Informationsaustausch untersucht, ob es sich bei dem Netzwerk um eine so genannte **Bi-Komponente** handelt. Darunter versteht man ein Netzwerk, in dem jeder Akteur von jedem anderen über zwei unabhängige Pfade erreicht werden kann. D.h., durch den Ausfall eines Akteurs (z.B. wegen einer Erkrankung) bricht der Informationsfluss nicht ab, weil es eine Alternative gibt.

Ferner werden so genannte **k-Core-Analysen** durchgeführt. Diese Analysen gestatten die Identifikation besonders dicht vernetzter Bereiche innerhalb des Netzwerks. Dabei bezeichnet ein k-Core eine Gruppe von Akteuren, die innerhalb der Gruppe mit mindestens einer bestimmten Zahl (k) anderer Akteure direkt verbunden sind. Für die grafische Darstellung wird ein spezieller, in dem Netzwerkvisualisierungsprogramm Netdraw implementierter Algorithmus verwendet. Dieser Algorithmus verbessert eine anfängliche Zufallslösung so lange, bis die strukturell ähnlichsten Punkte jeweils dicht zusammenliegen. Die besonders stark eingebundenen Akteure sind daher im Zentrum des Netzwerks zu finden. Die schwächer eingebundenen Akteure befinden sich dagegen eher an den Netzwerkrändern (vgl. Hanneman/Riddle 2005, Kap. 4).

Schließlich werden **Schlüsselstellungen** identifiziert. So eine Position entsteht dadurch, dass Akteure von einer bestimmten Person abhängig sind, um Zugang zu Ressourcen oder Informationen zu bekommen.

## **3. Ergebnisse der Netzwerkanalyse**

Wie oben bereits kurz dargestellt, wurde im Rahmen des ersten Workshops mit den Koordinatoren geklärt, dass das angestrebte Netzwerk unter anderem dazu beitragen soll, einen ungehinderten Informationsfluss zwischen Akteuren aus unterschiedlichen Institutionen und Tätigkeitsbereichen zu gewährleisten. Dieser Punkt wurde mit der Frage „Wie häufig haben Sie in den letzten

6 Monaten Informationen zu Toleranz, Demokratie, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit oder Antisemitismus mit Frau/Herrn ... ausgetauscht?“ erhoben. Als Antworten waren „nie (kein Informationsaustausch / kenne die Person nicht)“; „selten (mindestens einmal im Halbjahr)“; „häufiger (mindestens einmal im Monat)“ und „oft (mindestens einmal pro Woche)“ möglich. Zusätzlich wurden die Kooperationsbereitschaft sowie eventuelle Kooperationsvorbehalte über die Frage „Können Sie sich vorstellen, Ziele und Aktivitäten mit der genannten Person abzustimmen?“ identifiziert. Hier waren die Antworten „(eher) ja“ und „(eher) nein“ möglich. Die Bereitschaft, sich mit einer anderen Person abzustimmen, kann in diesem Zusammenhang als Mindestvoraussetzung für eine Kooperation angesehen werden; die Frage gewährleistet somit eine umfassende Erhebung der Kooperationsbereitschaft.

Das Netzwerk kann mit Blick auf seine strategische Ausrichtung als ein Ergänzungsnetzwerk bezeichnet werden. Bei einem Ergänzungsnetzwerk soll ein Akteur, der sich mit einem Problem konfrontiert sieht, über das Netzwerk Zugriff auf ergänzende Informationen oder andere Ressourcen erhalten.<sup>7</sup> Diese Form des Netzwerkes ist für relativ unspezifische Problemlagen wie die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und die Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie sehr gut geeignet. Es muss jedoch gelingen, unterschiedliche Personen und Institutionen miteinander in Kontakt zu bringen. Darüber hinaus muss das Netzwerk weiteren Anforderungen genügen (u.a. keine Vernetzungslücken und eine ausreichende Zahl starker Beziehungen aufweisen, vgl. hierzu auch S. 119).

Da in einem bestimmten Netzwerk immer nur eine Beziehung dargestellt werden kann, sind im Rahmen der Netzwerkanalyse zum Aktionsplan der Stadt Dortmund insgesamt drei Einzelnetzwerke untersucht worden:

- ein Netzwerk zum Informationsaustausch sowie
- jeweils ein Netzwerk zur Kooperationsbereitschaft und ein Netzwerk zu den Kooperationsvorbehalten.

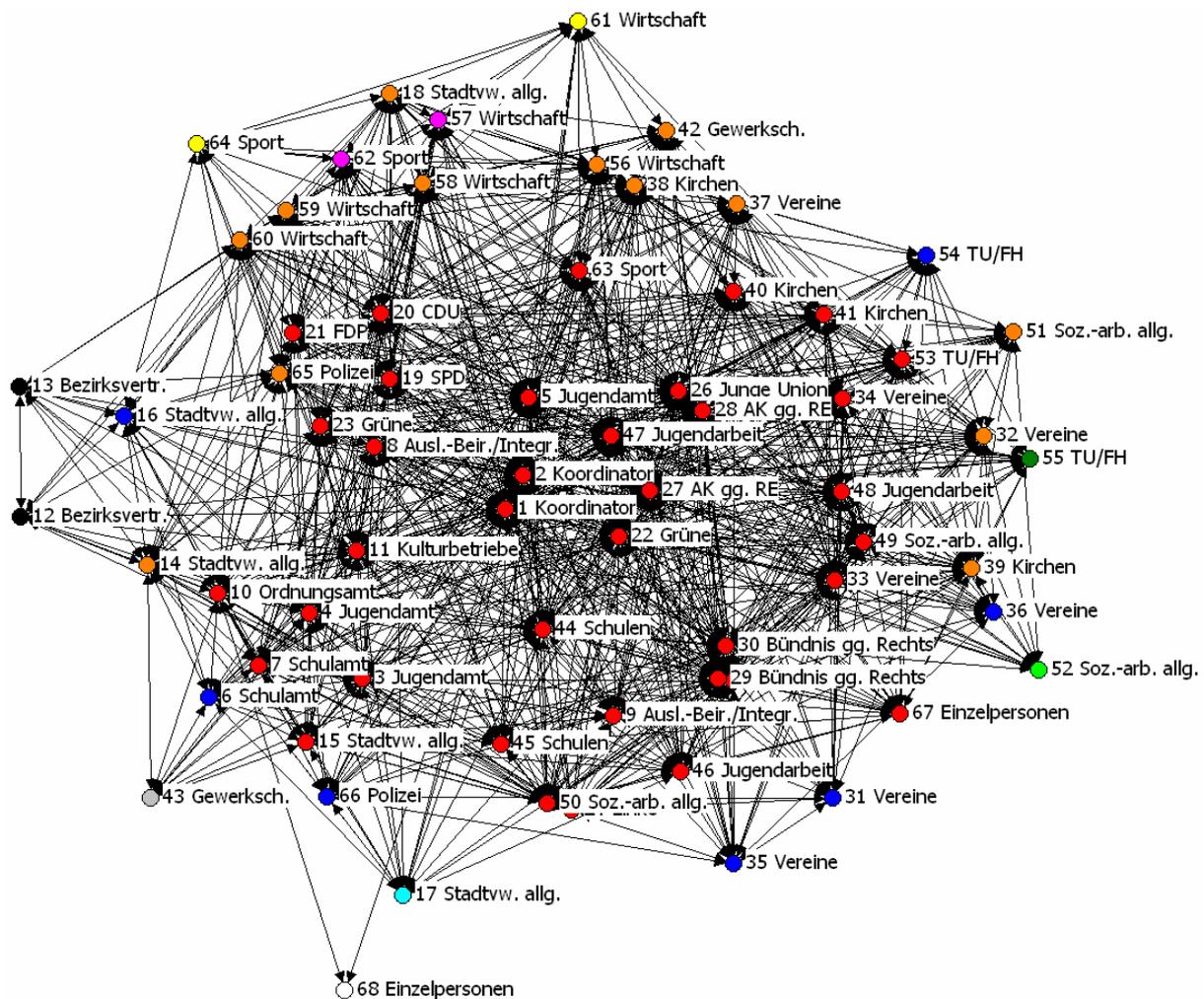
### **3.1 Informationsaustausch**

Das im Workshop mit den Koordinatoren erarbeitete Idealnetzwerk zum Informationsaustausch stellt eine ambitionierte Vernetzung der einzelnen Akteure dar. Der Wert für die Dichte dieses Netzwerkes (=Anteil der tatsächlichen bezogen auf die möglichen Beziehungen) beträgt 0,44; d.h., 44 % der möglichen Beziehungen sollen realisiert werden. Das ist für ein Netzwerk dieser Größenordnung ein relativ hoher Wert, der in der Praxis nur schwer zu erreichen ist. Im Netzwerk soll es keine Vernetzungslücken geben und der Informationsfluss soll auch beim Ausfall eines einzelnen Akteurs nicht zusammenbrechen. Technisch handelt es sich bei so einem Netzwerk um eine Bi-Komponente, d.h., jeder Akteur kann von jedem anderen über zwei unabhängige Pfade erreicht werden. Eine k-Core-Analyse des Netzwerkes veranschaulicht die besonders dicht vernetzten Bereiche. Dabei bezeichnet ein k-Core eine Gruppe von Akteuren, die innerhalb der Gruppe mit mindestens k anderen Akteuren direkt verbunden sind.

---

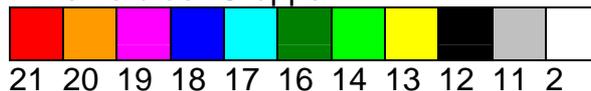
<sup>7</sup> Auch andere strategische Ausrichtungen von Netzwerken sind natürlich möglich. Wenn das Ziel z.B. darin besteht, alle Kräfte in der Jugendarbeit zu bündeln, kann man von einem Verstärkungsnetzwerk sprechen. Wenn es darum geht, unorthodoxe Konzeptionen und Lösungsansätze zu entwickeln, sollte durch die gezielte Auswahl der Akteure ein Innovationsnetzwerk entstehen.

**Abbildung 1:** Idealnetzwerk zum Informationsaustausch



**k-Core**

Zahl der Beziehungen innerhalb der Gruppe



In dem Idealnetzwerk sind die rot markierten Akteure mit mindestens 21 Beziehungen am dichtesten untereinander vernetzt. Die Koordinatoren 1 und 2 sehen sich selbst in dieser zentralen Gruppe. Wichtig ist, dass diese Gruppe bei einem Ergänzungsnetzwerk nicht von einer Institution oder Akteursgruppe dominiert wird. Deshalb finden sich im Kernbereich des Idealnetzwerks so unterschiedliche Akteure wie Jugendamt, Parteien, Schulen, Sportvereine, Kirchen, Stadtverwaltung, Ausländerbeirat und Integrationsbüro, Bündnisse gegen Rechtsextremismus sowie weitere Vereine und Institutionen. Verringert man die Hürde für die Zugehörigkeit zur Kerngruppe auf eine minimale Zahl von 20 Beziehungen, dann zählen u.a. ein Akteur aus der Polizei sowie verschiedene Akteure aus dem Bereich der Wirtschaft zur Kerngruppe. Die Netzwerkzentralisierung beträgt 58 %, was bedeutet, dass durchaus Unterschiede zwischen den Aktivitätsniveaus der Akteure angenommen werden.<sup>8</sup> Allerdings würde man erst ab ca. 70 % von einer ausgeprägt hierarchischen Struktur sprechen.

<sup>8</sup> Im Folgenden wird immer die Degree-basierte Zentralisierung berechnet (vgl. Jansen 1999, S. 133). Diese gibt an, wie stark die Unterschiede der Beteiligung an den direkten Beziehungen sind. Bis etwa 35 % kann

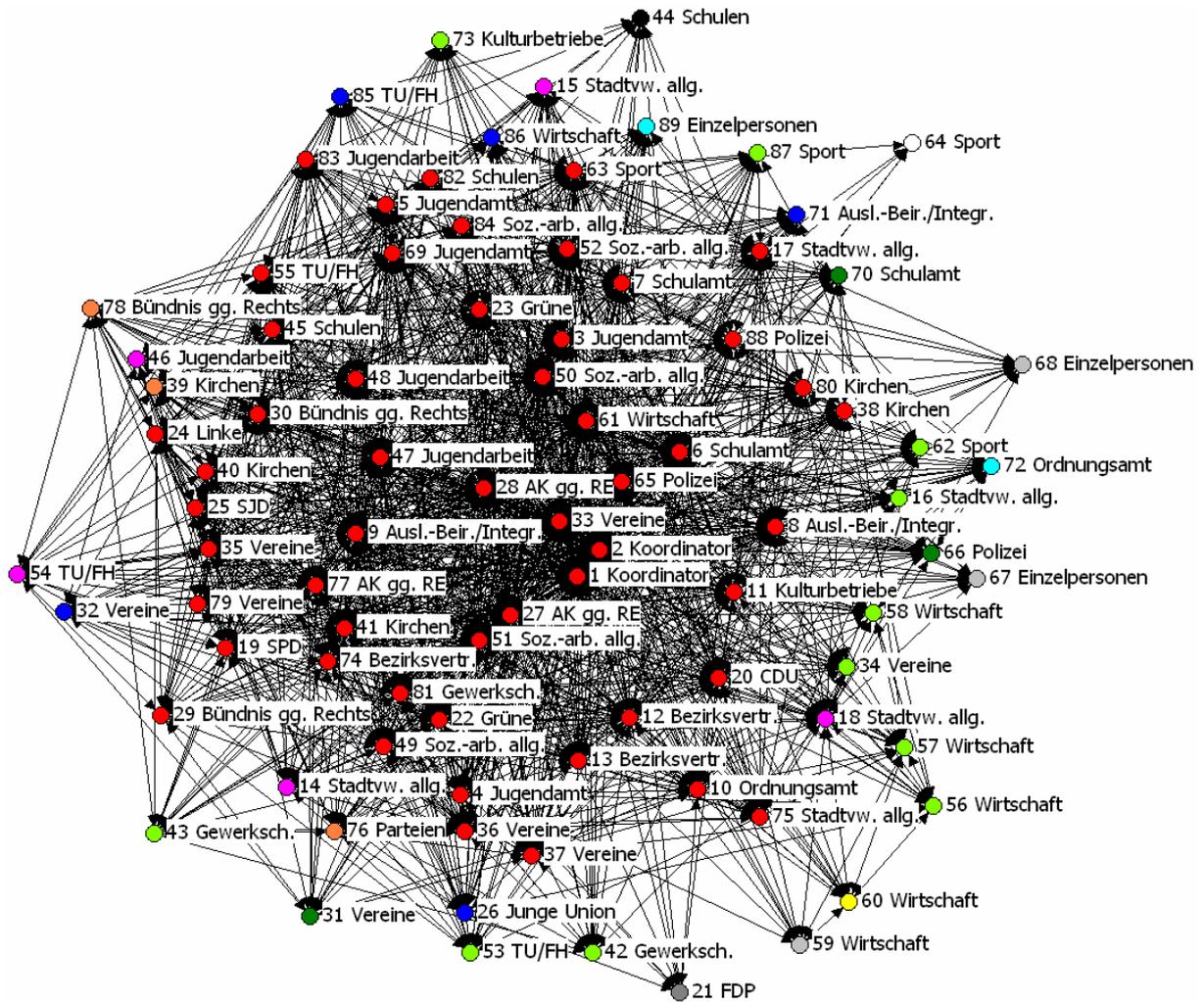
Vergleicht man dieses Idealnetzwerk mit dem Realnetzwerk der Akteure, die in den 6 Monaten vor der Befragung mindestens einmal untereinander Informationen ausgetauscht haben, dann zeigt sich schon auf den ersten Blick eine enge Vernetzung. Der Wert für die Dichte des abgebildeten Netzwerkes (=Anteil der tatsächlichen bezogen auf die möglichen Beziehungen) beträgt 0,37; d.h., mehr als jede dritte aller möglichen Beziehungen wurde realisiert. Die Netzwerkzentralisierung beträgt 65 % und deutet damit auf eine hierarchische Struktur hin, die auch auf die Zentralität der Koordinatoren zurückzuführen ist. Diese weisen mit 88 bzw. 87 Beziehungen die mit Abstand stärkste Netzwerkeinbindung auf (vgl. Tabelle). Die Vergleichbarkeit zum Idealnetzwerk ist allerdings dadurch eingeschränkt, dass auch Beziehungen zu anderen als den genannten Personen in den jeweiligen Institutionen erhoben wurden. Lässt man diese Personen unberücksichtigt und betrachtet nur die auch im Idealnetzwerk vorhandenen Akteure, dann beträgt die Dichte 0,41 und das entspricht somit in hohem Maße der Vorgabe im Idealnetzwerk. Die Netzwerkzentralisierung liegt hier mit 61 % etwas niedriger als im vollständigen Netzwerk. Sowohl im reduzierten als auch im vollständigen Realnetzwerk mit allen 89 Akteuren kann jeder von jedem anderen über zwei unabhängige Pfade erreicht werden, d.h., das Netzwerk ist eine Bicomponente.

In dem sehr großen roten markierten Kernbereich des unten dargestellten Realnetzwerkes sind Personen aus zahlreichen unterschiedlichen Institutionen und Tätigkeitsbereichen vertreten, so dass die Anforderungen an ein Ergänzungsnetzwerk auf jeden Fall erfüllt sind. In diesem Bereich unterhalten die Akteure jeweils mindestens 22 Beziehungen zueinander. Vergleicht man den äußeren Bereich des Realnetzwerkes mit dem des Idealnetzwerkes, dann fällt allerdings auf, dass einige Akteure nicht so stark eingebunden sind wie es im Idealnetzwerk angestrebt wurde. Das trifft z.B. auf Vertreter aus den Bereichen Wirtschaft (56, 57, 58, 59, 60), Schulen (44), Gewerkschaften (42) und Parteien (21, 26) zu.

---

man von einem schwach zentralisierten Netzwerk ohne ausgeprägte hierarchische Strukturen sprechen. Werte von 35 %-70 % weisen auf eine mittlere Zentralisierung hin und ab 70 % kann man von ausgeprägten hierarchischen Strukturen ausgehen. Für ein Netzwerk zur Stärkung der demokratischen Kultur in einer Region ist nach unseren Erfahrungen eine mittlere Zentralisierung am günstigsten (vgl. Strobl/Würtz/Klemm 2003).

**Abbildung 2:** Realnetzwerk zum Informationsaustausch, mindestens ein Informationsaustausch im letzten halben Jahr, alle Beziehungen



k-Core

Zahl der Beziehungen innerhalb der Gruppe

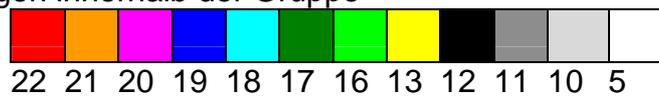


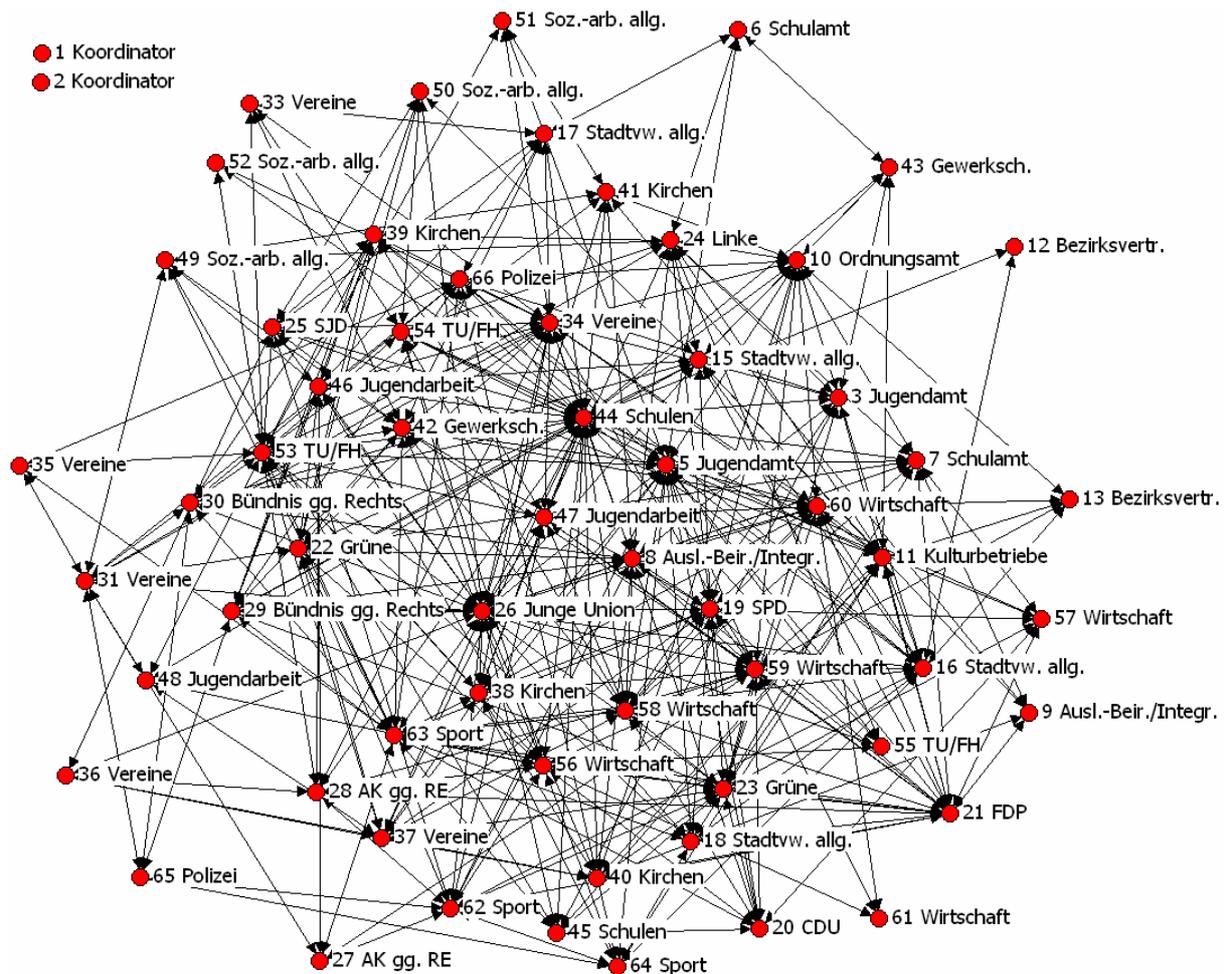
Tabelle 1 auf der nächsten Seite zeigt die Netzwerkeinbindung aller Akteure in das vollständige Realnetzwerk zum Informationsaustausch.

**Tabelle 1:** Zahl der direkten Beziehungen zu anderen Akteuren; Informationsaustausch, mindestens einmal im letzten halben Jahr, alle Nennungen

| Akteur  | Zahl der direkten Beziehungen zu anderen Akteuren |
|---|---|
| 2 Koordinator   | 88  |
| 1 Koordinator   | 87  |
| 33 Vereine, 27 AK gg. RE  | 71  |
| 65 Polizei  | 68  |
| 61 Wirtschaft   | 65  |
| 6 Schulamt  | 64  |
| 28 AK gg. RE, 50 Soz.-arb. allg.  | 62  |
| 47 Jugendarbeit   | 55  |
| 51 Soz.-arb. allg.  | 55  |
| 48 Jugendarbeit   | 53  |
| 9 Ausl.-Beir./Integr.   | 51  |
| 3 Jugendamt, 22 Grüne   | 47  |
| 49 Soz.-arb. allg., 52 Soz.-arb. allg.  | 44  |
| 8 Ausl.-Beir./Integr., 12 Bezirksvertr., 30 Bündnis gg. Rechts                          | 43  |
| 41 Kirchen, 55 TU/FH  | 42  |
| 19 SPD  | 41  |
| 45 Schulen  | 40  |
| 20 CDU, 77 AK gg. RE  | 39  |
| 17 Stadtw. allg., 63 Sport  | 38  |
| 11 Kulturbetriebe, 35 Vereine   | 37  |
| 37 Vereine  | 36  |
| 25 SJD, 36 Vereine  | 35  |
| 5 Jugendamt, 23 Grüne, 69 Jugendamt   | 34  |
| 7 Schulamt, 38 Kirchen  | 33  |
| 10 Ordnungsamt, 24 Linke, 40 Kirchen  | 31  |
| 18 Stadtw. allg., 83 Jugendarbeit   | 30  |
| 80 Kirchen, 81 Gewerksch.   | 29  |
| 13 Bezirksvertr., 74 Bezirksvertr., 75 Stadtw. allg., 79 Vereine, 84 Soz.-arb. allg.    | 27  |
| 14 Stadtw. allg., 29 Bündnis gg. Rechts, 88 Polizei,                                    | 25  |
| 82 Schulen  | 24  |
| 4 Jugendamt, 15 Stadtw. allg., 39 Kirchen, 54 TU/FH, 76 Parteien, 78 Bündnis gg. Rechts | 23  |
| 26 Junge Union, 46 Jugendarbeit, 72 Ordnungsamt,  | 21  |
| 32 Vereine, 57 Wirtschaft, 71 Ausl.-Beir./Integr., 85 TU/FH                             | 20  |
| 86 Wirtschaft   | 19  |
| 70 Schulamt, 89 Einzelpersonen  | 18  |
| 31 Vereine, 43 Gewerksch., 53 TU/FH, 56 Wirtschaft, 66 Polizei, 87 Sport                | 17  |
| 16 Stadtw. allg., 34 Vereine, 42 Gewerksch., 58 Wirtschaft, 62 Sport, 73 Kulturbetriebe | 16  |
| 60 Wirtschaft   | 14  |
| 44 Schulen  | 12  |
| 59 Wirtschaft, 67 Einzelpersonen, 68 Einzelpersonen                                     | 11  |
| 21 FDP  | 10  |
| 64 Sport  | 5   |

Unsere Analysen ermöglichen es nun, die Beziehungen zu identifizieren, die in das Idealnetzwerk als wünschenswert eingetragen wurden, im Realnetzwerk jedoch nicht vorhanden sind. Diese fehlenden Beziehungen zeigt Abbildung 3.

**Abbildung 3:** Im Realnetzwerk fehlende Beziehungen zum Informationsaustausch zwischen individuellen Akteuren



**Tabelle 2:** Zahl der im Realnetzwerk fehlenden Beziehungen; Informationsaustausch, mindestens einmal im letzten halben Jahr

| Akteur  | Zahl der fehlenden Beziehungen |
|---|--------------------------------|
| 44 Schulen  | 36                             |
| 26 Junge Union  | 30                             |
| 5 Jugendamt   | 25                             |
| 34 Vereine, 53 TU/FH  | 24                             |
| 21 FDP  | 22                             |
| 59 Wirtschaft, 63 Sport   | 21                             |
| 19 SPD, 23 Grüne  | 19                             |
| 8 Ausl.-Beir./Integr.   | 18                             |
| 10 Ordnungsamt, 11 Kulturbetriebe, 16 Stadtw. allg., 58 Wirtschaft, 60 Wirtschaft | 17                             |

| Akteur   | Zahl der fehlenden Beziehungen |
|--|--------------------------------|
| 15 Stadtw. allg., 24 Linke, 56 Wirtschaft  | 16                             |
| 29 Bündnis gg. Rechts, 42 Gewerksch.   | 15                             |
| 38 Kirchen, 46 Jugendarbeit, 62 Sport  | 14                             |
| 22 Grüne, 25 SJD, 39 Kirchen, 40 Kirchen, 47 Jugendarbeit, 66 Polizei            | 13                             |
| 3 Jugendamt, 7 Schulamt, 30 Bündnis gg. Rechts, 31 Vereine, 37 Vereine, 54 TU/FH | 12                             |
| 17 Stadtw. allg., 18 Stadtw. allg., 20 CDU, 28 AK gg. RE                         | 10                             |
| 41 Kirchen, 45 Schulen, 64 Sport   | 9                              |
| 43 Gewerksch., 57 Wirtschaft   | 8                              |
| 13 Bezirksvertr., 27 AK gg. RE, 49 Soz.-arb. allg., 50 Soz.-arb. allg.           | 7                              |
| 36 Vereine, 55 TU/FH   | 6                              |
| 9 Ausl.-Beir./Integr., 33 Vereine, 48 Jugendarbeit, 65 Polizei                   | 5                              |
| 6 Schulamt, 35 Vereine, 51 Soz.-arb. allg., 52 Soz.-arb. allg.                   | 4                              |
| 12 Bezirksvertr., 61 Wirtschaft  | 3                              |
| 1 Koordinator, 2 Koordinator   | 0                              |

Die Liste der im Vergleich zum Idealnetzwerk fehlenden Beziehungen stimmt in weiten Bereichen mit dem Eindruck aus dem Vergleich der beiden Netzwerkabbildungen überein. Insbesondere Akteure aus den Bereichen Schule, Wirtschaft, Sport und Parteien, aber auch aus verschiedenen Dezernaten der Stadtverwaltung sind zum Teil mit deutlich weniger Beziehungen vernetzt als im Idealnetzwerk vorgesehen. Allerdings können einzelne Akteure trotz einer größeren Zahl fehlender Beziehungen noch zum Kernbereich des Realnetzwerks zählen (vgl. z.B. 19 SPD, 23 Grüne, 8 Ausl.-Beir./Integr.).

Das bisher diskutierte Netzwerk zum Informationsaustausch basiert allerdings auf relativ anspruchslosen Voraussetzungen. So wird bereits eine Informationsaustauschbeziehung angenommen, wenn einer der beiden Akteure eine solche Beziehung genannt hat. Damit basiert das Netzwerk auf den Auskünften von Einzelpersonen und ist in einem bestimmten Umfang anfällig für Tendenzen der sozialen Erwünschtheit. Deshalb wird die Zahl der Beziehungen bei diesem Ansatz tendenziell überschätzt.

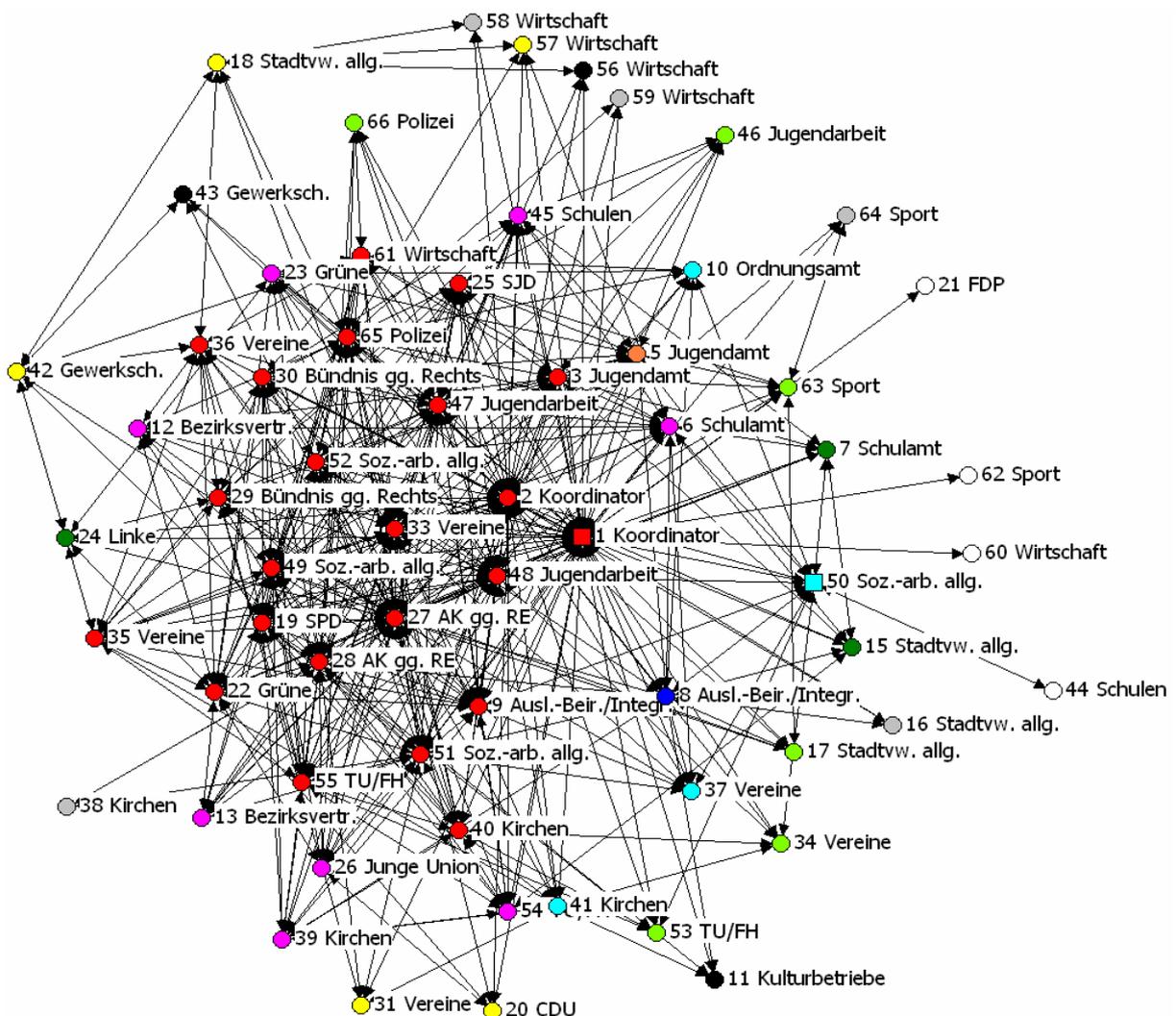
Bei den folgenden Analysen gehen wir nun von einer anspruchsvolleren Voraussetzung aus: Eine Informationsaustauschbeziehung wird nur dann angenommen, wenn z.B. Akteur A angegeben hat, mit Akteur B Informationen auszutauschen und Akteur B den Informationsaustausch mit Akteur A bestätigt hat. Damit ist gewährleistet, dass eine genannte Beziehung wirklich existiert. Es kann in diesem Fall jedoch vorkommen, dass Akteur B einen tatsächlich stattgefundenen Informationsaustausch schlicht vergessen hat. Deshalb ist davon auszugehen, dass die Zahl der Beziehungen bei den nachfolgenden Analysen tendenziell unterschätzt wird. Zu beachten ist ferner, dass Beziehungen zu Akteuren, die nicht an der Befragung teilgenommen haben sowie zu den Akteuren der Kategorie „Mit einer anderen Person aus Institution X“ nicht berücksichtigt werden können, da in diesen Fällen die Bestätigung für eine Beziehung fehlt. In die Analysen konnten daher nur 63 Akteure einbezogen werden.

Das in Abbildung 4 dargestellte Netzwerk aus bestätigten Beziehungen weist eine Dichte von 0,19 auf. D.h., etwa jede fünfte der möglichen Beziehungen wurde realisiert. Mit Blick auf die Größe des Netzwerks und die oben angesprochene Unterschätzung der tatsächlich vorhandenen Beziehungen ist dieser Wert durchaus akzeptabel. Die Netzwerkzentralisierung beträgt 66 %, was auf eine hierarchische Struktur hindeutet. Dieses Maß an Zentralisierung ist für die Aufgaben im Rahmen des Dortmunder Aktionsplans als gut geeignet einzuschätzen. Eine niedrige Zentralisierung wäre problematisch, da unter diesen Umständen keine Schlüsselakteure im Netzwerk

existieren würden. Bei einer hohen Zentralisierung bestünde dagegen die Gefahr, dass wenige Akteure entscheidend sind und das Netzwerk auseinander bricht, wenn genau diese Akteure ausscheiden. Zu den Schlüsselakteuren im Netzwerk gehören auf jeden Fall die Koordinatoren, deren zentrale Rolle durch die hohe Zahl von 56 bzw. 49 bestätigten Beziehungen zu anderen Akteuren belegt wird.

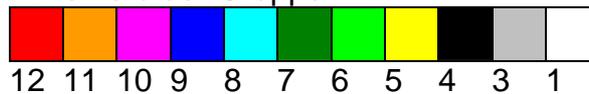
In dem aus 63 Akteuren bestehenden Netzwerk sind 59 auf jeweils 2 unterschiedlichen Wegen erreichbar. Die Akteure 21, 62, 60 und 44 sind dagegen auf Weitergabe von Informationen durch einen bestimmten Akteur angewiesen. Dies ist für 21, 62 und 60 der 1. Koordinator und für 44 der Akteur 50 (jeweils als Quadrat kenntlich gemacht). Insgesamt ist ein guter Informationsfluss in dem Netzwerk aus bestätigten Beziehungen aber durchaus gewährleistet.

**Abbildung 4:** Realnetzwerk zum Informationsaustausch, mindestens ein Informationsaustausch im letzten halben Jahr (bestätigte Beziehungen)



## k-Core

### Zahl der Beziehungen innerhalb der Gruppe

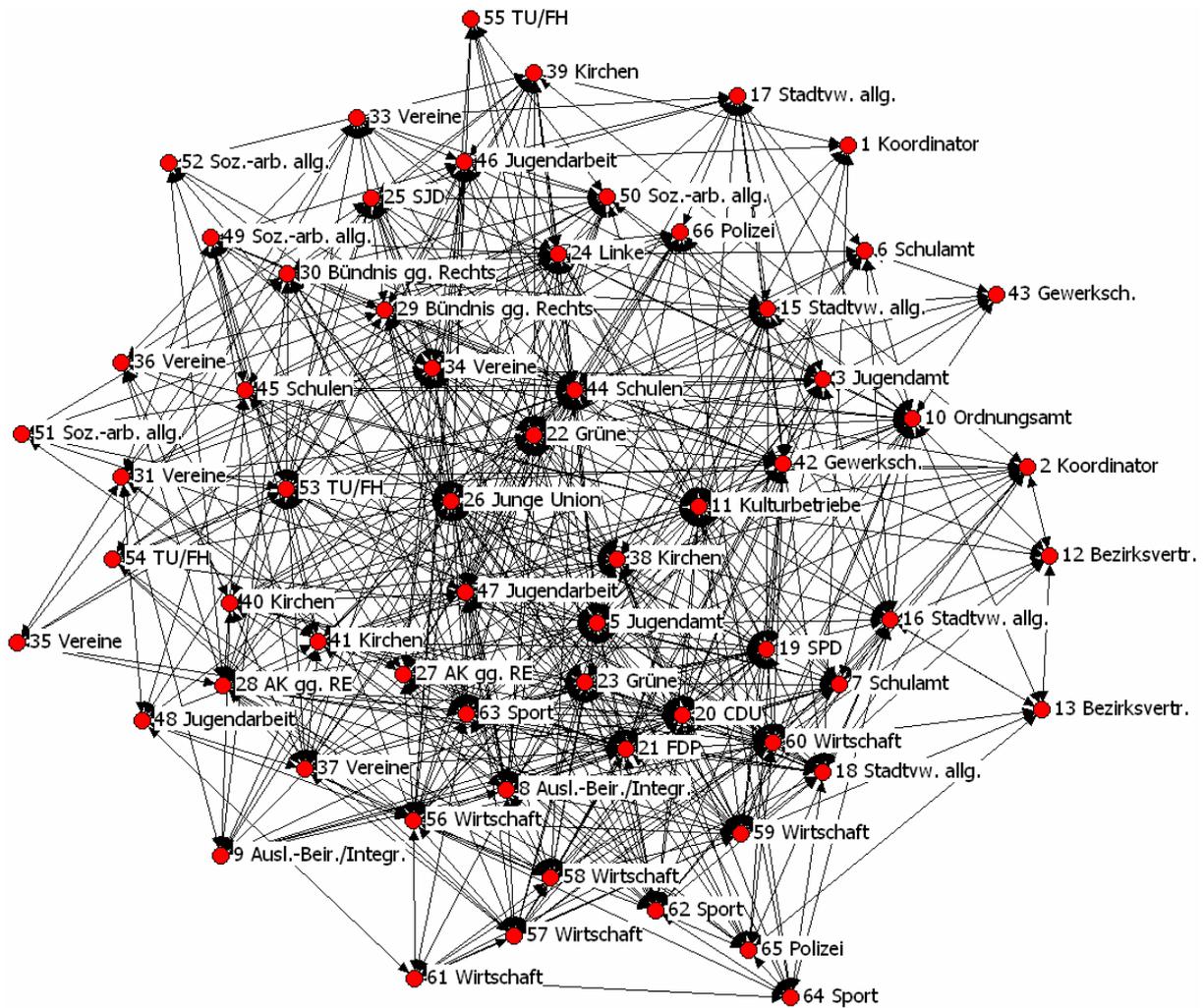


**Tabelle 3:** Zahl der bestätigten Beziehungen zu anderen Akteuren; Informationsaustausch, mindestens einmal im letzten halben Jahr

| Akteur   | Zahl der bestätigten Beziehungen |
|--|----------------------------------|
| 1 Koordinator  | 56                               |
| 2 Koordinator  | 49                               |
| 27 AK gg. RE   | 41                               |
| 33 Vereine   | 31                               |
| 28 AK gg. RE   | 30                               |
| 48 Jugendarbeit  | 29                               |
| 47 Jugendarbeit, 49 Soz.-arb. allg.                                  | 27                               |
| 19 SPD, 51 Soz.-arb. allg.   | 24                               |
| 65 Polizei   | 23                               |
| 9 Ausl.-Beir./Integr., 22 Grüne                                      | 21                               |
| 3 Jugendamt, 52 Soz.-arb. allg.                                      | 20                               |
| 30 Bündnis gg. Rechts, 55 TU/FH, 61 Wirtschaft,                      | 18                               |
| 5 Jugendamt, 6 Schulamt, 25 SJD, 40 Kirchen                          | 17                               |
| 8 Ausl.-Beir./Integr., 29 Bündnis gg. Rechts, 35 Vereine             | 16                               |
| 36 Vereine   | 15                               |
| 50 Soz.-arb. allg.   | 13                               |
| 23 Grüne, 39 Kirchen, 45 Schulen                                     | 12                               |
| 26 Junge Union, 41 Kirchen, 54 TU/FH                                 | 11                               |
| 12 Bezirksvertr., 13 Bezirksvertr.                                   | 10                               |
| 37 Vereine   | 9                                |
| 7 Schulamt, 10 Ordnungsamt, 24 Linke, 63 Sport                       | 8                                |
| 15 Stadtw. allg., 18 Stadtw. allg., 42 Gewerksch.                    | 7                                |
| 17 Stadtw. allg., 34 Vereine, 46 Jugendarbeit, 53 TU/FH, 66 Polizei  | 6                                |
| 20 CDU, 31 Vereine, 57 Wirtschaft                                    | 5                                |
| 11 Kulturbetriebe, 43 Gewerksch., 56 Wirtschaft                      | 4                                |
| 16 Stadtw. allg., 38 Kirchen, 58 Wirtschaft, 59 Wirtschaft, 64 Sport | 3                                |
| 21 FDP, 44 Schulen, 60 Wirtschaft, 62 Sport                          | 1                                |

Auch hier ist es wieder möglich, die Beziehungen zu identifizieren, die im Idealnetzwerk als wünschenswert eingetragen wurden, im Realnetzwerk bestätigter Beziehungen jedoch nicht vorhanden sind. Diese fehlenden Beziehungen der 63 in die Analyse einbezogenen Akteure zeigt Abbildung 5.

**Abbildung 5:** Im Realnetzwerk fehlende bestätigte Beziehungen zum Informationsaustausch zwischen individuellen Akteuren



**Tabelle 4:** Zahl der im Realnetzwerk fehlenden bestätigten Beziehungen; Informationsaustausch, mindestens einmal im letzten halben Jahr

| Akteur   | Zahl der fehlenden bestätigten Beziehungen |
|--|--|
| 44 Schulen   | 38   |
| 11 Kulturbetriebe, 26 Junge Union  | 34   |
| 5 Jugendamt  | 32   |
| 20 CDU, 21 FDP   | 27   |
| 22 Grüne, 34 Vereine, 53 TU/FH, 60 Wirtschaft, 63 Sport                                    | 26   |
| 38 Kirchen, 56 Wirtschaft  | 25   |
| 59 Wirtschaft  | 24   |
| 8 Ausl.-Beir./Integr., 10 Ordnungsamt, 19 SPD, 23 Grüne, 47 Jugendarbeit                   | 23   |
| 24 Linke, 28 AK gg. RE, 58 Wirtschaft  | 21   |
| 18 Stadtw. allg., 37 Vereine, 62 Sport,  | 20   |
| 41 Kirchen, 42 Gewerksch.  | 19   |
| 3 Jugendamt, 15 Stadtw. allg., 16 Stadtw. allg., 29 Bündnis gg. Rechts                     | 18   |
| 25 SJD, 27 AK gg. RE, 46 Jugendarbeit, 57 Wirtschaft                                       | 17   |
| 7 Schulamt, 30 Bündnis gg. Rechts, 50 Soz.-arb. allg.,                                     | 16   |
| 40 Kirchen, 66 Polizei   | 15   |
| 31 Vereine, 39 Kirchen   | 14   |
| 2 Koordinator, 17 Stadtw. allg., 45 Schulen, 65 Polizei                                    | 13   |
| 9 Ausl.-Beir./Integr., 33 Vereine, 49 Soz.-arb. allg.                                      | 12   |
| 6 Schulamt, 54 TU/FH, 61 Wirtschaft, 64 Sport,   | 10   |
| 36 Vereine   | 9  |
| 12 Bezirksvertr., 48 Jugendarbeit  | 8  |
| 13 Bezirksvertr.   | 7  |
| 1 Koordinator, 35 Vereine, 43 Gewerksch., 51 Soz.-arb. allg., 52 Soz.-arb. allg., 55 TU/FH | 6  |

Tabelle 4 bestätigt den Befund, dass insbesondere Akteure aus den Bereichen Schule, Wirtschaft, Sport und Parteien sowie auch aus verschiedenen Dezernaten der Stadtverwaltung teilweise mit deutlich weniger Beziehungen vernetzt sind als im Idealnetzwerk vorgesehen ist. Die Ähnlichkeit der in Tabelle 2 und Tabelle 4 aufgeführten Ergebnisse ist insgesamt sehr groß. So beträgt die Korrelation zwischen den jeweiligen Zahlen der fehlenden Beziehungen  $r=0,86$  und ist somit fast perfekt.

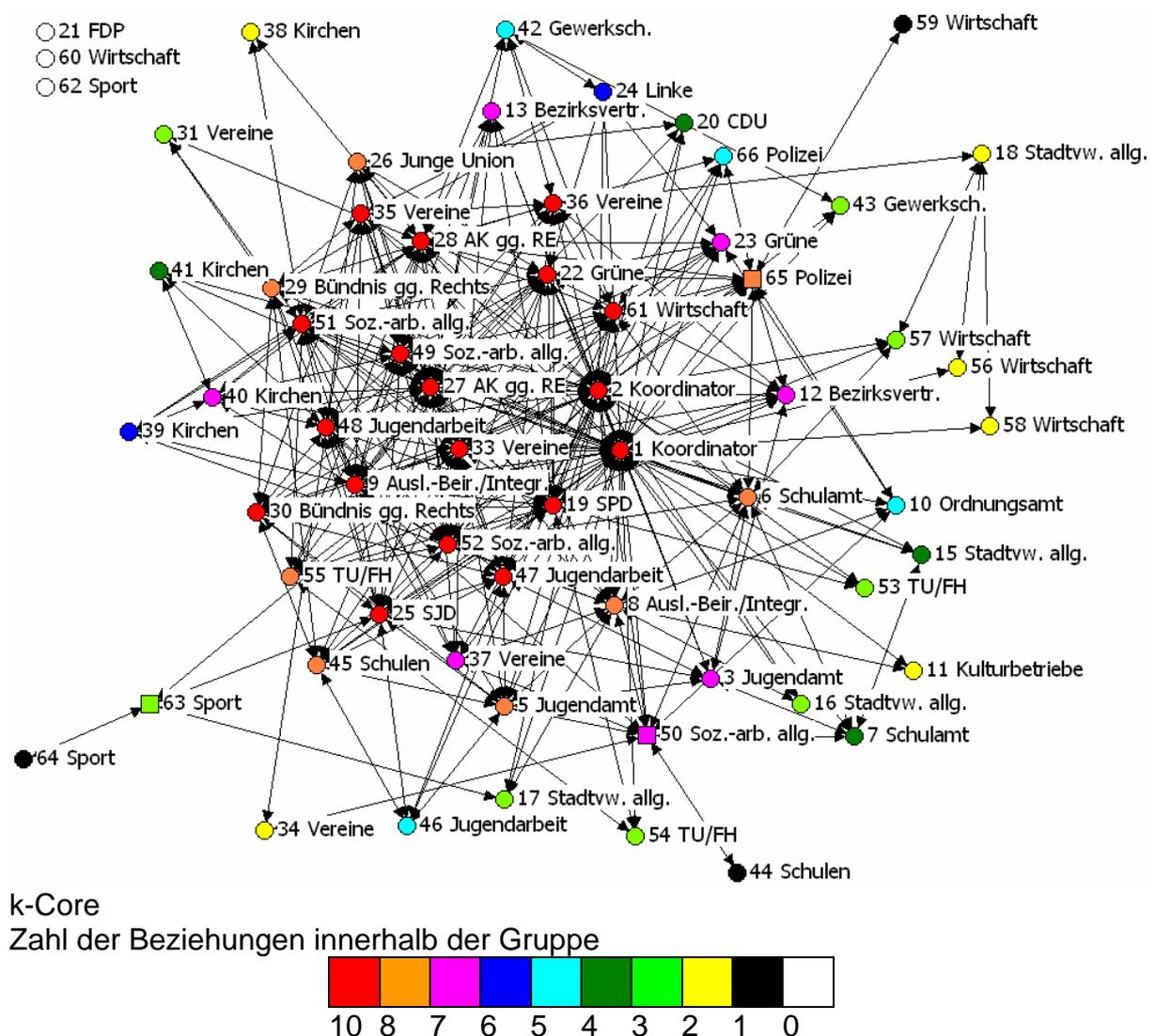
Akteure, die lediglich ein- oder zweimal im halben Jahr Informationen zum Themenbereich des Dortmunder Aktionsplans untereinander austauschen, unterhalten allerdings eher schwache Beziehungen. So ist es unter diesen Umständen kaum möglich, schnell auf aktuelle Ereignisse zu reagieren. In Abbildung 6 wurden daher nur solche Akteure aufgenommen, die mindestens einmal im Monat Informationen austauschen. Auch diesem Netzwerk liegen bestätigte Beziehungen zugrunde; daher besteht es wiederum aus den 63 Akteuren, die an der Befragung teilgenommen haben.

Insgesamt ist das Netzwerk noch erfreulich groß. Lediglich die Akteure 21, 60 und 62 sind unter dieser Voraussetzung isoliert. In dem restlichen Netzwerk sind die meisten Akteure auf zwei unterschiedlichen Wegen erreichbar. Lediglich die Akteure 59, 44 und 63 sind auf eine einzelne Person für die Informationsweitergabe angewiesen (als Quadrat kenntlich gemacht). D.h., der Ausfall dieser Person kann eine schnelle Weitergabe von Informationen verhindern. Da hiervon bei dem oben dargestellten Netzwerk aber nur einzelne Akteure betroffen wären (d.h., das Netzwerk zerfällt nicht in füreinander unerreichbare Blöcke), kann dieses Ergebnis als unkritisch ein-

gestuft werden. Geht man davon aus, dass ein Subnetzwerk aus mindestens 3 Akteuren bestehen sollte, dann bildet auch das so abgegrenzte Kernnetzwerk eine zusammenhängende Bi-Komponente. Insgesamt ist im Netzwerk zum Dortmunder Aktionsplan somit ein kontinuierlicher und relativ zeitnaher Informationsfluss gewährleistet.

Die Dichte des aus 60 Akteuren bestehenden verbundenen Netzwerkes beträgt immerhin noch 0,18; d.h. 18 % aller möglichen Beziehungen wurden realisiert. Die Netzwerkzentralisierung beläuft sich auf 61 %. Demnach gibt es durchaus eine größere Zahl an Akteuren, die auch bei einem monatlichen Informationsaustausch mit relativ vielen Beziehungen in das Netzwerk eingebunden sind. Dies zeigen auch Abbildung 6 und Tabelle 5.

**Abbildung 6:** Realnetzwerk zum Informationsaustausch, monatlicher Informationsaustausch im letzten halben Jahr (bestätigte Beziehungen)



**Tabelle 5:** Zahl der direkten Beziehungen zu anderen Akteuren; Informationsaustausch, mindestens einmal im Monat

| Akteur   | Zahl der direkten Beziehungen zu anderen Akteuren |
|--|---|
| 1 Koordinator  | 45  |
| 2 Koordinator  | 39  |
| 27 AK gg. RE   | 31  |
| 33 Vereine   | 26  |
| 28 AK gg. RE   | 23  |
| 19 SPD, 48 Jugendarbeit  | 21  |
| 49 Soz.-arb. allg.   | 20  |
| 51 Soz.-arb. allg.   | 19  |
| 9 Ausl.-Beir./Integr., 22 Grüne  | 18  |
| 25 SJD, 52 Soz.-arb. allg., 61 Wirtschaft  | 16  |
| 8 Ausl.-Beir./Integr., 47 Jugendarbeit   | 15  |
| 36 Vereine   | 14  |
| 6 Schulamt, 30 Bündnis gg. Rechts  | 13  |
| 5 Jugendamt, 35 Vereine, 65 Polizei  | 12  |
| 50 Soz.-arb. allg.   | 11  |
| 29 Bündnis gg. Rechts, 45 Schulen  | 10  |
| 23 Grüne, 26 Junge Union, 40 Kirchen, 55 TU/FH   | 9   |
| 3 Jugendamt, 12 Bezirksvertr., 37 Vereine  | 8   |
| 13 Bezirksvertr., 24 Linke   | 7   |
| 39 Kirchen, 42 Gewerksch.  | 6   |
| 7 Schulamt   | 5   |
| 10 Ordnungsamt, 46 Jugendarbeit, 66 Polizei  | 5   |
| 15 Stadtvw. allg., 17 Stadtvw. allg., 18 Stadtvw. allg., 20 CDU, 41 Kirchen, 57 Wirtschaft, 63 Sport | 4   |
| 16 Stadtvw. allg., 31 Vereine, 43 Gewerksch., 53 TU/FH, 54 TU/FH                                     | 3   |
| 11 Kulturbetriebe, 34 Vereine, 38 Kirchen, 56 Wirtschaft, 58 Wirtschaft                              | 2   |
| 44 Schulen, 59 Wirtschaft, 64 Sport  | 1   |

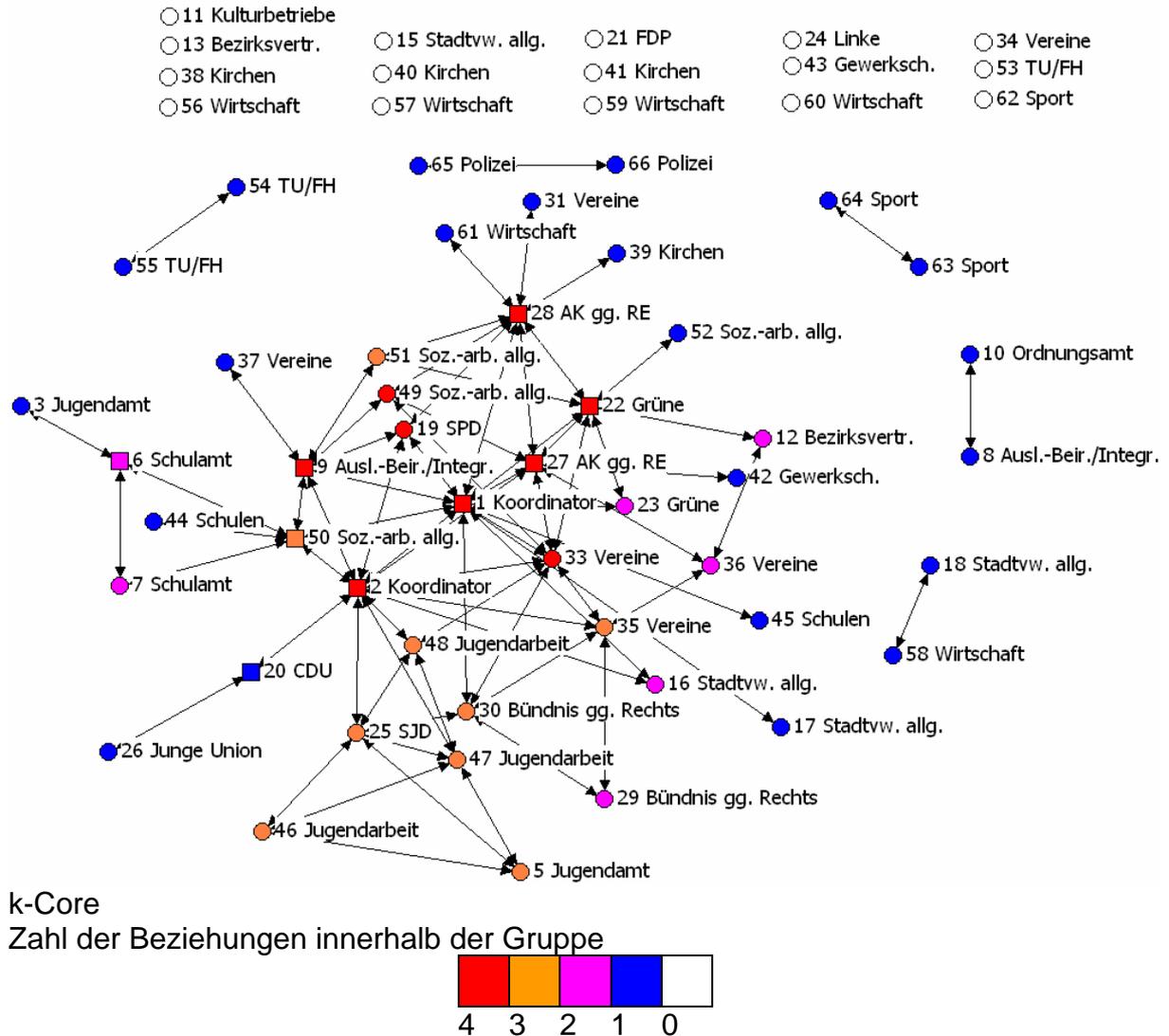
Um wirklich schnell auf aktuelle Situationen reagieren zu können, ist ein häufiger Informationsaustausch notwendig. Abbildung 7 zeigt daher die Akteure, die über starke Beziehungen miteinander verbunden sind und mindestens einmal pro Woche Informationen austauschen. Auch diesem Netzwerk liegen wiederum bestätigte Beziehungen zugrunde; daher besteht es aus den 63 Akteuren, die an der Befragung teilgenommen haben.

In diesem Netzwerk sind 16 Akteure isoliert; darüber hinaus sind 5 Paare vom übrigen Netzwerk abgeschnitten. Ein kontinuierlicher und kurzfristiger Informationsaustausch kann daher nur zwischen 37 Akteuren stattfinden. Die zentralen, mit mehr als 5 Beziehungen in das Netzwerk eingebundenen Akteure sind die beiden Koordinatoren sowie die Nummern 28, 27, 22, 33, 9 und 50. Eine sinnvolle Berechnung von Netzwerkkennzahlen ist wegen der zahlreichen Vernetzungslücken nicht möglich. Akteure, die eine Schlüsselstellung für die Weitergabe von Informationen an eine andere Person einnehmen, sind wiederum als Quadrate gekennzeichnet.

Generell ist in einem Netzwerk eine Mischung aus starken und schwachen Beziehungen wünschenswert. Das vorliegende Netzwerk bildet daher sozusagen das Rückgrat für die Informationsweitergabe. Da im vorliegenden Fall aber ein Kernnetzwerk untersucht wurde, d.h., ein großer

Teil der schwachen Beziehungen ohnehin unberücksichtigt bleiben musste, wäre ein etwas höherer Anteil an starken Beziehungen wünschenswert.

**Abbildung 7:** Realnetzwerk zum Informationsaustausch, wöchentlicher Informationsaustausch im letzten halben Jahr (bestätigte Beziehungen)



### **3.2 Kooperationsbereitschaft und Kooperationsvorbehalte**

Oft ist es sinnvoll, neben faktischen Beziehungen auch intendierte bzw. potentielle Beziehungen zu untersuchen.<sup>9</sup> Der Unterschied zwischen faktischen und intendierten bzw. potentiellen Beziehungen wird in den folgenden beiden Fragen exemplarisch deutlich:

a) Faktische Beziehungen: Haben Sie in den vergangenen 6 Monaten mit Frau/Herrn XY Ziele und Aktivitäten zum Themenbereich des Dortmunder Aktionsplans abgestimmt?

b) Potentielle Beziehungen: Können Sie sich vorstellen, mit Frau/Herrn XY Ziele und Aktivitäten zum Themenbereich des Dortmunder Aktionsplans abzustimmen?

Die Frage nach intendierten oder potentiellen Beziehungen ist in der Netzwerkanalyse keineswegs eine Frage nach der guten Absicht, sondern dient dazu, Vorbehalte und Kooperationshemmnisse zu identifizieren. So finden sich z.B. recht häufig Vorbehalte zwischen Sozialarbeitern und Polizeibeamten oder zwischen Anhängern unterschiedlicher Parteien gegen eine Zusammenarbeit mit der jeweils anderen Gruppe. Durch den Abbau solcher Vorbehalte können befriedigende faktische Beziehungen überhaupt erst ermöglicht werden. Dies kann Aktivitäten für Vielfalt, Toleranz und Demokratie entscheidend stärken.

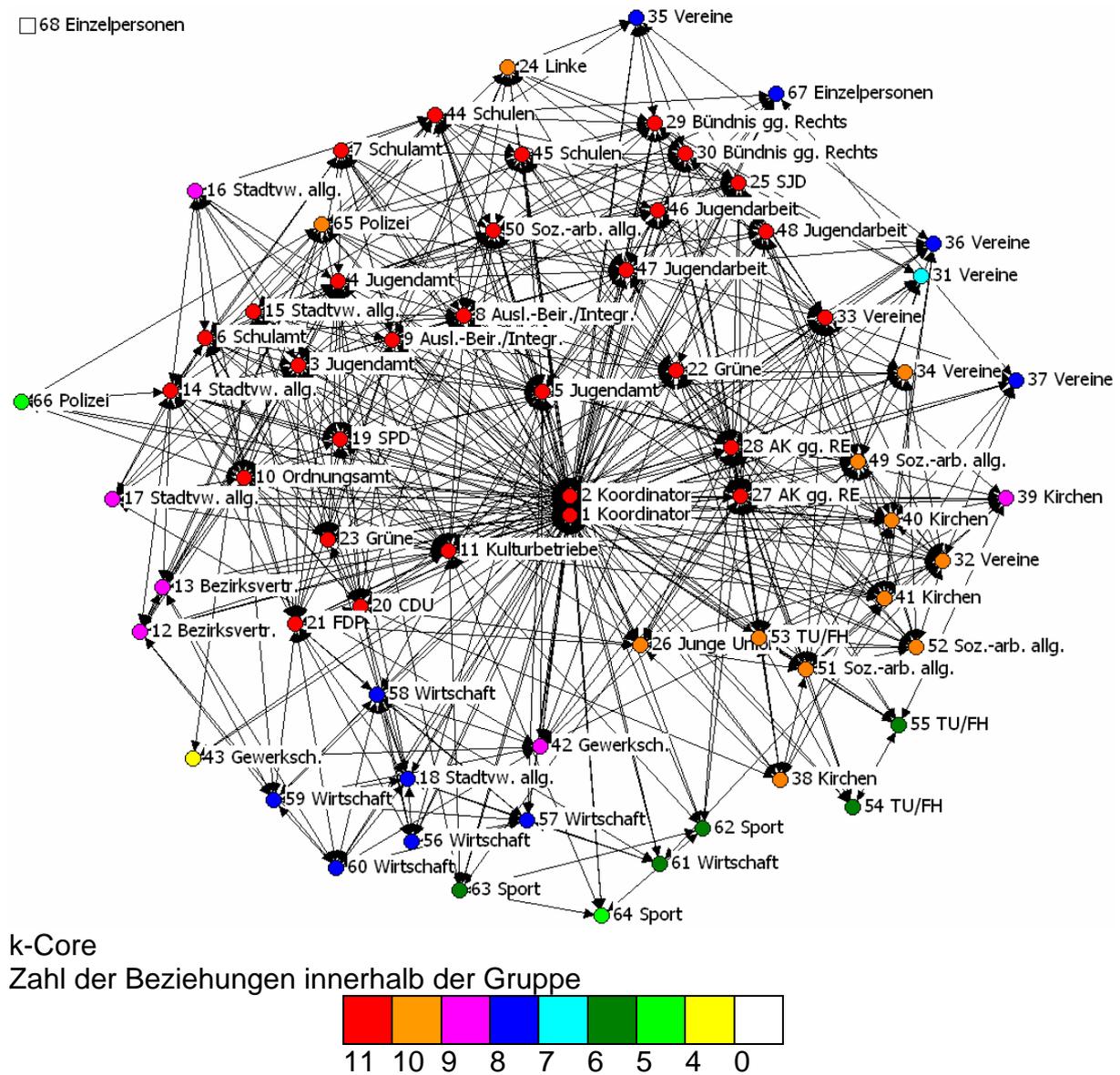
Auch zu diesem Punkt wurde ein Idealnetzwerk erstellt, das in diesem Fall angibt, welche Akteure bereit sein sollten, im Themenbereich des Dortmunder Aktionsplans zusammenzuarbeiten. Dabei wurde bereits die Bereitschaft zur Abstimmung von Zielen und Aktivitäten als Indikator für eine Kooperationsbereitschaft gewertet. Da es sich hier um potentielle Beziehungen handelt, wurde auf die Berechnung der Maßzahlen für Dichte und Zentralität verzichtet.

Der große, mit jeweils 11 Beziehungen am dichtesten vernetzte rote Kernbereich ist in diesem Netzwerk ein deutlicher Hinweis darauf, dass sich die Koordinatoren eine breite Kooperation über Institutionengrenzen hinweg wünschen.

---

<sup>9</sup> Vgl. Schnegg/Lang (2001).

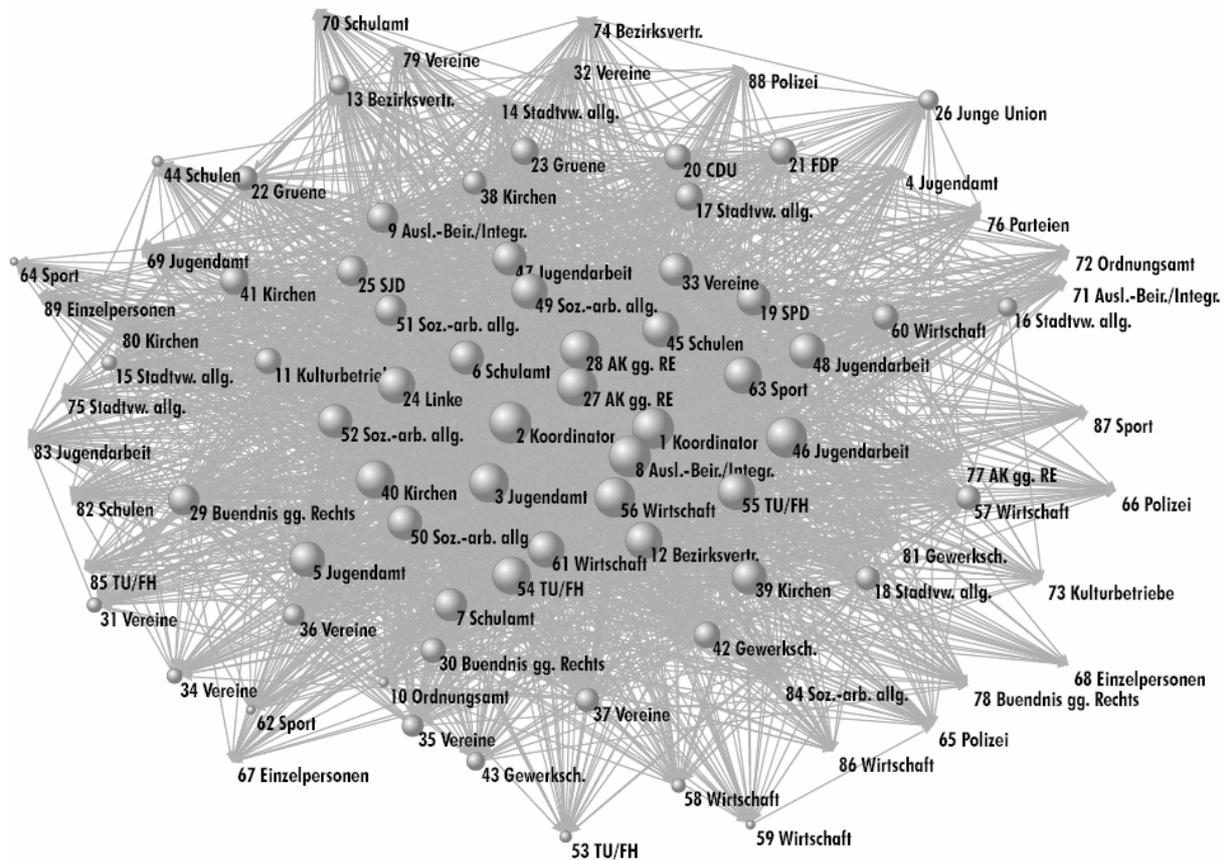
**Abbildung 8:** Idealnetzwerk zur Kooperationsbereitschaft im Hinblick auf die Abstimmung von Zielen und Aktivitäten



Das Realnetzwerk zur Kooperationsbereitschaft ergibt sich aus der Antwort „eher ja“ aller Akteure auf die Frage „Können Sie sich vorstellen, Ziele und Aktivitäten mit der genannten Person abzustimmen?“ Erfreulicherweise ist auch hier das Realnetzwerk sehr viel dichter vernetzt als das Idealnetzwerk. Schon in dem rot markierten Kernbereich, in dem die Akteure über mindestens 32 Beziehungen direkt miteinander verbunden sind, ist die institutionelle Heterogenität gewährleistet. Überhaupt gibt es nur wenige Akteure, die mit 23, 22 oder 18 Beziehungen etwas schwächer in das potentielle Netzwerk zur Abstimmung von Zielen und Aktivitäten eingebunden sind. Insgesamt kann daher festgestellt werden, dass es im Netzwerk zum Dortmunder Aktionsplan über Institutionengrenzen hinweg eine breite Bereitschaft zur Kooperation gibt.



**Abbildung 10:** Realnetzwerk zur Kooperationsbereitschaft im Hinblick auf die Abstimmung von Zielen und Aktivitäten (die Größe der Knoten symbolisiert die Zahl der abgegebenen Nennungen)



**Tabelle 6:** Zahl der abgegebenen Nennungen zur Kooperationsbereitschaft bei der Abstimmung von Zielen und Aktivitäten

| Akteur                               | Abgegebene Nennungen |
|--------------------------------------|----------------------|
| 2 Koordinator, 8 Ausl.-Beir./Integr. | 88                   |
| 1 Koordinator                        | 87                   |
| 46 Jugendarbeit                      | 84                   |
| 56 Wirtschaft                        | 82                   |
| 27 AK gg. RE                         | 81                   |
| 3 Jugendamt                          | 78                   |
| 28 AK gg. RE                         | 75                   |
| 40 Kirchen                           | 74                   |
| 54 TU/FH                             | 73                   |
| 63 Sport                             | 70                   |
| 12 Bezirksvertr., 55 TU/FH           | 69                   |
| 24 Linke                             | 68                   |
| 45 Schulen, 61 Wirtschaft            | 66                   |
| 49 Soz.-arb. allg.                   | 65                   |

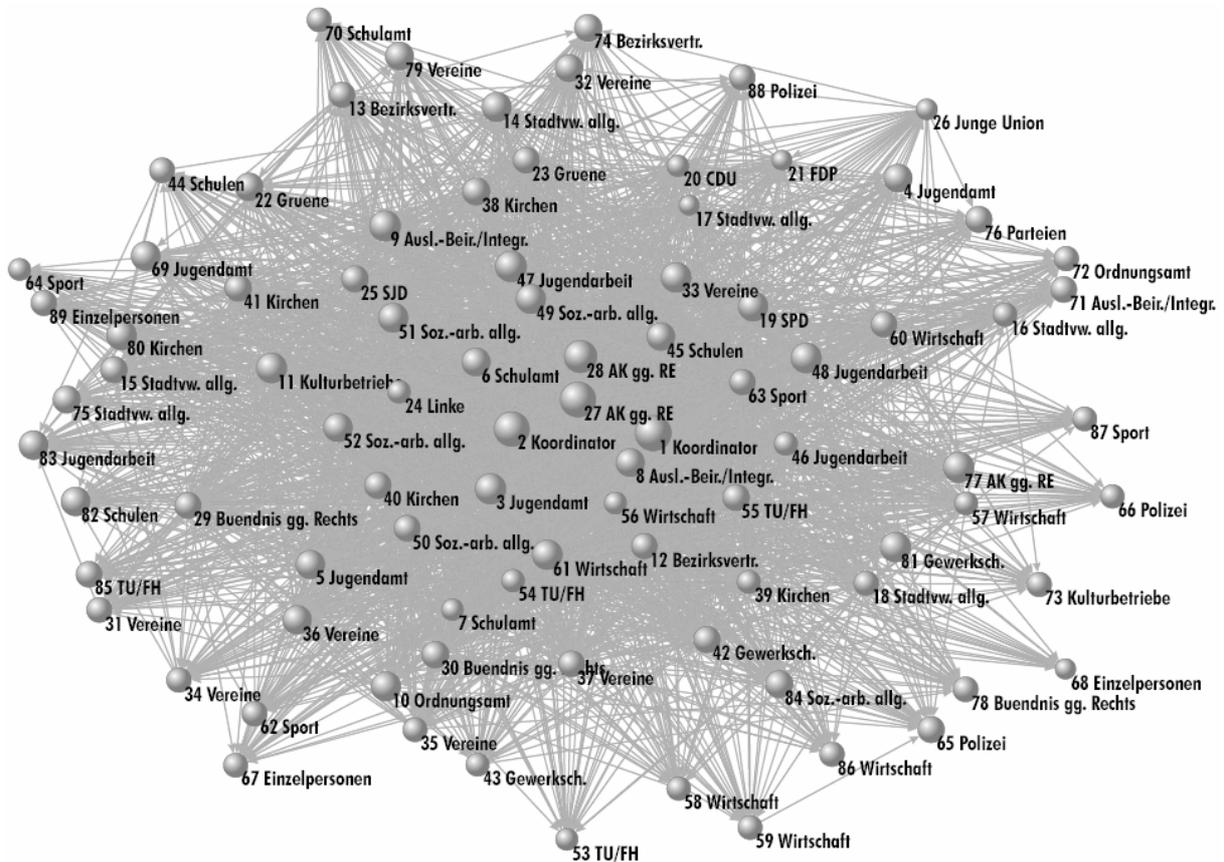
| Akteur                              | Abgegebene Nennungen |
|-------------------------------------|----------------------|
| 5 Jugendamt, 48 Jugendarbeit        | 63                   |
| 39 Kirchen                          | 61                   |
| 6 Schulamt, 50 Soz.-arb. allg.      | 59                   |
| 47 Jugendarbeit, 52 Soz.-arb. allg. | 58                   |
| 19 SPD                              | 56                   |
| 7 Schulamt, 33 Vereine              | 54                   |
| 51 Soz.-arb. allg.                  | 49                   |
| 29 Bündnis gg. Rechts               | 48                   |
| 9 Ausl.-Beir./Integr., 25 SJD,      | 47                   |
| 41 Kirchen                          | 41                   |
| 17 Stadtw. allg.                    | 38                   |
| 23 Grüne                            | 37                   |
| 21 FDP                              | 36                   |
| 42 Gewerksch.                       | 35                   |
| 11 Kulturbetriebe, 20 CDU           | 34                   |
| 60 Wirtschaft                       | 32                   |
| 30 Bündnis gg. Rechts               | 31                   |
| 57 Wirtschaft                       | 30                   |
| 18 Stadtw. allg., 22 Grüne          | 29                   |
| 37 Vereine, 38 Kirchen              | 28                   |
| 35 Vereine, 36 Vereine              | 23                   |
| 13 Bezirksvertr.                    | 20                   |
| 26 Junge Union                      | 19                   |
| 16 Stadtw. allg.                    | 18                   |
| 43 Gewerksch.                       | 17                   |
| 15 Stadtw. allg., 34 Vereine        | 12                   |
| 31 Vereine                          | 11                   |
| 58 Wirtschaft                       | 10                   |
| 53 TU/FH                            | 7                    |
| 44 Schulen                          | 6                    |
| 10 Ordnungsamt                      | 5                    |
| 59 Wirtschaft, 62 Sport             | 4                    |
| 64 Sport                            | 3                    |

Wenn man im Hinblick auf eine mögliche Zusammenarbeit die Frage stellt, wer mit wem zusammenarbeiten möchte, dann genießt derjenige, der am häufigsten als Kooperationspartner gewählt wurde, zweifellos ein großes Prestige. Das Prestige der einzelnen Akteure ist in Abbildung 11 wiederum am Umfang der Kugeln ablesbar. Die Prestigerangfolge kann aber auch aus Tabelle 7 entnommen werden. In diese Analyse konnten alle 89 Akteure des vollständigen Netzwerkes einbezogen werden.

Die begehrtesten Kooperationspartner sind die beiden Koordinatoren sowie die beiden Akteure aus dem Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus. Unter die ersten zehn kommen aber auch Akteure der Jugendarbeit, des Jugendamtes, des Ausländerbeirates, der städtischen Kultur-, Freizeit und Sportbetriebe, der Gewerkschaft, der Vereine, der Wirtschaft, der Kirchen, des Ordnungsamtes, der sonstigen Stadtverwaltung, der SPD, der Sozialarbeit und der Schulen. Begehrte Kooperationspartner kommen also aus verschiedenen Institutionen, was dafür spricht, dass

institutionelle Grenzen auch im Falle einer tatsächlichen Kooperation überwunden werden können.

**Abbildung 11:** Realnetzwerk zur Kooperationsbereitschaft im Hinblick auf die Abstimmung von Zielen und Aktivitäten (die Größe der Knoten symbolisiert die Zahl der erhaltenen Nennungen)

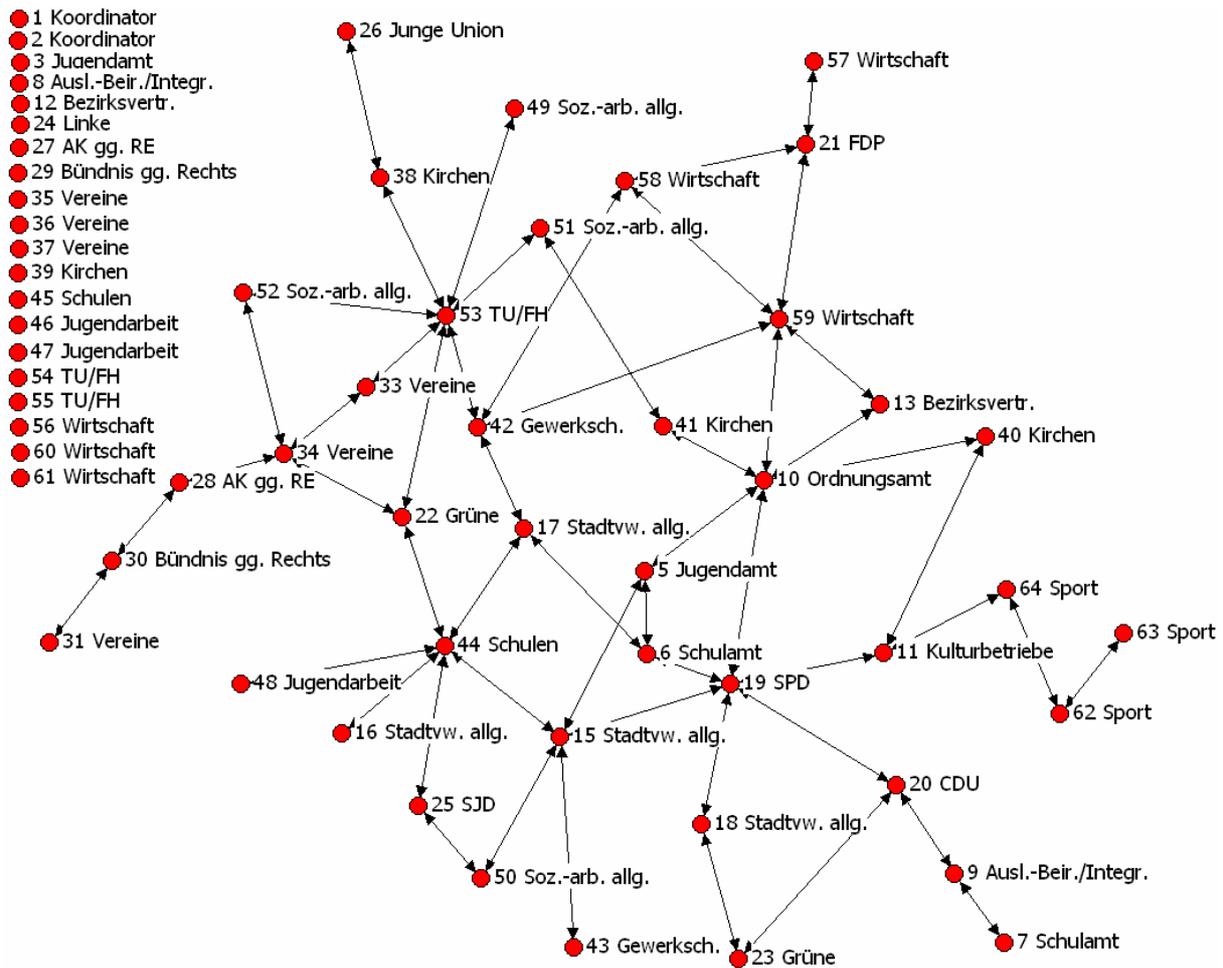


**Tabelle 7:** Zahl der erhaltenen Nennungen und Prestigerangfolge bei der Abstimmung von Zielen und Aktivitäten

| Akteur   | erhaltene Nennungen | Rang |
|--|---------------------|------|
| 1 Koordinator  | 55                  | 1    |
| 27 AK gg. RE   | 53                  | 2    |
| 2 Koordinator  | 52                  | 3    |
| 28 AK gg. RE   | 45                  | 4    |
| 47 Jugendarbeit  | 41                  | 5    |
| 3 Jugendamt, 9 Ausl.-Beir./Integr., 77 AK gg. RE   | 40                  | 6    |
| 11 Kulturbetriebe, 48 Jugendarbeit, 81 Gewerksch.  | 39                  | 7    |
| 33 Vereine, 61 Wirtschaft, 80 Kirchen  | 38                  | 8    |
| 10 Ordnungsamt, 14 Stadtw. allg., 19 SPD, 49 Soz.-arb. allg., 51 Soz.-arb. allg.                   | 37                  | 9    |
| 69 Jugendamt, 82 Schulen, 83 Jugendarbeit  | 36                  | 10   |
| 5 Jugendamt, 36 Vereine, 52 Soz.-arb. allg.  | 35                  | 11   |
| 4 Jugendamt, 6 Schulamt, 8 Ausl.-Beir./Integr., 79 Vereine   | 34                  | 12   |
| 22 Grüne, 45 Schulen   | 33                  | 13   |
| 32 Vereine, 38 Kirchen, 74 Bezirksvertr., 75 Stadtw. allg., 84 Soz.-arb. allg.                     | 32                  | 14   |
| 30 Bündnis gg. Rechts  | 31                  | 15   |
| 15 Stadtw. allg., 25 SJD, 40 Kirchen, 41 Kirchen, 42 Gewerksch., 55 TU/FH, 65 Polizei, 76 Parteien | 30                  | 16   |
| 23 Grüne, 29 Bündnis gg. Rechts, 37 Vereine, 50 Soz.-arb. allg., 71 Ausl.-Beir./Integr., 85 TU/FH  | 29                  | 17   |
| 12 Bezirksvertr., 13 Bezirksvertr., 60 Wirtschaft, 63 Sport, 88 Polizei, 89 Einzelpersonen         | 28                  | 18   |
| 31 Vereine, 44 Schulen, 62 Sport, 78 Bündnis gg. Rechts  | 27                  | 19   |
| 18 Stadtw. allg., 34 Vereine, 72 Ordnungsamt, 73 Kulturbetriebe, 86 Wirtschaft                     | 26                  | 20   |
| 35 Vereine, 59 Wirtschaft, 67 Einzelpersonen, 70 Schulamt, 87 Sport                                | 25                  | 21   |
| 16 Stadtw. allg., 58 Wirtschaft, 66 Polizei  | 24                  | 22   |
| 39 Kirchen, 43 Gewerksch., 46 Jugendarbeit, 57 Wirtschaft  | 23                  | 23   |
| 24 Linke, 54 TU/FH,  | 22                  | 24   |
| 53 TU/FH, 56 Wirtschaft, 64 Sport  | 21                  | 25   |
| 7 Schulamt, 20 CDU   | 20                  | 26   |
| 26 Junge Union   | 19                  | 27   |
| 68 Einzelpersonen  | 18                  | 28   |
| 17 Stadtw. allg., 21 FDP   | 17                  | 29   |

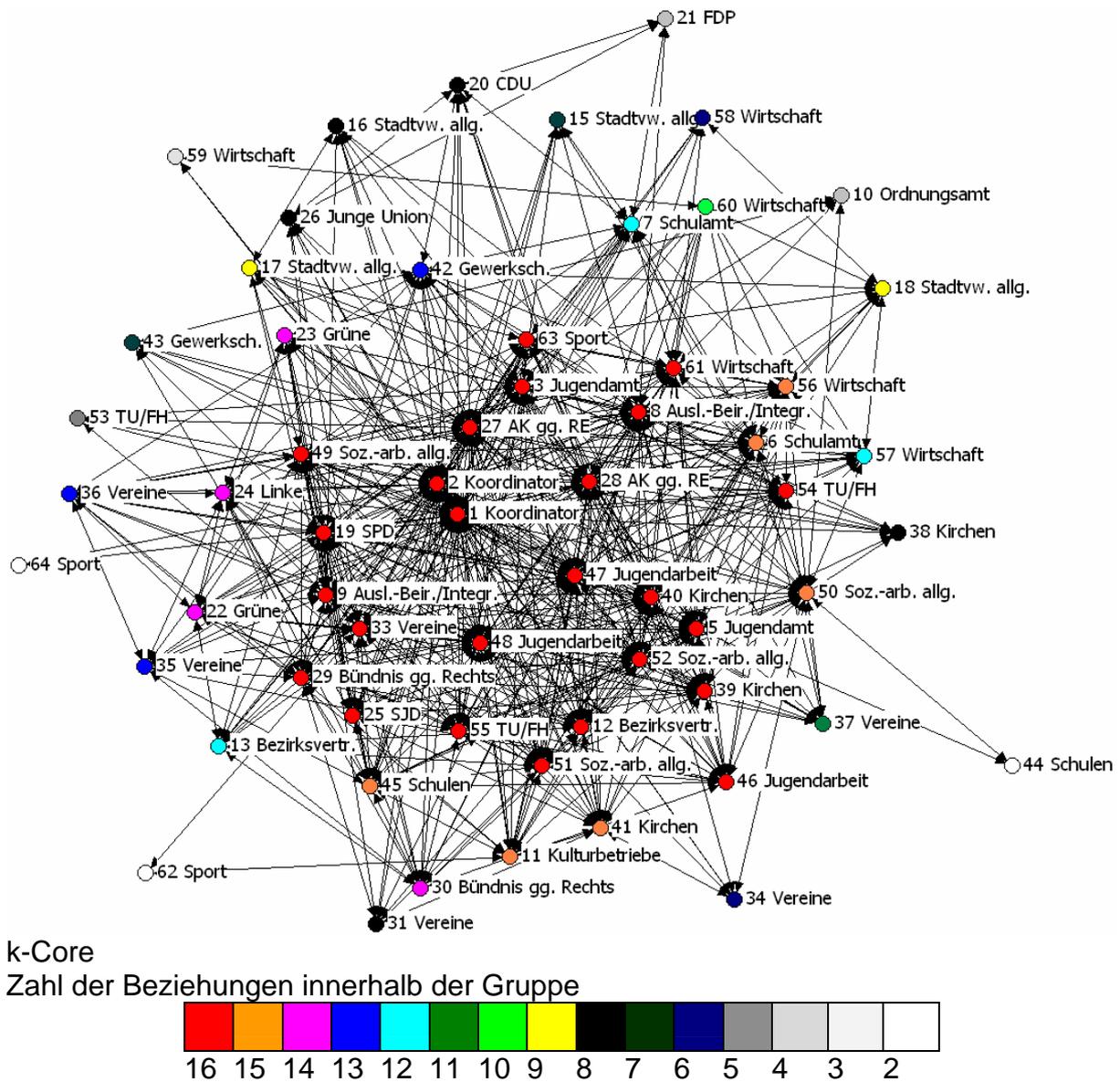
Vergleicht man das Idealnetzwerk der Kooperationsbereitschaft mit dem Realnetzwerk der tatsächlich vorhandenen Kooperationsbereitschaft, dann lassen sich nur relativ wenige fehlende Beziehungen identifizieren. Akteure, bei denen im Vergleich zum Idealnetzwerk mehr als 5 Beziehungen fehlen, sind die Personen mit den Nummern 53, 44, 19 und 10. Insgesamt entspricht die tatsächliche Kooperationsbereitschaft daher weitgehend dem vorher festgelegten Ideal.

**Abbildung 12:** Im Realnetzwerk zur Kooperationsbereitschaft fehlende Beziehungen



Damit es tatsächlich zu einer Kooperation kommen kann, müssen allerdings beide Partner kooperationsbereit sein. Diese wechselseitige Kooperationsbereitschaft ist in Abbildung 13 dargestellt. Grundlage sind wieder die 61 Akteure, die an diesem Befragungselement teilgenommen haben. Auch in diesem Netzwerk ist die institutionelle Heterogenität bereits in dem rot markierten Kernbereich, in dem die Akteure über mindestens 16 Beziehungen direkt miteinander verbunden sind, gewährleistet. Es gibt allerdings auch einige Akteure, die eher eine Randposition einnehmen und nur eine relativ geringe Zahl an wechselseitigen Nennungen aufweisen (s. auch Tabelle 8).

**Abbildung 13:** Realnetzwerk zur Kooperationsbereitschaft im Hinblick auf die Abstimmung von Zielen und Aktivitäten, wechselseitige Nennungen



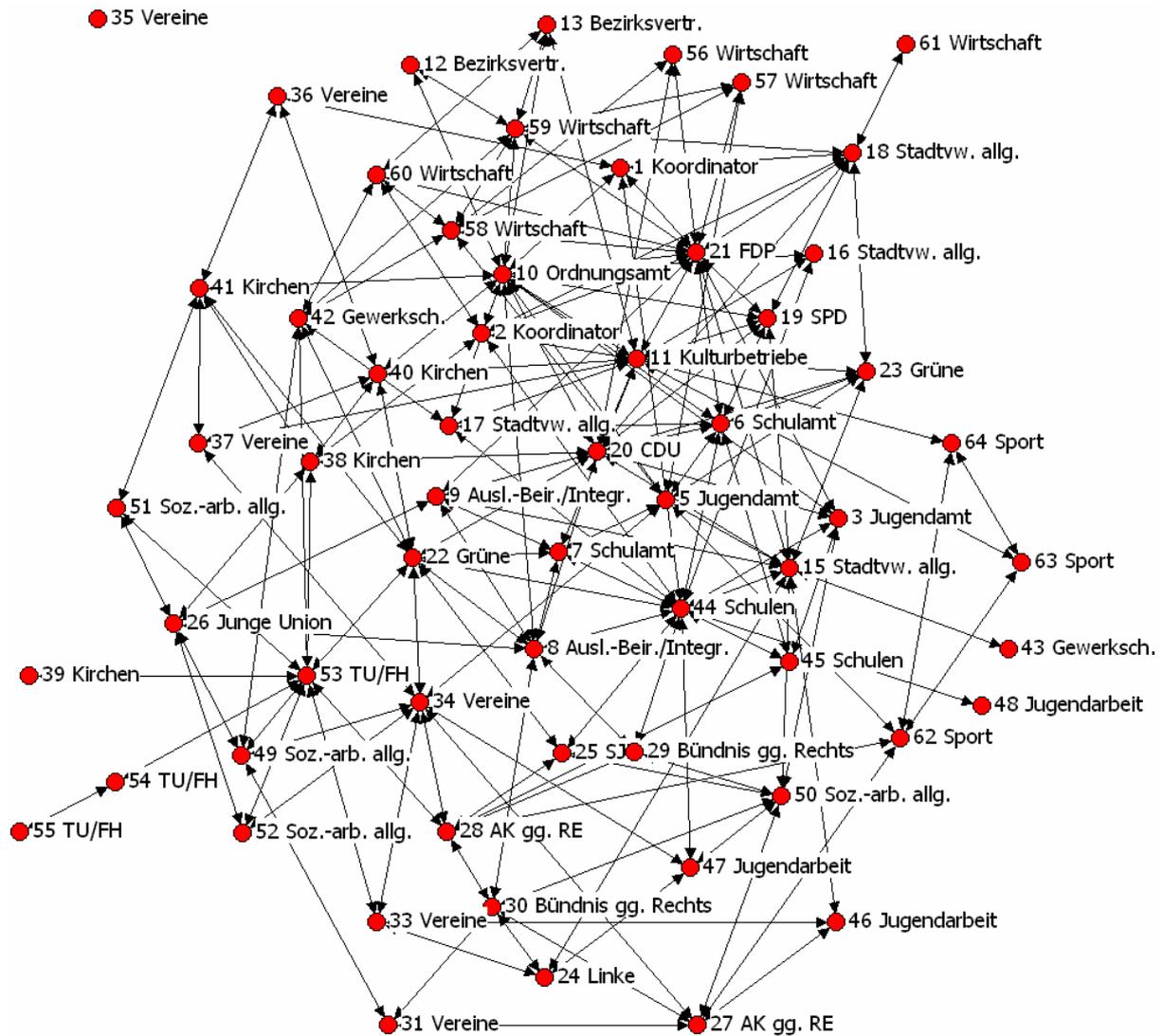
**Tabelle 8:** Zahl der Akteure, mit denen es eine wechselseitige Kooperationsbereitschaft im Hinblick auf die Abstimmung von Zielen und Aktivitäten gibt

| Akteur   | Zahl der Akteure, mit denen es eine wechselseitige Kooperationsbereitschaft gibt |
|--|--|
| 1 Koordinator  | 55   |
| 2 Koordinator  | 52   |
| 27 AK gg. RE   | 49   |
| 28 AK gg. RE   | 40   |
| 3 Jugendamt  | 35   |
| 8 Ausl.-Beir./Integr., 47 Jugendarbeit, 48 Jugendarbeit        | 34   |
| 19 SPD   | 32   |
| 49 Soz.-arb. allg.   | 30   |
| 5 Jugendamt  | 29   |
| 9 Ausl.-Beir./Integr., 40 Kirchen                              | 28   |
| 33 Vereine, 52 Soz.-arb. allg., 61 Wirtschaft                  | 27   |
| 51 Soz.-arb. allg., 55 TU/FH                                   | 26   |
| 29 Bündnis gg. Rechts  | 25   |
| 12 Bezirksvertr.   | 24   |
| 6 Schulamt, 63 Sport   | 23   |
| 25 SJD, 39 Kirchen   | 22   |
| 45 Schulen, 46 Jugendarbeit, 50 Soz.-arb. allg., 56 Wirtschaft | 21   |
| 41 Kirchen, 54 TU/FH   | 19   |
| 22 Grüne, 24 Linke, 42 Gewerksch.                              | 18   |
| 11 Kulturbetriebe  | 17   |
| 30 Bündnis gg. Rechts  | 16   |
| 7 Schulamt, 23 Grüne,  | 15   |
| 36 Vereine, 57 Wirtschaft                                      | 14   |
| 35 Vereine   | 13   |
| 13 Bezirksvertr., 60 Wirtschaft                                | 12   |
| 37 Vereine   | 11   |
| 17 Stadtw. allg., 18 Stadtw. allg., 20 CDU                     | 10   |
| 26 Junge Union   | 9  |
| 16 Stadtw. allg., 31 Vereine, 38 Kirchen                       | 8  |
| 15 Stadtw. allg., 43 Gewerksch.                                | 7  |
| 34 Vereine, 58 Wirtschaft                                      | 6  |
| 53 TU/FH   | 5  |
| 10 Ordnungsamt, 21 FDP   | 4  |
| 59 Wirtschaft  | 3  |
| 44 Schulen, 62 Sport, 64 Sport                                 | 2  |

Vergleicht man nun das Idealnetzwerk der Kooperationsbereitschaft mit dem Realnetzwerk der tatsächlich vorhandenen wechselseitigen Kooperationsbereitschaft, dann erhöht sich die Zahl der fehlenden Beziehungen im Vergleich zu Abbildung 12 beträchtlich. Die jeweilige Zahl der Beziehungen, die im Realnetzwerk der wechselseitigen Kooperationsbereitschaft nicht vorhanden sind, obwohl sie im Idealnetzwerk angegeben wurden, kann auch Tabelle 9 entnommen werden. Die

Analyse basiert wiederum auf den Angaben der 61 Akteure, die an diesem Befragungselement teilgenommen haben.

**Abbildung 14:** Im Realnetzwerk zur Kooperationsbereitschaft fehlende wechselseitige Beziehungen

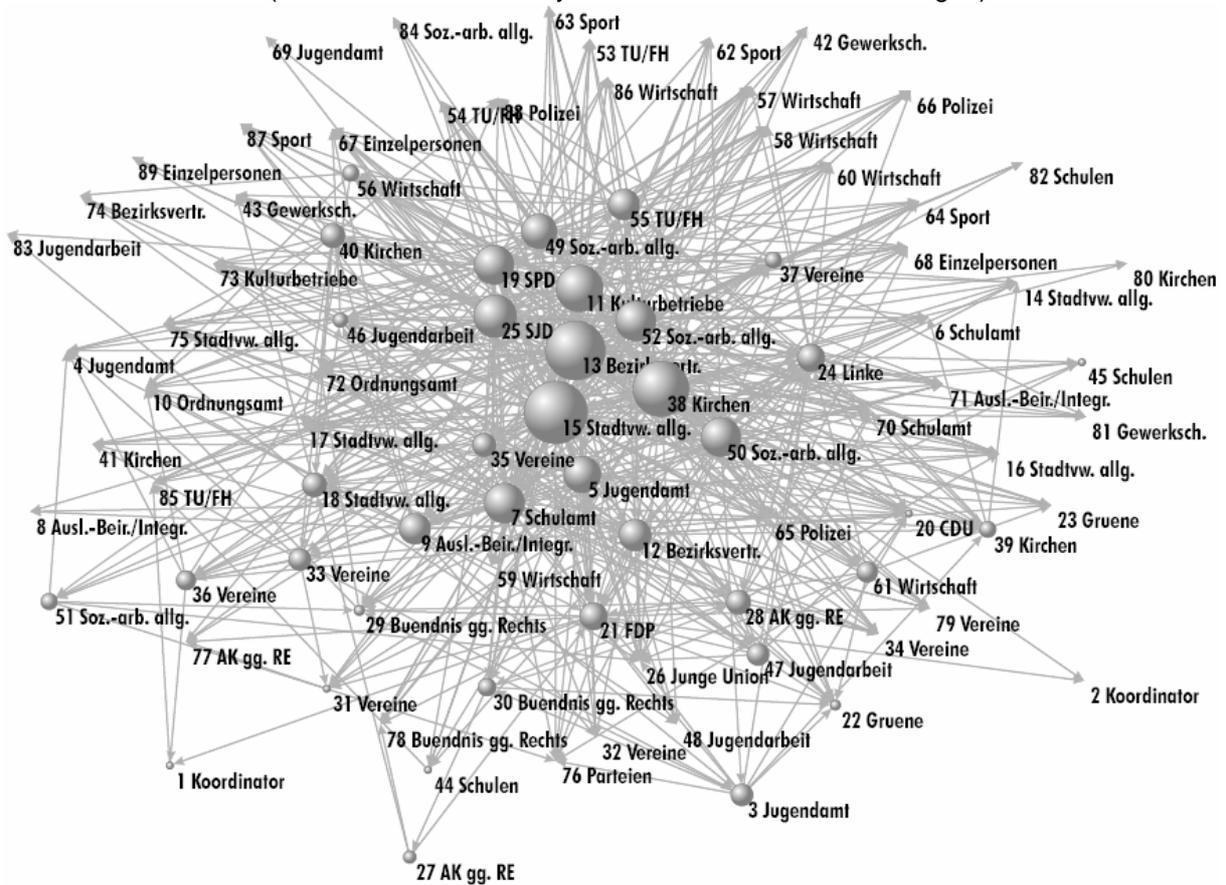


**Tabelle 9:** Zahl der im Realnetzwerk fehlenden Beziehungen zur wechselseitigen Kooperationsbereitschaft

| Akteur  | Zahl der fehlenden Beziehungen |
|---|--------------------------------|
| 10 Ordnungsamt  | 17                             |
| 21 FDP, 44 Schulen  | 15                             |
| 11 Kulturbetriebe   | 14                             |
| 20 CDU  | 13                             |
| 15 Stadtw. allg.  | 11                             |
| 22 Grüne, 53 TU/FH  | 10                             |
| 5 Jugendamt, 6 Schulamt, 8 Ausl.-Beir./Integr., 34 Vereine  | 9                              |
| 18 Stadtw. allg., 59 Wirtschaft   | 8                              |
| 2 Koordinator, 19 SPD, 28 AK gg. RE, 42 Gewerksch., 50 Soz.-arb. allg., 58 Wirtschaft   | 7                              |
| 3 Jugendamt, 7 Schulamt, 9 Ausl.-Beir./Integr., 23 Grüne, 26 Junge Union, 27 AK gg. RE, 30 Bündnis gg. Rechts, 38 Kirchen, 40 Kirchen, 41 Kirchen | 6                              |
| 1 Koordinator, 17 Stadtw. allg., 25 SJD, 29 Bündnis gg. Rechts, 49 Soz.-arb. allg., 60 Wirtschaft, 62 Sport,                                      | 5                              |
| 13 Bezirksvertr., 24 Linke, 33 Vereine, 37 Vereine, 45 Schulen, 47 Jugendarbeit, 57 Wirtschaft  | 4                              |
| 16 Stadtw. allg., 31 Vereine, 36 Vereine, 46 Jugendarbeit, 51 Soz.-arb. allg., 52 Soz.-arb. allg., 56 Wirtschaft, 63 Sport, 64 Sport              | 3                              |
| 12 Bezirksvertr., 54 TU/FH  | 2                              |
| 39 Kirchen, 43 Gewerksch., 48 Jugendarbeit, 55 TU/FH, 61 Wirtschaft   | 1                              |
| 35 Vereine  | 0                              |

Zusätzlich zur Kooperationsbereitschaft können auch die Kooperationsvorbehalte identifiziert werden. Das Realnetzwerk der Kooperationsvorbehalte ergibt sich aus der Antwort „eher nein“ aller Akteure auf die Frage „Können Sie sich vorstellen, Ziele und Aktivitäten mit der genannten Person abzustimmen?“ In Abbildung 15 symbolisiert die Größe der Knoten die Zahl der explizit geäußerten Kooperationsvorbehalte. Natürlich konnten nur solche Akteure Kooperationsvorbehalte äußern, die an diesem Befragungselement teilgenommen haben. Diese Akteure sind in Tabelle 10 aufgeführt.

**Abbildung 15:** Realnetzwerk zu den Kooperationsvorbehalten im Hinblick auf die Abstimmung von Zielen und Aktivitäten (die Größe der Knoten symbolisiert die Zahl der Nennungen)



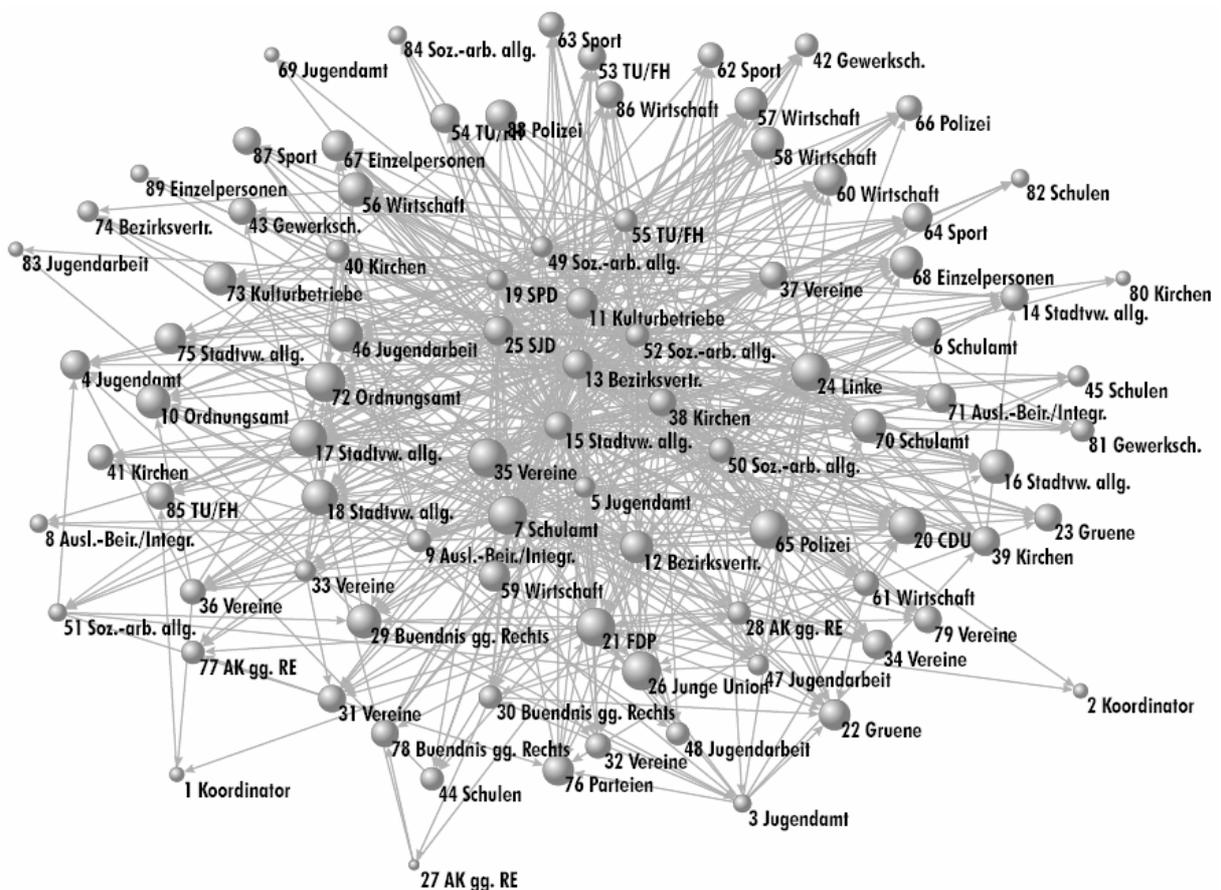
**Tabelle 10:** Zahl der abgegebenen Kooperationsvorbehalte im Hinblick auf die Abstimmung von Zielen und Aktivitäten

| Akteur                                     | abgegebene Nennungen |
|--|----------------------|
| 15 Stadtw. allg.                           | 74                   |
| 13 Bezirksvertr.                           | 66                   |
| 38 Kirchen                                 | 58                   |
| 11 Kulturbetriebe                          | 41                   |
| 25 SJD                                     | 34                   |
| 7 Schulamt, 52 Soz.-arb. allg.             | 30                   |
| 19 SPD, 50 Soz.-arb. allg.                 | 29                   |
| 5 Jugendamt                                | 25                   |
| 49 Soz.-arb. allg.                         | 23                   |
| 12 Bezirksvertr.                           | 19                   |
| 9 Ausl.-Beir./Integr., 55 TU/FH            | 18                   |
| 21 FDP, 24 Linke                           | 14                   |
| 18 Stadtw. allg., 28 AK gg. RE, 40 Kirchen | 11                   |
| 35 Vereine                                 | 10                   |
| 3 Jugendamt, 33 Vereine, 47 Jugendarbeit   | 9                    |
| 61 Wirtschaft                              | 8                    |
| 36 Vereine                                 | 7                    |

| Akteur  | abgegebene Nennungen |
|---|----------------------|
| 30 Bündnis gg. Rechts   | 6                    |
| 37 Vereine, 39 Kirchen, 51 Soz.-arb. allg., 56 Wirtschaft   | 5                    |
| 46 Jugendarbeit   | 4                    |
| 27 AK gg. RE  | 3                    |
| 22 Grüne, 29 Bündnis gg. Rechts   | 2                    |
| 1 Koordinator, 20 CDU, 31 Vereine, 44 Schulen, 45 Schulen   | 1                    |
| 2 Koordinator, 6 Schulamt, 8 Ausl.-Beir./Integr., 10 Ordnungsamt, 16 Stadtw. allg., 17 Stadtw. allg., 23 Grüne, 26 Junge Union, 34 Vereine, 41 Kirchen, 42 Gewerksch., 43 Gewerksch., 48 Jugendarbeit, 53 TU/FH, 54 TU/FH, 57 Wirtschaft, 58 Wirtschaft, 59 Wirtschaft, 60 Wirtschaft, 62 Sport, 63 Sport, 64 Sport | 0                    |

Bei der Frage, wie häufig ein Akteur der Adressat eines Kooperationsvorbehaltes ist, können dagegen alle 89 Akteure in die Analyse einbezogen werden. In Abbildung symbolisiert die Größe der Knoten die Zahl der erhaltenen Nennungen. Diese Zahl findet sich auch in Tabelle 11. Interessant ist, dass zum Teil auch „andere Person aus Institution X“ (Nr. 69-89), die überdies für die gesamte Institution stehen können, etliche Nennungen zu Kooperationsvorbehalten erhalten haben.

**Abbildung 16:** Realnetzwerk zu den Kooperationsvorbehalten im Hinblick auf die Abstimmung von Zielen und Aktivitäten (die Größe der Knoten symbolisiert die Zahl der erhaltenen Nennungen)



**Tabelle 11:** Zahl der erhaltenen Kooperationsvorbehalte im Hinblick auf die Abstimmung von Zielen und Aktivitäten

| Akteur  | Kooperationsvorbehalte, Zahl der erhaltenen Nennungen |
|---|---|
| 72 Ordnungsamt  | 15  |
| 7 Schulamt, 21 FDP, 24 Linke, 26 Junge Union, 35 Vereine, 65 Polizei  | 14  |
| 17 Stadtw. allg., 20 CDU,   | 13  |
| 18 Stadtw. allg.  | 12  |
| 10 Ordnungsamt, 16 Stadtw. allg., 29 Bündnis gg. Rechts, 46 Jugendarbeit, 56 Wirtschaft, 70 Schulamt  | 11  |
| 12 Bezirksvertr., 57 Wirtschaft, 58 Wirtschaft, 60 Wirtschaft, 68 Einzelpersonen, 73 Kulturbetriebe   | 10  |
| 11 Kulturbetriebe, 22 Grüne, 59 Wirtschaft, 67 Einzelpersonen, 75 Stadtw. allg., 76 Parteien, 88 Polizei  | 9   |
| 4 Jugendamt, 6 Schulamt, 13 Bezirksvertr., 25 SJD, 34 Vereine, 39 Kirchen, 54 TU/FH, 64 Sport, 71 Ausl.-Beir./Integr.   | 8   |
| 14 Stadtw. allg., 15 Stadtw. allg., 23 Grüne, 31 Vereine, 37 Vereine, 38 Kirchen, 43 Gewerksch., 53 TU/FH, 78 Bündnis gg. Rechts, 79 Vereine, 85 TU/FH, 86 Wirtschaft, 87 Sport | 7   |
| 32 Vereine, 36 Vereine, 41 Kirchen, 50 Soz.-arb. allg., 61 Wirtschaft, 62 Sport, 63 Sport, 66 Polizei   | 6   |
| 9 Ausl.-Beir./Integr., 28 AK gg. RE, 30 Bündnis gg. Rechts, 40 Kirchen, 42 Gewerksch., 44 Schulen, 48 Jugendarbeit, 52 Soz.-arb. allg., 55 TU/FH, 77 AK gg. RE, 81 Gewerksch.   | 5   |
| 5 Jugendamt, 19 SPD, 33 Vereine, 45 Schulen, 47 Jugendarbeit, 49 Soz.-arb. allg., 74 Bezirksvertr.  | 4   |
| 3 Jugendamt, 8 Ausl.-Beir./Integr., 51 Soz.-arb. allg., 82 Schulen, 84 Soz.-arb. allg., 89 Einzelpersonen   | 3   |
| 1 Koordinator, 2 Koordinator, 69 Jugendamt, 80 Kirchen, 83 Jugendarbeit   | 2   |
| 27 AK gg. RE  | 1   |

Die Zahl der wechselseitigen Kooperationsvorbehalte ist dagegen relativ gering. Lediglich an die Akteure mit den Nummern 13 und 38 wurden mehr als 5 Kooperationsvorbehalte adressiert, die auch erwidert wurden (s. Abbildung 17).



### 3.3 Allgemeine Merkmale des Netzwerks

Im Rahmen der Netzwerkbefragung wurden den Akteuren auch einige allgemeine Fragen gestellt. Abbildung zeigt, dass sich die meisten Akteure (78,3 % der gültigen Fälle) sehr gut und gut oder zumindest relativ gut in das Netzwerk eingebunden fühlen. Immerhin 11 Akteure bewerteten ihre Einbindung jedoch als relativ schlecht und 2 sogar als schlecht.

**Abbildung 18:** Wie gut fühlen Sie sich selbst in die Zusammenarbeit zum Themenbereich des Dortmunder Aktionsplans eingebunden?

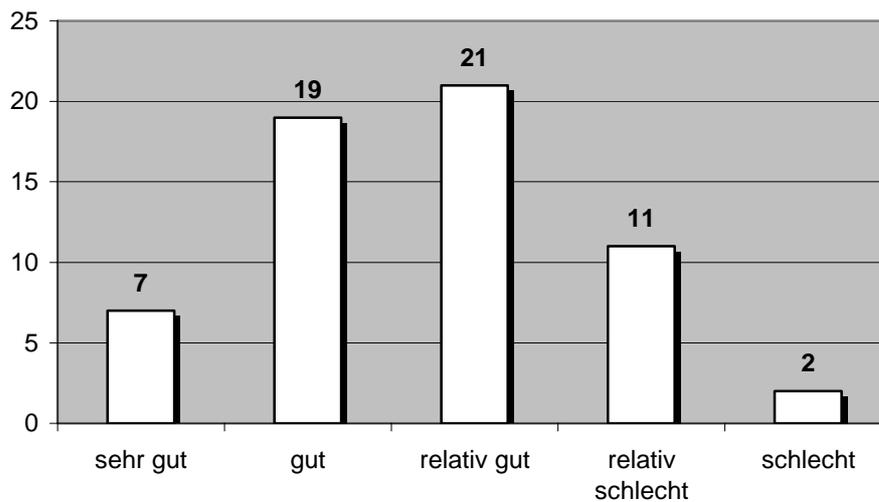
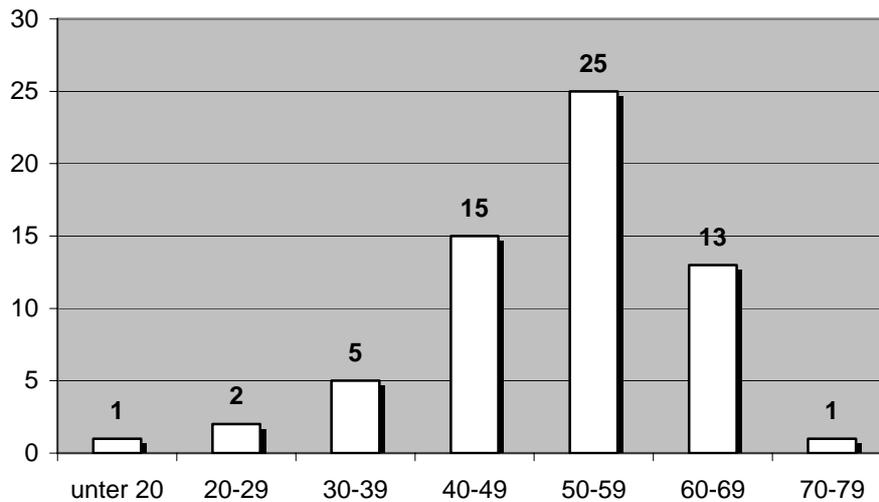


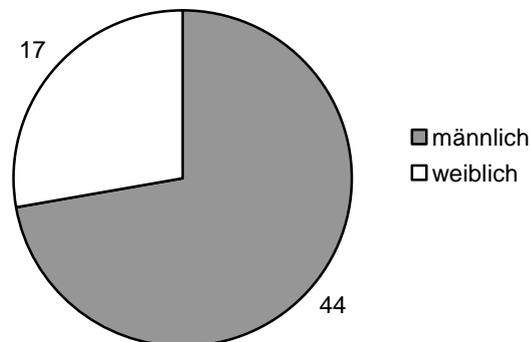
Abbildung 19 zeigt, dass die meisten Akteure des Kernnetzwerkes älter als 40 Jahre sind. Zahlenmäßig am stärksten ist die Gruppe der 50-59jährigen. Natürlich profitieren Netzwerke durchaus von der Erfahrung älterer Akteure. Aber so wichtig Erfahrung in diesem Zusammenhang ist: Man sollte dennoch bedenken, dass auch Netzwerke altern. Zwischen den Akteuren schleifen sich auf die Dauer bestimmte Verhaltensmuster ein, es entwickeln sich Routinen und Rituale, und es verfestigen sich bestimmte Denkweisen und Kommunikationsstile. Deswegen ist es oft von Vorteil, auch in den Kernbereichen eines Netzwerkes ein produktives Unruhepotenzial zuzulassen und auch jüngere Akteure mit unkonventionellen Ideen zu integrieren (vgl. Fürst/Schubert 1998, S. 357).

**Abbildung 19:** Alter der Akteure



Schließlich ist noch anzumerken, dass Männer in dem untersuchten Kernnetzwerk stark überrepräsentiert sind. Fast drei Viertel (72,1 % der gültigen Fälle) der Akteure sind Männer.

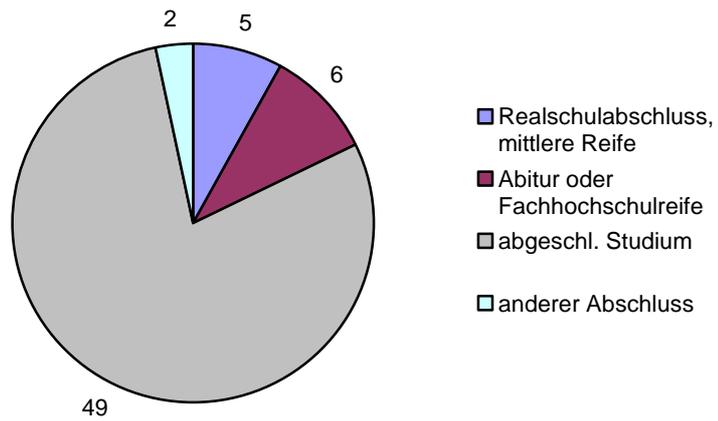
**Abbildung 20:** Geschlecht der Akteure



Interessant ist auch der Bildungshintergrund der Akteure des Kernnetzwerks (Abbildung 21). Ein abgeschlossenes Studium haben immerhin 79 % der Personen, die diese Frage beantworteten. Hinzu kommen 9,7 % mit Abitur oder Fachhochschulreife. Somit besitzen fast 90 % der Akteure des Kernnetzwerks einen höheren Bildungsabschluss. Dieser Befund ist in der Tendenz nicht überraschend, da Personen, die man im weiteren Sinne dem Bildungsbürgertum zurechnen könnte, in Netzwerken zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie oft überproportional vertreten sind. In dieser Ausprägung ist der Befund aber dennoch ungewöhnlich. Der hohe Anteil hochgebildeter Personen ist solange kein Problem, wie es vor allem um die Verteidigung demokratischer Grundpositionen geht. Denn in diesem Fall ist der soziale Hintergrund der agierenden Personen eher nachrangig. Wenn es darüber hinaus aber auch darum gehen soll, in gefährdete Milieus hineinzuwirken und in diesen Milieus Alternativen zu rechtsextremistischen Angeboten bereitzustellen, dann kann sich die Milieufremde der handelnden Personen negativ auswirken. Es

sollte daher versucht werden, auch Personen aus bildungsferneren Schichten in das Kernnetzwerk zu integrieren.

**Abbildung 21:** Welchen höchsten schulischen oder universitären Abschluss haben Sie bisher erreicht?



## 4. Resümee und Hinweise für die Weiterentwicklung des Netzwerks

Die Analysen zeigen, dass es den Koordinatoren seit September 2007 gelungen ist, im Rahmen des Dortmunder Aktionsplans für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ein dichtes Netzwerk auf- und auszubauen. Zum untersuchten Kernnetzwerk gehören unterschiedliche, für die Thematik des Aktionsplans wichtige Gruppen und Institutionen. Das Netzwerk kann daher als ein Ergänzungsnetzwerk bezeichnet werden, in dem Akteure ergänzende Informationen und Unterstützungsleistungen erhalten, um ihre Aktivitäten im Sinne des Aktionsplans optimieren oder überhaupt erst durchführen zu können.

Die Akteure sind bereits sehr gut miteinander vernetzt, so dass ein zuverlässiger Informationsfluss zum Themenbereich des Aktionsplans auf jeden Fall gewährleistet ist. Bei den Vergleichen mit dem Idealnetzwerk, das in dem Workshop mit den Koordinatoren erarbeitet wurde, zeigt sich aber auch, dass etliche direkte Beziehungen zwischen den Akteuren noch fehlen. Nun kann auf einen Teil dieser Beziehungen durchaus verzichtet werden, da Informationen auch über eine dritte Person weitergegeben werden können. In einigen Fällen wäre eine direkte Vernetzung aber wünschenswert oder sogar erforderlich. In dem Ergebnisworkshop sind den Koordinatoren daher weitere Detailergebnisse vorgestellt worden, die Ansatzpunkte für eine gezielte Optimierung des Netzwerks bieten. Wünschenswert erscheint auch ein weiterer Ausbau der starken Beziehungen zwischen Akteuren. Diese wurden über einen mindestens wöchentlichen Informationsaustausch operationalisiert und bilden gewissermaßen das Rückgrat des Kernnetzwerkes. In diesem Zusammenhang geht es dann auch um die stärkere Einbindung der Akteure, die sich noch relativ schlecht in das Netzwerk eingebunden fühlen.

Nun ist der Aufbau eines Netzwerks natürlich kein Selbstzweck, sondern soll dazu führen, dass die Beteiligten effizienter und effektiver handeln können als es ohne die Vernetzung möglich wäre. Die von uns in anderen Kommunen durchgeführten Netzwerkanalysen belegen, dass solche Effizienz- und Effektivitätsgewinne insbesondere durch einen unbürokratischen Zugang zu Informationen, eine bessere Abstimmung mit anderen Akteuren, die Verbesserung bestehender Aktivitäten und Aktionen sowie durch die Entwicklung und Durchführung innovativer Maßnahmen realisierbar sind. Ein ganz zentraler Aspekt der Vernetzung besteht darin, mit vereinten Kräften Aufgaben bewältigen zu können, die einen einzelnen Akteur überfordern würden. Daher ist es äußerst wichtig, dass es in einem Netzwerk möglichst wenige Kooperationsvorbehalte gibt. Erfreulicherweise zeigt sich im Netzwerk zum Dortmunder Aktionsplan eine insgesamt sehr große Kooperationsbereitschaft. Vergleicht man das Netzwerk zur Kooperationsbereitschaft mit dem im Workshop erarbeiteten Idealnetzwerk, dann gibt es nur relativ wenige fehlende Beziehungen. Damit eine Kooperation tatsächlich zustande kommt, müssen jedoch beide Partner hierzu bereit sein. Vergleicht man das Netzwerk der wechselseitigen Kooperationsbereitschaft mit dem Idealnetzwerk, dann zeigen sich an einigen Stellen durchaus noch Optimierungsmöglichkeiten. Diese Optimierungsmöglichkeiten werden auch durch die Netzwerke zu den Kooperationsvorbehalten veranschaulicht. Im Ergebnisworkshop wurden den Koordinatoren auch zu diesem Aspekt Detailergebnisse mit Ansatzpunkten für die Weiterentwicklung des Netzwerkes zur Verfügung gestellt.

Die Ergebnisse zu den allgemeinen Merkmalen des Netzwerks zeigen, dass es wünschenswert wäre, mehr jüngere Menschen, mehr Frauen und mehr Haupt- und Realschulabsolventen in den Kernbereich des Netzwerkes zu integrieren. Zwar ist davon auszugehen, dass solche Akteure in den weiteren Vernetzungsstrukturen vertreten sind, sie sollten aber auch bei der generellen Ausrichtung der Arbeit zum Dortmunder Aktionsplan Einfluss ausüben können.

Insgesamt bestätigt der erfolgreiche Auf- und Ausbau des Netzwerkes zum Dortmunder Aktionsplan unsere an anderer Stelle veröffentlichten Ergebnisse (Strobl/Würtz/Klemm 2003). So zeigt die zentrale Position der Koordinatoren im Dortmunder Netzwerk zum einen deren erfolgreiches Agieren, zum anderen macht sie aber auch deutlich, dass es für den Aufbau und die Aufrechterhaltung eines Netzwerkes Personen bedarf, die zu einem dauerhaften Engagement bereit und in der Lage sind. Pierre Bourdieu (1983) betont in diesem Zusammenhang zu Recht, dass für die Reproduktion von Sozialkapital eine laufende Beziehungsarbeit in Form ständiger Austauschakte erforderlich ist. So muss die gegenseitige Anerkennung immer wieder neu bestätigt werden. Allein diese Beziehungsarbeit wird in größeren Netzwerken schnell so aufwändig, dass sie allein mit ehrenamtlichen Kräften nicht mehr zu bewältigen ist. Hinzu kommt die Weiterleitung von Informationen, die Planung von Projekten, die Koordinierung von Aktivitäten usw.

Wichtig ist auch eine langfristige Orientierung, da erfolgreiche Vernetzungsarbeit Zeit braucht, weil zunächst Vertrauen aufgebaut werden muss. Wir schätzen, dass für den Aufbau einer tragfähigen Vertrauensbasis mindestens zwei Jahre erforderlich sind.

Als sehr positiv ist das moderierende und integrierende Vorgehen der Koordinatoren hervorzuheben, das auch in einzelnen Kommentaren der Netzwerkerhebung gewürdigt wird:

„Ich bin dankbar, dass es sie gibt; im Moment nur Lob, es ist die Stelle, die die verschiedenen Gruppierungen zusammenführt und dies auch geschafft hat. [...] Ohne die Koordinierungsstelle würde die Arbeit zerfallen.“

Wenn man die Erkenntnis ernst nimmt, dass Rechtsextremismus ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, dann muss es darum gehen, möglichst alle demokratischen Kräfte für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem Problem zu bündeln. Die Integration unterschiedlicher demokratischer Kräfte ist aber nur möglich, wenn der gemeinsame Rahmen breit genug ist und die Mitarbeit nicht an zu viele Voraussetzungen geknüpft wird. Die Koordinatoren des Dortmunder Aktionsplans verfolgen genau diese Strategie und konnten damit entscheidend zu einer erfolgreichen Vernetzung beitragen. Wie das dadurch verfügbare soziale Kapital zur Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen und Projekten für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus beiträgt, ist jedoch nicht mehr Gegenstand dieser Untersuchung.

## 5. Literatur

- Bourdieu, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, R. (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt Sonderband 2. Göttingen: Schwartz, S. 183-198.
- Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Hg.)(2002): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen: Leske und Budrich.
- Fürst, D.; Schubert, H. (1998): Regionale Akteursnetzwerke. Zur Rolle von Netzwerken in regionalen Umstrukturierungsprozessen. In: Raumforschung und Raumordnung, 56, S. 352-361.
- Hanneman, R. A.; Riddle, M. (2005): Introduction to social network methods. Riverside, CA: University of California, Riverside (published in digital form at <http://faculty.ucr.edu/~hanneman/>) [Abruf: 29.05.2005].
- Jansen, D. (1999): Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Opladen: Leske + Budrich.
- Keupp, H. (2000): Eine Gesellschaft der Ichlinge? Zum bürgerschaftlichen Engagement von Heranwachsenden. Autorenband 3 der SPI-Schriftenreihe. München: SPI.
- Nooy, W. de; Mrvar, A.; Batagelj, V. (2005): Exploratory Social Network Analysis with Pajek. Cambridge u.a.: Cambridge Univ. Press.
- prognos (2007): Netzwerkanalyse in den Lokalen Bündnissen für Familie. Paderborner Bündnis für Familie. Düsseldorf: Prognos AG.
- Putnam, R. D. (2000): Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York u.a.: Simon & Schuster.
- Putnam, R. D. (2002): Soziales Kapital in der Bundesrepublik Deutschland und in den USA. In: Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“: Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen: Leske und Budrich, S. 257-271.
- Schnegg, M.; Lang, H. (2001): Netzwerkanalyse. Eine praxisorientierte Einführung. In: Methoden der Ethnographie, Heft 1, S. 1-55. Online im Internet unter <http://www.methoden-der-ethnographie.de/heft1/heft1.html> [Abruf: 16.04.03].
- Strobl, R.; Würtz, S.; Klemm, J. (2003): Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Städte im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Weinheim: Juventa.
- Watts Duncan J. (1999): Networks, Dynamics, and the Small-World Phenomenon. In: American Journal of Sociology 105, pp. 493-527.

# Anhang

Fragebogen zur Vernetzung im Rahmen des Dortmunder Aktionsplans für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

## Netzwerkfragen

1. Wie häufig haben Sie in den letzten 6 Monaten Informationen zu Toleranz, Demokratie, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit oder Antisemitismus mit Frau/Herrn ... ausgetauscht?  
*nie* (kein Informationsaustausch / kenne die Person nicht)  
*selten* (mindestens einmal im Halbjahr)  
*häufiger* (mindestens einmal im Monat)  
*oft* (mindestens einmal pro Woche)
2. Können Sie sich vorstellen, Ziele und Aktivitäten mit der genannten Person abzustimmen?  
*(eher) ja*  
*(eher) nein*

## Allgemeine Fragen

1. Wie gut fühlen Sie sich selbst in die Zusammenarbeit zum Themenbereich des Dortmunder Aktionsplans eingebunden?  
① sehr gut  
② gut  
③ relativ gut  
④ relativ schlecht  
⑤ schlecht  
⑥ sehr schlecht
2. Die Koordinatoren würden sich über Lob, Kritik, Anregungen und Hinweise zu ihrer Arbeit und zum Dortmunder Aktionsplan sehr freuen!

---

---

3. Wie alt sind Sie?

- ① unter 20
- ② 20-29
- ③ 30-39
- ④ 40-49
- ⑤ 50-59
- ⑥ 60-69
- ⑦ 70-79
- ⑧ 80 und älter

4. Ihr Geschlecht?

- ① männlich
- ② weiblich

5. Welchen höchsten schulischen oder universitären Abschluss haben Sie bisher erreicht?

- ① Hauptschulabschluss,
- ② Realschulabschluss, mittlere Reife
- ③ Abitur oder Fachhochschulreife
- ④ ein abgeschlossenes Studium an einer Hochschule oder Fachhochschule
- ⑤ einen anderen Abschluss und zwar:

---

Ende der Befragung – Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!

**C**

## **Anhang**

**Wilhelm Heitmeyer: Unthematisierte Reproduktionsprozesse. Zur Selbststabilisierung eines feindseligen Klimas. In: ders. (Hg.): Deutsche Zustände, Band 5, 2007, Suhrkamp, S. 281-293.**

WILHELM HEITMEYER

## Unthematisierte Reproduktionsprozesse Zur Selbststabilisierung eines feindseligen Klimas

### 1. Das Problem und die Thesen

Wir haben in den letzten fünf Jahren die Ausmaße und Ursachen *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* (GMF) in Deutschland untersucht. Parallel dazu gibt es zahlreiche Präventions- und Interventionsprogramme in Vereinen, Verbänden, Kommunen, Ländern etc., die sich gegen feindselige Einstellungen in der Bevölkerung und gegen rechtsextreme Gewalt richten. Sie sind verbunden mit unterschiedlichen Hoffnungen darauf, diese Phänomene einzudämmen. Inzwischen muß man die Befürchtung aussprechen, daß sich die zum Teil vielversprechenden Programme nicht »flächendeckend« durchsetzen werden können, die Ergebnisse fallen bisweilen ambivalent aus (vgl. Lynen von Berg/Palloks/Steil 2006). Einerseits zeigt sich eine erhöhte Sensibilisierung in Teilen der Bevölkerung, wenn 67 Prozent der Befragten bemängeln, es werde zu wenig gegen Rechtsextremismus getan (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2006); andererseits lassen sich soziale und politische »Versteppungen« in verschiedenen Landstrichen erkennen (vgl. Borstel in diesem Band), die mit der Normalisierung *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* einhergehen. Drittens »lernen« die rechtsextremen Bewegungen und Organisationen aus den Gegenmaßnahmen, sie passen ihre Strategien an und radikalieren sich. Die Zahl der rechtsextremen Gewalttaten (Bundesministerium des Innern 2006) ist im Jahr 2005 wieder angestiegen. Deshalb kommt auch die Debatte um Angsträume, insbesondere in Ostdeutschland, immer wieder auf (vgl. u. a. Begrich/Weber in diesem Band).

Woran liegt es nun, daß es trotz punktueller Erfolge, die u. a. auch in diesem Band dokumentiert sind, nicht so recht vorangeht und deutlich sichtbare Erfolge bisher ausbleiben? Warum sind rechtsextreme Parteien »vor Ort« bei Wahlen immer noch oft erfolgreich? Warum geht das Ausmaß *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* nicht zurück, und warum nimmt die Zahl der Gewalttaten gegenüber verschiedenen gesellschaftlichen Grup-

pen zu (vgl. Babka von Gostomski/Küpper/Heitmeyer in diesem Band)?

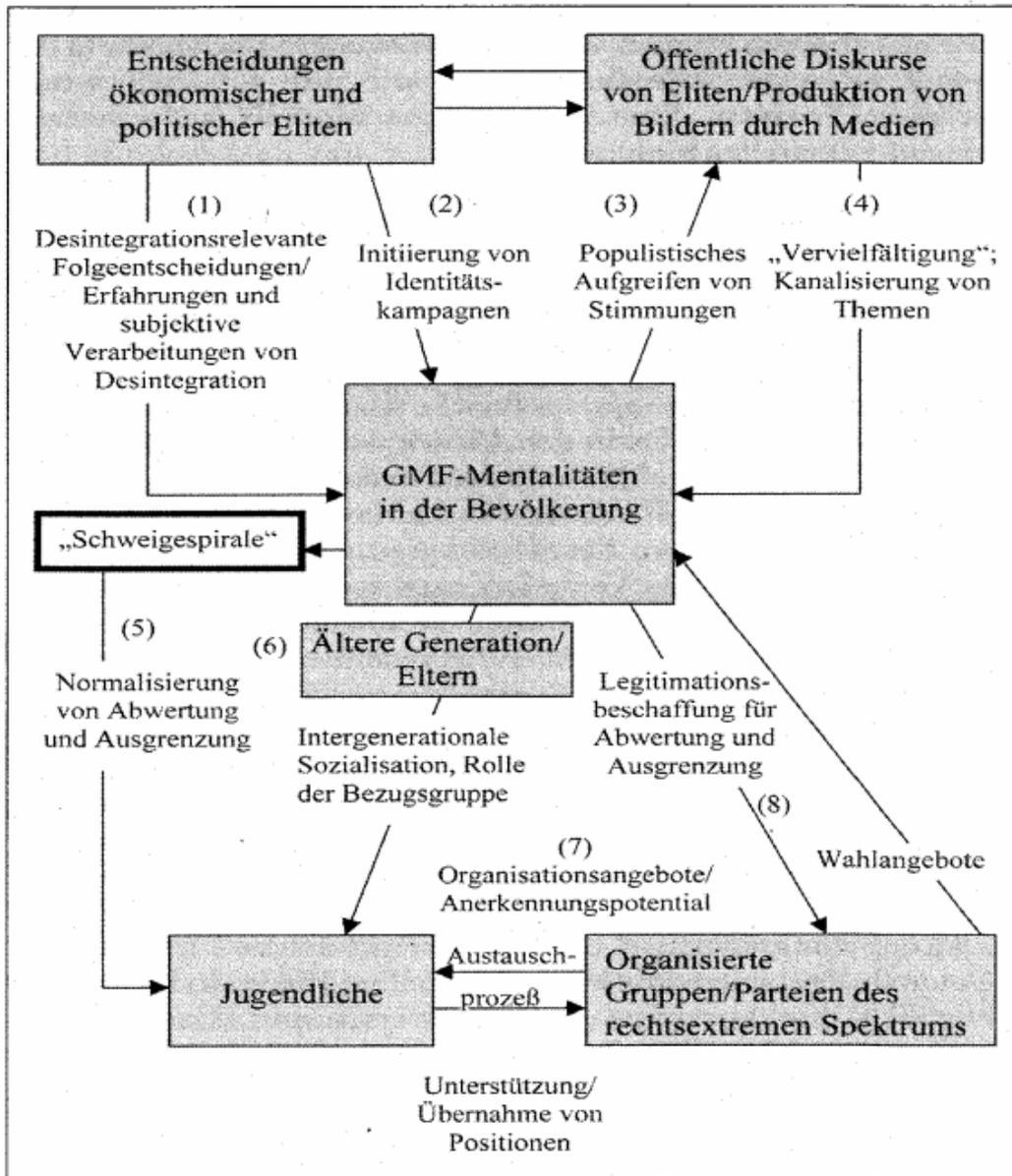
Die erste These lautet: Wir haben es mit einem *sich selbst stabilisierenden System* zu tun, das sich aus mehreren Akteursgruppen und Institutionen sowie unterschiedlichen Prozessen zusammensetzt.

Die zweite These lautet: Die riskanten Wirkungszusammenhänge zwischen den involvierten Institutionen und Akteursgruppen sind in ihrer Komplexität und in ihrer ständigen Reproduktionswirkung nicht angemessen im gesellschaftlichen Bewußtsein verankert. Aus diesem Grund können sie nicht nachhaltig bekämpft werden. So sind öffentliche Debatten und Interventionsstrategien zum Beispiel auf wenige Akteure fokussiert, vornehmlich auf Jugendliche (vgl. Lynen von Berg/Palloks/Steil 2006). Sie berücksichtigen nicht, daß abwertende und gewalttätige Handlungen immer wieder reproduziert werden durch Interaktionsprozesse zwischen ganz unterschiedlichen Institutionen und Gruppen, etwa politischen Eliten.

Ziel der folgenden Beschreibung solcher Interaktionsprozesse ist es, einem mechanischen und unterkomplexen Verständnis der Bedingungen entgegenzutreten, unter denen menschenfeindliche Mentalitäten entstehen und in denen erfolgreich gegen sie interveniert werden kann. Es geht darum, das Bewußtsein für dynamische Wechselwirkungen zu schärfen, von denen wir an zahlreichen Stellen gar nicht genau wissen, welche intendierten Effekte oder unbeabsichtigten Nebenfolgen sie haben.

Dabei wird hier zunächst ein vorläufiges Konzept dieser riskanten Verflechtungen entworfen, das für komplexes Denken sensibilisieren soll. Um dies zu erreichen, müssen wir zu erklären versuchen, weshalb der Kampf gegen *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* und rechtsextreme Gewalt bisher nicht von »durchschlagendem« Erfolg gekennzeichnet ist. Wenn, wie angeführt, eine wichtige Erklärung in dem sich selbst stabilisierenden System der Aufrechterhaltung und unter Umständen der Eskalation von Abwertungen und Gewalt liegt, geht es in diesem Beitrag nicht um eine zusätzliche Erklärung von *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*, sondern um die Markierung von vermittelnden Prozessen zwischen relevanten Faktoren, um die Verdeutlichung von Verantwortlichkeiten und die damit verbundenen Präventionsnotwendigkeiten der jeweiligen Akteure.

Abb. 1: Reproduktionsmodell



Dazu wird ein *heuristisches* Modell vorgestellt, mit dem die *Integration* von unterschiedlichen Wirkungsbedingungen ermöglicht werden soll. Es werden relevante Strukturelemente benannt, mit denen Akteure und ihre für unsere Problematik bedeutsamen Handlungsweisen identifizierbar sind. Damit sind schließlich

auch Wirkungsannahmen verknüpft. Zur Erläuterung werden vor allem Belege aus dem GMF-Projekt herangezogen, evidente Befunde aus anderen Studien werden in die spätere Entwicklung des Modells integriert. Allerdings wissen wir zum Teil noch wenig über diese Prozesse. Eine Funktion des Modells ist es deshalb auch, auf Leerstellen hinzuweisen.

## 2. Das Modell

In das Modell sind sechs Akteursgruppen einbezogen (vgl. Abb. 1): *Politische und ökonomische Eliten*, die folgenreiche Entscheidungen für die soziale und politische Entwicklung dieser Gesellschaft treffen; Akteure in den *Massenmedien*, die Stimmungen aufgreifen, vervielfältigen, kanalisieren und »Bilder« über den Zustand dieser Gesellschaft oder das Verhalten von Gruppen produzieren; die verschiedenen *Bevölkerungsgruppen*, die sich mit den politischen und sozialen Veränderungen sowie den von den Medien produzierten Realitätsbildern auseinandersetzen und aus ihnen Einstellungsmuster und Verhaltensintentionen gegenüber schwachen Gruppen ableiten. Eine spezifische Teilgruppe sind *Eltern bzw. Großeltern*, die für Sozialisationsprozesse relevant sind, in denen die Einstellungen und Verhaltensweisen von *Jugendlichen* beeinflusst werden. Schließlich sind die *organisierten Gruppen* etwa des rechtsextremen Lagers aufzuführen, die unter anderem Bindungs- und Mobilisierungspotentiale aufweisen. Zwischen diesen Akteuren bestehen spezifische Wirkungs- und Rückkoppelungsprozesse, bei denen verschiedene Einflußfaktoren eine Rolle spielen. Die hier vorgestellten Pfade sind nicht ausschließlich, ihre Anzahl ist damit nicht erschöpft. Das Modell ist eine Anregung, um dem Problem der ständigen Reproduktion, Stabilisierung bzw. Eskalation einer feindseligen politischen Kultur nachzugehen.

## 3. Die Wirkungszusammenhänge

Das Reproduktionsmodell enthält *Strukturelemente* in Form der sechs Akteursgruppen und acht *Prozesselemente*, die zum Teil exemplarisch angedeutet werden. Dementsprechend werden im fol-

genden in acht Schritten immer die Beziehungen und Wirkungen bzw. Rückwirkungen zwischen zwei Faktoren erläutert.

(1) Eine Folge der ökonomischen und politischen Entscheidungen (vgl. Dörre in diesem Band) besteht unter anderem in der dramatischen Veränderung der Integrationsqualität für Mehrheit und Minderheiten bzw. schwache Gruppen in dieser Gesellschaft. Die Analysen in den bisherigen Bänden von *Deutsche Zustände* zeigen objektiv eine dramatische soziale Spaltung (Mansel/Heitmeyer 2005, 51) und auf der Ebene der subjektiven Wahrnehmung eine wachsende Verstörung in Form von Desintegrationsängsten (Heitmeyer 2006, 17). Die damit einhergehende Orientierungslosigkeit hängt deutlich mit sozialen Abstiegsängsten, bindungsloser Flexibilität und der Abwertung gesellschaftlich schwacher Gruppen zusammen (vgl. Hüpping 2006). Diese sind besonders ausgeprägt in Regionen, deren Entwicklung ökonomisch als abwärtsdriftend zu kennzeichnen ist (vgl. Hüpping/Reinecke in diesem Band).

Die Desintegrationsängste finden wir insbesondere in den Gegenden Ostdeutschlands, die von der Abwanderung der besser Ausgebildeten betroffen sind (vgl. Beitrag von Petzke/Endrikat/Kühnel in diesem Band). Mangelnde Anerkennungschancen bedingen Abwanderung.

Politische und ökonomische Entscheidungen haben also in massiver Weise Folgen für Integrationsqualität, Anerkennungsprobleme und Abstiegsängste (Mansel/Endrikat/Hüpping 2006). Diese zeigen sich sowohl in Hinsicht auf berufliche Zugangschancen, wahrgenommene politische Machtlosigkeit und die soziale Einbindung. In der Folge nehmen feindselige Mentalitäten gegenüber schwachen Gruppen, die als Konkurrenten um knappe Güter, als Störenfriede der öffentlichen Ordnung bzw. als Irritation für den eigenen Lebensstil wahrgenommen werden, zu.

Ein »Weiter so« im ökonomischen und politischen Bereich liefert also immer wieder einen wichtigen Beitrag für den *Reproduktionskreislauf* der benannten Probleme. Eine »Unterbrechungsleistung« kann nur durch eine neue Integrations- und Anerkennungspolitik bewerkstelligt werden, durch die sich die Chancenstruktur in den relevanten Anerkennungsbereichen, etwa in Arbeit, Schule, politischer Partizipation, verbessert. Dabei ist vor der Annahme zu warnen, allein der Arbeitsplatzbesitz wäre der Lösungsschlüssel für alle Probleme. Der zu erklärende Zusam-

menhang ist vielmehr mit zahlreichen weiteren Faktoren verknüpft.

(2) Die Desintegrationsprozesse, die sich aus vermeintlichen politischen und ökonomischen Sachzwängen ergeben (vgl. Dörre in diesem Band), erzeugen einen Kompensationsbedarf im Hinblick auf die gesellschaftliche Integration (vgl. Heitmeyer in diesem Band). Aktuell stellen unter anderem Identitätskampagnen, Leitkulturdebatten und Patriotismus-Aufrufe Versuche der Kompensation dar. Mit solchen politischen Appellen läßt sich dann persönliche Opferbereitschaft für das »Ganze« erzeugen. Wirtschaftlich wird durch die Vermarktung von Produkten im Rahmen von identifikatorischen Kampagnen von der Desintegrationsproblematik profitiert. Doch leider haben derartige Identitätsbeschwörungen – etwa unter Berufung auf den Nationalstolz – verstärkende Wirkungen auf die Fremdenfeindlichkeit (vgl. Becker/Wagner/Christ in diesem Band).

(3) Diese Kampagnen sind Teil des öffentlichen Diskurses der entsprechenden Eliten und der sich darin ausdrückenden politischen Kultur. Private Stimmungen und Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen können dann Teil einer rechtspopulistischen Bündelung werden (vgl. Schaefer/Mansel/Heitmeyer 2002), wenn Topoi wie »Fremdarbeiter« in Wahlkämpfen von Politikern etablierter Parteien aufgegriffen und instrumentalisiert werden. Die Vervielfältigung durch die Massenmedien hat dann wieder einen rückwirkenden Verstärkereffekt auf Teile des Publikums, denn Eliten fungieren bekanntlich als Legitimationsagenturen, die in konkreten Situationen zur Begründung von Einstellungen und Verhaltensintentionen herangezogen werden (vgl. Karstedt 1996).

(4) Massenmedien vervielfältigen solche Einstellungen nicht nur, sie befinden sich in einem Dilemma zwischen kritischen Aufklärungsintentionen und der Gefahr, ihre Verbreitung zu beschleunigen (vgl. zu »Anstiftungseffekten« Brosius/Scheufele 2001). Von besonderer Bedeutung ist vor allem das bildabhängige Fernsehen, das Beiträge zum Rechtsextremismus immer noch regelmäßig mit sogenannten »Glatzen« illustriert. Damit werden »falsche« Bilder über die Entwicklung des Rechtsextremismus gezeichnet, gegen die dann auch differenziertere Kommentare nicht ankommen. Denn die Analysen dieses Projektes zeigen, daß sich feindselige Mentalitäten in die »politische Mitte« verschoben haben und sie damit zur Etablierung in der Bevölkerung beitragen

(Zick/Küpper 2006). Demzufolge müssten kritische Medien – trotz des angedeuteten Dilemmas – vor allem diesen gefährlichen Normalisierungsprozeß thematisieren. Doch vor dem Hintergrund der Routinen des Medienbetriebs, der Bedeutung von Auflage und Quote und unberechenbaren Themenkonjunkturen sind derzeit kaum kritische Beiträge zu sehen, die sich überdies gegen die eigene Klientel in der politischen »Mitte« richten würden. Eine dauerhafte selbstkritische Debatte ist nicht in Sicht, und es sind keine Strukturen zu erkennen, mit deren Hilfe sie etabliert werden könnten. Angesichts dieser Interaktionszusammenhänge bleibt die Berichterstattung des Fernsehens in der Regel unterkomplex, positive Ansätze bleiben Einzelbeispiele. Aufgrund der Abhängigkeit von den Bildern setzt das Fernsehen auf das Extreme, doch damit sendet es die falschen Signale. Für das gefährliche Normale hat es in der Regel keinen Sensor (vgl. Luhmann 1996, 58ff.). Wenn dann zum Ausgleich moralgesättigte Talkshows gesendet werden, dann lassen sich dadurch nicht wichtige gesellschaftliche Debatten beleben, sie werden eher verhindert. Denn: Je höher die Moral, desto geringer sind die Chancen zur kritischen Auseinandersetzung über die Probleme und mit den problematischen Akteursgruppen. Es dominiert eine Mentalität des »Weiter so«, immer spektakulärere Fälle ziehen die Aufmerksamkeit auf sich. Es sind aber nicht diese medienkompatiblen Einzelfälle, die die Normalisierung menschenfeindlicher Mentalitäten verstärken, sondern die weit weniger spektakulären Alltagsereignisse.

(5) Neben den Medien spielt auch der soziale Nahraum am Arbeitsplatz, in der Kneipe oder bei Familienfesten eine Rolle im Kampf um Normalisierung und »Deutungshoheit«. Auch dort entscheidet sich, ob in der Bevölkerung der Eindruck entsteht, bei der Abwertung und Diskriminierung schwacher Gruppen handle es sich um Mehrheits- oder aber um Minderheitenmeinungen. In der Kommunikationswissenschaft wird diese Problematik im Rahmen der Theorie der »Schweigespирale« diskutiert (Noelle-Neumann 1998). Nach diesem Ansatz vertreten Personen abwertende oder ausgrenzende Meinungen vehementer, wenn sie der Ansicht sind, daß sie sich im Einklang mit der Mehrheitsmeinung befinden. Sind sie jedoch der Auffassung, ihre eigene Position werde nur von einer Minderheit geteilt, bleiben sie zurückhaltend. In solche Kämpfe um die Deutungshoheit sind zahlreiche Akteursgruppen verstrickt, dennoch ist hier die Alltagsintervention

von großer Bedeutung, wenn etwa bei Judenwitzen oder der Verwendung von Ausländerstereotypen sofort – wenn auch nur beiläufig – reagiert wird. Verbale Interventionen sind enorm wichtig als Grenzsetzungen gegen die Normalisierung. Diese wird schließlich auf die Spitze getrieben durch einen Prozeß der »Schuldumkehr«, bei dem den Abgewerteten selbst die Verantwortung für ihre Abwertung zugeschoben wird (Zick/Küpper 2005). Im sozialen Nahraum stellt man die Einstellungen der anderen in der Regel nicht in Frage. Daher sind die Ergebnisse der im Rahmen des GMF-Projekts durchgeführten Erhebungen zu der Frage, ob die Teilnehmer im privaten Kreis schon einmal interveniert hätten, ernüchternd. Es existiert eine »selektive Unaufmerksamkeit«, man sieht weg, obwohl man um die problematischen Einstellungen weiß. Im Jahr 2004 berichteten 27 Prozent der Befragten, daß in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis manchmal oder häufig ablehnende Äußerungen gegenüber Ausländern fallen. Andererseits sagen immerhin fast 40 Prozent, dies passiere selten, und 33 Prozent geben an, dies geschehe nie – ein Ergebnis, das sicherlich nicht die generelle Anprangerung der »schweigenden Mehrheit« rechtfertigt. Betrachtet man die Reaktionen der Befragten, die angeben, daß solche Äußerungen in ihrem Bekanntenkreis selten oder häufig vorkommen, so haben 45 Prozent in den entsprechenden Situationen ihr Mißfallen bekundet, fast 25 Prozent haben zugestimmt, 30 Prozent sagen, sie hätten gar nicht reagiert. Die Reaktion hängt hier allerdings ganz entscheidend von den wahrgenommenen Mehrheitsverhältnissen bezüglich der Einstellungen gegenüber Ausländern ab, ein Umstand, der die Gefahr von Normalisierungstendenzen illustriert. Diese wirken sich in einigen Sozialräumen besonders stark aus, vor allem in kleinen Gemeinden (vgl. Beitrag Petzke/Endrikat/Kühnel sowie Borstel in diesem Band). Diese Umstände sind aus zwei Gründen gefährlich. Zum einen kann man das angeblich »Normale« nicht mehr problematisieren, weil eine Art von »Normalitätspanzer« entsteht (Heitmeyer 2003, 309). Zum anderen können »normalisierte« Einstellungsmuster als Legitimation von gewalttätigen Handlungen dienen. Dies gilt insbesondere für Jugendliche. Kurz: Je »normaler« feindselige Mentalitäten erscheinen, desto niedriger ist die Schwelle zur Gewaltanwendung.

(6) Obwohl gerade Jugendliche im Mittelpunkt von Prävention und Intervention stehen, bilden sie doch nur einen, wenn auch

auffälligen Faktor im Reproduktionssystem. Sie ziehen die Aufmerksamkeit vor allem deshalb auf sich, weil mit ihnen die Gewalt ins Spiel kommt. Diese tritt um so offener zutage, je deutlicher sie gebilligt wird. Unsere Auswertungen zeigen, daß ältere Menschen nicht nur bei abwertenden Einstellungen höhere Werte aufweisen (Endrikat 2006), sondern auch bei gewaltbilligenden Einstellungen. Dagegen fällt bei den Jüngeren die Gewaltbereitschaft höher aus. Wir haben es hier also mit einem (nicht thematisierten) *Komplementärverhältnis* der Generationen zu tun, das sich im Sinne einer intergenerationalen »Weitergabe« insbesondere in Sozialisationsprozessen verdichtet. Dies ist um so wahrscheinlicher, je autoritärer und homogener der eigene soziale Bezugskontext ist (vgl. Endrikat/Strobl 2005). Petzke/Endrikat/Kühnel können in ihrem Beitrag zu diesem Band zudem zeigen, daß die Bezugsgruppe tatsächlich die eigenen Einstellungen und vor allem das Verhalten beeinflusst. Es finden sich zudem Hinweise darauf, daß in ländlichen Regionen und generell in Ostdeutschland die Bereitschaft zur Konformität gegenüber menschenfeindlichem Verhalten tendenziell höher ist. Dies ist gerade aufgrund der dort nachweisbaren kommunalen Homogenisierung von menschenfeindlich eingestellten Personen problematisch. Soll daher der Wirkungszusammenhang zwischen verschiedenen Faktoren unterbrochen werden, dann reicht es nicht aus, allein die Jugendlichen in den Focus zu nehmen. Auch Eltern und ältere Menschen müssen aufmerksam beobachtet werden. Sie konterkarieren in familiären Unterhaltungen nicht selten die Bemühungen von Lehrern, eine kritische Sicht auf die Phänomene der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* zu etablieren. Daher haben diese Akteure sowohl bei der Normalisierung als auch bei der Weitergabe solcher Einstellungen großen Einfluß. Dieser wird quasi »hinter den Gardinen« wirksam, während die Jugendlichen durch ihre Gruppenaktivitäten im öffentlichen Raum die gesellschaftliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Zudem dürften die Chancen der Wirkungsunterbrechung dann wachsen, wenn es gelingt, homogene Gruppen in sozial oder politisch heterogene Begegnungen, Treffen oder Gruppen »hineinzuziehen«. Kühnel/Matuschek (1995) konnten im Hinblick auf gewaltanfällige Jugendgruppen zeigen, daß gerade die Faktoren der Homogenität und der geringen Kontakte außerhalb der eigenen Gruppe von hohem Gewicht sind.

(7) Was im Hinblick auf jüngere und ältere Menschen als *Kom-*

*plementärverhältnis* der Gewaltbilligung und -bereitschaft benannt worden ist, kann zwischen Jugendlichen und subkulturellen Szenen bzw. organisierten Gruppen des rechtsextremen Lagers als *Austauschverhältnis* beschrieben werden. Diese Gruppen bieten jungen Menschen einen organisatorischen Rahmen, Anerkennungschancen und zum Teil auch Gelegenheiten zur Machtdemonstration, vorzugsweise gegenüber schwachen Gruppen. Dabei gehören die Jugendlichen dann zu den Siegern, sie können so ihr Selbstwertgefühl wenigstens zeitweise steigern. Doch das ist für sie nicht kostenlos, schließlich müssen sie im Anschluß diese Organisationen unterstützen und die dort geltenden Positionen vertreten. Auch hier stellt sich die Frage nach Möglichkeiten, dieses Austauschverhältnis zu unterbrechen. Die Untersuchung von Willems/Steigleder (2003, 77ff.) über rechtsextreme Straftäter zeigt, daß diese oft mit drastischen Desintegrationserfahrungen in ihren Familien und mit Problemen beim Einstieg in den Beruf konfrontiert sind. Gleichzeitig ist bekannt, daß auch die Sehnsüchte dieser Jugendlichen zuallererst auf eine unspektakuläre Normalbiographie gerichtet sind, die für sie aber meist in weiter Ferne liegt, zumal in Ostdeutschland. Offen ist auch an dieser Stelle, wie der Suche nach Anerkennung im rechtsextremen Lager eine neue Kultur der Anerkennung entgegengesetzt werden kann, um der Attraktivität solcher Gruppen entgegenzuwirken. Gefragt sind funktionale Äquivalente. Das Fehlen der Anerkennung durch Arbeit, Aufstieg etc. wird kompensiert durch Machtdemonstrationen der Gruppe. Wo sind die Alternativen? (Vgl. Möller in diesem Band.)

(8) Zum Teil haben rechtsextreme Gruppen wie die NPD oder die »Kameradschaften« durch ihre »Alltagsarbeit« (vgl. auch den Beitrag von Borstel in diesem Band) lokales Vertrauenskapital angehäuft. Die NPD verbindet dies mit einem selbstbewußten Auftreten auf dem Weg in die »Mitte«. Einstellungsmuster zur *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* in der Bevölkerung sieht sie als eine Bestätigung ihrer Positionen. Die Ergebnisse der GMF-Daten für das Interventionsprogramm »Weltoffenes Sachsen« kommentierten führende NPD-Funktionäre und das Parteiorgan »Deutsche Stimme« (Mai 2006, S. 19) mit dem Hinweis, daß die Partei die Mitte vertrete und auf dem Marsch in die Mitte des Volkes sei: »Die Nationalisierung der sozialen Frage verändert das gesellschaftliche Klima« (ebd.). Förderlich ist dabei das ungemein

große Ausmaß der wahrgenommenen »Demokratieentleerung« (vgl. Heitmeyer/Mansel 2003), also die kritische Sicht auf die innere Qualität der Demokratie.

Selbst wenn sich Bevölkerungsteile mit abwertenden Einstellungen oder diskriminierenden Verhaltensintentionen von der NPD distanzieren und eher die großen Volksparteien wählen – wobei das nicht mehr überall zutrifft, da etwa in Sachsen-Anhalt CDU und SPD aktuell nur noch ca. 26 Prozent aller Wähler binden –, bleiben die unbeabsichtigten Nebenfolgen der ideologischen Stärkung des organisierten Rechtsextremismus. Die staatliche Repression dieser Ideologie hat dann allerdings nur eine begrenzte Wirkung (vgl. Minkenberg/Erb 2006). Denn Repression erzeugt immer auch Innovation, also die Erfindung neuer Strukturen oder Vorgehensweisen. Mithin zeichnet sich auch an dieser Stelle ein brisanter »Lern«- und Interaktionszusammenhang ab. Selbst wenn die Wahlangebote des rechtsextremen Lagers bisher vor allem in Ostdeutschland bestenfalls lokal oder regional erfolgreich waren, so bleibt doch festzuhalten, daß dieses Lager zwar ohne Wahlerfolge, aber nicht ohne Stimmungen und feindseligen Einstellungen und Verhaltensintentionen in der Bevölkerung existieren kann.

Damit sind wir wieder bei den Reproduktionsbedingungen eines sich scheinbar selbststabilisierenden Systems des feindseligen Klimas. Es entsteht vor dem Hintergrund massiver Desintegrationsprozesse, wird von mehreren Akteursgruppen erzeugt und »gerahmt«. Diese Wirkungszusammenhänge lassen sich anscheinend nur schwer unterbrechen.

#### 4. Ein vorläufiges Fazit

Eine angemessen komplexe Betrachtung der Folgen einer Ideologie der Ungleichwertigkeit und der Gewalt gegen schwache Gruppen führt uns zu einer Reihe von Problemen. Diese umfassen sowohl Handlungsfolgen als auch Unterlassungen. Es sind zum Teil gezielt angelegte, zum Teil instrumentalisierte, aber auch unbeabsichtigte Nebenfolgen, die gleichwohl im Zirkel der Reproduktion ihre Funktion haben und Effekte zeigen.

Sie haben je nach Wirkungszusammenhang unterschiedliche Konturen. Es sind (1) Integrations- und Anerkennungsprobleme,

(2) Kampagnenprobleme, (3) Populismusprobleme, (4) mediale Konjunkturprobleme, (5) Normalisierungsprobleme, (6) Sozialisationsprobleme, (7) Attraktivitätsprobleme und (8) Legitimationsprobleme, durch die die Rechtsextremen aufgrund der Einstellungspotentiale in der Bevölkerung zu ihrem Verhalten ermuntert werden (vgl. Babka von Gostomski/Küpper/Heitmeyer in diesem Band).

Eine vorurteils-, diskriminierungs- und gewaltfreie Gesellschaft hat es nie gegeben und wird es nie geben. Solange aber darüber Konsens besteht, daß Menschen in einer Gesellschaft möglichst angstarm leben können sollen, in der keine Ideologie der Ungleichwertigkeit dazu führt, daß sie aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit psychisch und physisch abgewertet bzw. angegriffen werden, muß weiter nach Lösungen für diese Probleme gesucht werden.

Es gibt keinen Königsweg zur Bekämpfung *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*. Aber wenn man auch in der Zukunft nur an isolierten Stellen ansetzt, werden sich die Erfolgchancen weiter minimieren. Erst die Sensibilisierung für vielfältigere Zusammenhänge bietet unter Umständen die Chance auf ein Ende des »Weiter so«. Aber wie unterbrechen wir die Wirkungszusammenhänge des gesamten Systems der Selbststabilisierung?

### Literatur

- Brosius, H.-B./Scheufele, B., *Zwischen Eskalation und Verantwortung: Die Berichterstattung der Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt- und Straftaten*, in: *Zeitschrift für politische Psychologie*, 9, 2+3, 2001, 99-112.
- Bundesministerium des Innern, *Verfassungsschutzbericht 2005*, Berlin 2006.
- Endrikat, K., *Jüngere Menschen, größere Ängste, geringere Feindseligkeit*, in: Heitmeyer, W. (Hg.), *Deutsche Zustände*. Folge 4, Frankfurt a. M. 2006, 101-114.
- Endrikat, K./Strobl, R., *Ambivalenz der Anpassung. Menschenfeindliche Einstellungen im sozialen Bezugskontext*, in: Heitmeyer, W. (Hg.), *Deutsche Zustände*. Folge 3, Frankfurt a. M. 2005, 92-107.
- Heitmeyer, W./Mansel, J., *Entleerung der Demokratie. Die unübersichtlichen Folgen sind weitreichend*, in: Heitmeyer, W. (Hg.), *Deutsche Zustände*. Folge 2, Frankfurt a. M. 2003, 92-107.
- Heitmeyer, W., *Beunruhigende Normalität*, in: ders. (Hg.), *Deutsche Zustände*. Folge 2, Frankfurt a. M. 2003, 299-310.

- Heitmeyer, W., *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Gesellschaftliche Zustände und Reaktionen in der Bevölkerung aus 2002 bis 2005*, in: ders. (Hg.), *Deutsche Zustände*. Folge 4, Frankfurt a. M. 2006, 15-26.
- Hüpping, S., *Anomia. Unsicher in der Orientierung, sicher in der Abwertung*, in: Heitmeyer, W. (Hg.), *Deutsche Zustände*. Folge 4, Frankfurt a. M. 2006, 86-100.
- Karstedt, S., *Macht und Moral. Zur Rolle gesellschaftlicher Eliten in Prozessen der Normenerosion*, in: Frommel, M./Gessner, V. (Hg.), *Normenerosion*, Baden Baden 1996, 179-206.
- Kühnel, W./Matuschek, I., *Gruppenprozesse und Devianz. Risiken jugendlicher Lebensbewältigung in großstädtischen Monostrukturen*, Weinheim/München 1995.
- Luhmann, N., *Die Realität der Massenmedien*, 2. Aufl., Opladen 1996.
- Lynen von Berg, H./Pallocks, K./Steil, A., *Abschlußbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zur Evaluierung des CIVITAS-Programms*, Universität Bielefeld, Berlin 2006.
- Mansel, J./Endrikat, K./Hüpping, S., *Krisenfolgen. Soziale Abstiegsängste fördern feindselige Mentalitäten*, in: Heitmeyer, W. (Hg.), *Deutsche Zustände*. Folge 4, Frankfurt a. M. 2006, 36-66.
- Mansel, J./Heitmeyer, W., *Spaltung der Gesellschaft. Die negativen Auswirkungen auf das Zusammenleben*, in: Heitmeyer, W. (Hg.), *Deutsche Zustände*. Folge 3, Frankfurt a. M. 2005, 30-66.
- Minkenbergh, M./Erb, R., *Repression und Reaktion. Zur Wirkung von Repression auf rechtsradikale Gruppen*. Forschungsbericht, Frankfurt/Oder 2006.
- Noelle-Neumann, E., *Öffentliche Meinung*, in: Jarren, O., u. a. (Hg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*, Opladen/Wiesbaden 1998, 81-94.
- Schaefer, D./Mansel, J./Heitmeyer, W., *Rechtspopulistisches Potential. Die »saubere Mitte« als Problem*, in: Heitmeyer, W. (Hg.), *Deutsche Zustände*. Folge 1, Frankfurt a. M. 2002, 123-144.
- Willems, H./Steigleder, S., *Täter-Opfer-Konstellationen und Interaktionen im Bereich fremdenfeindlicher, rechtsextremistischer und antisemitischer Gewaltdelikte*, Forschungsbericht Universität Trier/Universität Bielefeld 2003.
- Zick, A./Küpper, B., *»Die sind doch selbst schuld, wenn man was gegen sie hat!« oder Wie man sich seiner Vorurteile entledigt*, in: Heitmeyer, W. (Hg.), *Deutsche Zustände*. Folge 3, Frankfurt a. M. 2005, 129-143.
- Zick, A./Küpper, B., *Politische Mitte. Normal feindselig*, in: Heitmeyer, W. (Hg.), *Deutsche Zustände*. Folge 4, Frankfurt a. M. 2006, 115-134.